

UDO

ULFKOTTE

Raus aus dem Euro Rein in den Knast

Das üble Spiel von Politik und
Medien gegen Kritiker
der EU-Einheitswährung

KOPP

1. Auflage April 2013

Copyright © 2013 bei

Kopp Verlag, Pfeiferstraße 52, D-72108 Rottenburg

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Jennifer Hellwagner

Satz und Layout: Agentur Pegasus, Zella-Mehlis

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

ISBN: 978-3-86445-062-4



Gerne senden wir Ihnen unser Verlagsverzeichnis

Kopp Verlag

Pfeiferstraße 52

D-72108 Rottenburg

E-Mail: info@kopp-verlag.de

Tel.: (0 74 72) 98 06-0

Fax: (0 74 72) 98 06-11

Unser Buchprogramm finden Sie auch im Internet unter:

www.kopp-verlag.de

Udo Ulfkotte

**RAUS AUS DEM EURO -
REIN IN DEN KNAST**

Das üble Spiel von Politik und Medien
gegen Kritiker der EU-Einheitwährung

KOPP VERLAG

*Gewidmet all jenen, die den Mut hatten, öffentlich
die Wahrheit auszusprechen. Mögen wir ihnen in
unseren Herzen und in den Geschichtsbüchern
ein Denkmal setzen.*

Noch sitzt ihr da oben, ihr feigen Gestalten.
Vom Feinde bezahlt, doch dem Volke zum Spott!
Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten,
dann richtet das Volk, dann gnade euch Gott!

Theodor Körner (1791-1813)

INHALT

Vorwort	9
Teil I Kluge Köpfe als Staatsfeinde: Wie man Euro-Kritiker verächtlich machte 14
Psychologie der Massentäuschung: die Tricks von Politik und Medien.....	14
Das Versagen der Demokratie.....	21
Die öffentlich-rechtlichen Sender	25
Zwangsumtausch: RTL und Sat.1 im Euro-Jubel ..	29
Schlacht der Lügen: die Euro-Propaganda von Sabine Christiansen und Ulrich W i c k e r t	32
Waschmittelreklame für eine Währung: die Werbeagentur Mannstein	46
Euro-Kritiker im Visier des Verfassungsschutzes ..	50
Karl Schiller wurde als »senil« h i n g e s t e l l t	59
Manifest von 62 Ökonomen: Man sprach ihnen Fach- und Sachkompetenz ab	.. 61
Das zweite Manifest: die »Euro-Brandstifter« 68

Als »Erbsenzähler« verhöhnt: Klaus Peter Krause und die <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	72
Vier Gehirne und acht Fäuste: die Euro-Kläger Hankel, Schachtschneider, Nölling und Starbatty .	75
Hass und Hetze: Journalisten als Meinungspolizisten . .	78
Ralf Dahrendorf und Arnulf Baring	89
Henning Voscherau, Felix W. Zulauf und Jens Ehrhardt .	94
Bolko Hoffmann: Die Intelligenz ist gegen den Euro - die Dummheit dafür.....	104
Angst vor einer Volksbewegung: Die ARD stempelte Bolko Hoffmann zum Feind . . .	108
Manfred Brunner und der Bund freier Bürger (BfB) . .	115
Verfassungsrichter stützen V e r f a s s u n g s b r e c h e r	122
Bruno Bandulet und die geplatzte OB-Kandidatur .	126
Von Dieter Balkhausen (ZDF) bis Alfred Mechttersheimer	127
Späte Einsichten: von Hans-Werner Sinn bis Hans-Olaf Henkel	134
Professor Nölling: Die Politik empfindet meine Hinweise als lästig und störend.....	142
Karl Albrecht Schachtschneider: Meine Versuche, das Recht gegen die Europapolitik zu verteidigen .	147
Osterreich: die Ökonomen Streissler und Romig .	158

Teil II Die Euro-Fighter - vom Versprechen zum Verbrechen	172
Die Weichmacher kommen	172
Amerikanische Starökonomien prognostizieren den Europäern Krieg	176
Das höhere Ziel: Amputation der deutschen Identität .	177
Euro-Kritiker als störende Party-Pupser	182
Maul halten, Euro-Skeptiker!.....	186
Das Gold der Deutschen.....	188
Durchhalteparolen und Büttreden.....	191
Erinnerungen an die stabile D-Mark	194
Was viele vergessen.:	
CDU-Wähler stimmten gegen die D - M a r k	196
Akademische Nullnummern?	
Peter Bofinger und Jürgen Stark	199
Diskrete Werbebriefe: das doppelte Spiel der Banken in Bezug auf den Euro.....	202
Mediale Sauerei: Schubladendenken	205
Skrupellose Politiker vernichten die Früchte unserer Arbeit.....	207
Vertrauen enttäuscht:	
Der Euro macht uns ärmer	211

Teil III Irgendwann wird abgerechnet.....	213
Die Deutschen wollten eine Volksabstimmung	213
Blick über den Tellerrand: der große Euro-Schwindel . .	214
Großmaul Theo Waigel: Schuld sind die Euro-Kritiker .	217
Skrupellos: Wie Helmut Kohl den Euro schönredete .	229
Abrechnung mit Verbrechern: die Schuldigen	233
Kanzler Gerhard Schröder: Der Crash kam nicht unerwartet	239
Raus aus dem Euro - rein in den Knast.....	243
Anhang.....	257
Die Geschichte des Euro.....	257
Glossar zum Euro und zur Euro-Krise.....	266
Quellenverzeichnis	283

VORWORT

Die Mehrheit der Deutschen und Österreicher akzeptiert auch heute den Euro innerlich immer noch nicht. Akzeptanz ist die Zwillingschwester der Legitimität. Nur wo Akzeptanz ist, da ist auch Legitimität. Eine Währung braucht Akzeptanz. Eine Währung, die nicht voll akzeptiert wird, wird irgendwann durch Ersatzwährungen abgelöst. Die Flucht von immer mehr Menschen in Sachwerte und die um sich greifende Angst um Sparguthaben ist das deutlichste Anzeichen dafür, dass die Akzeptanz des Euro bei den Bürgern nie sehr groß war und weiter schwindet. Für die fehlende Legitimität des Euro, über dessen Einführung Deutsche und Österreicher nicht abstimmen durften, erhalten die Politiker nun mittels der schwindenden Akzeptanz der Währung die Quittung. Der Euro ist eine beispiellose Serie von Vertragsbrüchen, Lügen und Betrug. Wir Bürger sind die Betrogenen. Die Täter müssen dafür zur Verantwortung gezogen werden.

Die Schwarzseher und Euro-Pessimisten von gestern sind die Realisten von heute. Das ist die wichtigste Erkenntnis dieses Buches. Sie hatten den Mut, gegen den Zwangsumtausch von D-Mark und Schilling aufzustehen, wo Politiker sitzen blieben, und sie haben gesprochen, wo Politiker schwiegen. Sie haben Nein gesagt, wo Politiker Ja sagten. Sie haben innegehalten, wo Politiker mitliefen. Ungeachtet eventueller schmerzhafter Folgen haben sie Courage gezeigt und gegen die politische Korrektheit gekämpft. Jene Widerstandskämpfer der Gegenwart, die von Anfang an die Folgen des Euro-Wahns erkannten, mussten übel dafür büßen. Jetzt, wo die einst von Politik und Medien mit viel Pomp gefeierten Euro-Stabilitäts- und -Retzungspakete zu Lachnummern verkommen sind, wird es Zeit,

Bilanz zu ziehen und festzuhalten, was man den Euro-Skeptikern dereinst angetan hat. Viele Leser werden sich erstaunt die Augen reiben und gar nicht wissen, wozu Politiker und Medien fähig gewesen sind. In diesem Buch ist es dokumentiert. Mehr noch: Es wird auch dokumentiert, was Politiker heute verdrängen möchten. Wer weiß denn heute schon noch, dass der frühere Bundeskanzler und Euro-Einpeitscher Helmut Schmidt (SPD) am 29. Juni 1997 in der *Welt am Sonntag* verkündete: »Die Stabilität des Euro wird größer sein als die der Deutschen Mark.« Wir werden uns noch viele andere obskure Verheißungen anschauen, die sich rückblickend allesamt als Lug und Trug erwiesen haben. Wolfgang Schäuble (CDU) schrieb beispielsweise am 10. Januar 1997 im Pressedienst der CDU unter der Überschrift »Wir brauchen den Euro« über Euro-Skeptiker: »Wer sich auf diesem Weg verweigert, Ängste schürt und riskiert, dass die Entschlossenheit der Europäer zur Einheit jetzt ungenutzt bleibt, der versagt vor der Geschichte wie vor der Zukunft.« Rückblickend betrachtet werden wohl Menschen wie Schäuble als die großen Versager in die Geschichtsbücher eingehen. Dort wird dann wohl auch stehen, was sie den Euro-Skeptikern angetan haben, denn im kollektiven Bewusstsein vieler Deutscher und Österreicher ist und bleibt der Zwangsumtausch ihrer geliebten Währungen in den Euro eine nicht verheilende Wunde.

Die Anregung zu diesem Buch verdanke ich langjährigen Freunden aus den Reihen deutscher Sicherheitsbehörden, vor allem dem Verfassungsschutz. Sie schämen sich heute dafür, dass sie nicht wenige Euro-Kritiker in den 1990er-Jahren bespitzeln und beobachten mussten und diesen aufrechten Bürgern - wo immer es unauffällig möglich war - im Auftrag der Politik die berufliche Zukunft verbauen mussten. Weil sie keine Chance haben, mit ihrem Wissen an die Öffentlichkeit zu gehen, ohne ihre Beamtenpensionen zu verlieren und wegen Geheimnisverrats angeklagt zu werden, musste ich einen anderen Weg suchen, um das alles an die Öffentlichkeit zu bringen. Ich habe über viele Monate hinweg alle Personen der Zeit-

geschichte, die in den 1990er-Jahren als politisch nicht korrekte EU- oder Euro-Skeptiker im Visier von Politik und Sicherheitsbehörden waren, angesprochen oder angeschrieben. Dazu gehören Dutzende Wissenschaftler, die an ihren Universitäten Manifeste gegen den Euro unterschrieben haben, Euro-Kläger wie die Professoren Hankel, Schachtschneider, Nölling und Starbatty, Euro-kritische Journalisten der ersten Stunde (etwa bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Wirtschaftswoche*) und jene Politiker, die wie Henning Voscherau (SPD) von Anfang an vor dem Euro warnten. Sie alle haben mir ebenso wie die damaligen Gegner des Euro aus den Reihen der Deutschen Bundesbank und jene, die sich von Euro-Befürwortern zu Euro-Kritikern gewandelt haben (wie Professor Sinn und Professor Henkel), geantwortet und mir tiefe Einblicke in die Problematik gegeben, wie politisch nicht korrekte Menschen wegen politisch unliebsamer Äußerungen in unserer angeblichen Demokratie stigmatisiert wurden.

Ich habe sie alle gefragt, ob sie sich noch daran erinnern können, wie sie damals von Politik und Medien behandelt wurden. Die Beobachtung einiger von ihnen durch den Verfassungsschutz habe ich bewusst nicht erwähnt. Fast alle haben mir geantwortet - oder wir haben uns getroffen. Besonders erschreckend ist, dass jene, die von Anfang an vor den Gefahren des Euro warnten, auch heute noch zumindest von der Politik als lästige Störenfriede und wie eine Art Party-Pupser behandelt werden. Viele von ihnen wurden verunglimpft und diskriminiert - etwa als »D-Mark-Nationalisten« und »Rechtsextremisten«. Anderen entzog man Forschungsgelder oder den Job. Manche bekamen es mit, wenn der Verfassungsschutz sie beobachtete und die Nachbarn befragte. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite stehen jene, die als willfähige Erfüllungsgehilfen der Politik in den Medien einseitig Propaganda für den Euro betrieben haben. In vorderster Reihe standen dafür etwa Sabine Christiansen und Ulrich Wickert. Während die Euro-Skeptiker fertiggemacht und diffamiert wurden, bombardierte man die Öffentlichkeit mit psychologisch ausgereif-

ten Methoden, damit der große Raubzug beginnen konnte. Ich habe all das in den nachfolgenden Kapiteln mit öffentlich zugänglichen Quellen dokumentiert. Herausgekommen ist ein spannender Einblick in Politik, Medien und im Untergrund arbeitende Sicherheitsbehörden. Das Ergebnis lässt Historikern genügend Raum, die dafür Verantwortlichen in den Geschichtsbüchern dort anzusiedeln, wo sie hingehören: auf den Abfallhaufen der Geschichte oder in den Knast.

Weil nicht jeder Leser alle Begriffe der Euro-Entstehung kennen wird, wurden ganz am Schluss dieses Buches eine Kurzhgeschichte des Euro sowie ein Glossar eingefügt. Statt einer seitenlangen Danksagung mit den Namen all jener, die mir bereitwillig Auskunft gegeben haben, danke ich an dieser Stelle allen gemeinsam. Wie Sie anhand dieses Buches sehen werden, sind Ihre damaligen Mahnungen nicht vergessen. Auch das Leid, das viele Euro-Kritiker durch Diffamierungen oder Angriffe erdulden mussten, wird uns allen im Gedächtnis haften bleiben.

In der Kathedrale unserer Herzen wird für jene, die uns vor der Aufgabe von D-Mark und Schilling gewarnt haben, für immer eine Kerze brennen.

TEIL I

KLUGE KÖPFE ALS STAATSFEINDE: WIE MAN EURO-KRITIKER VERÄCHTLICH MACHTE

Psychologie der Massentäuschung: die Tricks von Politik und Medien

Die Welt ist ein Irrenhaus - und der Deutsche Bundestag ist eine der wichtigsten Zentralen dieses Irrenhauses. Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, dass die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme. Dummerweise entstehen neben der Reibungshitze auch Reibungsverluste - und die uns von Politik und Medien mittels Lügen aufgebürdeten Reibungsverluste sind gewaltig. Langsam, ganz langsam werden wir nun an jene Verluste herangeführt, die mit der Aufgabe von harter D-Mark und hartem Schilling verbunden waren.

Eine Illusion bezeichnet eine Sinnestäuschung; eine andere Wahrnehmung als das, was in der Realität tatsächlich vorhanden ist. Der Euro ist eine permanente Sinnestäuschung. Er wird zumindest von Politik und weiten Teilen der Medien noch immer für etwas anderes gehalten als das, was er tatsächlich ist: die Illusion von Stabilität, Wohlstand und finanzieller Sicherheit. Allen Ernstes schrieb die CDU in ihrem 2009er-Wahlprogramm, das den Titel *Für ein Europa mit soliden Finanzen* trägt: »Es ist insbesondere ein Verdienst von Helmut Kohl und Theo Waigel, dass der Euro als stabile und sichere Währung zu einem

wichtigen Baustein des europäischen Hauses geworden ist.« Um uns herum brechen die Banken zusammen. Sie müssen mit unseren Steuergeldern gerettet werden - und die CDU spricht von einer »stabilen Währung«. Das ist die Perfektion einer Illusion. Noch absurder klingt die Aussage im Regierungsprogramm 2013: »Der Einsatz für eine stabile Währung und für solide Staatsfinanzen sind Markenzeichen unserer nachhaltigen Politik.«¹ Wie wahnsinnig, verblendet oder betrunken von der eigenen Bedeutung muss man sein, um solche Unwahrheiten zu verbreiten?

Jene, die uns einst Wohlstand und Stabilität durch den Euro versprochen haben, bereiten uns derweilen allmählich auf mögliche Kriegszeiten vor. So ermahnte Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg und langjähriger Vorsitzender der Euro-Gruppe, zum Neujahrsempfang 2013 alle Journalisten, sie sollten sich schon einmal mit dem Jahr 1913 beschäftigen, dem letzten echten Friedensjahr vor dem Ausbruch des ersten großen Krieges im vergangenen Jahrhundert.² Das Jahr 2013, so Juncker, könnte für die Europäer wieder einmal ein Vorkriegsjahr werden. Angesichts einer solchen Aussage stellt sich die Frage, ob wir im Euro-Land jetzt wirklich schon wieder in einer Zeit leben, in der alle Menschen an Frieden glauben, bevor dann der Krieg kommt. Klar ist nur, dass wir beständig getäuscht werden. Hatten uns Politiker nicht versprochen, der Euro werde Frieden und Stabilität bringen?

Wie Gaukler im Zirkus haben uns Politik und Medien mit billigsten Taschenspielertricks hinsichtlich des Euro getäuscht. Wer die Tricks durchschaute und erklärte, der galt als Miesmacher und Störenfried. Die *Frankfurter Rundschau* überschrieb zum Beispiel am 20. März 1998 einen entsprechenden Bericht mit den Worten »Waigel kanzelt Euro-Kritiker ab«. Schlimmer noch: In anderen Fällen wurde der Verfassungsschutz auf Euro-Skeptiker angesetzt. Wie in einer Diktatur führte man geheime Akten über die unliebsamen »D-Mark-Nationalisten« und suchte ihre Karrieren zu zerstören. In diesem Buch werden wir die Wahrheit erfahren.

Die Bürger müssen jetzt mit der Einsicht leben, dass es in der obersten Hierarchie skrupellose Menschen gibt, die uns belogen und betrogen haben. Leider hat eine Mehrheit des Volkes diese Scharlatane gewählt. Doch es gab Menschen, die uns von Anfang laut und deutlich vor den Verbrechern in Politik und Medien gewarnt haben. Aber wir staatsstreuen Bürger hören nun einmal lieber nur das, was wir hören wollen. Zudem machen wir Kritiker, die politisch nicht korrekt sind, gern lächerlich. Oder wir hören ihnen nicht zu. Das scheint in der Natur der staatsstreuen und politikhörigen Bürger zu liegen. Welche Folgen das alles hat, erleben wir hautnah beim Euro-Desaster. Es gab von Anfang an viele kritische Stimmen. Doch Politik und Medien wollten sie aus Gründen der politischen Korrektheit einfach nicht hören.

Rund ein Jahrzehnt lang haben uns Politik und Medien mit den Tricks der Massenpsychologie über die Wahrheit hinweggetäuscht. Der Betrug hat gut funktioniert - bis jetzt. Schauen wir einmal zurück: Eine gewaltige Propagandamaschinerie hatte in den 1990er-Jahren behauptet, der Euro werde »stabil wie die D-Mark« sein und Euro-Kritiker seien »Ewig-Gestrige«, die sich der positiven und strahlenden Zukunft dreist in den Weg stellten. Man suggerierte uns Wählern in den Medien, Euro-Kritiker seien eine Art populistische Extremisten, die mit leicht zu widerlegenden Argumenten den Aufbruch zu noch mehr Wohlstand und Frieden in Europa zu verhindern suchten. Kurzum: Man stempelte Euro-Kritiker ab. Man stigmatisierte sie. Wir erleben dieses geschickte Vorgehen in Bezug auf Menschen, die eine andere Meinung vertreten, immer wieder in der Geschichte, aber auch in der Gegenwart. Das psychologische Spiel von Medien und Politik wurde inzwischen allerdings perfektioniert, und es gibt diese programmierte massenpsychologische Steuerung unserer Denkweise nunmehr überall. Zum besseren Verständnis dessen, wie wir beim Abschied von der D-Mark geschickt getäuscht wurden, seien zwischendurch einige Beispiele verbaler Täuschungstricks aus der Gegenwart genannt: Im Falle, dass unsere Stromversorgung aufgrund der

»Energiewende« für jeden leicht und ganz offen nachvollziehbar ständig kurz vor dem Zusammenbruch steht, nennen Politik und Medien das dann »nachhaltig«. Kein Mensch protestiert gegen diese Begriffsverdrehung. Wir schlucken das brav. Irgendwann glauben wir es sogar, obwohl wir tief im Innern wissen, dass das Gegenteil korrekt ist. Ein anderes Beispiel: Geben uns Politik und Medien das Denken vor, dann nennen sie das »Erziehung zum mündigen Bürger«. Vertreten alle großen Parteien zu wichtigen Fragen wie Klimawandel, Frauenquoten oder Euro-Rettung die gleiche Position, dann nennt man das jetzt »gelebte Demokratie«. Wir werden von Politik und Medien veräppelt. Lassen Zuwanderer jeglichen Respekt gegenüber Einheimischen vermissen, dann sollen wir das als »kulturelle Eigenart« respektieren. Geht's noch? Und berichten alle großen Medien wie in einer Diktatur nur noch dasselbe, dann sollen wir das jetzt als »Vielfalt« der Medienwelt begreifen. Nicht anders ist es beim Euro: Gefährden Politiker aller Parteien unsere Ersparnisse durch fortgesetzte »Euro-Rettungspakete«, dann sprechen sie von »Stabilisierung« (etwa beim Stabilisierungspakt). Man erblickt bei all diesen Begriffen schon beim ersten Nachdenken die dahinterstehende Lüge. Jeder kennt diesen gelebten täglichen Betrug und die Begriffsverdrehungen von Politik und Medien. Doch die meisten Bürger schweigen dazu. Wir empfinden diesen Betrug, den kriminelle Politiker und Journalisten wie selbstverständlich an uns Bürgern verüben, inzwischen als völlig normal. Wir verhalten uns wie Irre in einem Irrenhaus. So weit haben uns Politik und Medien inzwischen gebracht.

Genauso war es damals in der Zeitphase vor der Euro-Einführung. Eine Mehrheit der Menschen im deutschsprachigen Raum wusste instinktiv, dass sie belogen und betrogen wurde. Doch dann lief tiefenpsychologisch bei den meisten Bürgern folgender, von Medien und Politik gesteuerter Mechanismus ab: Kamen seinerzeit Informationen von außen, die mit dem propagierten Ziel der Aufgabe unserer stabilen D-Mark nicht übereinstimmten (etwa Informationen von Euro-Kritikern), dann

entstand bei uns staatsstreuen Bürgern psychologisch gesehen ein innerer Konflikt zwischen dem vorherrschenden und von der Gruppe geprägten politisch korrekten Bild und der externen Information. Dieser Konflikt wird von Psychologen kognitive Dissonanz genannt. Der Bürger erkennt tiefenpsychologisch, dass er eine neue Meinung serviert bekommt, die mit dem von der herrschenden politischen Gruppe geprägten Bild nicht vereinbar ist. Da gab es also Euro-Kritiker, die uns eine gegenläufige Sicht der Dinge präsentierten. Wir ahnten, dass es im Gegensatz zur Propaganda von Politik und Medien die Wahrheit war. Doch wie verhielten wir uns? Wir benahmen uns, um ein Beispiel zu geben, wie ein grundsätzlich vernünftig handelnder Raucher, der wieder einmal hört, dass er durch das Rauchen die eigene Gesundheit stark gefährdet. Der Raucher hört das nicht gern. Er verdrängt es lieber. Er raucht trotz dieser Information weiter - bis er Lungenkrebs, einen Herzinfarkt oder eine andere schwere Krankheit bekommt. Nicht anders war es vor der Euro-Einführung. Obwohl es viele Fachleute gab, die vor der Aufgabe von D-Mark und Schilling gewarnt und auf die klar erkennbaren Risiken hingewiesen hatten, wollten wir Staatsbürger das lieber nicht hören. Schließlich erklärten Politik und Medien einen anderen Weg für »normal«. Psychologisch betrachtet reagieren wir auf unangenehme und von der herrschenden politischen Korrektheit abweichende Informationen defensiv. Wir versuchen, solche Informationen so weit umzuinterpretieren oder infrage zu stellen, dass sie nicht mehr bedrohlich für die Stabilität des Bildes unserer politischen Umgebung sind. Durch diese Abwehrreaktion soll vor allem die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Information vermieden werden. So wie ein Raucher aufgrund jahrelanger Beeinflussung durch Werbung fest davon überzeugt ist, dass er selbst keine gesundheitlichen Schäden davontragen wird, so haben wir Bürger die Werbung jener Politiker und Medien geschluckt, die behauptet haben, der Abschied von der stabilen D-Mark werde an der Sicherheit unserer Sparguthaben rein gar nichts ändern. Die Euro-Kritiker haben wir damals innerlich so

betrachtet wie ein Raucher die Warnhinweise auf Zigarettenschachteln. Wir haben sie bestenfalls ignoriert - oder abgelehnt. Das geschah, obwohl uns eine innere Stimme zuflüsterte, dass sie die Wahrheit sagten. So wie heute fast jeder weiß, dass er in Bezug auf die »Energiewende« über den »Klimawandel« bis hin zu »Genderpolitik«, Migration und »kultureller Bereicherung« von Politik und Medien ständig belogen und betrogen wird, so ahnten wir eben von Anfang an, dass der Euro keineswegs »so hart wie die D-Mark« werden würde. Wer uns Menschen als neutraler Dritter betrachtet, beispielsweise als Beobachter, der von einem fremden Planeten stammt, der muss uns wohl allesamt für irre halten.

Milch und Honig, die in Mengen fließen, hat man uns mit dem Euro versprochen. Doch Blut und Tränen werden wir bekommen. Angeblich war der Euro das größte Friedensprojekt in der europäischen Geschichte. In Wahrheit liegt er als Deckel auf dem Vulkan, in dessen Tiefe es bereits gefährlich brodelnd und der demnächst mit ungewissen Folgen explodieren wird.

Der frühere Ministerpräsident von Luxemburg, Jean-Claude Juncker, war einer der skrupellosesten Wegbereiter des Euro. Seine Anhänger nennen ihn »Europhoriker«. Der Mann, der bis Januar 2013 Chef der Euro-Gruppe war, ist bei näherer Betrachtung ein Versager - und zwar einer von vielen »da oben«. Jean-Claude Juncker hat lange vor der Einführung des Euro auf die Sorgen des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten, Edmund Stoiber, bei einer Währungsunion bestehe die Gefahr dauernder Transferleistungen, geantwortet: »Transferleistungen sind so absurd wie eine Hungersnot in Bayern.«³ Heute haben wir zwar keine Hungersnot in Bayern, aber Deutsche und Österreicher müssen sich daran gewöhnen, wie selbstverständlich ständig das Portemonnaie für bankrotte EU-Staaten zu öffnen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Somit werden Erinnerungen wach an jene, die vor Menschen wie Jean-Claude Juncker und den vielen anderen Euro-Schergen gewarnt haben.

Jeder dritte Deutsche hat noch D-Mark-Münzen oder

-Scheine, beinahe jeder Österreicher besitzt noch Schillinge. Rund zwei Drittel der Deutschen sehnen sich nach der D-Mark zurück. Eine D-Mark-Partei hätte immerhin ein Wählerpotenzial von mindestens 18 Prozent - in Ostdeutschland sogar von 25 Prozent. Angeblich sollte der Euro Wohlstand schaffen. In Wahrheit hat er den Menschen im deutschsprachigen Raum nur Schaden gebracht. Das sehen inzwischen auch die bekanntesten deutschen Manager so. Der Unternehmer Bernd Scheifele, Chef von HeidelbergCement, erklärte im Januar 2013: »Der Euro schafft keinen Wohlstand: Die Kosten der Währungsunion sind einfach zu hoch, das müssen die Politiker endlich einsehen.«⁴ Der Börsen-Guru André Kostolany war einer der wenigen, die das früher auch schlichteren Gemütern zu erklären versuchten. Kostolany verglich die Euro-Währung im Jahr 1998 mit einem »ungeborenen Kind« und sagte, niemand wisse, ob es ein Genie oder ein Dummkopf werde. Mittels dieser Formulierung wies er auf das große Wagnis hin, die stabile D-Mark aufzugeben. Der gebürtige Ungar war der festen Überzeugung, mit dem Euro werde es in Europa »schreckliche Turbulenzen« geben. Der Euro treibt Europa jetzt auseinander. Versprochen wurde uns allen: Der Euro werde Europa in ein goldenes Zeitalter führen. Angeblich sollte er Wachstum und Arbeitsplätze sichern. Doch seit der Entscheidung über den Abschied von harten Währungen wie D-Mark oder Schilling zeigt sich: Die großmäuligen Versprechen von Altkanzler Helmut Kohl (CDU) und den vielen anderen Euro-Werbern haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Währungsunion macht Deutsche und Österreicher Tag für Tag ärmer. Der Euro mag gut für die Unternehmen und Banken sein. Für die deutschen und österreichischen Arbeitnehmer und Sparer ist er es ganz sicher nicht, denn die gemeinsame Währung hat den Standortwettbewerb verschärft. Verzweifelt kämpfen deutsche und österreichische Belegschaften mittels Lohnzurückhaltung um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Betriebe. Der Euro macht die Menschen eben arm - nicht nur auf dem Sparbuch, sondern auch bei den Jobs. Wie hat man damals über jene gelacht, die vor derartigen Entwicklungen

warnten. Egal, ob sich Professoren oder die Bürger auf der Straße kritische Gedanken über die Sicherheit der neuen Währung machten - sie galten als Spinner. Der Euro, so hieß es Ende 2001, werde mindestens genauso hart wie die D-Mark sein. Jetzt steht die Einheitswährung vor dem Crash.

Können Sie sich an den 6. Januar 2013 erinnern? An jenem regnerischen Tag erklärte man in Brüssel die Euro-Krise offiziell für beendet.⁵ EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso untersagte fortan Diskussionen über Finanzkrise und Euro-Schwäche. Die Sparguthaben gelten seither angeblich als sicher - die weise Führung der Europäischen Union hat uns dieses politisch korrekte Denken zumindest verordnet. Doch wer intelligent ist, der lässt sich sein Denken nicht vorgeben. Wer intelligent ist, der sorgt jetzt vor und lernt aus den Fehlern der Vergangenheit. Übrigens: An jenem Tag, an dem Barroso die Euro-Krise offiziell für beendet erklärte und forderte, dass wir Bürger nicht länger darüber sprächen, prophezeite uns einer der bekanntesten Großinvestoren der Welt einen absehbaren großen Krieg: der Hedgefonds-Manager Kyle Bass. Er erwartet gewaltige bewaffnete Auseinandersetzungen aufgrund der Euro-Schuldenkrise. Er erklärte am 6. Januar 2013, noch nie habe die Menschheit bei einer derart hohen Schuldenlast den Frieden bewahren können.⁶ Die enorme weltweite Verschuldung, vor allem in den USA und in Europa, werde nicht nur zu gewaltigen Steuererhöhungen, Renten- und Lohnkürzungen führen, sondern auch direkt in den Krieg münden: »Ich weiß noch nicht, wer gegen wen kämpfen wird, aber ich bin mir sicher, dass in den nächsten Jahren Kriege ausbrechen werden, und nicht nur kleine.« Sofort fielen Politiker und Medien über den erfolgreichen Manager her und erklärten ihn zu einem »Wichtig-tuer« und »Schwarzseher«. Bekanntermaßen hat man auch in den 1990er-Jahren jene, die uns schlechte Zeiten mit dem Euro voraussagten, zu »Schwarzsehern« gestempelt. Jegliche Kritik am Abschied von D-Mark und Schilling wurde unterdrückt. Euro-Skeptiker wurden damals stigmatisiert. Inzwischen wissen wir, dass die »Schwarzseher« recht hatten. Tatsächlich stand

die überwältigende Mehrheit der Fachleute der Euro-Währungsunion von Anfang an skeptisch gegenüber. Sie wurden zwei Jahrzehnte lang als »Europafeinde« gebrandmarkt. Man hetzte den Verfassungsschutz auf sie, und die Medien schrieben sie nieder. Heute, wo sie mit ihren schlimmsten Prognosen recht behalten haben, besitzen Politik und Medien auf einmal große Erinnerungslücken. Doch damit nicht genug: Politik und Medien machen immer noch so weiter wie bisher - und orientieren sich an falschen Propheten. Das ist offenkundig politisch so korrekt. Vergessen Sie die politische Korrektheit. In diesem Buch widmen wir uns der Wahrheit. Wir lassen uns nicht länger täuschen.

Erinnern wir uns zudem noch einmal an das, was ich erst wenige Absätze zuvor geschrieben habe: Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg und langjähriger Vorsitzender der Euro-Gruppe, ermahnte zum Neujahrsempfang 2013 alle Journalisten, sie sollten sich schon einmal mit dem Jahr 1913 beschäftigen, dem letzten echten Friedensjahr vor dem Ausbruch des ersten großen Krieges im vergangenen Jahrhundert.⁷ Das Jahr 2013, so Juncker weiter, könnte für die Europäer wieder einmal ein Vorkriegsjahr werden. Kein Journalist erklärte Juncker für verrückt. Keiner stempelte ihn zum »Schwarzseher«. Als aber der Hedgefonds-Manager Kyle Bass zeitgleich erklärte, er erwarte gewaltige Kriege wegen der Euro-Schuldenkrise, da erklärten ihn alle für verrückt und brandmarkten ihn als »Schwarzseher«. Halten wir also fest: Falls zwei das Gleiche sagen, dann kann es von den Medien höchst unterschiedlich aufgenommen werden. Man muss das wissen, um das Versagen der Demokratie beim Thema »Euro« zu verstehen.

Das Versagen der Demokratie

Die SPD-Politikerin Liesel Hartenstein schien unverdächtig, rechtsradikal oder populistisch zu sein. Die 1928 geborene und erst vor Kurzem verstorbene Frau hatte in ihrem Leben vieles

durchgemacht. Ihr großes Verdienst war es, keine angepasste Politikerin zu sein. Sie machte den Mund auf, wenn andere Fraktionsdisziplin übten und nur noch auf die Interessen ihrer Partei achteten. Aus der Sicht des Deutschen Bundestags war Liesel Hartenstein eine ziemlich unbequeme Frau. Sie hatte es 1998 gewagt, den Bundestag und die darin vertretenen Politiker öffentlich anzuklagen. Sie sagte, eine offene und öffentliche Diskussion über die Aufgabe der D-Mark habe es im Bundestag nie gegeben. Euro-Kritiker seien durch eine »Schweigespирale« mundtot gemacht worden. Die Einführung des Euro durch die Politik sei »kein Bravourstück der Demokratie« gewesen.⁸

Das sah auch die frühere Chefin des Umfrageinstituts Allensbach, Elisabeth Noelle-Neumann, so. Sie wies 1997 darauf hin, dass nur 21 Prozent der Bundesbürger unbedingt den Euro wollten - wobei sich diese Zahl auf Befragungen in der Durchschnittsbevölkerung stützte. Veröffentlicht werden sollten aber nur die Ergebnisse der Befragung von sogenannten Eliten des Landes. Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Medien plädierten 1995 zu 61 Prozent und 1997 sogar zu 87 Prozent für den Euro. Die schweigende - kaltgestellte - Mehrheit in der Bevölkerung hatte in Politik und Medien eben keine repräsentative Stimme. Vor allem: Die deutschsprachigen Medien hatten die Entwicklung bei der Euro-Einführung so lange verschlafen, bis Fakten geschaffen waren. Erst als es völkerrechtlich gesehen kein Zurück mehr gab, wurde zumindest einigen von ihnen klar, was da überhaupt passierte. Der Brüsseler WDR-Korrespondent Rolf Dieter Krause sagte, die Journalisten hätten vor dem Maastricht-Gipfel »lange geschlafen«. Die deutschen Medien seien mit der Wiedervereinigung und deren Folgen beschäftigt gewesen. Krause erklärt heute zum damaligen Verhalten seiner Journalistenkollegen: »Wir gehen so damit um, dass wir jeden, der Zweifel am Sinn des Euro geäußert hat, in die nationalistische Ecke drängen (...). Manfred Brunner galt einst als Liberaler, inzwischen wird er dem rechten Lager zugeordnet. Er ist aber dahin geschoben worden, weil er es gewagt hat, Zweifel am Euro zu äußern.«⁹

Nach Angaben von Axel Bunz, damals Leiter der deutschen Vertretung bei der EU-Kommission, wollte die Politik in den 1990er-Jahren nicht, dass sich die Medien oder gar die Bevölkerung mit dem Euro auseinandersetzen - es war ein Tabuthema. Bunz sagte: »Die Bevölkerung wurde absichtlich außen vor gelassen, weil es nicht auf sie ankam.« Der bayerische Grünen-Abgeordnete Gerald Häfner berichtet, die Wirkung einer Schweigespirale in seinem politischen Umfeld zum Thema »Euro« sei extrem groß gewesen: »Menschen, auch Abgeordnete, hatten Angst, ihre Bedenken deutlich zu äußern. Kritische Haltung zum Euro, oft sogar schon Nachfragen, galten weiterhin als nationalistisch, chauvinistisch, dumpf, unmodern, uneuropäisch, antieuropäisch.« Kann man bei Kenntnis dieser Fakten noch von Demokratie sprechen? Was ist das für ein politisches System, wenn Politiker Angst haben, sich in Bezug auf ein auf Jahrzehnte hin wichtiges Thema zu informieren? Wenn sie nicht nachfragen dürfen, weil das als »nationalistisch« gilt?

Jens Peter Paul hat 2007 eine Doktorarbeit zu diesem Thema an der Frankfurter Goethe-Universität geschrieben, ihr Titel: *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*. Er schickte dazu an 1086 Bundestags-, Europa- und Landtagsabgeordnete einen Fragebogen, in dem unter anderem gefragt wurde, ob der Euro »von oben« durchgesetzt, also den Bürgern aufgezwungen worden sei. 78 Prozent der Abgeordneten stimmten dieser Aussage ganz oder teilweise zu.¹⁰

Jens Peter Paul zitiert auch den damaligen Präsidenten einer Landesbank, der vor der Währungsunion in einem Hintergrundgespräch gefragt wurde, welche Höhe der Geldentwertung auf die Deutschen mit dem Euro zukomme. In der Doktorarbeit heißt es: »Er sagte, dass er davon ausgeht, dass es zwischen 15 und 20 Prozent sind, dass er jedoch, würde man ihn zitieren, das abstreiten würde.«¹¹ So war die Desinformation über den angeblich so wundervollen Euro programmiert. Hat das noch etwas mit Demokratie zu tun?

In der Doktorarbeit lässt Paul wissen, dass Journalisten, die nicht auf Linie waren, Probleme bekamen: »Unter den Brüsse-

ler Journalisten, die naturgemäß am frühesten und am besten über die Pläne auf EU-Ebene Bescheid wussten, gab es seit den 80er-Jahren einen Comment, der eine kritische Haltung gegenüber einer europäischen Währungsunion nur innerhalb enger Grenzen erlaubte. Wer diese Grenzen überschritt, bekam zu verstehen, dass man ihn für fehl am Platze hielt, zumindest für desorientiert.«¹² Einer, der das deutlich zu spüren bekam, war Winfried Münster, damaliger Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Brüssel. Er beschreibt den Druck auf ihn folgendermaßen: »Ein paar Wochen vor dem Gipfel von Maastricht hat mich (der deutsche Botschafter in Brüssel) Dietrich von Kyaw als >Ratte< beschimpft. Er stand vor mir: >Wenn Sie so weiter-schreiben, dann machen Sie die deutsche Wirtschaft kaputt, denn dann kommt die Währungsunion nicht!< Und so ein Quatsch. Der Druck war sofort enorm. Es gab dann Beamte in der Vertretung in Brüssel, die haben nicht mehr mit mir gesprochen. Aber auch einige Kollegen nicht. Was besonders schlimm war. Daran, dass ich Europäer war, konnte gar kein Zweifel bestehen. Für mich war die ganze Sache deshalb so enttäuschend, weil die Währungsunion die Integration nicht weitergebracht hat. Trotzdem wurde ich (...) binnen Wochen in die rechte Ecke gestellt.«¹³ Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl nahm Winfried Münster bei einem Journalistengespräch zur Seite und wies ihn an, seine Euro-Kritik nicht in die Redaktion zu bringen. Kohl warf ihm persönlich vor, er könne das Klima »vergiften«. Auch der damalige Außenminister Kinkel sagte bei anderer Gelegenheit zu Münster, dieser solle nicht mehr so »destruktiv« über den Euro schreiben.¹⁴

Der FDP-Politiker Burkhard Hirsch beklagte ebenfalls den großen Druck, der auf Euro-Skeptiker ausgeübt wurde. Paul zitiert ihn in seiner Doktorarbeit mit den Worten: »Auf den Kirchentagen wurde zeitweise offener und ehrlicher debattiert als auf sämtlichen Parteitag. Wo die Politik Glaubensbekenntnisse fordert, darf nicht mehr frei gedacht werden (...) Als Bundesbankpräsident Tietmeyer die Selbstverständlichkeit äußerte, die Verschiebung des Euro (...) bedeute keinen Weltun-

tergang, wurde er umgehend gezwungen, ein Bekenntnis nachzuliefern. Selbstverständlich sei er ein glühender Befürworter' des Euro an sich. Stoiber und Biedenkopf erlebten Ähnliches.«¹⁵

Jens Peter Paul zieht in seiner Doktorarbeit folgendes Fazit in Hinblick auf die deutschen Medien: »Die Journalisten folgten den übrigen Angehörigen der deutschen Eliten, die (...) auf Pro-Euro-Kurs eingeschwenkt waren. (...) Der Euro blieb ein Projekt der Eliten. (...) Am Ende sind beiderseits gescheiterte Kommunikationsversuche zu erkennen. Selten standen sich Regierende und Regierte so verständnislos gegenüber.«¹⁶

Mit den Grundzügen von Demokratie hat das alles ganz sicher nichts mehr zu tun. Was Sie in den vorhergehenden Abschnitten gelesen haben, erinnert vielmehr an dunkle Diktaturen und vergangene Regime. Aber es ist erst ein winziger Vorgeschmack auf das, was hinter den Kulissen passierte.

Die öffentlich-rechtlichen Sender

Seit Jahrzehnten muss jeder Bürger in Deutschland und Österreich Zwangsgebühren für das öffentlich-rechtliche Fernsehen zahlen. Dafür werden die Bürger dann angeblich umfassend mit neutralen Informationen versorgt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat das Gebot der Staatsferne und der Unabhängigkeit, was bedeutet, dass er bei seiner Programmgestaltung vielseitige Interessen zu berücksichtigen und sich nicht auf einen regierungsfreundlichen Kurs zu begeben hat. Einen ersten Eindruck davon, wie wichtig (oder unwichtig) der Abschied von der D-Mark und die Einführung des Euro aus Sicht der ARD gewesen sind, erhält man durch ihre Jahresrückblicke aus den 1990er-Jahren.¹⁷ Schauen wir uns dazu einmal die wichtigsten Meilensteine der Euro-Einführung an. 1992 ging als das Jahr der Maastricht-Klage vor dem Bundesverfassungsgericht in die Geschichte ein. Im ARD-Jahresrückblick wurde groß über das Thema »Sex«, den neu gewählten US-Präsidenten Bill Clinton,

die Musiker der Gruppe »Die Prinzen«, die UN-Mission in Somalia, die Belagerung Sarajewos, die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen und den Tod von Marlene Dietrich und Willy Brandt berichtet - aber nicht über die Maastricht-Klage in Karlsruhe und die Mahnungen der Euro-Kritiker.¹⁸ Nicht anders war es 1993. In jenem Jahr trat der Maastrichter Vertrag in Kraft. Er ermöglichte den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital ohne Grenzen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Er war damit eine der Voraussetzungen für die Euro-Einführung. Die ARD berichtete damals in ihrem Jahresrückblick über einen Brandanschlag in Solingen und die Angst mancher Ausländer vor den Deutschen, über Trends in der High Society, über Hochwasser an Rhein und Mosel und den Tod von Frank Zappa - aber kaum etwas über die geplante Währungsunion.¹⁹

1994 wurde in Frankfurt/Main das Europäische Währungsinstitut (EWI) gegründet. Es war der Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB). Für die ARD war das nicht sonderlich wichtig. In ihrem Jahresrückblick ging es um den Tod von Heinz Rühmann, die neue Welt des Cyberspace, das Ende der Amtszeit von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident und über die Talkshows von morgen - doch nicht um die geplante Währungsunion.²⁰

1995 traten Österreich, Schweden und Finnland der EU bei. In Madrid entschieden die Staats- und Regierungschefs über den weiteren Zeitplan zur Einführung der einheitlichen Währung und einigen sich auf den Namen »Euro«. Wir ahnen, was der ARD im Jahresrückblick wirklich wichtig war: Klatsch und Tratsch, der Freispruch für O. J. Simpson, der Tod von Hanns-Joachim Friedrichs, das Attentat auf den israelischen Ministerpräsidenten Rabin und Flügelkämpfe in der SPD. An der voranschreitenden Währungsunion hatte man offenkundig kein großes Interesse.²¹

1996 billigte der EU-Rat den »Pakt für Stabilität« und konkretisierte damit die Stabilitätskriterien für den Euro. Die ARD berichtete im Jahresrückblick über ein Geiseldrama in Lima, die

Sparzwänge in Deutschland, den Tod von François Mitterrand, den Streit um die Rechtschreibreform und einen belgischen Kinderschänderskandal - kaum aber über den Fortgang der Währungsunion.²²

1997 einigten sich die EU-Staats- und -regierungschefs auf das neue Europäische Wechselkurssystem EWS II und auf die einheitliche Seite der Euro-Münzen und -Scheine. Die ARD interessierte das im Jahresrückblick nicht sonderlich. Der Tod von Prinzessin Diana war wichtiger, ebenso der Elchtest eines Mercedes-Modells, ein Brand auf der russischen Raumstation MIR und der Bürgerkrieg im fernen Zaire.²³

1998 war eines der wichtigsten Euro-Jahre: Die Teilnehmerländer an der europäischen Währung wurden damals im Europäischen Rat festgelegt. Wim Duisenberg wurde Präsident der EZB. Ende des Jahres legten die Wirtschafts- und Finanzminister der teilnehmenden Staaten die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse fest. Was tat die ARD? Sie berichtete im Jahresrückblick riesengroß über den 50. Geburtstag von Prinz Charles, über das Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Bill Clinton wegen der Lewinsky-Affäre und - man höre und staune - über den nahenden Abschied von der D-Mark.²⁴ Eine Minute und 33 Sekunden dauerte der Beitrag, der mit den Worten begann, niemand könne die D-Mark mehr retten.²⁵ Es war ein Beitrag, in dem der Eindruck vermittelt wurde, dass es finanzpolitisch Zeit sei, die verstaubte, schrullige alte D-Mark zu entsorgen und sich nunmehr auf die heiß ersehnte, wunderbare neue Euro-Währung zu konzentrieren. Euro-Kritiker oder Anhänger der D-Mark kamen natürlich nicht zu Wort.

1999 wurde der Euro dann zunächst als Buchwährung eingeführt. Die ARD vermeldete das im Jahresrückblick mit den Worten: »Elf europäische Länder begrüßen ihre neue Währung. Alle Aktienkurse rechnet man ab jetzt nur noch in Euro. Die meisten Börsen verbuchen Kursgewinne. Der Euro startet bei 1,1789 Dollar, bis Dezember sinkt er um mehr als 14 Prozent.«²⁶ Auch in den Jahren 2000 und 2001 sucht man Euro-kritische Stimmen im Jahresrückblick der ARD, der die jeweils

wichtigsten Ereignisse noch einmal Revue passieren lassen soll, vergeblich. Schließlich wurde der Euro im Jahr 2002 auch als Bargeld eingeführt. Ab da waren unveränderbare Fakten geschaffen worden. Die staatlichen Propagandakanäle hatten ihre Funktion wie in einer Diktatur erfüllt - eine (Euro-)kritische Berichterstattung war nicht zu verzeichnen gewesen.

Das eben Festgestellte kann man auch beim ZDF belegen; der Sender, der ausgewogen informieren sollte, war stets für einseitige Propagandaaktivitäten zugunsten des Euro bereit. In einer Doktorarbeit heißt es dazu: »Das ZDF ging so weit, zur bevorstehenden Bargeldeinführung am 1. Januar 2002 in einer >Medienpartnerschaft< (Intendant Dieter Stolte) mit der Bundesbank eine Euro-Informationskampagne mit zwei >Schwerpunktwochen< aufzulegen; zwei >Shows<, so die Ankündigung, sollten sich >um den Euro drehen<. Entsprechend dem Informationsauftrag als öffentlich-rechtliche Anstalt wolle das ZDF >dazu beitragen, bestehende Ängste in der Bevölkerung hinsichtlich des Euro abzubauen< (Stolte). Bundesbankpräsident Ernst Welteke habe dem ZDF auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Frankfurt am Main >für die Unterstützung< gedankt (ddp-Meldung vom 8. Mai 2001). Drei Jahre zuvor (23. März 1998, 19.25 Uhr) hatte das ZDF schon einmal einen Abend dem Euro gewidmet - unter dem Titel *Mordfall D-Mark*. Der hr-Wirtschaftsjournalist Christoph Wehnelt nannte das TV-Ereignis in seiner Kritik eine >mehr oder weniger gelungene Show zugunsten des Euro< (hr-Morgenmagazin *Start* vom 24. März 1998). Einfluss auf die Haltung der Zuschauer hatte sie ausweislich zweier TED-Umfragen indes nicht: Zu Beginn der Sendung bezeichneten 16 Prozent die EWU als >gut<, 84 Prozent [als] >schlecht<, am Ende der Sendung 17 Prozent [als] >gut<, 83 Prozent [als] >schlecht< (Zahl der Teilnehmer unbekannt).«²⁷

Um Propaganda für den Euro zu machen, war jedes Mittel recht. Der sozialistische österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel verfiel gar auf den abstrusen Gedanken, nach *Big-Brother*-Muster Kandidaten aus Euro-Ländern in einen Container zu stecken. Der damalige EU-Ratspräsident Jan

Peter Balkende traute sich jedoch nicht, solche Ideen öffentlich anzukündigen.

Zwangsumtausch: RTL und Sat.1 im Euro-Jubel

Bevor wir die Euro-Kritiker aus den 1990er-Jahren und ihre ganz persönlichen Erfahrungen mit den Folgen politisch nicht korrekter Äußerungen kennenlernen, zunächst eine Frage an Sie als Leser: Können Sie sich vielleicht noch daran erinnern, ob, und falls ja, welche Euro-Kritiker es damals vor der Euro-Einführung überhaupt gab?

Sicher ist: Es gab sie, aber sie kamen in bestimmten Medien schlichtweg nicht zu Wort. Nehmen wir beispielsweise einmal den Privatsender RTL. Was glauben Sie, wie oft Euro-Kritiker in den Jahren zwischen 1999 und 2001 auch nur einen einzigen kritischen Satz zur Einheitswährung sagen durften? Ein Tipp: Wir sprechen von 1095 Sendetagen. In jenen Jahren schalteten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 74 Prozent der Bundesbürger jeden Tag den Fernseher ein. Etwa jeder Dritte schaute regelmäßig den Privatsender RTL. Als ich in den Archiven von RTL nach den Stimmen von Euro-Kritikern suchte, da war ich mir sicher, Dutzende Aufnahmen zu finden, vielleicht sogar Hunderte. Ich dachte, da komme eine wahre Mammutaufgabe auch mich zu. Doch weit gefehlt!

Ganze sechs Mal gab es während der 1095 Tage zwischen der Einführung des Euro als Buchgeld 1999 und der Einführung des Euro als Bargeld am 1. Januar 2002 laut Archivrecherche einen kritischen Satz zur neuen Währung. Jedenfalls konnten wir in den digitalen Archiven, die man auf Stichworte hin durchsuchen kann, bei der intensiven Recherche nicht mehr finden. Zudem war das, was da an angeblicher Euro-Kritik geäußert wurde, eher handzahn.

Am 27. Dezember 2001 durfte beispielsweise Professor Wilhelm Hankel, ein Währungsexperte und Euro-Gegner, seine pessimistische Prognose bei RTL abgeben, als er erklärte: »Man

kann aus einem Dutzend schwacher Währungen keine harte machen.«

Ein paar Tage zuvor, am 17. Dezember 2001, sagte Simone Severin vom Rheingold-Institut zur Euro-Skepsis der Bürger und zur emotionalen Bedeutung der D-Mark, es gebe in der Bevölkerung in Hinblick auf den Abschied von der D-Mark eine gewisse »Trauer«.

Noch früher, am 20. April 2000, sendete RTL den folgenden Kommentar: »Als der Euro eingeführt wurde, galten sie als Störenfriede und Spielverderber - die lästigen Dauerkritiker der neuen Währung, die an der D-Mark festhalten wollten. Inzwischen spricht vieles dafür, dass sie mit ihrer tiefen Skepsis recht behalten. Der Kurs des Euro ist heute zum dritten Mal in Folge auf einen neuen Tiefstand gefallen.« Zugleich wurde der Wirtschaftsexperte Kai Rath zum Euro-Kurs mit den Worten zitiert: »Wir sind 1999 bei 1,18 gestartet, jetzt auf Tiefstand.« Und Martin Hüfner, damals Chefvolkswirt der HypoVereinsbank, sagte bei RTL: »Die Leute haben kein Vertrauen in den Euro, aber das braucht eine Währung.« Ralph Brügelmann vom Institut der deutschen Wirtschaft sprach in die RTL-Kamera: »Wir sind mit der Stabilität der D-Mark verwöhnt worden, das darf man so nicht auf die Euro-Zone übertragen.«

Das wenige, das Sie gerade gelesen haben, war nach einer ausgiebigen Archivrecherche offenbar alles, was RTL an den bereits erwähnten 1095 Sendetagen den Bürgern vor der Euro-Bargeldeinführung an (auch nur ansatzweise) kritischen Stimmen zum Euro präsentierte. Wir sprechen hier wohlgermerkt nur von der Schattenseite des Euro. Jubelberichte über den Euro gab es dagegen zuhauf.

Kaum anders war es beim Privatsender Sat.1. Der Journalist Dr. Bruno Bandulet (siehe dazu das entsprechende Kapitel dieses Buches) berichtete mir im Frühjahr 2013, wie bei den Kirch-Sendern der Euro hochgejubelt werden musste. Er erklärte es mir am Beispiel des medialen Wegschauens beim Euro-kritischen Bund freier Bürger (BfB). Bandulet: »Es gab Ansätze, den BfB zu blockieren: Kohl sorgte über Leo Kirch dafür,

dass der BfB dort totgeschwiegen oder bekämpft wurde, wo Kirch Einfluss bei TV-Sendern oder Zeitungen besaß.«

Es ist unbestritten, dass Medienunternehmer Leo Kirch in den 1990er-Jahren weite Teile des europäischen Medienmarktes kontrollierte. Ebenso bekannt ist die enge Freundschaft, die Kirch und Kohl miteinander verband. Kirch war einer der größten Spender für die CDU. Darüber hinaus war er Kohls Trauzeuge bei dessen zweiter Hochzeit. Die beiden verstanden es wie kaum jemand zuvor, Schulden auf Kosten anderer zu machen: Kohl bürdete den Steuerzahlern Milliarden Schuldenlasten auf. Kirch meldete kurz nach der Euro-Einführung im Frühjahr 2002 Insolvenz an - und hinterließ 6,5 Milliarden Euro Schulden. Unbestritten ist ebenfalls, dass Leo Kirch jene Politiker, die Deutschland in den Schulden- und Euro-Sumpf gezogen haben, reichlich entlohnte. Helmut Kohl bekam ebenso nach dem Ende seiner Amtszeit einen Beratervertrag bei Kirch wie Theo Waigel. *Der Spiegel* schrieb 2003 dazu: »Neben dem Ex-Kanzler selbst versorgte Kirch mindestens vier Mitglieder der schwarz-gelben Regierungskoalition nach ihrem Ausscheiden aus der ersten Reihe der Bundespolitik mit lukrativen Verträgen. Hochkarätiger und vor allem umfassender ließ sich wohl kaum je ein Unternehmer beraten.«²⁸ Die geheimen Millionenverträge sind heute öffentlich bekannt.²⁹

Kann man also guten Gewissens glauben, was Dr. Bruno Bandulet da über die Einflussnahme von Kohl auf die Medien in Hinblick auf den Euro berichtet? Kohl sorgte über Kirch dafür, dass Euro-Kritiker bei den Privatsendern nicht zu Wort kamen? Ja, man kann das getrost glauben. Zudem trifft das wohl nicht nur auf die Fernsehsender zu. Kirch war in den 1990er-Jahren immerhin auch der zweitgrößte Aktionär des Springer-Verlages.³⁰ Daher kann man sich gut vorstellen, was folgende Aussage von Dr. Bruno Bandulet bedeutet: »Auch die *Bild-Zeitung* wurde gegen den BfB instrumentalisiert.«

Helmut Kohl benutzte die Privatsender also alle: die Sendergruppe RTL, die heute zum Bertelsmann-Konzern gehört, ebenso wie jene Sender oder Zeitungen, auf die Leo Kirch Einfluss

hatte. Die öffentlich-rechtlichen Sender wollten damals die Speerspitze des Fortschritts sein - sie gaben die D-Mark noch vor allen anderen auf und jubelten den Euro begierig hoch. Wer daran auch nur den geringsten Zweifel hat, kann das heute leicht nachrecherchieren: Die Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, die auf dem Gelände des Hessischen Rundfunks in der Bertramstraße in Frankfurt/Main ihr Domizil hat, hat das alles ausführlich dokumentiert. Wir werden später noch zahlreiche drastische Beispiele für das skrupellose Zusammenspiel von Politik und Medien, das gegen die Bürger gerichtet war und ist, bringen.

Schlacht der Lügen: die Euro-Propaganda von Sabine Christiansen und Ulrich Wickert

Die Mehrheit der Deutschen wollte den Euro ganz sicher nicht. Doch was nicht passte, das wollte die Politik mit Werbung passend machen. Neun Millionen Euro (17,6 Millionen D-Mark) kostete die Informationskampagne, die aus Haushaltsmitteln des Presse- und Öffentlichkeitsamtes der Bundesregierung zur Euro-Indoktrinierung der Massen finanziert wurde. Im Klartext: Der Steuerzahler musste für seine eigene Gehirnwäsche bezahlen. Und zwar gleich doppelt: einmal über die Steuern und ein zweites Mal über die GEZ-Zwangsgebühren. Die Werbeaktion begann bereits im Jahr 2000. Sie sollte den Euro-Endspurt in fünf Phasen bis zur Bargeldpremiere am 1. Januar 2002 begleiten. Ziel war keineswegs eine inhaltliche Aufklärungsarbeit. Vor allem sollten bei den Deutschen »positive Emotionen« für die neue Währung geweckt werden. Die Mittel verteilten sich wie folgt: sieben Millionen Euro für Werbe- und Public-Relations-Aktionen (Anzeigen, TV-Spots, Plakate), 750000 Euro für PR-Kooperationen mit Nichtregierungsorganisationen und den Bundesländern und schließlich 1,2 Millionen Euro für fortlaufende Aktionen (Servicezentrum, Euro-Zelt, Vertrieb). In der ersten Werbephase wurden reine Anzei-

genkampagnen durchgeführt. In Phase zwei wurden Anzeigen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gestartet. Phase drei stellte Leitfiguren aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft vor, die für den Euro eintraten. In Phase vier sprachen sich dann im Sommer/Herbst 2001 neben Prominenten auch Nichtprominente in Werbeanzeigen für den Euro aus. Es wurden beispielsweise ganzseitige Anzeigen mit Berti Vogts, dem damaligen Bundestrainer der Deutschen Fußballnationalmannschaft, geschaltet. In ihnen hieß es fett gedruckt: »Der Euro ist ein Steilpass in das nächste Jahrhundert.« Darüber hinaus war dann beispielsweise zu lesen: »Deutschland muss im Team Europa wirtschaftlich in der Spitzengruppe spielen. Mit dem Euro werden wir im globalen Wettbewerb Erfolg haben. Die gemeinsame europäische Währung ist die beste Absicherung gegen die Risiken von Währungsschwankungen. Die exportstarke deutsche Wirtschaft muss fit sein für die Herausforderungen des nächsten Jahrhunderts. Unsere Chancen müssen wir uns hart erarbeiten - im Fußball wie beim Euro. Nur wer Chancen nutzt, hat auch Erfolg.«

Vergessen ist inzwischen, dass es mutige Menschen gab, die sich für solche Kampagnen nicht hergaben. Dazu gehörte etwa der damalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer. Der Versuch, ihn in Zusammenhang mit Anzeigenkampagnen zum Werbeträger für den Euro zu machen, endete im Eklat: Tietmeyer teilte der Bundesregierung mit, für eine Anzeigenserie zur Währungsunion stehe er ihr nicht zur Verfügung. Tietmeyer sagt heute rückblickend, eine Währung sei eine viel zu seriöse Angelegenheit, als dass man sie »zum Gegenstand von Werbung« machen sollte. Tietmeyer weiter: »Werbekampagnen sind nicht mein Geschäft.«³¹

Euro-Kritiker wurden im Zuge dieser Kampagne systematisch ins geistige Abseits gestellt - wenn man sie denn überhaupt zu Wort kommen ließ. Rückblickend sind jene Leserbriefe aufschlussreich, die besorgte Bürger vor dem Hintergrund der einseitigen staatlichen Informationspolitik an Zeitungen schickten. Da schrieb etwa Bruno Ortlepp aus 99894 Friedrichroda

am 19. März 1998 erstaunt an die Leserbriefseite der Zeitung *Die Welt* zur Euro-Einführung: »In den deutschen Medien werden Waigel und Schröder hoch gelobt, und dabei wird kaum Kritik laut. Doch ganz anders, wenn man die englisch-sprechenden Sender einschaltet (zum Beispiel CNN, NBC oder Sky). Hier hört man, dass die Maastricht-Kriterien nur mit einer großen Mogelpackung erreicht wurden (...).« Die deutschen Bürger wurden schlicht für dumm verkauft. Neutral informiert wurden sie mit Sicherheit nicht.

Die CDU druckte und verteilte ab Anfang 1998 eine Propagandabroschüre mit dem Titel *Euro: Die Währung für eine sichere Zukunft*. Die Bevölkerung wurde darin extrem verschaukelt. Mit erstunkenen und erlogenen Behauptungen sollten die Bundesbürger davon überzeugt werden, dass die D-Mark künftig für Massenarbeitslosigkeit und Industrieabbau, der Euro aber für ein leichtes Leben in Saus und Braus stehen werde.

Später ließ die damalige Bundesregierung in 100 Städten Zelte aufstellen, um Euro-Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. In einer Pressemitteilung des Bremer Senats vom Oktober 2001 hieß es: »Wenige Wochen vor der Euro-Bargeldeinführung können die Bremer Bürger die echten Euro-Scheine und -Münzen auf dem Hanseatenhof begutachten! Experten erläutern, woran die echten Euro-Scheine in Zukunft zu erkennen sind. Am Mittwoch, 7. November, und am Donnerstag, 8. November, jeweils von 10:00 bis 19:00 Uhr, gibt es umfassende Informationen rund um den Euro. Die Aktionsgemeinschaft Euro (Bundesregierung, Europäische Kommission, Europäisches Parlament) und die Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt suchen das Gespräch mit den Bremer Bürgern. Die Hansestadt Bremen ist der 92. Stopp des Euro-Zeltes der Aktionsgemeinschaft Euro und der Deutschen Bundesbank. Insgesamt besucht das Euro-Zelt in diesem Jahr 100 Städte von Flensburg bis Garmisch und von Aachen bis Görlitz.«³²

Geld spielte bei der Propagandaschlacht für den Euro aufsehen der Bundesregierung damals offenbar keine Rolle. Wie

anders soll man die nachfolgende Pressemeldung vom 5. Juni 2000 interpretieren? »Publicis in Frankfurt ist von der Aktionsgemeinschaft Euro, zusammengesetzt aus Bundespresseamt, EU-Kommission und EU-Parlament, mit der Umsetzung der Euro-Informationenkampagne in Deutschland beauftragt worden. (...) Der Auftritt für die neue Währung ist für die Jahre 2000 und 2001 mit einem Budget von 28 Millionen Mark ausgestattet. Neben dem Etat der Europäischen Zentralbank, der von *Publicis PR* in Berlin betreut wird, liegt damit ein weiterer Etat zur Einführung des Euro-Bargelds bei der *Publicis-Gruppe*.«³³ Am 18. Juni 2001 teilte die Bundesregierung dann mit: »Die Aktionsgemeinschaft Euro, in der die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Bundesregierung gemeinsam für die Bargeldeinführung der neuen europäischen Währung arbeiten, startet (...) eine erste Welle von Fernsehspots zur Euro-Bargeldeinführung. Wie schon bisher in Zeitungs- und Zeitschriftenanzeigen sowie auf Großflächenplakaten werden vier Persönlichkeiten unentgeltlich als Euro-Botschafter auftreten: Sabine Christiansen, Richard von Weizsäcker, Helmut Schmidt und Ulrich Wickert. Für die Fernsehspots wird die Aktionsgemeinschaft Euro in diesen beiden Monaten über drei Millionen Mark zur Verfügung stellen. Wie bei allen PR- und Werbeaktivitäten im Rahmen der Euro-Informationenkampagne werden auch diese je zur Hälfte aus dem Etat des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung und aus Mitteln der Europäischen Kommission finanziert. Ulrich Wickert wird als Erster für den Euro »on air« sein. Es folgen in der Reihenfolge Christiansen, von Weizsäcker und Schmidt.«³⁴ Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt machte damals mit ziemlich peinlichen Aussagen zum Euro auf sich aufmerksam. Sie belegten jedenfalls, dass er möglicherweise von vielen Dingen eine Ahnung hat, ganz sicher jedoch nicht von Währungen. Schmidt meinte: »Die Stabilität des Euro nach außen, gegenüber anderen wichtigen Währungen, wird größer sein, als es die der Deutschen Mark bisher war. Das ist zurückzuführen auf das größere Volumen der neuen Währung.« Darauf entgeg-

nete Peter Odendahl, damals Geschäftsführer der Aurecon Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH: »Deutsche Spitzenpolitiker vertreten die Meinung, dass der größere Währungsraum den Euro härter mache, als es die D-Mark derzeit ist. Nun - wenn diese Politiker der Meinung sind, dass die Größe eines Raumes ein Härtekriterium ist - Russland ist mehr als zweihundertmal größer als die Schweiz. Es wäre also interessant zu untersuchen, ob die Herren künftig ihre Ersparnisse lieber in Rubel als in Schweizer Franken anlegen werden.« Damit war Helmut Schmidt öffentlich geschlagen. Er verbreitete viel Unsinn über den Euro, schrieb etwa am 29. Juni 1997 in der *Welt am Sonntag*: »Der Euro wird - wohl wahr - eine harte Währung sein, und zwar eine, die in ihrem Außenwert weder durch Spekulanten auf den Finanzmärkten noch durch politische Entscheidungen in Washington oder Tokio leicht manipuliert werden kann.«³⁵

Schauen wir uns nun zwei andere Euro-Werber näher an: Durften Ulrich Wickert und Sabine Christiansen sich überhaupt für den Euro in einer Werbekampagne prostituieren? Die Kampagne, mit der die Politik auf Plakaten, in Anzeigen und via TV für den Euro warb, war zumindest anrühlich - wenn nicht sogar gesetzwidrig. Der Rundfunkstaatsvertrag untersagte nämlich damals, dass in Fernsehspots »Personen auftreten, die regelmäßig Nachrichtensendungen oder Sendungen zum politischen Zeitgeschehen vorstellen«. Medienrechtler Christoph Degenhart von der Universität Leipzig hielt die Prominentenfilme deshalb auch für »problematisch«, weil die öffentliche Autorität der ARD-Journalisten »zielgerichtet« für politische Propagandazwecke ausgenutzt wurde.³⁶

Sabine Christiansen, eine 1957 geborene Moderatorin, erklärte im August 2001, warum sie sich für den Euro prostituierte: »Die Aussichten für den Euro sind gut. Auch wenn er derzeit schwächelt, räumen ihm Experten großes Potenzial ein, stabiler als die Mark zu werden.«³⁷ Weiter erklärte sie: »Ich werde aus Finanzkreisen immer wieder gebeten, doch mehr Sendungen zum Thema Euro zu machen, aber als Gäste wollen

bedauerlicherweise viele Vorstandsvorsitzende der Banken oder großen Unternehmen nicht zur Verfügung stehen.« Bitten die »Finanzkreise«, dann folgen Menschen wie Frau Christiansen offenkundig gern. So richtig lange konnte sie sich allerdings nicht am Euro berauschen. Schon am 30. November 2003 lautete das Thema ihrer Talkshow: »Deutschland bankrott? Euro in Gefahr?«. In der Sendung sagte der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim zur Entwicklung des Euro: »Meines Erachtens ist das der Super-GAU. Das ist absolut fatal, was hier passiert. Es ist das Vertrauen, das jetzt verspielt wird und innenpolitisch genauso. Wir haben hier im Interesse der kurzfristigen Politik langfristige Ziele aufgeopfert.«

Schaut man sich in den Archiven die Sendungen von Sabine Christiansen genauer um, dann fällt auch dem Gutwilligsten auf, wie sehr diese öffentlich-rechtliche Sendung für die Euro-Propaganda missbraucht wurde. Man braucht die einzelnen Sendungen nicht einmal in voller Länge anzuschauen. Man muss nur die Fakten betrachten: Der Euro-Skeptiker (und -Kläger) Professor Hankel wurde in Bezug auf die allererste Sabine-Christiansen-Sendung vom 4. Januar 1998 zunächst ein- und dann wieder ausgeladen. Während die Redaktion »konzeptionelle Gründe« nannte und 500 Euro Ausfallhonorar anbot, vermutet Hankel eine Intervention von Wolfgang Schäuble. Die ARD bestreitet das.³⁸

Es reicht allerdings bei anderen Sendungen ein Blick auf die jeweils offenkundig unausgewogene Gästeliste, um einen Eindruck zu bekommen, was da wirklich ablief. Behält man im Hinterkopf, dass die Moderatorin zu den erklärten Euro-Propagandisten gehörte, dann wird das Bild noch deutlicher. Im September 2001 strahlte Christiansen ihre Talkshow unter dem Thema aus: »Deutschmark Ade! Euro tut weh?« Euro-Vorkämpfer Theo Waigel, der von der Regierung angeheuerte Euro-Propagandist Ulrich Wickert, Euro-Befürworter Hans Eichel und Euro-Krimi-Autor Horst Ehmke ließen Euro-Kritikern keine Chance. Nicht anders in der Sendung »Ende einer Epoche - Tschüss, Deutschmark!« vom Dezember 2001. Da saßen

neben Sabine Christiansen Euro-Kämpfer Hans Eichel, Euro-Vorkämpfer Egon Bahr («... die historisch einmalige Chance, das geeinte Europa ohne Krieg zu verwirklichen») und stellvertretend für Euro-Kämpfer und Altkanzler Helmut Kohl dessen rechte Hand Lothar de Maiziere. Den Euro-skeptischen, rückständigen deutschen Michel durfte der Schauspieler Heinz Schenk verkörpern. Wie wichtig Sabine Christiansen mit ihrer Talkshow bei der Beeinflussung der Bevölkerung war, sagte der CDU-Politiker und Unions-Fraktionschef Friedrich Merz am 29. Juni 2003 bei der 250. Sendung von Sabine Christiansen: »Ich finde, wir sollten Ihnen erst mal gratulieren zu dieser Sendung. Diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der deutsche Bundestag.«³⁹ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb einmal über Frau Christiansen: »Über die Jahre wurde dabei unverkennbar, dass Christiansen mit ihrem Ersatzparlament die übrige Welt aus den Augen verlor. (...) An den eigenen Worten, erst recht den Taten gemessen, mit den Folgen für andere konfrontiert zu werden - so etwas passiert einem bei Christiansen nicht.«⁴⁰ Sie war eben eine, die den Großen nach dem Mund redete, sie war ein Werkzeug der Mächtigen. Knapp zehn Millionen Euro Gebührengelder hat die ARD für das Panoptikum der gelernen Stewardess jährlich ausgegeben - demzufolge rund 200 000 Euro pro Sendung. Die Zeitschrift *Park Avenue* schrieb in einem Porträt über sie: »Mit seichten Fragen wurde Sabine Christiansen zu einer der mächtigsten Frauen Deutschlands. Ihre Talkshow ist das Barometer für die politische Stimmung im Land.«⁴¹ Vielleicht war sie wirklich ein Barometer für die Stimmung in der Politik, ganz sicher aber nicht für die Stimmung in der Bevölkerung. Schließlich suchte man Durchschnittsbürger, die sich nach der D-Mark zurücksehnten, bei ihr fast vergeblich. Dafür kassierte sie dreist ab wie kaum ein anderer: Medienberichten zufolge nahm sie 30 000 Euro, wenn sie unter einem Firmenlogo als Rednerin auftrat.⁴² Zum Vergleich: Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm bessert seine Rente mit 15 000 Euro pro Vortrag auf. Das ist nach Medienberichten auch der Satz von

Ulrich Wickert, dem *Ex-Tagesthemen-Moderator*⁴¹, der zusammen mit Sabine Christiansen vor der Euro-Einführung auf Plakatwänden für die Abkehr von der D-Mark eintrat.

Frau Christiansen sollte also den Euro-Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen und den deutschen Bürgern den unappetitlichen Euro schmackhaft machen. Am 7. Mai 2001 schrieb der *Focus*: »Nun soll es die Prominenz richten. ARD-Talk-Masterin Sabine Christiansen, Kollege Ulrich Wickert, Ex-Bundespräsident Richard von Weizsäcker sowie Altkanzler Helmut Schmidt - alle vier lächeln sie seit vergangenem Dienstag für das neue Euro-Geld. Auf 4000 Plakaten und in unzähligen Anzeigen erklärt das Quartett den Deutschen, warum sie die ungeliebte neue Währung endlich ins Herz schließen sollen. Ein Motto der millionenteuren Sympathiekampagne: Der Euro - unsere Zukunft.«⁴⁴ Ob die unglaubliche Propagandaaktion Frau Christiansen und Herrn Wickert heute wohl peinlich ist?

Einen guten Journalisten erkennt man daran, dass er sich nicht gemein macht mit einer Sache, auch nicht mit einer guten Sache. Dieser journalistische Grundsatz wurde einst geprägt von Tagesthemen-Moderator Hanns Joachim Friedrichs. Dessen Nachfolger Ulrich Wickert (er ist mit der Gruner+Jahr-Vorstandsvorsitzenden Julia Jäkel verheiratet) hat sich 2001 gebühlich mit einer Sache gemein gemacht: der Einführung des Euro. Die NDR-Moderatorin und Ex-Tagesschau-Sprecherin Eva Herman hat 2011 einen aufschlussreichen Artikel über Ulrich Wickert und dessen Engagement für den Euro veröffentlicht, darin heißt es⁴⁵:

In Fernsehspots, in Zeitungen und auf Plakaten warb der politische Journalist Ulrich Wickert zur Euro-Einführung mit zuversichtlicher Miene, ein anderes Mal biss er in eine Euro-Münze, um so die künftige »harte Währung« zu signalisieren.

Doch Millionen Menschen im Land bekamen immer heftigere Bauchschmerzen: Sie wollten ihre stabile Deutsche Mark behalten. Wickert, neben Sabine Christiansen, Günther Jauch, Helmut Schmidt und Richard von Weizsäcker das ausersehene Haupttestimonial, schob die Bedenken jedoch beiseite. In der

Werbung, aber auch in zahlreichen Interviews hob er unablässig die vermeintlichen Vorteile des Euro hervor: wie großartig es sei, vor dem Urlaub kein Geld mehr umtauschen zu müssen, wie immens der wirtschaftliche Nutzen des Euro wäre (dieser Punkt wurde allerdings zu kaum einem Zeitpunkt hinreichend von dem TV-Journalisten erläutert oder vertieft) und dass es nur segensreich sein könnte, dass »wir« den Gründungsmythos DM endlich aufgegeben hätten.

Nein, spätestens an diesem Punkt konnte ein großer Teil des deutschen Volkes Herrn Wickert - bei aller Sympathie - nicht mehr folgen. Das belegt auch eine Untersuchung der Universität Hamburg über »Einfluss und Wirkung der Werbung auf den Betrachter«⁴⁶: Von acht Probanden kannten sechs die Anzeigen zum Euro mit Wickert; auf die Frage, was ihnen bei der Anzeige durch den Kopf geht, stimmten die Befragten in einigen Punkten überein, wie etwa bei der Erwähnung von Seriosität, Intelligenz, Sympathie und bei der Assoziation »Tagesthemen«. Doch nützte das offenbar nicht viel. In der Untersuchung heißt es daher: Zum Begriff EURO fielen allen Interviewten fast nur negative Punkte ein: Skepsis, Unsicherheit, Preiserhöhung, Schummelei bei der Erfüllung der Kriterien der Währungseinheit. Auf die Frage, was sie von der Währungsumstellung halten, antworteten sie ebenso negativ und wiederholten sich in ihren Aussagen.

Bei aller Sympathie zu Tagesthemen-Profi Wickert ging der geplante Coup also schon damals nach hinten los: Das Volk merkte, dass etwas faul an der Sache war. Die zahlreichen Pro-Euro-Finanzpolitiker schien das jedoch von ihren Plänen nicht abzuhalten. Sie hatten eine passende öffentliche Person gesucht und den Hauptgewinn gefunden: Wickert wirkte sympathisch, und er diente als eine Art Brücke zwischen Politik und Bürgern, zwischen oben und unten, zwischen Frankreich und Deutschland. Denn es war natürlich kein Pappentier, was man den Menschen im Land unterjubeln wollte: Die deutsche Wirtschaft lief damals trotz der jungen Wiedervereinigungsgeschichte relativ gut, die stabile Deutsche Mark hatte es möglich gemacht,

und diese war weltweit anerkannt. Die D-Mark war praktisch zum Sehnsuchtsziel zahlreicher Länder weltweit geworden, was Stabilität, Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit anging. Diese Deutsche Mark sollte mit dem Euro jedoch ausradiert werden, sang- und klanglos und für alle Zeiten. Zweifel an diesem Plan waren mehr als angebracht.

Wickert hatte sich zu diesem Zeitpunkt längst als Tagesthemen-Moderator und als netter, witziger Wetteronkel etabliert. Er hatte schlaue Bücher geschrieben über Moral und Anstand, und über die Krux des Lebens, dass all jene Menschen, die trotz materieller Verführungen echt und ehrlich bleiben wollen, am Ende immer die Dummen sind. Wahre Worte. Auf über 270 Seiten hatte Wickert über den Werteverlust moralphilosophiert: Nun ließ er als bundesdeutscher Euro-Anchorman selbst gnadenlos den größten materiellen Wert Deutschlands, die D-Mark, einfach wegrasieren!

Ja, Ulrich Wickert war damals, vor zehn Jahren, genau der richtige Superpromi für den Euro. Er war Kosmopolit, kannte sich im Ausland bestens aus, hatte die verschiedensten Mentalitäten der Länder kennengelernt, deren Währungen und Landsleute. Hatte er doch auch als ARD-Korrespondent jahrelang aus Washington, vor allem jedoch aus dem Euro-Initiator-Land Frankreich berichtet.

Der geneigte Bürger erfuhr zu diesem Zeitpunkt plötzlich ausschweifend viel über Wickerts internationale Vita: Der kleine Ulrich wurde im fernen Tokio geboren, dessen Vater Erwin, ein angesehener Diplomat, war dort lange als Rundfunkattaché der Deutschen Botschaft tätig. Wickert konnte ferner nachweisen, bereits als Schüler in Paris gelebt zu haben, wo die Familie einige Jahre aufgrund der Verpflichtung des Vaters bei der Deutschen NATO-Vertretung zubrachte. In den sechziger Jahren studierte Ulrich Wickert im damals noch politischen Bonn Politikwissenschaft und Jura, als Stipendiat verbrachte er mehrere Jahre im amerikanischen Connecticut. Ende der sechziger Jahre begann er seine journalistische Aufgabe dann beim WDR in Köln. Ein Bilderbuchpromi für die Euro-Einführung.

Dienstwillig machte Wickert mit. Man kann nur darüber spekulieren, warum ihm dabei keine ethischen und moralischen Bedenken kamen. Entweder er glaubte wirklich an den Erfolg des Euro, ohne die politischen Ränkespiele hinter der folgenreichen Entscheidung zu erkennen, was jedoch kaum vorstellbar ist. Denn dann müsste man ihm schlicht Naivität vorwerfen. Vielleicht war jedoch auch sein Arbeitgeber, der öffentlich-rechtliche und politisch immer korrekte Norddeutsche Rundfunk, Schuld an seinem Ja-Wort, weil der Sender ebenso ergeben mitmachte und seinen festangestellten Mitarbeiter für die umfassende Werbekampagne auslieh, was eigentlich laut Rundfunkstaatsvertrag verboten war.

Aus heutiger Sicht fragt man sich sowieso, wie das alles möglich sein konnte, was da in der großen Euro-Euphorie geschah. Abgesehen davon, dass nahezu alle Medien Euro-konform berichteten und Euro-Kritiker der ersten Stunde nicht selten diffamierten und zum Schweigen brachten, stellt sich grundsätzlich die Frage: Musste ein von Gebühren bezahlter ARD-Sender mit derartig eindeutigen politischen Entscheidungen nicht viel kritischer umgehen? Durfte der NDR wirklich sein bestes Pferd im Stall für eine solch alles umfassende und lebensverändernde europäische Wirtschafts- und Währungsaktion hergeben? Oder deckte der noch mächtigere Westdeutsche Rundfunk, wo Wickert sich einst seine ersten journalistischen Sporen verdiente und zu dem der Journalist lange Jahre auch als Frankreich-Korrespondent gezählt hatte, die Pläne mit? Oder steckte der WDR gar hinter dem Werbedeal?

Überhaupt: In Frankreich war sie ja einst entstanden, diese Euro-Idee: 1988 erarbeitete ein Ausschuss den sogenannten »Delors-Bericht« zur Gründung der Währung, benannt nach dem damaligen französischen EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, der in drei Schritten schließlich zur Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führte. Das von CDU-Kanzler Helmut Kohl geführte Deutschland sträubte sich zunächst: Im Zuge der angestrebten Wiedervereinigung von Ost und West wusste man damals in Bonn, was dem Land

damit bevorstand. Doch Frankreich blieb hart: Staatspräsident François Mitterrand soll seine Unterstützung zur Wiedervereinigung von der Euro-Einführung abhängig gemacht haben. Beobachter werden nicht müde, zu wiederholen, dass Deutschland nach der Wiedervereinigung an alter Stärke gewonnen hatte, an der nicht nur in Europa wohl kaum jemand interessiert war. Durch den Entzug der starken Deutschen Mark konnte dieses nicht ungefährliche Problem schnell gelöst werden. Und Ulrich Wickert mittendrin!

Man kann nur spekulieren, wie groß die Kreise sich zogen bei dem damaligen Beschluss, Wickert vor den Karren zu spannen. Der fließend französisch sprechende frankophile Wickert war die europäische Brücke zwischen Deutschland und Frankreich. Die Öffentlichkeit erfuhr wie zufällig nebenher, wie gut Wickert sich in der Provence auskannte, in französischen Käsesorten und Rotweinen, nein: Niemand konnte ihm da noch etwas vormachen.

Seine Rolle als seriöser Tagesthemen-Moderator half natürlich ebenso weiter: Fast wie die Verlautbarung der Bundesregierung mutet es bis heute an, wenn abends die Tagesschau- und Tagesthemen-Fanfaren erklingen und die Nachrichten des Tages vorgetragen werden. Erst in neuester Zeit wachsen Unbehagen und Zweifel an Auswahl und redaktioneller Einschätzung der Meldungen bei den Bürgern. Doch damals erhielt die Werbung zur Einführung des Euro damit noch einen zusätzlichen hochhoffiziellen Stempel. Einer wie der Tagesthemen- Wickert, der konnte sich doch nicht irren! Oder?

Im September 2011 erschien Wickerts neues Buch. Der Titel: *Redet Geld, schweigt die Welt*. Der Verlag Hoffmann und Campe schrieb in der Vorankündigung zum Inhalt: »Ist es bloße Gier, die Menschen dazu bringt, zu lügen, zu betrügen und irrezuführen? Kam es deshalb zur größten Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg? Werden Banker zu Recht als Gauner verurteilt? Ulrich Wickert nennt die Schuldigen beim Namen und fordert, endlich Verantwortung zu übernehmen und zu handeln.« Wie aber sieht es mit Ulrich Wickert selbst aus? Mit

seiner Verantwortung? Warum nennt er sich und Sabine Christiansen nicht als Mitschuldige? Schließlich sind sie in großem Stil für den Euro-Wahn eingetreten. Hat er das heute vergessen? Der Mann, der für jenen Euro warb, der ganz sicher der Wirtschaft, nicht aber dem normalen Bürger Vorteile brachte, schrieb also 2011 dreist ein Buch mit dem Titel *Redet Geld, schweigt die Welt*. Für Veranstaltungen mit ihm wurde mit dem Satz geworben: »>Wir müssen lernen, dass überall in der Welt, so auch in der Wirtschaft, nur diejenigen langfristig Erfolg haben, die ethische Werte kennen und ihr Handeln daran ausrichten^ mahnt Ulrich Wickert.«⁴⁷ Geht's noch? Haben Sie schon einmal mitbekommen, dass Wickert den Anstand gehabt und sich für sein damaliges Verhalten demütig beim deutschen Volk entschuldigt hätte? Nein? Ich auch nicht.

Wickert, der angeblich für Werte und für Anstand eintritt und die Gier von Banken kritisierte, fiel 2011 äußerst unangenehm auf, warb er doch für eine Bank, weshalb ihn Anleger-schützer unter Beschuss nahmen.⁴⁸ Die Schutzvereinigung für Anleger e.V. veröffentlichte am 23. August 2011 eine für Saubermann Wickert nicht eben angenehme Presseerklärung, in der es hieß:

»Hiermit fordern wir den ehemaligen Tagesthemen-Moderator und Buchautor Ulrich Wickert auf, seinen Werbevertrag mit der genossenschaftlichen Finanzgruppe zu kündigen.« Das sagte heute Angelika Jackwerth, Geschäftsführerin der Schutzvereinigung für Anleger (SfA), in Bremen. Denn für Anleger klinge es wie Hohn, wenn sich Wickert in den aktuellen Anzeigen der Gruppe, zu der die DZ Bank und die Volks- und Raiffeisenbanken gehören, mit den folgenden Worten zitieren lasse: »Was einer allein nicht schafft, das schaffen viele.« Da habe Wickert zwar recht, denn rund 1000 Volks- und Raiffeisenbanken hätten in den 90er-Jahren ihren Kunden DG-Fonds empfohlen. Die 15 000 Anleger hätten dann mehr als 500 Millionen Euro in diese geschlossenen Immobilienfonds investiert. Doch jetzt (...) stünden die Anleger vor dem Totalverlust und für zahlreiche davon sei die Altersvorsorge nicht mehr sicher.

(...) Wickert kann doch nicht ernsthaft genossenschaftliche Banken vertreten, die ihre Kunden für dumm verkauft haben.«

Doch, Wickert konnte. Er hatte die Deutschen ja auch beim Thema Euro für dumm verkauft. Ob er das alles immer wieder aus Blödheit, Fahrlässigkeit oder Vorsatz getan hat, ist aus Sicht eines Durchschnittsbürgers völlig unerheblich. Schließlich hat er mitunter dafür abkassiert. Wie heißt noch einer seiner Buchtitel? *Redet Geld, schweigt die Welt*. Wickert schuftet jetzt weiter für die Finanzbranche. Auf einer Banken-Website heißt es beispielsweise: »Am 10. Dezember 2012 startet die Kampagne >Wickert trifft ...<, für die die Agentur Heimat, Berlin, im Auftrag der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken eine Reihe von Spots in ungewöhnlichem Format produziert hat. Ulrich Wickert, der bereits 2011 als Markenbotschafter die Werte der genossenschaftlich organisierten Bankengruppe vertrat, trifft nun auf Bill Kaulitz, Andrea Petkovic und Hannes Jaenicke.«⁴⁹ Hand aufs Herz: Würden Sie noch einem Ulrich Wickert trauen, der damals skrupellos für den Abschied von der stabilen D-Mark geworben hat? Vielleicht ist es ja der Vater-Sohn-Konflikt, der Wickert dazu brachte, den Deutschen den miesen Euro schönzureden. Wickerts Vater stand nämlich aufseiten der Euro-Gegner und versuchte diesen zu verhindern (doch dazu später). Er befand sich dabei an der Seite von Professor Karl Albrecht Schachtschneider.

Es gibt im Übrigen ein inzwischen legendäres Interview zwischen dem Euro-Skeptiker der ersten Stunde, Staatsrechtslehrer Professor Karl Albrecht Schachtschneider (einem engen Weggefährten von Nölling und Hankel), und *Tagesschau-Moderator* Ulrich Wickert vom Sommer 2001, das die Überschrift »Warum glauben Sie an den Euro, Herr Wickert?«⁵⁰ trägt. Der Journalist Wickert warb zu jener Zeit als Propagandist für die Einheitswährung. Schachtschneider, der mehrfach vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Stabilitätspakt klagte, hielt Wickert in dem Gespräch entgegen, der Euro gefährde die Stabilität Deutschlands. Der Staatslehrer warnte unter anderem, die Wirtschaftspolitik werde uns durch den Euro aus der Hand

genommen. Wickert antwortete wörtlich: »Nein, die Steuerpolitik können wir bestimmen, und wir können genauso gut auch die Lohnpolitik bestimmen.« Diese Beurteilung war nur eine von unzähligen Fehleinschätzungen des Journalisten Wickert in Sachen Euro. Er erklärte des Weiteren in dem Interview 2001 Folgendes: »... da hat der Euro schon einiges bewirkt. Allein der Plan, den Euro zu schaffen, führte zu einer großen Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsstaaten.«⁵¹ Man kann angesichts derartiger Formulierungen nur noch staunen, denn es ist ja gerade die fehlende Haushaltsdisziplin der Südstaaten gewesen, die uns schließlich an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Demgegenüber agierte Schachtschneider in dem Interview visionär wie immer, als er zu Wickert etwa sagte: »Das Kapital fließt ins Ausland ab, weil der Euro keine Stabilität verspricht. Das zeigt sich in der gegenwärtigen inflationären Entwicklung. Wir sind keine Stabilitätsgemeinschaft mehr.«

Es ist an der Zeit, dass die Euro-Propagandisten vom Schlage einer Sabine Christiansen und eines Ulrich Wickert öffentlich zur Rechenschaft gezogen werden. Sie haben große Verantwortung getragen - und Versager protegiert. In den Geschichtsbüchern müssen wir sie deshalb künftig an die Seite jener stellen, die für das Euro-Elend verantwortlich sind.

Waschmittelreklame für eine Währung: die Werbeagentur Mannstein

Auf welcher skrupellosen Weise man uns Bürgern den Euro schmackhaft machen wollte, ist rückblickend betrachtet kaum noch zu fassen. Damals ging man auch psychologisch geschickt über die Kinder an die Eltern heran: Mit Schulpaketen beeinflussten die Aktionsgemeinschaft Euro, die Bundesbank und die Landesschulräte bundesweit Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Klassen an Grund-, Sonder- und Förderschulen. Sie sollten sich mittels kleiner Geschenkpäckchen mit der neuen Währung vertraut machen. Ein Gewinnspiel sollte

die Lust am Mitmachen fördern. Das Material wurde auch in Altenheimen sowie Asyl- und Obdachlosenunterkünften unter Volk gebracht. Die Verteiler wurden dabei von Mitarbeitern der Trägerorganisationen unterstützt. Ziel war es, dass die Schüler ihr »Wissen« über den Euro an die Eltern weitergaben und Alte, Obdachlose und Asylanten einen Gesprächsstoff bekamen, der ihnen politisch korrekt vorgegeben wurde. Gegen diese geballte Propaganda und die dahinterstehenden Finanzmittel hatten die sachlich argumentierenden Euro-Kritiker keine Chance. Über allem stand die Werbeagentur Mannstein.⁵² Der gute Herr von Mannstein (er erfand auch die »Rote-Socken-Kampagne« gegen die SPD) verkaufte den deutschen Bürgern den Euro zusammen mit dem Bundespropagandaministerium (»Bundespresseamt«) wie ein hipbes neues Freizeitprodukt. Von Mannstein sagte etwa: »Der Zeitpunkt für eine neue Weichenstellung ist gekommen.« Der Euro müsse mehr emotionale Qualität bekommen, indem gerade der Jugend kommuniziert werde, dass der Euro »mehr Spaß« und »mehr Freiheit« bedeute.⁵³ Wir hatten ja bereits darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung allen Ernstes behauptete, mit dem Euro könne die Jugend künftig in »Saus und Braus« leben. Die traurige Realität momentan: Noch nie gab es in Europa mehr Massenarbeitslosigkeit unter Jugendlichen als heute.

Die Werbeagentur Mannstein verkaufte diese Saus-und-Braus-Politik wie Waschmittelwerbung. Sie hatte schon seit Jahren Helmut Kohl und die CDU vor Bundestagswahlen vermarktet und auch den koreanischen Autobauer *Daewoo* in Deutschland bekannt gemacht. Die Agentur war für die Euro-Kampagne der deutschen Bundesregierung verantwortlich. Von Mannstein hatte einen genauen Zeitplan ausgearbeitet, nach dem Annoncen geschaltet, Journalistenseminare abgehalten, Broschüren verteilt und Plakate - »Der Euro - stark wie die Mark« - geklebt wurden. »Bildungsträger«, das sind Lehrer, wurden in Kursen geschult, Betriebsräte beworben. Parallel dazu engagierte das Europäische Währungsinstitut (die künftige EU-Zentralbank) ihre eigene Werbeagentur, und die Euro-

päische Kommission streute 100 Millionen Mark quer über den Kontinent und heuerte 130 Marketingfachleute an, um den großen Raubzug gegen die D-Mark vorzubereiten.

Doch Bundespresseamt und die Agentur Mannstein waren mit ihrer Aufgabe offenkundig völlig überfordert. Die Bürger konnten sie jedenfalls nicht vom Euro überzeugen, die Wochenzeitung *Die Zeit* schrieb damals dazu: »Die Verantwortlichen haben offenbar die Bedeutung der Aufgabe bislang noch nicht erkannt. Schließlich geht es darum, die Deutschen auf den Abschied von ihrem Nationalheiligtum, der D-Mark, vorzubereiten - ein Unterfangen, das angesichts der Sorgen und Ängste der Bevölkerung höchste Anforderungen an die Kommunikation stellt. Stattdessen werden eingetretene Marketingpfade beschritten: ein bisschen Werbung, ergänzt um PR-Aktionen. Sparkassenpräsident Horst Köhler scheint seine Warnung - >Bitte keine Waschmittelreklame!< - in den Wind gesprochen zu haben. Darauf deuten jedenfalls die Werbebotschaften hin, die die Agentur von Mannstein für das Bundespresseamt kreiert hat: Mit platten Slogans wie >Europa - weil's vernünftig ist< oder >Euro - Wertvolle(r) Zukunft< dürften die Bedenken der Bevölkerungsmehrheit wohl kaum zu zerstreuen sein. Wie wenig die Bonner Strategen selbst von der Währungsunion überzeugt sind, zeigt auch, dass sie nicht den Euro in den Mittelpunkt der Werbung stellen wollen, sondern eine sogenannte Sandwich-Kampagne planen: Die ökonomischen Aussagen sollen zwischen politischen verpackt werden - der Big Mac für Europa.«⁵⁴

Die Werber forderten von der Bundesregierung nach Darstellung einer Doktorarbeit aus dem Jahr 2007 immer mehr Geld. Sie wiesen darauf hin, dass die Industrie für die Einführung eines neuen Joghurts doppelt so viel Geld für Werbung ausgeben, wie das von der Regierung im Zusammenhang mit der Euro-Werbung getan werde. Für die Markteinführung von *Persil Megapearls* habe der Henkel-Konzern gar 160 Millionen Euro ausgegeben, bis die gewünschte Marktsättigung erreicht gewesen sei.⁵⁵

Die Dreistigkeit, mit der die damalige Bundesregierung und die Agentur Mannstein die Bevölkerung mit Euro-Propaganda manipulieren wollten, hat Jens Peter Paul 2007 in einer Dissertation herausgearbeitet. Darin heißt es: »Die Agentur von Mannstein erhielt den Auftrag auch deshalb, weil sie der Bundesregierung eine umfassende und äußerst kostengünstige Zusammenarbeit mit Zeitungen, Radio- und Fernsehsendern in Aussicht gestellt hat. Das BPA (Bundespresseamt) schöpfte daraus Hoffnung, auch mit einem geringen Etat eine Menge bewegen zu können. Erreicht werden könne die Ansprache eines Millionenpublikums mittels >Themen-Placements durch eine lockere und sympathische Präsentation in großen Unterhaltungssendungen wie z.B. *Wetten, dass ...?*«, heißt es in der - dann siegreichen - von-Mannstein-Präsentation. Von »neuen TV-Produktionen wie z. B. *Das Euro-Festival - zum Geburtstag des Euro* oder *Der Euro - die europäische Spielshow* mit bekannten Moderatoren/Künstlern/Stars aus verschiedenen Ländern der EU« ist darin die Rede. *Boulevard Bio* und *Hans Meiser, Talk im Turm* und *Harald Schmidt* - keine populäre Talkshow, die von Mannstein nicht für seine Euro-Werbung einspannen wollte. »Man versprach den Regierungsleuten Product Placement in einem bis dahin beispiellosen Ausmaß bei minimalen Kosten.« Auch »mit Blick auf das Massenmedium Hörfunk wurde dem BPA eine angeblich flächendeckende Zusammenarbeit mit den deutschen Radiostationen verkauft«. ⁵⁶

Diese Propaganda in Reinform hatte es zuvor so wohl nur in Diktaturen wie der DDR oder Regimes der Dritten Welt gegeben. Besonders perfide: Nachwuchsjournalisten sollten »für herausragende Berichterstattung« über den Euro mit einem feierlich und medienwirksam zu überreichenden Preis ausgezeichnet werden. ⁵⁷ Eine Währung, so der Eindruck hinsichtlich der Arbeit der Agentur Mannstein, ist letztlich nichts anderes als ein Waschmittel. Beide »Produkte« kann man der manipulierten Bevölkerung im Sinne der Machthaber verkaufen. Die Agentur Mannstein berichtete später über ihre Werbearbeit für den Euro: »Wie wir rückwirkend wissen, vollzog sich

die Einführung des Euro sowohl physisch (technisch) als auch massenpsychisch störungsfrei. Daran wird sicherlich auch (unsere bis 1998 geleistete Arbeit) ... nachhaltigen Anteil haben.«⁵⁸

Als Helmut Kohl im Jahr 2012 für sein »Lebenswerk« mit einer Briefmarke geehrt wurde, die fünf Millionen Mal unters Volk gelangte, stammte das Grafikdesign erneut von der Agentur Mannstein. Diese sagte stolz über die Kohl-Marke: »Ein Symbol, das für seine Visionen und seine großen Leistungen steht.«⁵⁹ Man darf gespannt sein, ob Euro-Skeptiker vom Schlage der Professoren Schachtschneider oder Hankel eines Tages auch einmal mit einer Briefmarke geehrt werden. Im Gegensatz zu Kohl sind ihre Visionen nicht Illusionen, sondern Realität geworden.

Wir haben nun auf der einen Seite die Propagandamaßnahmen für den Euro kennengelernt. Es war eine gewaltige Maschinerie, die dahintersteckte Auf der anderen Seite standen vereinzelte Köpfe, die gegen diese Maschinerie und den staatlichen Propagandaapparat und seine Erfüllungsgehilfen anzukämpfen versuchten. Sie wurden fertiggemacht, bespitzelt und verhöhnt. Ja, manche von ihnen wurden gar behandelt wie Regimegegner in einer Diktatur der Dritten Welt.

Euro-Kritiker im Visier des Verfassungsschutzes

»Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.« Diese beiden Sätze hat einmal Abraham Lincoln, der erste US-Präsident, gesagt. Wir Bürger des deutschsprachigen Raumes werden schon lange getäuscht. Zumindest in Bezug auf die Demokratie, von der wir uns seit Langem schrittweise verabschieden. Man kann das gut anhand der Überwachung von Bevölkerungsgruppen erkennen, die zwar zweifelsohne die Mehrheit in der Bevölkerung widerspiegeln, aber eben nicht jene der Politik.

Schritt für Schritt baut die Krake EU die Demokratie ab. Zudem bereitet sie sich seit längerer Zeit schon auf die zu erwartende Gegenwehr der Bürger vor. Man spricht nur nicht öffentlich darüber. Man hört nichts davon in den Hauptnachrichtensendungen. Die Europäische Union richtete bereits im Februar 2009 ein Lagezentrum für erwartete schwere innere Unruhen in Brüssel ein. Von Medien und Öffentlichkeit un bemerkt werden überall in Europa Sondereinsatzkräfte darauf vorbereitet, erwartete Proteste mit Gewalt niederzuschlagen. Vor allem aber wird die Überwachung ausgebaut. Seit den ersten Planungen für die europäische Währung war in Deutschland auch der Verfassungsschutz mit der Beobachtung jener befasst, die sich der Abschaffung der D-Mark in den Weg stellten und dagegen protestieren wollten. Die Anfänge dieser Überwachungsmaßnahmen (sie waren damals noch nicht strukturiert und systematisch) gehen noch auf den CSU-Politiker Ludwig-Holger Pfahls zurück, der bis 1987 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz war. Es war jener kriminelle Herr Pfahls, der später Staatssekretär wurde, mit internationalem Haftbefehl gesucht und wegen Bestechlichkeit und Betruges angeklagt wurde. Unter ihm begann die Beobachtung von EU-Gegnern. Das zumindest haben meine Gesprächspartner, die unter ihm arbeiteten, behauptet.

Wirklich strukturiert wurde die Beobachtung von EU-Gegnern allerdings erst, als aus ihnen erklärte Gegner einer europäischen Währung wurden. Wir sprechen jetzt von der Amtszeit des Verfassungsschutzpräsidenten Eckart Werthebach (CDU), der das Amt 1991 bis 1995 führte und dem Euro-Durchpeitscher Helmut Kohl stets hilfreich zur Seite stand. Man darf allerdings nicht vergessen, dass es das Wort »Euro« für jene spätere Währung, die die D-Mark ersetzen sollte, damals noch nicht gab. Es wäre also falsch, in dieser Zeit von der systematischen Beobachtung von Euro-Gegnern durch den Verfassungsschutz zu sprechen. Beobachtet wurden Menschen, die dem politisch korrekten Ziel, die Aufgabe der D-Mark durchzusetzen, gefährlich werden konnten. Nicht jeder von ihnen wurde observiert. Aber

man lege Akten über die potenziell Gefährlichsten von ihnen an, um Material zu sammeln und notfalls damit jederzeit gegen sie vorgehen zu können. Die Erstellung von Listen der zu beobachtenden Gegner begann mit Maastricht, genauer genommen am 11. Juni 1992. An jenem Tag veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ein von mehr als 60 Ökonomen unterzeichnetes Manifest, das sich gegen die Einführung einer Währungsunion richtete. Dem Machtmenschen Helmut Kohl muss an diesem Tag und durch dieses Manifest, das für ihn einen Affront darstellte, klar geworden sein, dass ihm eine intellektuelle Gefahr drohte. In den Tagen danach wurde im Kanzleramt über die Überwachung von Menschen gesprochen, die allerdings nicht die geringste Ahnung davon hatten, was da um sie herum passierte. Rückblickend dürfte einigen der damaligen Kritiker einer europäischen Währung jetzt klar werden, warum ihre Karrieren in beinahe allen Fällen stagnierten, während die Karrieren der Euro-Befürworter einen steilen Anstieg zeigten.

Einer meiner Gesprächspartner hatte über engste verwandtschaftliche Bindungen von der Beobachtung der Euro-Kritiker durch die Kohlschen Sicherheitsbehörden aus nächster Nähe Kenntnis erhalten. Ich werde seinen Namen (er ist selbst einer der bekanntesten Euro-Kritiker) hier aus verständlichen Gründen nicht preisgeben, zitiere aber aus einem seiner Schreiben:

Eine private Episode möchte ich Ihnen aus abschließend erwähnten Gründen nicht vorenthalten. Mein XXX war zur damaligen Zeit Mitglied des Deutschen Bundestages (Vorsitzender des Haushaltsausschusses). Unmittelbar nach der Gründung des BfB rief er mich an und machte sich tüchtig lustig über meine politischen Ambitionen, wohl auch mit dem halbentsetzten Gedanken, sein XXX könnte in Kürze neben ihm im Bundestag sitzen, ohne die jahrzehntelange Parteimaloche hinter sich gebracht zu haben. Ein paar Wochen später rief er nochmals an und kündigte mir offen die Freundschaft, er würde meine Aktivitäten im BfB als persönlichen Affront betrachten. Er habe gerade mit Bernd Schmidtbauer, dem damaligen Chef der Geheimdienste, gesprochen, der uns als »brandgefährlich«

eingestuft hätte. Schmidbauer war der »Mann fürs Grobe« von Kohl. Eine höchst dubiose Type, die eine eigene Recherche wert wäre. Mit meinem XXX bin ich mittlerweile wieder versöhnt, er gehört mit nunmehr 75 Jahren zunehmend zu den Kritikern der Währungsunion, die er damals blind verteidigte. Aber versuchen Sie ihn nicht deshalb anzusprechen. Über Kohl kann, will und darf (?) er nach wie vor nichts Negatives äußern. Kohl hat irgendwie alle seine Vasallen so fest an sich gebunden, dass sie wahrscheinlich um ihr Leben fürchten müssen, wenn sie die entsprechenden Geheimnisse preisgeben. Was ich aus den Äußerungen meines XXX maximal weiß, ist die Androhung einer lebenslänglichen Achtung durch die Partei - keine Einladung mehr zu Senioren- und Ehemaligentreffen und so etwas, worauf die alten Parteikämpen offensichtlich unheimlich stehen, weil sonst überhaupt niemand mehr mit ihnen redet - HI AG 2.0!

Kohls Geheimdienstkoordinator Schmidbauer stufte die Euro-Kritiker also als »brandgefährlich« ein. Die weitaus meisten Euro-Skeptiker landeten aber nie im Verfassungsschutzbericht. Das Wirken der politisch korrekten Spitzel erfolgte im Hintergrund. Für Historiker wird es eine große Herausforderung sein, künftig einmal zu klären, wer dabei was wusste und welche Anordnungen es gab. Es ist nämlich keineswegs sicher, dass Verfassungsschutzchefs wie ein Herr Werthebach überhaupt wussten, was da in ihren Behörden vor sich ging. Sicher ist jedoch, dass einige als besonders »gefährlich« eingestufte Personen und Bewegungen aus den Reihen der D-Mark-Befürworter in den Verfassungsschutzberichten Erwähnung fanden.

Dazu gehörte etwa der schon in dem Zitat erwähnte Bund freier Bürger (BfB), der 1994 vom früheren FDP-Politiker Manfred Brunner (dem Kabinettschef Martin Bangemanns bei der EG-Kommission in Brüssel) gegründet wurde. Die Riege der dort versammelten Gegner einer EU-Währung war prominent und gefährlich: Erwin Wickert, Vater des *Tagesthemen*-Moderators Ulrich Wickert (man stempelte den langjährigen deutschen Botschafter des Auswärtigen Amtes, der BfB-Vorstandsmitglied war, einfach zum »Nazi«), außerdem der bekannte

Rechtsprofessor Karl Albrecht Schachtschneider, der Brunners Verfassungsbeschwerde gegen Maastricht erstellte. Auch die Professoren Joachim Starbatty (Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft) und Bernd-Thomas Ramb (ein bekannter Volkswirtschaftler) gehörten zum Bund freier Bürger, ebenso der Journalist Dr. Bruno Bandulet (früher Chef vom Dienst der Tageszeitung *Die Welt*). Diese prominenten Personen einigte die Ablehnung einer europäischen Währung. Jedenfalls wollten sie sich der Abschaffung der D-Mark entgegensetzen. Ein klarer Fall für den Verfassungsschutz, der die Aktivitäten beobachtete. Der Bund freier Bürger landete später in mehreren Verfassungsschutzberichten.⁶⁰

Der Volkswirtschaftler Professor Bernd-Thomas Ramb, der sich im BfB engagierte, erinnert sich noch genau daran, wie sein Werdegang behindert wurde. Er schrieb mir:

Bereits als junger wissenschaftlicher Assistent geriet ich als DDR-Kritiker im Rahmen der sogenannten 68-Revolution unter die kritische Beachtung sozialistisch infiltrierter »Kollegen«. Offen kritisiert wurde beispielsweise mein Werben für den Beitritt zur damals gegründeten »Gesellschaft für Menschenrechte«. Später, als Dozent, habe ich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre in meinen Vorlesungen gerne auf die damals bereits bestehenden Pläne zur Abschaffung der D-Mark hingewiesen. Für die Studenten war das noch abstrakter als die mathematische Wirtschaftstheorie. Nach der Maueröffnung war ich schon im Wintersemester 1989/1990 als Dozent in Dresden, um Crash-Kurse für die damals total fehlgebildeten Ökoniestudenten abzuhalten. Es folgten Feuerwehreinsätze in Merseburg, Leipzig und Zittau. Dabei konnten meine Hinweise auf die geplante Abschaffung der D-Mark noch weniger Aufnahmebereitschaft finden als im Westen. Die D-Mark war ja noch nicht einmal oder gerade eben erst eingeführt worden. Inwieweit meine kritische Einstellung im Hintergrund eifrig notiert wurde, kann ich nicht sagen. Auf jeden Fall habe ich unter anderem deswegen nie mehr einen Ruf an eine deutsche Universität erhalten. Für die in Berufungskommissionen maßgeblichen

linken Kollegen war ich ein Sozialismusverräter, für die anderen ein EU-kritischer »Staatsfeind«.

1993 erhielt ich von meinem Kollegen Roland Vaubel den Hinweis auf die Maastricht-kritischen Aktivitäten von Manfred Brunner. Ich hatte mich damals schon aus dem bezahlten Universitätsbetrieb verabschiedet und konnte daher als außerplanmäßiger Professor ungeniert in dieser Richtung intensiver tätig werden. Nach einem Treffen mit Brunner entschloss ich mich zur Mitgründung des »Bund freier Bürger« - auch als Partei, obwohl ich damals eine Bürgerinitiative bevorzugte. Ich war dann mit Brunner und von Zworowski (ehemals CDU-Vizepräsident des hessischen Landtags) Co-Autor des ersten Parteiprogramms, das allerdings bei der Gründung durch eine Kurzfassung aus der Feder von Schachtschneider und Starbatty ersetzt wurde (beide stießen am Vorabend des Gründungsparteitags zum BfB). Sicherlich wurde der BfB nicht nur offen durch unflätige Beschimpfungen von allen Seiten attackiert und diffamiert - im Übrigen auch durch den damaligen BDI-Präsidenten Hans-Olaf Henkel! sondern auch vom Verfassungsschutz beobachtet. Brunner erwähnte einmal entsprechende informelle Unterrichtungen. Schachtschneider und Starbatty wurden seinerzeit erheblich von ihren Universitäten unter Druck gesetzt. Bei mir war das aus den zuvor erwähnten Gründen nicht möglich, ich war schon damals ein echt freier Wissenschaftler.

Was nur wenige Menschen wissen: Für Personen, die gegenüber der EU oder dem Euro kritisch eingestellt sind, gibt es weitaus mehr Beobachtungskarteien als nur die Berichte des Verfassungsschutzes. Das meiste bekommen wir Bürger gar nicht mitgeteilt. Nicht einmal die mit der Kontrolle der Geheimdienste befassten deutschen Abgeordneten wussten bis zum März 2012, dass es seit mehreren Jahren einen europäischen Geheimbund von Spitzeln gibt, dessen Ziel vor allem EU-Gegner und Euro-Kritiker sind. Der Gruppe namens *European Cooperation Group on Undercover Activities* (ECG) gehören nicht nur Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden aus

EU-Staaten an. Auch Albanien, Kroatien, Mazedonien, Norwegen, Russland, die Schweiz, Serbien, die Türkei und die Ukraine sitzen mit am Tisch, wenn es um die Bekämpfung von »politisch motivierter Kriminalität« mit EU-Bezug geht. Die Sorge darüber, dass Menschenmassen in vielen Euro-Krisenländern zeitgleich auf die Straßen gehen und den Regierungen gefährlich werden könnten, ist seit Längerem das Hauptthema dieser Gesprächsrunden. Während sich in der geheim tagenden ECG-Gruppe vorwiegend Vertreter von Polizeibehörden treffen, geht es in dem noch weitaus geheimnisvolleren Arbeitskreis *International Working Group on Police Undercover Activities* (IWG) vor allem um den Austausch neuester Entwicklungen auf dem Gebiet der Überwachungstechnologie. Neben den EU-Staaten sitzen dann auch Vertreter aus Australien, Kanada, Israel, Neuseeland, Südafrika und den Vereinigten Staaten mit am Tisch, zudem Forschungseinrichtungen und Firmen, die Überwachungstechnologie herstellen. Die Arbeitsgruppen bilden länderübergreifend Teams, die beispielsweise potenzielle mutmaßliche Rädelsführer von inneren Unruhen beobachten und Kontaktpersonen in deren Umfeld einschleusen sollen.

Nach den schweren Euro-Krawallen der vergangenen Monate in Griechenland, Spanien, Italien, Portugal, Bulgarien, Rumänien und mehrere Tage währenden gewalttätigen Unruhen im August 2011 in britischen Ballungsgebieten werden antimilitaristische und anarchistische, globalisierungs- und bankenkritische Gruppen ebenso wie Bündnisse von Euro- und EU-Gegnern als potenzielle Gefahr für die Innere Sicherheit der EU betrachtet. Während die Infiltration der vorgenannten Gruppen durch Anwerbung von Informanten Erkenntnisse über geplante Aktionen aus dem Protestspektrum liefern soll, werden parallel Dossiers über Bürger angelegt. In diesen werden Euro- und EU-Kritiker beispielweise nach künftiger »Gefährlichkeit« farblich (rot, gelb und grün) in elektronischen Akten nach ihrem »umstürzlerischen« Potenzial eingestuft. Diese »Conspiracy«-Dateien stehen allen verdeckten ECG- und

IWG-Mitarbeitern zur Verfügung, während die Betroffenen davon keine Kenntnis haben. »Rot« ist man automatisch, wenn man politisch nicht korrekte Schriften liest (»revolutionary literature«), also etwa EU-kritische Bücher.

Parallel dazu finanziert die Europäische Union ein Projekt zur Handhabung größerer politischer Proteste. So empfiehlt das Projekt »EU-SEC« aus dem Bereich der EU-Sicherheitsforschung in einem Leitfaden für Polizeiführungen bei erwarteten sozialen Unruhen im Euro-Raum etwa unter anderem, frühzeitig Daten über erwartete Teilnehmer und Rädelsführer auszutauschen, Reisesperren zu verhängen und schon jetzt gute Beziehungen zu den etablierten Pressevertretern aufzubauen, um bei den absehbaren inneren Unruhen in der Europäischen Union »die Informationshoheit zu behalten«. Die Staatsanwaltschaften werden zu einer hohen Zahl von Verurteilungen angehalten, um eine abschreckende Wirkung auf EU-Bürger zu erzielen. Der *Leitfaden für die Polizei- und Sicherheitsbehörden* wird vom Europäischen Rat als Empfehlung herausgegeben. Gefordert wird in diesem etwa die ständig aktualisierte »Beurteilung der Bedrohungslage«, indem etwa »Angaben zu Einzelpersonen oder Gruppen« übermittelt werden, »die sich voraussichtlich zum Ort von Demonstrationen begeben werden und als potenzielle Bedrohung der öffentlichen Ordnung und/oder Sicherheit gelten«. Die »Reisemöglichkeiten dieser Personen« sollen im Ernstfall so weit wie möglich »beschränkt werden«.

Kennt man nun die Verknüpfungen, die die EU auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit in den vergangenen Jahren unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung und Abwehr von Hooligans bei Fußballspielen angestrengt hat, dann wird klar, auf welche Ressourcen man jederzeit zugreifen kann: Was beim deutschen Verfassungsschutz über EU-Gegner oder Euro-Kritiker gespeichert ist, das kann per Mausclick längst auch in Brüssel abgerufen werden. Das Wohlverhalten von Bevölkerungsgruppen wird eben auch so gesteuert. Man überlegt es sich heute reiflich, ob man noch den Mut aufbringt, ein Mani-

fest gegen irgendeine geplante EU-Maßnahme ins Leben zu rufen, weiß man doch, dass man in einem solchen Falle schnell vom Verfassungsschutz beobachtet und bei Unruhen sogar mit Reisesperren belegt werden kann. Wer jedenfalls heute große Konferenzen gegen den Euro initiiert, der ruft sofort den Verfassungsschutz auf den Plan. Das war bei der Konferenz »Bürger gegen den Euro-Wahn«, die am 18. Februar 2012 vom Journalisten Jürgen Elsässer in Berlin veranstaltet wurde, ebenso der Fall wie beim Kongress »Europa vor dem Crash« in der Stuttgarter Filderhalle 2012. Der Verfassungsschutz saß stets im Publikum. Schließlich können Massen von wütenden Euro-Gegnern der Politik schnell gefährlich werden.

Wer das alles nicht glaubt, dem sei es noch einmal anders erklärt: Es reicht nachweislich aus, sich aktiv mit den Themen Mieterhöhungen, Gentrifizierung oder Asylrecht zu beschäftigen, um von den Sicherheitsbehörden als mutmaßlich Linker beobachtet zu werden.⁶¹ Man landet dann - auch ohne sein Wissen - schnell in einer entsprechenden Datei. Euro-Gegner hingegen geraten schnell unter Verdacht, die Staatsfeinde vom rechten Rand zu sein. Im Frühjahr 2013 forderte die EU übrigens ganz offen ein neues Blockwartssystem zur Überwachung von rechten EU-Gegnern. Die schwedische EU-Kommissarin Cecilia Malmström teilte öffentlich mit, man fürchte in der EU-Kommission, dass rechte Protestparteien bei der Wahl zum EU-Parlament im Jahr 2014 starken Zulauf bekommen könnten. Sie sagte in Brüssel, dass es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so viele »extreme und populistische« Parteien in den Parlamenten der Staaten der Europäischen Union gegeben habe. Die EU-Bürger wurden dazu aufgerufen, Anhänger und Unterstützer von solchen Protestgruppen zu melden. Einige Medien berichteten darüber unter der Schlagzeile »EU fordert Bürger zu verstärkter Spitzeltätigkeit auf«.⁶² Zeitgleich startete die EU unabhängig davon die Aktion »Propaganda-Blitz«. Alle Mitarbeiter der Europäischen Union wurden dazu aufgerufen, in Internetforen alle EU-kritischen Äußerungen im Keim zu erstickten. Sie sollen deshalb im Internet »patrouillieren« und als

Spitzel gegen die EU gerichtete Meinungsäußerungen auffinden, melden und möglichst gleich dagegen anschreiben.⁶³ Natürlich geht es aus Sicht der EU auch bei dieser Aktion nur um den »Kampf gegen rechts«. Aber das war bei der Bekämpfung der Euro-Gegner in den 1990er-Jahren durch den Verfassungsschutz auch nicht anders.

Im Übrigen gibt es heute noch ganz andere Methoden, um EU-Kritikern zu schaden: Man kündigt ihnen beispielsweise vorzeitig günstige Kredite. Das eben Geschriebene gilt nicht nur für EU-Kritiker, sondern vor allem auch für ihre Unterstützer. In Österreich berichten die Medien seit Frühjahr 2013 über entsprechende Fälle.⁶⁴

Schauen wir uns in den nachfolgenden Kapiteln einmal genauer an, wie Medien und Politiker mit Euro-Kritikern umgegangen sind.

Karl Schiller wurde als »senil« hingestellt

Die Liste jener Prominenten und Wissenschaftler, die an der D-Mark festhalten wollten und die Einführung des Euro aufzuhalten versuchten, ist lang. Karl Schiller, SPD-Wirtschaftsminister unter Willy Brandt von 1966 bis 1972, später auch noch Finanzminister, war bis zu seinem Tod im Jahr 1994 ein entschiedener Gegner aller Pläne, die D-Mark abzuschaffen. Schiller fürchtete, dass es mit dem Vertrag von Maastricht, »einer (klein-)europäischen Währungsunion, an die Substanz geht«, zumal er »Grundgesetz und D-Mark« in den Rang von »Kernstücken unseres Verfassungspatriotismus« erhoben hatte und vor der »Teilnahme an einer überhasteten europäischen Währungspolitik« mit der Gefahr von »erheblichen Spannungen« und »großen Transferzahlungen« aus Deutschland eindringlich warnte. Verweilen wir einmal bei jenem Mann, der in Deutschland zu Unrecht in Vergessenheit geraten ist.

Professor Karl Schiller (SPD) veröffentlichte schon im Dezember 1991 im *Spiegel* unter der Überschrift »Deutschland

ohne DM?« einen bemerkenswerten Aufsatz, in dem er als einer der Allerersten auf die Pläne aufmerksam machte, die D-Mark abzuschaffen. Damals war Schiller schon 80 Jahre alt und urteilte mit spitzer Feder über die absehbaren Risiken: »Nach den großen, hochgemuten Worten über unseren Weg unter das europäische Dach hat die Zeit des Teppichhandels begonnen, erst in Brüssel, nun in Maastricht. (...) Es stehen gewaltige Transferzahlungen von den reicheren in die ärmeren Länder ins Haus. Sie werden von den Südländern gefordert mit dem Hinweis auf allgemeine Rückstände im Entwicklungsprozess; auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, die nun im gemeinsamen Währungsraum besonders drückt; auf beträchtliche Lohnsteigerungen, die nun, im gemeinsamen Währungsraum angeregt und nachgeholt, irgendwie finanziert werden müssen. Der Fantasie sind hier keine Grenzen gesetzt. (...) Wer legt seine Hand dafür ins Feuer, dass die neue Europawährung sofort mindestens so stabil ist wie die alte Ankerwährung des bisherigen europäischen Währungssystems, die Mark? (...) Wir könnten die Reihe der Risiken und Belastungen durch eine Währungsunion heute und hier noch verlängern. Das Ergebnis wird immer deutlicher: Sie wird unzweifelhaft erst mal eine enorme Last auch für unsere Volkswirtschaft sein.«⁶⁵

Im Januar 1994, wenige Monate vor seinem Tod, legte Karl Schiller noch einmal nach. Damals beschwor er die Deutschen unter der Überschrift »Es geht an die Substanz« im *Spiegel*, die Finger vom Euro zu lassen: »Das Grundgesetz und die D-Mark sind die Kernstücke unseres Verfassungspatriotismus, und sei er auch ein wenig mager. An diesen Elementen fanden wir Halt, auch in gefährlichen Zeiten der Denationalisierung. Diese Erfahrung sollte nicht vergessen werden. Eine europäische Währung aber ist nicht nur einfach ein europäisches Zahlungsmittel, das technisch die Transaktionskosten vermindert, sondern mit der zentral bestimmten europäischen Geldmenge werden das Preisniveau und die Wirtschaftsaktivität in jedem Mitgliedsland bestimmt. Ihre Stabilitätsbindung liegt bei einem kollektiven Gremium. Niemand weiß, ob diese Institution so stark auf

Preisstabilität eingestellt sein wird, wie wir das von der Bundesbank bisher gewohnt waren. Aber wir wissen um die großen Unterschiede in der Wirtschaftsaktivität und im Wirtschaftsniveau der einzelnen Mitgliedsstaaten. Bei gleicher Währung wird die >Wechselkursillusion< zwischen ihnen entfallen. Löhne und Sozialleistungen der ärmeren Länder werden zur Aufholjagd ansetzen, große Transferzahlungen (jetzt schon beschlossener Kohäsionsfonds) zwischen reichen und armen Ländern werden sofort fällig. Damit würde eine neue Ära innereuropäischer Verteilungskämpfe einsetzen. Außerdem bildet jede (west-)europäische Währungsunion einen tiefen Graben gegenüber den beitriftswilligen mittel- und osteuropäischen Reformstaaten. Dazu kommen noch staatsrechtlich-politische Bedenken: Wollen wir wirklich einen Superstaat (Bundesstaat) mit einer multinationalen und multilingualen Überregierung ohne parlamentarische Kontrollen, einen Überstaat, dessen Normen die unserer nationalen Verfassung brechen?«⁶⁶

Professor Karl Schiller ist zu Unrecht bei vielen in Vergessenheit geraten. Man hielt ihn für einen senilen, seines Geistes nicht mehr mächtigen Mann, der nörgelnd die entstehende bunte neue Welt madig machen wollte. In Wahrheit hatten jene, die ihn bestenfalls ignorierten, ihren eigenen Geist nicht mehr im Griff.

Manifest von 62 Ökonomen: Man sprach ihnen Fach- und Sachkompetenz ab

Am 11. Juni 1992 veröffentlichten 62 Ökonomen in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein »Manifest gegen Maastricht«. Initiiert wurde die Aktion von den Ökonomen Renate Ohr und Wolf Schäfer. Frau Professor Ohr erinnert sich heute nur ungerne an jene Zeit. Sie antwortete dem Autor auf die Frage, wie sie damals von Politik und Medien behandelt wurde, mit der Bemerkung, sie wolle »ungerne Erinnerungen präsentieren

unter dem Tenor >Seht, wir haben doch recht gehabt!<<. In ihrem Internet-Blog schreibt sie zur damaligen Behandlung als eine der Initiatoren des Manifests: »Den Initiatoren und Unterzeichnern der Aufrufe wurden dabei oft Schwarzmalerei oder gar europafeindliche Motive vorgeworfen.«⁶⁷

Das 1992 von ihr initiierte Manifest, das auch vom früheren SPD-Wirtschaftsminister Karl Schiller unterzeichnet wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Die währungspolitischen Beschlüsse von Maastricht: eine Gefahr für Europa

1. *Eine Wirtschafts- und Währungsunion kann als erstrebenswertes Ziel des europäischen Integrationsprozesses angesehen werden. Die Beschlüsse von Maastricht sind allerdings in entscheidenden Punkten ungeeignet, dieses Ziel angemessen zu verwirklichen.*

2. *Eine funktionsfähige Wirtschafts- und Währungsunion erfordert als Vorbedingung eine dauerhafte - über mehrere Jahre hinweg nachgewiesene - Angleichung der relevanten Wirtschaftsstrukturen der Mitgliedsländer. Eine einmalige - stichtagsbezogene - und damit mehr oder weniger zufällige Erfüllung einzelner Kriterien ist kein Nachweis der erforderlichen Konvergenz.*

3. *Die in Maastricht festgelegten Konvergenzkriterien sind zu weich. So ist unter anderem nicht irgendeine relative, sondern allein eine in absoluten Werten definierte Preisniveaustabilität als ökonomische Vorbedingung für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion zu fordern.*

4. *Der endgültig fixierte Termin für die Realisierung der Währungsunion (1. Januar 1999) wird eine politische Eigengesetzlichkeit gegenüber den vereinbarten Konvergenzkriterien nach sich ziehen: Ist der Zeitpunkt erreicht, besteht die Gefahr, dass insbesondere das Inflationskriterium und das Defizitkriterium einer >tragbaren Finanzlage der öffentlichen Hand< politisch verwässert werden, um Diskriminierungen einzelner Länder zu vermeiden.*

5. *Die europäische Zentralbank wird - trotz weitgehender*

Unabhängigkeit - Preisstabilität in Europa nicht durchsetzen, weil es für sie aufgrund unterschiedlicher Interessen der nationalen Entscheidungsträger keinen genügend starken Anreiz gibt, dies zu wollen. Die persönliche Unabhängigkeit der Gouverneure ist nicht gesichert, und Sanktionen bei Verletzung des Stabilitätsziels fehlen.

6. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Preisstabilität müsste die Europäische Zentralbank auch die Wechselkurskompetenz gegenüber Drittländswährungen besitzen. Da diese Kompetenzübertragung nicht vorgesehen ist, besteht die Gefahr, dass über politische Einflussnahme auf die Wechselkurse die Geldpolitik stabilitätswidrig konterkariert wird. Dies gilt gleichermaßen für die Tatsache, dass Kapitalverkehrskontrollen gegenüber Drittländern immer noch möglich sind.

7. Einen Konsens, Preisstabilität als Priorität zu betrachten, wie er traditionell in Deutschland vorliegt, gibt es in Gesamteuropa bisher noch nicht. Nur mit einem solchen Konsens, den Notenbank, Regierung und Bevölkerung gemeinsam tragen, kann jedoch eine konsequente Stabilitätspolitik verfolgt werden, da diese unter anderem der Unterstützung der Lohnpolitik und der Finanzpolitik des Staates bedarf.

8. Die ökonomisch schwächeren europäischen Partnerländer werden bei einer gemeinsamen Währung einem verstärkten Konkurrenzdruck ausgesetzt, wodurch sie aufgrund ihrer geringeren Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit wachsende Arbeitslosigkeit erfahren werden. Hohe Transferzahlungen im Sinne eines »Finanzausgleichs« werden damit notwendig. Da bisher noch keine Vereinbarungen über die Struktur einer politischen Union existieren, fehlt hierfür jedoch ein demokratisch hinreichend legitimierte Regelungssystem.

9. Zurzeit gibt es daher kein ökonomisch zwingendes Argument dafür, von oben eine monetäre Einheit auf ein wirtschaftlich, sozial und interessenpolitisch noch uneiniges Europa zu stützen. Die Verwirklichung des EG-Binnenmarktes benötigt oder erzwingt keineswegs eine gemeinsame europäische Währung.

10. Die überhastete Einführung einer Europäischen Währungsunion wird Westeuropa starken ökonomischen Spannungen aussetzen, die in absehbarer Zeit zu einer politischen Zerreißprobe führen können und damit das Integrationsziel gefährden.

11. Die Beschlüsse von Maastricht, nicht die Kritik an ihnen, gefährden ein konfliktarmes Zusammenwachsen in Europa.

Einer der Erstunterzeichner des Manifests war der Göttinger Wirtschaftsprofessor Günter Gabisch. Er lehrte seit 1982 als Professor für Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Konjunktur- und Wachstumstheorie an der Göttinger Universität und wurde zum Ende des Sommersemesters 2008 emeritiert. Gabisch, Jahrgang 1943, studierte von 1962 bis 1965 Volkswirtschaftslehre an Universitäten in Bonn und München sowie an der *Washington State University* (USA). Zehn Jahre war Gabisch Mitglied des Beirats und des Wissenschaftlichen Ausschusses der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesinnenministerium. Für das Auswärtige Amt war er für die wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung künftiger Diplomaten zuständig. Der Mann wies also zweifelsohne ein hohes internationales Renommee auf. Doch dann unterzeichnete er das Manifest. Wie es ihm anschließend erging, hat er mir Anfang 2013 mitgeteilt:

Ich habe mich damals bereits gegen die Einführung des Euro gewandt, bin aber nicht politisch aktiv geworden. Meine öffentliche Teilnahme beschränkte sich darauf, dass ich damals die Aufrufe von Frau Kollegin Ohr und anderen Kollegen gegen den Euro mitunterzeichnet habe; im beigefügten Anhang sehen Sie die Namen der damaligen Unterzeichner. Dazu gehörte übrigens auch Axel Weber, der anschließend Präsident der Deutschen Bundesbank wurde. In der jetzigen Euro-Krise bin ich oft zu öffentlichen Vorträgen eingeladen worden. Die Reaktion auf meine Vorträge war immer zustimmend und positiv, bis auf zwei Ausnahmen. Ich habe zweimal vorgetragen vor Angehörigen des BMF (Bundesministerium der Finanzen) mit der Vorstellung, jene Länder aus dem Euro-System zu entlassen, die

offensichtlich nicht dazugehören können, vornehmlich Griechenland. Ich wurde daraufhin von mehreren BMF-Angehörigen scharf angegriffen, und mir wurde jegliche Fach- und Sachkompetenz abgesprochen. Mein Eindruck ist mittlerweile folgender: Die Vorstellung, den Euro zu verteidigen, »koste es, was es wolle«, stammt aus dem BMF. Minister Schäuble ist hier die treibende Kraft, und er hat sich einen »Inner-Circle« geschaffen, der diese Vorstellung in der Öffentlichkeit vertritt und auch im Kanzleramt durchsetzt. Immerhin hatte die Bundeskanzlerin zu Beginn der Euro-Krise öffentlich erklärt, dass ein bail-out nicht stattfinden werde, später hat sie sich dann anders entschieden. Diese meine Vorstellung gründet sich auf viele Gespräche, die ich mit Angehörigen mehrerer Bundesministerien geführt habe, aber ich bin nicht in der Lage, diese Vorstellung im naturwissenschaftlichen Sinn zu beweisen. Es gibt eben ein wohlbegründetes Wissen, das weit mehr als reine Spekulation ist, was sich aber nicht strikt beweisen lässt.

Halten wir einen kurzen Moment inne: Man sprach dem international renommierten Volkswirt also jegliche Fach- und Sachkompetenz ab. Das lässt tief blicken, denn diejenigen, die ihm unterstellten, nicht kompetent zu sein, waren offenbar nicht einmal in der Lage, solche in einer Demokratie als selbstverständlich geltenden Prinzipien wie Meinungs- und Gedankenfreiheit (von der Freiheit der Wissenschaft ganz zu schweigen) zu respektieren.

Ein weiterer Mitunterzeichner des Manifests war der damals in Potsdam lehrende Professor Wilfried Fuhrmann. Er schrieb mir zu seinen damaligen Erfahrungen nach dem Aufruf: *Ich habe seinerzeit verschiedene negative Erfahrungen machen dürfen. Selbst angeforderte Artikel über das EZB-System wurden wegen der kritischen Distanz zurückgewiesen, weil es einem rauchenden Eigentümer nicht passte. Aber das erfährt man in Gesprächen mit Redakteuren, hat aber nichts (juristisch) beweiskräftiges Belastbares in der Hand. Deshalb ist es extrem schwierig, Ihrer Anfrage nachzukommen. Der Prozess ging aber viel tiefer und subtiler vor sich. Betrachten Sie einfach einmal*

einige Landeszentralbankpräsidenten (wann kam wer ins Amt und trat wie hervor) - und hier jetzt genauer beispielsweise ihre Aktivitäten im Kreis der Ökonomie-Kollegen, in Vereinigungen, Ausschüssen usw. Da wurden sogenannte skeptische Kollegen massiv »beschimpft« und »heruntergemacht« u. a. mit der Folge, dass etliche Kollegen sich »zurückzogen« und gar nicht erst aktiv wurden, sodass sie die von Ihnen gesuchten Erfahrungen des Umganges mit ihnen gar nicht erst machten.

Professor Fuhrmann hatte im Oktober 1996 an der Akademie Norddeutscher Genossenschaftsbanken einen Euro-kritischen Vortrag gehalten, der später an der Universität Potsdam als *Working Paper 9605* veröffentlicht wurde. In diesem klagte er schon eingangs über die mangelnde Beteiligung der Bevölkerung und den großen Zeitdruck, unter dem das Euro-Vorhaben durchgepeitscht wurde. »Aber vielleicht sollte eine breite ökonomische Diskussion auch gar nicht ernsthaft erfolgen, vielleicht wurde bewusst im Vertrag über die Europäische Union vom 7.2.1992 (EGV) der enorme Zeitdruck institutionalisiert.« Mit solchen Äußerungen machte man sich ganz sicher keine Freunde in den Reihen der Politik.

Auch Professor Dieter Bender, der das Manifest ebenfalls unterzeichnete und damals als Wirtschaftswissenschaftler an der Bochumer Ruhr-Universität unterrichtete, schrieb mir, wie er sich danach behandelt fühlte:

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik war schon immer prekär. Persönliche Erfahrungen in der Politikberatung (Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim BMZ) haben folgenden Satz bestätigt: »Politiker verhalten sich zu ihren wissenschaftlichen Beratern wie Betrunkene zu einem Laternenmast. Sie suchen eine Stütze, aber keine Erleuchtung.« Diese Stütze verweigerten die damaligen Unterzeichner des Manifests. Persönlich habe ich hierdurch keine Sanktionen, Behinderungen oder Einschränkungen meiner wissenschaftlichen Freiheit erfahren. Die Reaktion der Politik bestand vielmehr darin, die Euro-Kritiker gegenüber dem Großprojekt Politikunion klein und verächtlich zu machen mit Worten wie »Bedenkenträger«,

»Buchhaltermentalität« oder »hellende Hunde, doch die Karawane zieht weiter«. Vom Euro-Wein (-Wahn) trunken, spuckten sie auf die Straßenlaternen, die keinen Halt mehr boten. Dabei hatten und haben wir alle das gleiche Ziel, die Integration in Europa voranzubringen. Politiker sahen in der Gemeinschaftswährung den Hebel zur Politikunion. Wir sahen das umgekehrt.

Renate Ohr, damals Ökonomie-Professorin an der Universität Stuttgart, riet den Anlegern im Dezember 1996: »Als Anleger würde ich nicht darauf vertrauen, dass der Euro so hart wird wie die Mark.«⁶⁸ Sie hatte im Jahr 1992 das oben zitierte erste Manifest der Maastricht-Gegner ins Leben gerufen. Renate Ohr schrieb schon 1993 (also neun Jahre vor der Einführung des Euro als Bargeld) zur Währungsunion: »Ein solcher Schritt muss daher sehr gründlich überlegt werden, zumal die Entscheidung über eine Währungsunion nicht einfach wieder zurückgenommen werden kann (etwa so, wie man eine Steuererhöhung zurücknimmt), wenn sie sich als falsch erweisen sollte. Falls die Währungsunion eingeführt werden sollte und nicht funktioniert, d. h. wenn sie wieder auseinanderbricht, dann hat dies immense negative politische Konsequenzen und schadet ganz Europa. (...) Der Vertrag von Maastricht und auch die aktuelle politische Diskussion zeigen [einerseits], dass entscheidende Schritte zur politischen Union nicht gemacht worden sind und auch anscheinend gar nicht gewollt sind. Andererseits sind jedoch eindeutige Schritte in Richtung Währungsunion vorgenommen worden. Es drängt sich daher der Verdacht auf, dass man diese Schritte nicht gewählt hat, um damit der politischen Union näherzukommen, sondern dass man vorrangig die lästige und unbequeme Kontrolle und Einflussnahme oder auch Dominanz einer stabilitätsorientierten Deutschen Bundesbank ausschalten wollte. Und dies ist anscheinend nicht nur die Hauptzielsetzung einiger unserer europäischen Partnerländer, sondern mir scheint, dass es auch einige deutsche Politiker als positiv ansehen würden, wenn sie auf diese Weise von der >Nebenregierung< Bundesbank befreit würden.«⁶⁹

Wer so deutliche Worte spricht oder schreibt, die führenden Politiker unmittelbar eines gezielten Putsches gegen die Deutsche Bundesbank und die D-Mark bezichtigt, der verbaut sich schnell weitere Aufstiegschancen. Peter Bofinger, der damals die entgegengesetzte Position einnahm und die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben bereitwillig gegen Kritiker vom Schlage der Professorin Ohr unterstützte, stieg übrigens rasch die Karriereleiter auf. Er sitzt - im Gegensatz zu Renate Ohr - schon lange im Sachverständigenrat.

Das zweite Manifest: die »Euro-Brandstifter«

Anfang des Jahres 1998 gab es noch einmal einen »dramatischen Aufruf« von diesmal sogar 155 deutschen und österreichischen Ökonomieprofessoren, die sich mit einem ganzseitigen Appell in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gegen die Währungsunion richteten. Es handelte sich dabei um das zweite Manifest der Euro-Skeptiker. Die Initiatoren waren die Ökonomieprofessoren Wim Kösters, Manfred M. Neumann, Renate Ohr und Roland Vaubel. Der Aufruf wurde am 9. Februar 1998 unter der Überschrift »Der Euro kommt zu früh« in der vorgenannten Tageszeitung veröffentlicht. Darin hieß es:

1. Zur europäischen Integration gibt es keine Alternative. Die gemeinsame Währung wird dazugehören - jedenfalls für Kerneuropa. Aber der Euro kommt zu früh.

2. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat Fortschritte gemacht. Jedoch ist sie nicht weit genug vorangetrieben worden, vor allem nicht in den großen Ländern wie Italien, Frankreich, aber auch Deutschland. Der Konsolidierungsprozess wurde zu spät und nur halbherzig begonnen. Trotz eines ungewöhnlich niedrigen Zinsniveaus und damit günstiger Zinsaufwendungen für die öffentlichen Haushalte und trotz zahlreicher Beispiele kreativer Buchführung ist es gerade den Kernländern nicht gelungen, die vereinbarte Defizitgrenze deutlich und nachhaltig zu unterschreiten. Auch ist die durchschnittliche

Schuldenquote in der Europäischen Union seit 1991 nicht gesunken, sondern um 15 Prozentpunkte gestiegen. Sie liegt heute weit über dem Maastricht-Limit. Das widerspricht dem Geist des Vertrages.

3. Der Vertrag verlangt zu Recht Nachhaltigkeit der Konvergenz. Dafür wurde zwar der sogenannte »Stabilitätspakt« erfunden. Er kann jedoch dauerhafte Haushaltsdisziplin nicht gewährleisten. Seine Sanktionsdrohung ist allenfalls glaubwürdig, wenn nur ein einzelnes Land oder sehr wenige Länder betroffen sind. Da Sanktionen nicht automatisch eintreten, dürfte es aber kaum eine qualifizierte Mehrheit für die Anwendung des Paktes geben, wenn eine größere Zahl von Ländern gleichzeitig die Defizitgrenze verletzt. Die Stabilität des Euro kann der Pakt daher nicht sichern.

4. Seit dem Maastricht-Jahr 1991 haben sich zudem die strukturellen Probleme in Europa verschärft. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen. Gerade auch Deutschland und Frankreich - die Motoren der europäischen Integration - sind nicht gut gerüstet für den verstärkten Strukturwandel und den härteren Wettbewerb in der Währungsunion. Der Euro löst das europäische Beschäftigungsproblem nicht. Da der Wechselkurs in einer Währungsunion nicht mehr als Anpassungsinstrument zur Verfügung steht, müssen die Arbeitsmärkte erheblich flexibler werden - in Deutschland, aber auch anderswo. Hier fehlt jedoch die klare Trendwende. Wenn es nicht vor Beginn der Währungsunion dazu kommt, muss mit wirkungslosen Experimenten der Nachfragestimulierung und vor allem auch mit politischem Druck auf die Europäische Zentralbank gerechnet werden.

5. Die derzeitige wirtschaftliche Ausgangssituation ist daher denkbar ungeeignet für den Start der Währungsunion. Eine geregelte Verschiebung um einige Jahre - mit gemeinschaftlich vereinbarten Auflagen über zu erreichende weitere Konsolidierungsfortschritte - muss ernsthaft als politische Option in Betracht gezogen werden. Sie wäre keine politische Katastrophe und könnte von niemandem als Signal eines Ausstiegs aus dem

Integrationsprozess gedeutet werden. Der dauerhafte Erfolg des Euro ist wichtiger als der Zeitpunkt seiner Einführung.

6. Eine geregelte Verschiebung wäre für kein Land ein Grund, in seinen Konsolidierungsanstrengungen nachzulassen. Denn damit würde es dokumentieren, dass es sich entweder das Ziel finanzpolitischer Disziplin nicht zu eigen macht oder gar nicht dazu in der Lage ist. Mit einem solchen Land die Währungsunion zu beginnen wäre ein Kardinalfehler.

7. Scheitert der Versuch, im Konsens eine geregelte Verschiebung zu erreichen, dann muss jedenfalls für eine unnachsichtige Prüfung der Konvergenz gesorgt werden. Dann darf nicht zum Tabu erklärt werden, dass die Währungsunion mit einer kleinen Gruppe von Ländern beginnt. Stattdessen müssen die Konvergenzkriterien auch im Sinne der Nachhaltigkeit so streng wie möglich ausgelegt werden - so streng, wie es der Vertrag erlaubt. Wer die Konvergenzkriterien nicht ernst nimmt, untergräbt das Vertrauen in die faktische Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und die Stabilität des Euro. Die Erwartung eines von Anfang an schwachen Euro - nach innen wie nach außen - würde den Start der Währungsunion mit einer schweren Hypothek belasten.

Der Aufruf war vergebens. Schlimmer noch: Die Unterzeichner wurden als »Euro-Brandstifter« beschimpft.⁷⁰ Die Fachzeitschrift *Das Parlament* schrieb dazu: »... die Warnungen der Ökonomen wurden in den Wind geschlagen. Der Euro war in erster Linie ein politisches Projekt zur vertieften Integration Europas. Einwände aus der Wirtschaftswissenschaft erschienen den Europapolitikern bloß lästig.«⁷¹ Der SPD-Politiker Rudolf Scharping, ein Euro-Fanatiker, beschimpfte jene Professoren, die das Manifest unterzeichnet hatten. Er erklärte etwa am 10. Februar 1998 nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP, die 155 Wirtschaftswissenschaftler säßen »im Elfenbeinturm der Wissenschaft«. Aus der Sicht »eines gesicherten C-4-Professors«, so Scharping weiter, seien Arbeitsplätze wohl nicht so wichtig. Rudolf Scharping, gelernter Parteisoldat, Soziologe und Boulevard-Fotomodell am Swimmingpool, litt

schon damals an einer schweren Sehschwäche. Wegen dieser wurde er bei der Bundeswehr entlassen, konnte aber dennoch später Verteidigungsminister werden. Eine ähnliche Sehschwäche wies der Nichtfachmann in Hinblick auf währungspolitische und volkswirtschaftliche Entwicklungen auf. Auch das hinderte ihn nicht, die 155 Unterzeichner des Manifests zu verunglimpfen.

Einer der Initiatoren des Aufrufes, der Bonner Ökonom Manfred M. Neumann, hatte vor dem Manifest in Nummer 47/1997 der *Beilage zum Parlament: Aus Politik und Zeitgeschichte* einen kritischen Beitrag über die geplante Einführung des Euro veröffentlicht. Darin hieß es wörtlich als Warnung: »Der Ruf nach gemeinschaftlicher Konjunkturstimulierung und schließlich auch nach ausgleichenden Transferzahlungen wird unvermeidlich kommen.« Neumann war schon damals der bedeutendste deutschsprachige Ökonom. Zu seinen Schülern gehört etwa Jens Weidmann (Neumann war sein Doktorvater), der seit 2011 Präsident der Deutschen Bundesbank ist. Neumann war 1996 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium geworden. Jede seiner damaligen Prognosen in Hinblick auf den Euro ist zwischenzeitlich eingetroffen. Er hatte die Politiker, zu denen er damals direkten Zugang hatte, vor dem Euro gewarnt. Vergebens. Neumann wurde in der Politik als eine Art unliebsame Nervensäge empfunden. Er verschickte beispielsweise am 11. Juni 1997 als Chef des Wissenschaftlichen Beirats ein Fax an den damaligen Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP), in dem es auf Seite 3 zur Politik der Bundesregierung in Hinblick auf die geplante Währungsunion hieß: »Zu befürchten ist vielmehr, dass es zu der Forderung der EU-Kommission nach eigenen finanziellen Mitteln für eine Ausweitung des zentralen Haushalts kommen wird. Der Ruf nach eigenen Steuereinnahmen und Verschuldungsmöglichkeiten auf den Kapitalmärkten wäre fast zwangsläufig.« Im Jahr 2000 entledigte man sich der »Nervensäge« im Bundeswirtschaftsministerium. Der Professor war nicht länger Chef des Wissenschaftlichen Beirats.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Aufrufes der 155 Ökonomen gegen den Euro veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 18. Februar 1998 einen Leserbrief, der alle Reaktionen fundiert zusammenfasst und auf den Punkt bringt. Rudolf Giersch aus Mühlheim am Main schrieb unter der Überschrift »Die Karawane zieht der Fata Morgana des Euro entgegen«: »Der Aufruf der 155 Wirtschaftswissenschaftler zum geplanten Beginn der Europäischen Währungsunion hat zum erwarteten Aufschrei der Politik jedweder Farbe geführt. Wer den Damen und Herren ihre Lieblingshoffnung (...) nehmen will, wird zum Erzfeind, zum Euro-Brandstifter erklärt. Man ist erstaunt über diese offensichtlich lückenlose und überwältigende Einheitsfront der Euro-Befürworter (...). Diese Einheitsfront weckt ungute Erinnerungen. (...) Hatten die Herrschaften bei ihren sogenannten Wahlen zur Volkskammer nicht auch eine Einheitspartei ... ?«

Der Pforzheimer Volkswirt Professor Dirk Wentzel hat im Jahr 2005 noch einmal das Manifest von 1998 und dessen Unterzeichner aufgegriffen und dazu geschrieben: »Der Stabilitäts- und Wachstumspakt war der Versuch, die permanente Tendenz zur Schuldenerhöhung auf nationaler Ebene durch einen Riegel auf einer übergeordneten, transnationalen Ebene zu begrenzen. Diese Hoffnung ist massiv enttäuscht worden. Der homo politicus hat sich durchgesetzt und eine Aufweichung der Stabilitätsgrundlagen bewirkt. Damit sind die Vorbehalte der führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler aus dem Jahr 1998 eindeutig bestätigt.«⁷²

Als »Erbsenzähler« verhöhnt: Klaus Peter Krause und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

Der Wirtschaftsteil der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war damals - anders als die politische Redaktion - ein erbitterter Gegner des Euro-Kurses und der Aufgabe der D-Mark. An vorderster Front kämpften die für den Wirtschaftsteil Verant-

wortlichen, Dr. Hans D. Barbier und Dr. Klaus Peter Krause, für den Erhalt der bewährten D-Mark. Sie boten Euro-Skeptikern vom Schlage eines Professor Arnulf Baring oder der Professorin Renate Ohr immer wieder ein Forum für ihre Argumente gegen den Euro. Regelmäßig griffen sie auch selbst zur Feder. Dr. Klaus Peter Krause schrieb etwa am 8. November 1995 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unter der Überschrift: »Debatte mit Spätzündung - die Währungsunion«, wie Euro-Kritiker damals behandelt wurden: »Teils wurden und werden die Mahner als fachidiotische Quälgeister empfunden, als Erbsenzähler abqualifiziert und als ewige Bedenkenträger hingestellt, die vom politischen Geschäft zu wenig verstünden und den Hauch der Geschichte nicht wahrzunehmen vermöchten. In einer Atmosphäre wohlklingender Europa-Beschwörungen von EU-Apparat, Staats- und Regierungschefs samt politischem Anhang ist gegen Gutgemeintes schwer ankommen.« Im selben Artikel sprach Dr. Krause vom Euro als einem »Währungsabenteuer«. Derartige Aussagen passten natürlich nicht in das von der damaligen Bundesregierung gewünschte Bild. Immerhin war die FAZ eine Art Hauszeitung der Regierung Kohl.

Menschen vom Schlage eines Kohl oder Waigel muss es sauer aufgestoßen sein, dass Skeptiker wie Dr. Krause in ihrem Hausblatt 1997 mahnten: »Noch sind die Verführungssprüche nicht vergessen: >Der Euro wird so hart wie die Deutsche Mark.< Aber verweht sind sie bereits. (...) So läuft denn bisher zu viel darauf hinaus, dass, wenn die gemeinsame Währung pünktlich kommt, eine weiche Währung kommt. Dahinter steht [einerseits] die teils fatalistische, teils euphorische Haltung: besser ein weicher Euro als gar kein Euro. Nur wird das nicht offen ausgesprochen. Andererseits: Ist wirklich ein stabiler Euro gewollt, ließe sich ebendas, solange selbst die wichtigsten Teilnehmerstaaten noch nicht >konvergieren<, durch eine Terminverschiebung unter Beweis stellen. Die aber ist wegen durchaus möglicher Folgen und ernst zu nehmender Bedenken politisch nicht gewollt. Damit bestätigen sich die schlimmsten Befürch-

tungen. So wird der Euro nicht hart und schon gar nicht so hart wie die D-Mark.«⁷³

Ich habe Dr. Krause Ende 2012 danach gefragt, welche Erinnerungen er an die 1990er-Jahre und an seinen verzweifelten Versuch, die Bürger über die möglichen verheerenden Folgen des Euro aufzuklären, noch hat. Er antwortete:

Ob Kohl sonst noch bei uns in der Wirtschaftsredaktion interveniert hat? Meines Wissens nicht. Erfolg hätte er damit ohnehin nicht gehabt. Bei mir schon gar nicht. Zu Ihren übrigen Fragen: Weder wurde ich als Autor Euro-kritischer Beiträge wo oder von wem auch immer stigmatisiert noch verächtlich gemacht. Ignoriert? Ja, natürlich, unsere Kritik war ja erfolglos. Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter. Wir Ökonomen und die anderen Kritiker aus der Ökonomenzunft haben allenfalls daran mitgewirkt und erreicht, dass Deutschland im Vertrag von Maastricht die Konvergenz- bzw. Stabilitätskriterien durchgesetzt hat - was aber, wie wir heute wissen, nichts genützt hat, denn sie sind gebrochen worden. Dass die Kriterien versprochen, was sie ohnehin nicht würden halten können, ist von Ökonomenseite damals aber ebenfalls schon geäußert worden, auch von mir (siehe Leitartikel vom 13. Juni 1997).

In die großen Talkshows bin ich nie eingeladen worden, und wenn, dann allenfalls als Barbier in die sonntägliche Journalistenrunde (einst Werner Höfers Frühschoppen). Auch Interviewwünsche von Sendern hat es nicht gegeben. Heute ist das nicht anders. Wer recht behalten hat, ist ohnehin nicht gerade begehrt. Ich selbst bin außerdem gänzlich unbekannt und daher als Gesprächspartner überhaupt nicht interessant und wichtig genug schon gar nicht, einer der ganz kleinen Köter, der die Karawane mitangebellt hat. Ich bin heute einer jenen vielen Autoren, der nur von seiner »Gemeinde«, einer winzigen Minderheit, wahrgenommen wird und keinerlei Breitenwirkung entfaltet.

Vier Gehirne und acht Fäuste: die Euro-Kläger Hankel, Schachtschneider, Nölling und Starbatty

Angepöbelt wurde auch Professor Wilhelm Hankel. Der Mann war ab 1967 einer der engsten Mitarbeiter von Karl Schiller im Wirtschaftsministerium. Er galt in den 1990er-Jahren als einer der ersten großen Euro-Gegner. »Eigentlich müsste der Euro Ikarus heißen, denn er wird wie dieser abstürzen.« Mit diesen Worten hat Professor Wilhelm Hankel, »Vater« der Bundesschatzbriefe und Berater des früheren deutschen Wirtschaftsministers Karl Schiller, lange vor der Einführung des Euro gewarnt. Wie behandelte man ihn? Man nannte ihn »DM-Nationalist«, »Sozialromantiker« und vor allem »Anti-Europäer«. ⁷⁴ Man versuchte, ihn fertigzumachen. Die SPD-Politikerin Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des EU-Unterausschusses für Währung im EU-Parlament, nannte Professoren wie Hankel, die einen klaren Kopf bei den Debatten über den Euro forderten, allen Ernstes im Jahr 1998 »Euro-Brandstifter«, die jene Gefahren angeblich selbst herbeiredeten, vor »denen sie uns angeblich bewahren wollen« ⁷⁵.

Wie viele andere mahnende Stimmen haben wir Hankel und Schiller politisch korrekt überhört. Dasselbe gilt auch für Professor Wilhelm Nölling. Der 1933 geborene Wirtschaftswissenschaftler kennt sich mit Finanzen aus, war Finanzsenator in Hamburg, Präsident der Landeszentralbank in Hamburg und von 1982 bis 1992 Mitglied des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank. 1993, neun Jahre vor Einführung des Euro, schrieb er ein faktenreiches Buch, das er selbst gern *Der Kampf um die D-Mark* nennen wollte. Nicht einmal sein Verleger hörte auf ihn. Es erschien dann unter dem nichtssagenden Titel *Unser Geld*. Nölling schrieb dazu 2011 rückblickend: »Im Jahr 1993 hatte ich mich mit meinem Titelvorschlag *Der Kampf um die DM* nicht durchsetzen können (...). Die Reaktionen auf das Buch - die erste umfassende Analyse des Maastrichter Vertrages

- waren zahlreich, öfters umfangreich, wurden jedoch bei Weitem nicht immer der politisch-ökonomischen Bedeutung und Vorhersagequalität gerecht. Eine anhaltende Wirkung auf Fachliteratur und -diskussion habe ich nicht feststellen können.« Im Klartext: Der Ex-Bundesbanker Professor Nölling wurde totgeschwiegen und ignoriert. Schließlich fordert er ja öffentlich, die Schuldigen aus den Reihen der Politik anzuklagen, wenn er schreibt: »Wer Verantwortung übernahm und heute noch dazu steht, als vor 20 Jahren die europäische politische und wirtschaftlich-monetäre Grundordnung umgepflügt wurde, der muss auch dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Sache schiefgegangen ist. Ein Wegducken und zum Selbstschutz erfundene falsche Diagnosen und irrige Maßnahmen sind nicht entschuldigbar und dürfen auch nicht toleriert werden.«⁷⁶

Nölling sagte zur Euro-Krise: »Sobald sich die politische Alternative in der Existenzkrise Europas auf ein >Ende mit Schrecken< oder einen >Schrecken ohne Ende< reduziert, muss die erste Alternative angestrebt werden. Denn es ist unmöglich, Lebensstandard und Funktionsfähigkeit einer zunehmenden Zahl von Euro-Schwachländern durch Gelddrucken und Mittelumverteilung - Transferunion - zu garantieren.«

Nölling hatte selbst als Bundesbanker ab 1989 mitbekommen, wie die Politik die Vorbereitung für eine Währungsunion in Europa traf. Wir haben Anfang 2013 viel miteinander gesprochen. Er erklärt rückblickend zu den Jahren vor der Währungsunion: »Während sich die Bundesbank ihrem gesetzlichen Auftrag, die Regierung wirtschaftspolitisch zu unterstützen und zu beraten, unterzog und die Kommissionsarbeiten ab 1990 ihren europaweiten Lauf nahmen, war das Interesse an den Verhandlungen zumindest in der deutschen Öffentlichkeit nicht besonders ausgeprägt. Karl Schiller sprach von einer Mauer des Schweigens.«

Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank beriet ab Sommer 1990 über viele Wochen hinweg über die mit der »Entscheidung einer Wirtschafts- und Währungsunion in Europa« verbundenen Fragen und verabschiedete am 6. Septem-

ber in Bremen einstimmig eine Stellungnahme. Weitere einstimmige Stellungnahmen folgten am 7. November 1991 und am 23. Januar 1992. Sie alle warnten die Politik mit deutlichen Worten vor der geplanten Währungsunion. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank (in dem Nölling saß) warnte vor den »beträchtlichen Risiken« des politischen Projekts der europäischen Währungsunion - zehn Jahre, bevor diese verwirklicht wurde. In einer dieser Warnungen hieß es wörtlich: »Die Errichtung einer Währungsunion bedeutet die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse zwischen den beteiligten Währungen. Die teilnehmenden Volkswirtschaften werden so im Währungsbereich auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden«; es werde »damit eine nicht mehr kündbare Solidargemeinschaft« begründet. »Die EG ist noch immer durch große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten gekennzeichnet«, es handele sich um »noch immer tief sitzende und zum Teil sogar wieder zunehmende Divergenzen«. Das Europäische System der Zentralbanken (EZBS) dürfe weder den »öffentlichen Haushalt der Gemeinschaft (noch) den Mitgliedsländern Kredite gewähren, eine den Erfordernissen der WWU entsprechende Budgetdisziplin [müsse] gewährleistet werden«; »die Eigenverantwortung der Mitgliedschaften dürfe nicht geschwächt« werden, und »die Konvergenz in der Gemeinschaft« müsse »nachhaltig« sein. Hätten Politik und Medien die Bundesbank ernst genommen und auf sie gehört, dann gäbe es ganz sicher heute noch die D-Mark.

Im Sommer des Jahres 1997 fanden sich die Professoren und Wirtschaftsfachleute Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schacht-schneider, Joachim Starbatty und Wilhelm Nölling zusammen, um mit den Waffen der politisch motivierten Wissenschaftler vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro zu kämpfen.

Wilhelm Nölling beschrieb rückblickend das Anliegen der Klage: »Die Währung ist nicht Sache einer Regierung, sondern des Volkes. In ihr wird seine Arbeit entlohnt, und in ihr legt es seine Ersparnisse an. Deswegen hat es auch ein Recht zu erfah-

ren, was aus seinem Geld wird - besonders dann, wenn es gegen ein anderes ausgewechselt werden soll. Man darf das Volk nicht mit nichtssagenden, dafür aber kostspieligen Werbesprüchen abspeisen.«

Hass und Hetze: Journalisten als Meinungspolizisten

Das deutsche Grundgesetz garantiert uns Bürgern das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Artikel 5). Jeder darf seine Meinung frei äußern, auch wenn es dem Nachbarn nicht gefällt. Eine Zensur findet nicht statt. Dieses Grundrecht gilt nicht nur für Journalisten, sondern für jeden, auch für Euro-Skeptiker. Doch mitunter treten politisch korrekte Journalisten als Meinungspolizisten auf. Artikel 5 des Grundgesetzes scheinen sie nicht zu kennen. Das bekommen Euro-Skeptiker schon seit Jahren immer wieder zu spüren. Durch Vorverurteilung und öffentliche Meinungsmache hetzen Medienschaffende gegen Meinungen, die ihnen nicht gefallen. Mit der Freiheit für Andersdenkende haben sie offenkundig ein gewaltiges Problem, stattdessen gießen sie Schmutzkübel über sie aus. Schauen wir uns ein typisches Beispiel dafür einmal in all seinen Facetten etwas näher an.

Zu den Weggefährten der Professoren Hankel und Nölling gehört auch Professor Schachtschneider. Der Mann ist weiterhin ein »aufmüpfiger« Staatsbürger, der Politik und Medien unangenehme Wahrheiten verkündet. Wie er von deutschen Medien behandelt wird, das konnte man gut im Frühjahr 2012 erkennen. Jedem Durchschnittsbürger war da - zehn Jahre nach der Euro-Einführung - längst klar, dass Euro-Kritiker der ersten Stunden wie Professor Schachtschneider mit ihren Mahnungen, die sie in den 1990er-Jahren vorbrachten, recht gehabt hatten. Karl Albrecht Schachtschneider wollte nun im Frühjahr 2012 im Großraum Stuttgart einen Vortrag zum Euro halten. Was dann geschah, wird gleich aufzuzeigen sein. Der Fall ist ein

beredtes Beispiel dafür, wie deutschsprachige Medien politisch nicht korrekte Menschen mit erfundenen, erstunkenen und erlogenen Behauptungen und Geschichten fertigzumachen versuchen. Und jene, die das alles decken, werden (im nachfolgend geschilderten Fall sind es Stuttgarter Journalisten) geschützt oder sogar noch befördert. Diese Tendenz lässt sich von den Anfängen der Euro-Kritik in den 1990er-Jahren bis in die jüngste Gegenwart beobachten. Aus diesem Grund befassen wir uns einmal ausführlich mit zwei obskuren Journalisten, die einen unbescholtenen Euro-Kritiker als Rechtsextremisten diffamiert haben. Wir werden später in diesem Buch noch auf ähnliche Begebenheiten stoßen.

Zu den Grundregeln der fairen Berichterstattung gehört nach Angaben des Deutschen Presserats die »gründliche und faire Recherche«.⁷⁷ Manche Journalisten pfeifen allerdings auf Gründlichkeit und Fairness. Das hat im Jahr 2012 der Staatsrechtler Professor Schachtschneider, einer der Euro-Kläger, zu spüren bekommen.

Kennen Sie Malte Klein? Nein? Nun, dann lernen Sie ihn hier etwas näher kennen. Der Mann arbeitete 2012 bei der schwäbischen *Filder-Zeitung*. Diese gehört zur Stuttgarter Verlagsgesellschaft mbh. Malte Klein, 1979 in Bremen geboren⁷⁸, schrieb im Frühjahr des genannten Jahres für die Lokalredaktion in Leinfelden-Echterdingen. Gibt es in der Region Probleme mit Taubenkot⁷⁹, dann berichtet der gelernte Geografiefachmann Malte Klein darüber. Ein Schüler gewinnt einen Rundflug⁸⁰ - auch das ist ein klarer Fall für Reporter Malte Klein, der sogar schon einmal beim *Weser-Kurier* ein Praktikum gemacht hat. Auch über die Gymnasiasten des Friedrich-Schiller-Gymnasiums darf der Mann berichten.⁸¹ Von der Erich Schairer Journalistenhilfe e. V. hat er 2010 einen Preis erhalten⁸², weil er in einer Lokalzeitung einige Zeilen darüber geschrieben hatte, wie schwierig es heute für manche Menschen ist, unter verschiedenen Kaffeevariationen auszuwählen.⁸³ Das alles ist Maltes kleine Welt. Da kennt er sich aus. Manchmal schreibt Malte Klein auch über Politik. Natürlich politisch korrekt. Er

berichtet dann beispielsweise vom »Integrationstag gegen rechts und für Integration«.⁸⁴

Für seinen Arbeitgeber wurde Malte Klein im Frühjahr 2012 zum Problem. Er ist zwar kein Analphabet, doch fehlt ihm offenkundig eine wichtige Voraussetzung für die journalistische Arbeit - die Fähigkeit zur Recherche. Zumindest ist es das, was ein durchschnittlicher unbefangener Leser über Malte Klein denken muss, wenn er den Inhalt seiner Artikel vor dem Auftritt von Professor Schachtschneider im Raum Stuttgart bei einem Euro-Kongress mit der Realität vergleicht. Der rasende Lokalreporter Malte Klein hatte ohne gründliche und faire Recherche einen der renommiertesten deutschen Staatsrechtler herausgefordert. Es ging, um dies nochmals deutlich herauszustellen, um keinen Geringeren als Professor Karl Albrecht Schachtschneider, der als einer der Euro-Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht für nicht wenige Menschen ein Hoffnungsträger war und vor 1000 Menschen in der Leinfelder Filderhalle auf dem Euro-Kongress sprechen wollte. Wir wissen ja bereits, wer in Leinfelden Lokalreporter ist: Malte Klein. Der Mann suggerierte seinen unbefangenen Lesern im Frühjahr 2012 allen Ernstes, Professor Karl Albrecht Schachtschneider, der von der konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*⁸⁵ bis hin zur politisch eher linken *taz*⁸⁶ Gehör findet, sei ein Unterstützer der NPD. Der Lokaljournalist hatte gleich mehrfach in seinen Berichten den Euro-Kongress als Treffen mutmaßlicher Sympathisanten der extremen Rechten dargestellt. Malte Klein hatte sogar einen Kronzeugen für seine extrem ehrenrührigen und wahrheitswidrigen Behauptungen - das »Antifa-Rechercheteam Baden-Württemberg«. Der Berichterstatte für Taubenkot, Gewinnspiele, Abiturergebnisse und Kaffeevariationen glaubte offenkundig ungeprüft, was die in weiten Teilen vom Verfassungsschutz beobachtete linksradikale Antifa »recherchiert« haben wollte. Ihren »Ergebnissen« zufolge ist Professor Schachtschneider nicht nur ein EU-kritischer »Experte der extremen Rechten«. Er ist laut Malte Klein und der Antifa zudem »Experte der sächsischen NPD-Fraktion bei

einer Anhörung« gewesen. Ein unbefangener Leser der Kleinschen Berichte über Schachtschneider und den Euro-Kongress wird eines ganz sicher im Hinterkopf abspeichern: Professor Schachtschneider ist ein Mann mit extremer Nähe zur NPD, ein Rechtsextremist.

Die von der Antifa formulierten Passagen⁸⁷ brachte Malte Klein beispielsweise am 3. Januar 2012 in der *Filder-Zeitung* über Schachtschneiders geplanten Auftritt beim Euro-Kongress unter der Überschrift »Keine Tagung als Vorsichtsmaßnahme« unter. Die unmissverständliche Botschaft dieses und auch weiterer Artikel an die Leser lautete: In meinem Reportergebiet trifft sich das Umfeld von Rechtsextremisten. Menschen, die den Euro kritisch sehen, müssen offenkundig aus politisch korrekter Sichtweise »extreme Rechte« sein. Als frei erfundenes Beispiel für diese »extreme Rechten« musste nun eben Professor Schachtschneider herhalten. Weder die Antifa noch Malte Klein hatten bei ihm nachrecherchiert oder zumindest im Sinne des Pressekodex um eine Stellungnahme gebeten. Schließlich wogen die Vorwürfe schwer wie Blei und waren geeignet, der weiteren Karriere des Staatsrechtlers erheblichen Schaden zuzufügen. Malte Klein hätte beim kleinsten Versuch einer Recherche offen einsehen können, dass Professor Schachtschneider in Wahrheit niemals für die NPD gearbeitet hat. Schachtschneider hat, was leicht nachzuprüfen war, vielmehr ein Gutachten für den sächsischen Landtag erstellt, dessen Auftraggeber das Bundesland Sachsen war.

Es gehört zu den berufsständischen Pflichten von Professoren an Universitäten, für andere staatliche Stellen kostenlose Gutachten zu erstellen, wenn sie dazu aufgefordert werden. Der Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss des sächsischen Landtags forderte Professor Schachtschneider dazu auf, zur EU-Verfassung Stellung zu nehmen. Dem Ausschuss als Experten vorgeschlagen hatte ihn die NPD-Fraktion, aber darauf hatte Schachtschneider keinen Einfluss. Um die Stellungnahme gebeten (und genau das war der wesentliche Punkt für sein Tätigwerden) hatte ihn der Ausschuss des sächsischen

Landtages und mithin eine staatliche Einrichtung des Landes Sachsen. Schachtschneider hätte das Gutachten nur aus Krankheitsgründen ablehnen können - und dafür lügen müssen, weil er kerngesund war. Davon, dass Schachtschneider als Experte der sächsischen NPD gearbeitet hat, kann also keine Rede sein. Vielmehr musste er entsprechend seinen Dienstpflichten das Gutachten bei einem Landtagsausschuss abgeben. Im Klartext: Wäre Schachtschneider nicht Jurist, sondern Professor der Medizin, und hätte ihn nicht der Landtag, sondern ein Justizministerium zur Begutachtung eines mutmaßlichen Straftäters aufgefordert, dann würde Schachtschneider in der Feder des Malte Klein nunmehr zum Menschen aus dem kriminellen Milieu mutieren. Nach diesem Strickmuster log Malte Klein, der sich auf die Antifa und die extremistische *Indymedia* berief.

Schauen wir uns die Gegner von Professor Schachtschneider einmal näher an. Sie verstecken sich etwa hinter dem linksextremistischen Internetportal *Indymedia*. Dieses steht in den Vereinigten Staaten auf der FBI-Liste der Terrorunterstützer. *Indymedia* selbst berichtete darüber.⁸⁸ Der deutsche Ableger dieser extremistischen Gruppe ruft zur Ermordung deutscher Polizisten auf.⁸⁹ Und er bekannte sich auf *Indymedia* zu den Brandanschlägen auf ICE-Strecken.⁹⁰ Viele Bahnreisende litten unter dem Terror dieser Gruppe.⁹¹ Aus Sicht der Polizeigewerkschaft entsteht im Umfeld von Antifa und *Indymedia* eine neue gewaltbereite RAF in Deutschland.⁹² *Indymedia* und die Antifa haben in Berlin zur Gewalt gegen Polizisten aufgerufen. In einem Berliner Bericht heißt es zu den Folgen dieser Aufrufe: »Sodann beginnt die Gewalt: Die Antifas plündern Geschäfte und greifen Verkehrspolizisten an. Bewohner eines ehemals besetzten und seit einem Jahr wieder vermieteten Wohngebäudes werden mit Steinschleudern beschossen, ihre Fenster eingeworfen und Mülltonnen werden in Brand gesetzt. Bilanz der Antifa-Gewalt: zahlreiche Sachschäden, 49 verletzte Polizisten. 31 Strafverfahren werden eingeleitet, unter anderem wegen Landfriedensbruchs, versuchter schwerer Brandstiftung und versuchten Totschlags.« Aufgerufen dazu hatte, wie gesagt, das Antifa-

Internetportal *Indymedia*⁹³, das auch stolz über die eigenen Straftaten berichtete.⁹⁴ Linksextremistische Gewalttäter, die *Indymedia* als ihr Portal benutzen, hatten im Übrigen auch am 2. Oktober 2011 einen Anschlag auf die baden-württembergische Landesvertretung in Brüssel verübt.⁹⁵ Sie selbst bezeichnen sich gern als »Lumpen« oder aber eben als »Antifa«⁹⁶. Sie finden es offenkundig ehrenwert, »Lumpen« zu sein.

Das Portal der »Antifa-Lumpen« - also *Indymedia* - wird vom Bundesverfassungsschutz als ein »von Linksextremisten verstärkt genutztes Internetportal« bezeichnet. Die Antifa-Gruppen von *Indymedia* reagierten auf ihre eigene Art - sie besetzten den Verfassungsschutz und verlangten dort Einblick in ihre Akten.⁹⁷ Bundesweit fordern diese Extremisten immer wieder den Verfassungsschutz heraus.⁹⁸ Zudem haben sie kein Verständnis dafür, wenn sie für Straftaten vor Gericht verurteilt werden.⁹⁹ Sie lehnen nämlich Meinungsfreiheit für Andersdenkende ab und schüren eine Pogromstimmung in der Bevölkerung gegen jene, die nicht ihre Meinung teilen. Die betreffenden Personen werden dann von ihnen als »Rassisten«, »Faschisten« und »Nazis« gebrandmarkt. Im Internet veröffentlicht die Antifa auch »Steckbriefe« von Menschen, die nicht ihre Auffassung teilen. Ein fester Bestandteil der Antifa-Propaganda sind auch die »Antifa-Rechercheteams«.¹⁰⁰

Schauen wir uns einmal an, was der Verfassungsschutz über das undemokratische subtile Vorgehen der Antifa berichtet:

»Die Autonome Antifa hat sich dem Kampf gegen den Faschismus verschrieben. Der Faschismus-Begriff der Autonomen Antifa ist dabei sehr weit gespannt. Polizisten werden genauso als Faschisten bezeichnet wie beispielsweise Lehrer, Selbstständige oder sonstige Bürger, die sich den reißerischen Parolen nicht anschließen wollen.«¹⁰¹

Bemerkenswert ist nun, dass sich wohl niemals zuvor renommierte deutsche Verlage zum Sprachrohr dieser Gegner der Meinungsfreiheit haben machen lassen. Bis zum Frühjahr 2012. Die *Stuttgarter Zeitung* trat im Lokalteil als Sprachrohr dieser Gruppen und ihres Umfeldes auf. Bis dahin stand die Publika-

tion in der Tradition der liberalen Zeitung *Stuttgarter Neues Tagblatt*, die bis zur Gleichschaltung durch die Nazis alles, aber nur kein Propagandablatt sein wollte. Die alten ehernen Grundsätze wurden in jenen Tagen aus der Sicht vieler Leser in der Redaktion über Bord geworfen. Denn man schloss sich nun bei der Berichterstattung über eine Veranstaltung zum Euro der Sprache der linksextremistischen Antifa an. Journalisten wurden zu Meinungspolizisten.

Die *Stuttgarter Zeitung* hat jedenfalls ganz offen im Sinne der Antifa und unserer Verfassungsfeinde pogromähnliche Stimmung gegen eine rein wirtschaftspolitische Veranstaltung zum Euro geschürt. Der aus dem Russischen stammende Ausdruck »Pogrom« bedeutet Krawall. Mit offenkundiger Rückendeckung des Ressortleiters Lokales für Stuttgart, Holger Gayer, haben Journalisten der Stuttgarter Zeitungsgruppe eben diese pogromähnliche Stimmung in Artikeln angefacht. Zumindest hat das Unternehmen keine für die Öffentlichkeit erkennbaren Schritte gegen die Lobbyarbeit jener Journalisten unternommen, die sich für die verfassungsfeindliche Antifa prostituiert haben, indem sie deren hasserfülltes Gedankengut unkritisch verbreiteten. In diesem Zusammenhang mutierte der Euro-Kläger Professor Karl Albrecht Schachtschneider in der Feder des Stuttgarter Journalisten Malte Klein eben allen Ernstes zum NPD-Mann. Da wurde nicht nur mit der Verbreitung des Antifa-Aufrufs »Let's crash their party«¹⁰², den dann nach Angaben des Journalisten der regionalen *Filder-Zeitung* auch die vom Verfassungsschutz beobachtete Partei Die Linke unterstützte, pogromähnliche Stimmung unter den Lesern gegen die Besucher einer Veranstaltung über die Risiken des Euro geschürt. Es waren auch unverantwortliche Artikel mit Überschriften wie »Keine Tagung als Vorsichtsmaßnahme«, »Keine Polizei im Saal« oder »Linke wollen vor der Filderhalle Flagge zeigen«, in denen gegen 1000 Kongressteilnehmer und die Referenten Stimmung erzeugt wurde. Die Berichterstattung hatte »Erfolg«: Die Polizei musste in klirrender Kälte Hunde gegen den aufgeheizten Mob einsetzen, der versuchte, die Veranstal-

tung von Euro-Kritikern in der Leinfelder Filderhalle zu stürmen.

Professor Schachtschneider ist beinahe täglich in öffentlich-rechtlichen Fernsehsendungen als gefragter Juraprofessor zu sehen. Malte Klein hat diesen renommierten Professor, bei dem er nicht einmal nachgefragt hat, einfach in die Nähe der NPD gerückt und somit schwer in seinem öffentlichen Ansehen geschädigt. Malte Klein hatte, so viel der Vollständigkeit halber, vor dem Auftritt des Professors beim Euro-Kongress in der Filderhalle noch einmal nachgelegt und berichtet, dass die Antifa und Die Linke zur Demo unter dem Motto »Let's crash their party« aufgerufen hatte. Malte Klein diente aufgrund seiner Berichterstattung als Sprachrohr für eine »Gegenwehr« gegen den Euro-Kongress. Das alles musste auf die Antifa wie eine Aufforderung gewirkt haben. Linke versuchten, den Saal der Euro-Veranstaltung zu stürmen. Die Polizei musste, wie schon erwähnt, Hunde auf den gewaltbereiten Mob loslassen, der auch auf Polizisten losging.¹⁰³ Malte Klein hat allen Teilnehmern des Euro-Kongresses, die er aus der Sicht eines unbeteiligten Durchschnittsbürgers ebenso wie Schachtschneider in die rechte Ecke stellte, mit seiner Berichterstattung virtuell einen Kübel selbstgerührten Gullidreck ins Gesicht geschüttet. Dabei blieben die Schmutzflecken allerdings an ihm selbst haften.

Holger Gayer, Ressortleiter Lokales der Stuttgarter Verlagsgesellschaft und Vorgesetzter von Malte Klein, schrieb dem Autor dieses Buches am 7. Februar 2012, nachdem dieser auf die Entgleisungen von Malte Klein gegenüber Professor Schachtschneider aufmerksam gemacht hatte, die folgenden Zeilen: »Sehr geehrter Herr Ulfkotte, vielen Dank für Ihre Belehrungen in Sachen Professor Schachtschneider (...). Als Vorgesetzter von Herrn Malte Klein hatte ich eigentlich geplant, Ihnen heute in der Sache zu antworten. Nun aber erspare ich Ihnen und mir den Aufwand, Antworten auf Fragen zu formulieren, die Sie in der Ihnen eigenen Rhetorik bereits beantwortet haben. Vollkommen inakzeptabel ist dagegen Ihre Hetze gegen Herrn Klein. Eine so infame Menschenjagd habe ich selbst zuletzt von

Rechtsextremisten erlebt. Ein solcher wollen Sie aber nicht sein. (...). Und sagen Sie den anonymen Schreibern, die inzwischen das Mailkonto von Herrn Klein zumüllen, dass sie ihre Tiraden besser direkt an mich schicken sollen. Es wird mir eine Freude sein, jedes Schreiben einzeln unserem Rechtsanwalt und gegebenenfalls der Polizei zu übergeben. Mit freundlichen Grüßen
Holger Gayer, Ressortleiter Lokales Stadt Stuttgart.«

Der Vorgesetzte deckte Malte Klein also, jedenfalls ließ die Mailadresse *h.gayer@stz.zgs.de* keinen Zweifel daran, dass er die Nachricht verfasst hatte.

Ich war zufälligerweise einer der Redner des vorgenannten Euro-Kongresses. Auf die unfassbaren Anschuldigungen hin verfassten wir Redner schließlich gemeinsam folgenden Offenen Brief, auf den wir bis heute keine Antwort erhalten haben:

*Offener Brief vom 13. Februar 2012 an die
Stuttgarter Nachrichten Verlagsgesellschaft mbH
Geschäftsführer Dr. Richard Rebmann
und Holger Gayer, Ressortleiter Lokales Stadt Stuttgart
Plieninger Straße 150
70567 Stuttgart (Pressehaus)
Telefon (0711) 7205-0
E-Mail: cvd@stn.zgs.de*

*Sehr geehrter Herr Dr. Rebmann, sehr geehrter Herr Gayer,
wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, haben am Samstag,
dem 4. Februar 2012, in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen vor 1000 Zuhörern unter dem Veranstaltungsmotto »Europa vor dem Crash« als Redner Vorträge über die möglichen Gefahren der Euro-Krise gehalten. Der Verleger Jochen Kopp hatte Menschen aus allen Gesellschaftsschichten eingeladen, damit diese sich mithilfe der Vorträge aus unterschiedlichen Perspektiven ein Bild über mögliche Szenarien machen und rechtzeitig darauf vorbereiten konnten. Die Veranstaltung hatte keinen politischen Hintergrund und befasste sich ausschließlich mit Wirtschafts- und Finanzfragen. Moderiert wurde die Veranstal-*

tung zur Euro-Problematik von Eva Herman. Durch die einseitige mediale Berichterstattung Ihres Unternehmens, insbesondere durch Überschriften, die Auswahl von Zitaten vor und nach der Veranstaltung, wurden wir Redner ebenso wie die Moderatorin Eva Herman, der Verlag und nicht zuletzt die Gäste in Ihren Medien als mutmaßliche Rechtsextremisten und Rechtspopulisten bzw. als Besucher einer Veranstaltung mit solchen Inhalten diffamiert. Mitarbeiter Ihres Unternehmens haben beispielsweise in der Filder-Zeitung vom 3. Februar 2012 Professor Schachtschneider wahrheitswidrig zum NPD-Mann gemacht. In anderen Artikeln haben Ihre Medien behauptet, unsere Zuhörer seien möglicherweise Neonazis aus der Region. In weiteren Berichten haben Ihre Medien den Lesern suggeriert, dass bei unseren Vorträgen »strafrechtlich relevante Äußerungen« gefallen sein könnten. Und es wurde behauptet, dass von uns »verschwörungstheoretischer Rechtspopulismus verbreitet« werde. Ihre Mitarbeiter haben diese und ähnlich lautende rufschädigende Formulierungen wahrheitswidrig immer wieder verbreitet. Ihre Journalisten haben uns zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit gegeben, zu ihren schwerwiegenden Vorwürfen Stellung zu nehmen. Als Quelle für die Vorwürfe berufen sich Ihre Journalisten ohne innere Distanzierung und zumindest ausgewogene Gegendarstellung vielmehr beispielsweise auf die vom Verfassungsschutz beobachtete »Antifa«. Bis heute können Sie nicht einen Zuhörer vorweisen, welcher der Veranstaltung rechtsradikale oder rechtspopulistische Inhalte hätte entnehmen können: Es gab sie schlicht nicht!

Wir erwarten eine Stellungnahme und fordern Sie dazu auf, die vor allem durch die einseitige Berichterstattung geförderten schwerwiegenden Beschuldigungen gegen uns in aller Form öffentlich richtigzustellen beziehungsweise richtigstellen zu lassen.

Unterzeichner: Professor Karl Albrecht Schachtschneider, Professor Wilhelm Hankel, Professor Bernd-Thomas Ramb, Dr. Bruno Bandulet, Dr. Udo Ulfkotte, Jochen Kopp (Verleger) und Eva Herman

Ich habe, wie erwähnt, von der Stuttgarter Nachrichten Verlagsgesellschaft oder von Holger Gayer nie eine Antwort auf unseren Offenen Brief bekommen. Die Feiglinge zogen es vor, ihr Versagen einfach totzuschweigen. Genau das ist typisch für Politik und Medien bei der Euro-Berichterstattung. Man tut deshalb gut daran, solche Zeitungen abzubestellen und einen Beitrag dafür zu leisten, dass solche Journalisten arbeitslos werden. Die *Stuttgarter Zeitung* schreibt über Holger Gayer im Internet: »Als der damals 24-jährige Holger Gayer im Jahre 1993 als jüngster Redakteur der *Stuttgarter Zeitung* antrat, empfing ihn der damalige Sportchef der StZ, Klaus Grundgeiger, mit einem wohl gemeinten Rat. >Kerle, merk dir eins<, sprach Grundgeiger also, >wenn du deine Neugier nicht verlieren willst, musst du alle paar Jahre etwas Neues machen.<<¹⁰⁴ Wer nun glaubt, dass Menschen wie Holger Gayer nach dem kläglichen Vorfall Reue gezeigt und sich zusammen mit Malte Klein demütig bei den Opfern der *Stuttgarter Zeitung* entschuldigt hätten, der irrt gewaltig. Im Gegenteil - Herr Klein wurde trotz seines Versagens befördert. Unter der Überschrift »Holger Gayer steht künftig allein an der Spitze der Stadredaktion« wurden die Leser 2012 darüber informiert.¹⁰⁵ Einem normal denkenden und empfindenden Menschen wird wohl speiübel, wenn er über diesen Sachverhalt nachdenkt.

Man sieht anhand dieses Falles, wie Menschen, die sich wie Professor Schachtschneider außerhalb der normierten politischen Korrektheit bewegen und auf mögliche Risiken und Gefahren des Euro hinweisen, von politisch korrekten Journalisten fertiggemacht werden, die sich an die Seite von Verfassungsfeinden stellen. Zudem werden jene, die eine solche Vorgehensweise als Aufseher der Meinungspolizisten decken, noch befördert. Derartige Dinge lassen sich von den Anfängen der Euro-Kritik in den 1990er-Jahren bis in die jüngste Gegenwart hinein beobachten. Gehen wir nun wieder zurück in jene Jahre, als es die D-Mark noch gab. Auch damals schon wurden Euro-Kritiker wie Aussätze behandelt.

Ralf Dahrendorf und Arnulf Baring

Als Euro-Kritiker der ersten Stunde unvergessen ist auch Professor Ralf Dahrendorf, früherer Leiter der *London School of Economics*. Sein Vater war aktiver Sozialdemokrat, Reichstagsabgeordneter und wurde 1944 als Widerstandskämpfer im Umkreis des 20. Juli vom Volksgerichtshof zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Sohn Ralf landete als 15-Jähriger wegen antinazistischer Flugblätter in den Fängen der Gestapo, wurde in einem Arbeitslager an der Oder eingesperrt und kam erst kurz vor dem Eintreffen der Roten Armee frei. Es waren die für sein Leben entscheidenden Erfahrungen: Die Freiheit sollte oberste Leitlinie seines Denkens sein.

Im Dezember 1995 warnte Dahrendorf im *Spiegel* vor den Gefahren der Währungsunion und sagte in einem Interview: »Die Währungsunion ist ein großer Irrtum, ein abenteuerliches, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eint, sondern spaltet.«¹⁰⁶

Dahrendorf starb im Juni 2009 in Köln. Er bekam kurz vor seinem Tod noch mit, dass er recht behalten würde.

Ein weiterer großer Euro-Kritiker ist der 1932 in Dresden geborene Historiker und Politologe Professor Arnulf Baring. Er hat schon 1997, also fünf Jahre vor der Einführung des Euro als Bargeld, in seinem Buch *Scheitert Deutschland?* vor der Währungsunion ebenso gewarnt wie vor der Aufnahme Griechenlands in die Europäische Union. Arnulf Baring beklagte die Verteufelung von Euro-Kritikern. Diese mussten sich als »Nationalisten« oder »Reaktionäre« diffamieren lassen, sogar als »moralisch minderwertig«, weil man ihnen - so Baring - einen »Appell an niedere Instinkte« vorwarf. Für Baring ist es einfach unfassbar, dass sogar der damalige Bundespräsident Herzog verlangte, den Euro im Wahlkampf nicht zu erwähnen: »Der höchste Repräsentant unseres Staates spricht sich dafür aus, die politische Diskussion eines Themas, das von existenzieller Bedeutung für alle Landsleute ist, einfach ausfallen zu lassen.«¹⁰⁷

»Auf dem Großbankengipfel im Juni 1996 in Sydney«, so Arnulf Baring in seinem Buch *Scheitert Deutschland?*, »führte der Vorstandsvorsitzende einer japanischen Großbank aus: Ihn erinnere die Art, wie seine deutschen Kollegen auf Fragen nach der Europäischen Währungsunion reagierten, an deutsche und japanische Militärs im Zweiten Weltkrieg. Sie hätten damals auch keine Fragen erlaubt und seien mit ihren Truppen, wider besseres Wissen, auf Befehl der Regierenden in den Abgrund marschiert.« Baring sagte damals korrekt voraus, was inzwischen tatsächlich eingetreten ist: Deutschland drohe finanzpolitisch erpresst zu werden. Und weil wir Deutschen Währungsdisziplin fordern, würden die anderen Länder uns für ihre eigenen Probleme verantwortlich machen. Damit riskierten die Deutschen, als Wirtschaftspolizisten in Verruf zu geraten und einmal mehr zum gehassten Volk in Europa zu werden. Die Währungsunion, so Baring im Gespräch mit der *Berliner Morgenpost*, sei die größte Fehlentscheidung Deutschlands nach 1945. Diese habe, obwohl er mit der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses und der Wiedervereinigung Großes geleistet habe, Helmut Kohl zu verantworten. Der Kanzler, der von 1982 bis 1998 im Amt war, habe damals empört auf seine düsteren Prognosen reagiert, erinnert sich Baring. »Als ich eine Kurzfassung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* veröffentlicht hatte, schrieb Bundeskanzler Kohl an jeden der fünf Herausgeber einen eigenen Brief des Inhalts: Sie dürften mir ihr Blatt nicht länger als Forum zur Verfügung stellen. Es sei doch unerhört, dass dieses großartige Projekt durch Schmierfinken wie mich in den Dreck gezogen würde.«

Die Währungsunion, sagte Baring immer wieder, sei von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen, weil Mentalität und Leistungskraft in den Ländern der gemeinsamen Währungszone viel zu unterschiedlich seien. »Das führt zwangsläufig zu Spannungen und lässt den Laden irgendwann auseinanderfliegen.« Der ihn beratende Bankier habe ihm damals auch vorhergesagt, dass das Ganze am Ende auf eine gigantische Erpressung hinauslaufe. Ein Hellseher sei er nicht, erklärt Pro-

fessor Baring heute, er habe sich nur gründlich informiert und eben durch einen erfahrenen Bankier beraten lassen.

Im November 1997 kam es zu einem öffentlichen Streitgespräch zwischen dem damaligen Siemens-Chef Heinrich von Pierer, einem Euro-Befürworter, und Baring. Eine Zeitung, die über die intensiv geführte Diskussion berichtete, schrieb zu Barings Worten: »Barings Plädoyer gegen den Euro ließ im Saale die Herzen sogleich höher schlagen. Sicherlich wären die Argumente von seinem Diskussionspartner richtig, nur würden überlagernde und in seinen Augen für den Erfolg der Einführung des Euro wesentliche soziopsychologische Aspekte außer Acht gelassen. Erstens sei die deutsche Bevölkerung mehrheitlich gegen den Euro eingestellt. Solange es unsere Provinzpolitiker abgehoben vom Volk nicht für nötig halten würden, wie in anderen europäischen Ländern eine aufklärerische Debatte über Chancen und Risiken in der Öffentlichkeit zu führen, sähe er große Gefahren auf die Demokratie in Deutschland zukommen. Dass gerade bei einer so wesentlichen Fragestellung wie die Aufgabe der bewährten und allseits respektierten Bundesbank in einem an Nationalsymbolen armen Volk wie Deutschland keine Volksabstimmung erfolgen solle, könne er nicht akzeptieren. Zweitens sei das verfolgte Ziel bei dieser Währungsunion überhaupt noch nicht geklärt. Verfolge man ein Freihandelseuropa (wie das die Engländer wollten), wolle man eine Union mit föderalen Elementen (wie das vielleicht Deutschland wolle) oder solle es ein zentralistisch gesteuertes Europa unter französischer Herrschaft sein, in dem sich vor allem Deutschland wie der Zucker in der Teetasse auflösen solle? Die von Baring mehrmals gemachte Aussage, dass Frankreich der Vereinigung Deutschlands nur unter der Bedingung zugestimmt habe, wenn im Eintausch die DM aufgegeben werde, gab diesem Aspekt noch mehr Schlagkraft. Außerdem konnte Baring darauf hinweisen, dass die Einführung einer gemeinsamen Währung vor der eigentlichen politischen Vereinigung verschiedener Staaten ein in der Menschheitsgeschichte einmaliger Akt sei. So sei nach der Gründung

des Deutschen Reiches 1871 die gemeinschaftliche Reichsmark erst 1924 eingeführt worden.«¹⁰⁸

Die wichtigste Botschaft seines 1997 erschienenen Buches *Scheitert Deutschland?* lautete: Deutschland werde auf wirtschaftlichem und industriellem Gebiet auf das Niveau einer Entwicklungsnation absinken. Er schrieb, als Konsequenz daraus sei ein Scheitern des politischen Systems zu befürchten, weil es wegen der notwendigen Einschränkungen im Lebensstandard zu erheblichen innenpolitischen Turbulenzen kommen werde bis hin zu sozialpolitisch begründeten Unruhen. Der Zeitgeschichtler schrieb zur Währungsunion, dass sich Deutschland den Euro angesichts der absehbaren riesigen Wirtschaftsprobleme auf keinen Fall leisten könne. Nachfolgend einige Zitate aus dem Buch: »Wenn innerhalb der Währungsunion auftretende wirtschaftliche Ungleichgewichte durch eine entsprechende Senkung der Realeinkommen nicht ausgeglichen werden können und die Mobilität der Arbeitskräfte nicht ausreicht, um ein höheres Maß eines Beschäftigungsausgleichs zu gewährleisten, bleibt als dritte Alternative der Kapitaltransfer. In Amerika findet, was bei uns wenig bekannt ist, ein enorm hoher Finanzausgleich statt. Nur über ihn kann dort der soziale Friede erhalten werden (...). Dennoch sind solche Transferzahlungen in der Europäischen Währungsunion nicht vorgesehen, obwohl die Mobilität der Arbeitskräfte ungleich geringer ist als in den USA. Auf welche Hoffnungen gründet sich die Erwartung der Euro-Anhänger, dass im Wirtschaftsraum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft trotz der sehr viel ungünstigeren Rahmenbedingungen als in den Vereinigten Staaten keine Transferzahlungen notwendig sein werden? Selbst enge Berater Kanzler Kohls, auch führende Parlamentarier gestehen inzwischen ein, Deutschland werde im Zuge der Währungsunion gewaltige Transferzahlungen erbringen müssen. (...) Im Augenblick hört man diese Eingeständnisse nur hinter vorgehaltener Hand. Öffentlich werden die zu erwartenden Transferleistungen als Finanzausgleich, der uns aus dem deutschen Föderalismus vertraut ist, bagatellisiert und durch den Zusatz

gerechtfertigt, Europa sei ein solches Opfer schließlich wert (...).« Barings Worten aus dem Jahr 1997 zufolge wusste also die Regierung Kohl schon damals, dass die deutschen Steuerzahler künftig gewaltige Transferleistungen an andere Euro-Staaten würden leisten müssen. Zudem war klar, dass es keineswegs Stabilität geben würde.

Die Einführung des Euro bezeichnet Baring immer wieder als »größten Fehler seit 1945«, dessen Scheitern vorhersehbar gewesen sei. Er verweist außerdem auf den Artikel 125 der EU-Verträge, demzufolge kein Staat und auch nicht die Europäische Union für Schulden eines anderen Staates einstehen dürfe. Als einen Ausweg aus der Krise nennt er die Möglichkeit eines »Neuro« - einer gemeinsamen Währung der Länder wie Deutschland, Frankreich und der Benelux-Staaten. Die Möglichkeit eines »Marshallplans« nach dem Vorbild aus dem Jahr 1947 schließt Baring dagegen kategorisch aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei ein enormer Leistungswille innerhalb der Bevölkerung vorhanden gewesen. Aktuell lasse sich jedoch eine gewisse Bequemlichkeit nachweisen, die diese Möglichkeit nicht zulasse.

Arnulf Baring schrieb mir im Februar 2013:

Weder 1997, als mein Buch Scheitert Deutschland? erschien, noch jetzt, in der Euro-Krise, haben sich die Medien, einschließlich der Talkshows und der Presse, noch die allgemeine Öffentlichkeit mit meiner Analyse der Währungsunion befasst. Wie Sie erwähnen, habe auch ich seinerzeit aus der FAZ gehört, der damalige Bundeskanzler habe sich mit je eigenen Briefen an alle Herausgeber des Blattes mit dem Ersuchen gewandt, einen Menschen wie mich nicht nochmals zu veröffentlichen, nachdem ich einen vorsichtigen Einwand gegen den kommenden Euro zu Papier gebracht hatte. Der Altbundeskanzler scheint bis zum heutigen Tage diese französisch-deutsche Schöpfung für eine weise Entscheidung zu halten.

Henning Voscherau, Felix W. Zulauf und Jens Ehrhardt

Zeitgleich gab es in den 1990er-Jahren nur einen einzigen Politiker von Rang, der öffentlich eine politische Opposition gegen den Euro zu formen versuchte - jedoch vergeblich. Henning Voscherau (SPD), damals noch Hamburgs Bürgermeister, verlor 1997 im Hamburger Wahlkampf seinen Posten, nachdem er eine Volksabstimmung über die Einführung des Euro gefordert hatte. *Der Spiegel* äußerte gegenüber Voscherau nach seinem Rücktritt in einem Interview: »Die Genossin Ingrid Matthäus-Maier hat Ihnen (...) gleich mehrere Vorwürfe gemacht. So sei es falsch gewesen, Euro-kritische Töne im Wahlkampf anklingen zu lassen.« Voscherau antwortete: »... ist der Einwand von Frau Matthäus-Maier völlig falsch. Ich bin in sieben Wochen maximal fünfmal nach dem Euro gefragt worden.« Aber das genügte offenbar schon, um ihn aus Gründen der politischen Korrektheit zum verpönten Euro-Skeptiker zu machen. *Der Spiegel* fragte Voscherau zum Euro und stellte fest: »Sie haben aber ausdrücklich den Vorschlag einer Volksbefragung gemacht.« Voscherau gab als Antwort: »Das halte ich auch unverändert für richtig.« Darauf *Der Spiegel*: »So eine Volksbefragung sieht die Verfassung nun mal nicht vor.«¹⁰⁹ Was lernen wir daraus? Mit Euro-Kritik und dem Beharren auf der D-Mark konnte man in jenen Jahren politisch keinen Blumentopf gewinnen, weder in der Politik noch in den Medien. Voscherau hat sich damals aus der aktiven Politik zurückgezogen. Im Februar 1998 zitierte ihn das *Handelsblatt* nach einer Bonner Veranstaltung mit den Worten, »die Political Correctness« habe ihm (Voscherau) vorgeschrieben, über die Währungsunion »nichts Kritisches mehr verlauten zu lassen«.¹¹⁰

Obwohl Voscherau also den Mund halten sollte, sagte er im Frühjahr 1998, was auf die Deutschen zukomme, wenn der Euro eingeführt werde: die Transferunion. Diese sei dann »ein unglaublich hohes Risiko für den Zusammenhalt«. Voscherau bezweifelte, hieß es damals im *Handelsblatt*, ob genug »Opfer-

Bereitschaft von unten bei den Deutschen für weitere europäische Finanztransfers vorhanden« sei. Vor anderthalb Jahrzehnten sagte der SPD-Mann als einer von nur wenigen Politikern also treffsicher voraus, was heute auf die Deutschen zurollt. Man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass Voscherau im Gegensatz zu vielen anderen Politikern wusste, was er sagte und worum es ging. Schließlich hatte er Volkswirtschaft studiert und darin auch seine Doktorarbeit geschrieben.

Voscherau schrieb mir im Januar 2013, wie er damals behandelt wurde:

Ich hatte persönlich und politisch keinerlei Probleme infolge meiner abweichenden Haltung, wurde nicht stigmatisiert, sondern ignoriert. Allerdings war ich ja nicht mehr im Amt und hatte dadurch meinen in Bonn bis dahin vorhandenen persönlichen Einfluss eingebüßt. Außerdem habe ich meine Reden stets sorgfältig durch einleitende pro-europäische Aussagen flankiert. Für eine Gemeinschaftswährung von fünf Staaten mit einem ökonomisch relativ homogenen Währungsgebiet, aus politischen Rücksichten vielleicht noch sechs, wäre ich wohl meinerseits eingetreten, obwohl bezüglich des Kreises der Gründerstaaten der EWG jede Differenzierung politisch, jede Gleichbehandlung ökonomisch schwierig war und ist.

Die Tragödie besteht meiner Meinung nach darin, dass niemand die kassandrischen Prophezeiungen der vier Verfassungsbeschwerdeführer hören wollte. Wer die Verfassungsbeschwerde heute liest, reibt sich die Augen. Wer die beiden Kernaussagen des BVerfG dazu liest (nur als Beitritt zu einer Stabilitätsgemeinschaft verfassungskonform; bei weiteren Schritten »schrithaltender« Ausbau der europäischen Demokratie Voraussetzung) auch.

Heute untergraben die kritiklosen Anhänger der Rettungspolitik im Namen Europas (wohlgemeint: bester Absicht) den erreichten Stand der europäischen Integration durch die Illusion, die Fortsetzung dieser Politik sei ökonomisch und die Belastung der kleinen Leute mit den Folgen demokratisch durchhaltbar. Wer die Mechanismen der innerstaatlichen Ausgleichs-

systeme Deutschland, die schon bei uns nicht gerecht funktionieren, auf Europa übertragen will, ruiniert die wenigen europäischen Zahlerländer und verursacht in deren Völkern demokratische Notwehr der Bürger. Die politischen Profiteure werden sich, sobald die Illusion der heute Handelnden zutage liegt und die Masse der kleinen Leute die Zeche zahlt und dies jeden Tag in ihrem Lebensalltag bitter bemerkt, nicht links oder in der Mitte, sondern rechtsaußen zeigen - auf Dauer auch in Deutschland. Durch die Schuldenpolitik einschließlich der EZB wird diese Stunde der Wahrheit aufgeschoben, aber sie kommt.

Der Autor schrieb Voscherau daraufhin: »Was mich völlig ratlos zurücklässt: Ich verstehe einfach nicht, warum man Sie (und auch die anderen Euro-Kritiker der ersten Stunde) heute nicht ins Boot holt und SIE um Ratschlag bittet, wie man den Karren wieder aus dem Dreck ziehen kann. Wahrscheinlich wird jeder Leser des Buches von mir genau diese Frage am Ende im Kopf haben. Ich habe allerdings auch keine Antwort darauf. Leider.« Daraufhin erhielt ich diese aufschlussreiche Antwort:

Das ist ganz einfach, die Antwort findet sich im Alten Testament, im 5. Buch Mose, das eine uralte menschliche Erfahrung weitergibt: Dass nämlich die Sünde der Väter an den Kindern heimgesucht werde bis ins dritte und vierte Glied. Dass wir Deutsche nicht zu uns stehen, es für unziemlich halten, unsere nüchternen legitimen Interessen sachlich und ohne Aggressivität zu benennen und uns als gute Nachbarn im Sinne Willy Brandts in durchaus auch einmal kontroversen Diskussionen von unseren eigenen Zielen und Interessen leiten lassen, das ist die biblische Heimsuchung der Deutschen für die Sünden der NS-Zeit. Rechnet man pro Generation 25 Jahre, so wird diese Heimsuchung (die die jungen Erwachsenen, die dritte Generation, heute schon gar nicht mehr so spüren, geschweige denn akzeptieren) mit der weltweiten Medienberichterstattung über die 100-Jahr-Gedenkveranstaltungen am 8. Mai 2045 beendet sein. Die heute Maßgeblichen sind aber die Generation der Zeitgenossen (Schmidt, Kohl), die erste Generation (Schäuble, Gauck) und die zweite Generation (Merkel, Gabriel). Auf dieser lastet -

bewusst und unterbewusst - die Heimsuchung noch sehr direkt. Deshalb Helmut Schmidts alle anderen Bedenken überwölbende Mahnung »Deutschland darf nie wieder einen Sonderweg gehen«. Deshalb Helmut Kohls Vorwurf »Ihr macht mir mein Europa kaputt«. Deshalb alle Rettungsvorträge von Merkel über Schäuble bis Steinbrück und Trittin nicht über Wirtschaft, Finanzen und Illusionen, sondern über den europäischen Frieden seit 1945 (als ob derselbe, natürlich unschätzbar und wirklich, die Priorität Nr. 1) eine Folge der Einführung des Euro wäre. Umgekehrt ist es richtig. Deshalb versucht die deutsche Politik in Europa und den UN immer, Musterknabe und Liebling zu sein. Deshalb wird die Political Correctness so eng definiert, dass Kritik an der Durchhaltbarkeit der Rettungspolitik, Kritik an der Überspannung von Solidarität in einem Undefinierten Vielvölkergebilde, Kritik an der überhasteten Osterweiterung der EU und der Ausdehnung der Euro-Zone, die Forderung nach einem Mindestmaß an Homogenität des Währungsgebiets, ja sogar die Einforderung der Unantastbarkeit der Demokratie des Grundgesetzes, als Verstoß gegen die Political Correctness ausgegrenzt wird. Also Nichtachtung statt Einbeziehung. Eine Wagenburg, die sich an »Vermeintlichkeitsgrenzen« im eigenen Kopf orientiert, weil deren Überschreitung (d. h. die Überschreitung derjenigen Grenzen, jenseits derer »vermeintlich« das Karriere-Aus droht) in der Regel sanktioniert wird. Ausnahmen: Gauweiler und Schaeffler. Wenn aber der Aufschub der Konsequenzen durch Verschuldung und EZB-Salden und -ankäufe nicht länger funktioniert und die kleinen Leute die Zeche zu zahlen beginnen, kommt Boston: Taxation without representation is tyranny. Dann will es niemand gewesen sein. Da aber die Wähler doch ein Gedächtnis haben, wird es dann eine bräunlich/braune Bundestagsfraktion geben, keine NSDAP, aber doch Hetze, die wirkt. Siehe SF, NL, Kärnten, Frankreich etc. Denn auch die Mühlen der Demokratie mahlen langsam, aber mahlen trefflich fein. Nicht einmal diese Befürchtung veranlasst eine Denkpause. Natürlich: Was man heute tun soll, nachdem die Verantwort-

lichen das Kind bereits so tief haben in den europäischen Brunnenfallen lassen, ist viel schwerer zu sagen, als es zu Beginn der Griechenland-Krise gewesen wäre. Damals hätte man ja nur zu sagen brauchen: Wir wollen die Griechen retten, nicht ihre Gläubiger. Die geltenden völkerrechtlichen Verträge enthalten die No-bail-out-Klausel, die gilt. Was ein Staatsbankrott leisten kann, hat Argentinien vorgemacht. Den Euro kratzt das allenfalls den einen oder anderen Monat. Und sollte eine französische oder deutsche oder sonstige Bank wegen des griechischen Staatsbankrotts in das Risiko der Insolvenz geraten, so retten wir sie ggf. durch flexiblere gesetzliche Regeln für Fälle des Staatsbankrotts eines Landes der Euro-Zone - Meldepflicht für den Gesamtumfang der Schieflage wegen Staatsbankrott X, geduldige Bilanzierungsregeln, lange Abschreibungszeiten (= keine Steuern), entsprechende Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wegen Überschuldung für die Dauer der verlängerten Wertberichtigungszeiten.

Die weitergehende, schon in der 1. Verfassungsbeschwerde ökonomisch aufgeworfene Frage, ob der der Gemeinschaftswährung zugrunde liegende Satz »One size fits all« (anders als in der Textilabteilung von Peek & Cloppenburg) zutreffend sei und wenn nicht, was dann, ist damit per 2013/14/15 noch nicht beantwortet. Zwei angesehene US-Ökonomen haben dazu behauptet, das Problem des Euro sei nicht Griechenland, sondern Deutschland. Trete Deutschland aus, werde alles besser, der Euro werde eine flexiblere mediterrane Weichwährung, der Außenwert der D-Mark gehe rapide nach oben, die deutschen Exporte nach unten, Zins- und Wettbewerbsverzerrung durch die one size seien beendet. Ob das aus unserer Sicht die richtige Lösung ist, wird von den Interessenten auch in Deutschland sehr unterschiedlich beantwortet, die Exportwirtschaft wäre natürlich dagegen. Aber auch Helmut Schmidt hält die Außenhandelsabhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft mit nicht ganz 50 Prozent des BIP inzwischen für ein Risiko und vergleicht das inzwischen zu hohe Ausmaß dieser Abhängigkeit mit den Zahlen seiner Amtszeit. Gleichwohl: Eine Rückkehr zu einer natio-

nalen deutschen Währung würde wohl das Kind mit dem Bade ausschütten. Zwei je bescheidenere, weil homogenere europäische Wahrungsgebiete würden die Konsequenzen insgesamt abmildern. Eine belastbare Prognose halte ich für fast unmöglich. Und dann kommen die inzwischen aufgeturmtten Salden hinzu: Wer zahlt wofür was? Was wird aus den Target-Salden der Bundesbank bei der EZB, wenn die Schuldner-Notenbanken nicht zahlen (können)? Was wird bei Ziehung der Garantien aus unserem Prozentsatz, wenn die Prozentsätze, die auf andere, auch auf »Gerettete« entfallen, nicht einbringlich sind? Dann haften wir vermutlich indirekt auch dafür. Ein Hauen und Stechen wäre die Folge, ob die EU das aushält, wage ich zu bezweifeln. Aber unser Bundesverfassungsgericht hat ja entschieden, max[.] 190 [Milliarden Euro], Dann können wir ja ruhig schlafen. Aus meiner Sicht sind wir in der Lage, zwischen dem Ende mit Schrecken oder einem Schrecken ohne Ende zu entscheiden. Und wegen des 5. Buches Mose darf weder diese Alternative benannt, noch gerechnet, noch diskutiert, noch entschieden werden. Wenn wir Europäer historisch Pech haben, bis nach dem Schrecken ohne Ende doch das Ende mit Schrecken folgt.

Auch erfolgreiche Finanzmanager warnten vor der Aufgabe der D-Mark. Zu ihnen gehörte etwa der Schweizer Felix W. Zulauf. Im Februar 1998 druckte *Der Spiegel* ein Interview mit ihm. Darin fragten die Journalisten unter anderem: »Wie beurteilen Sie die Aussichten für den Euro? Wird er sich als stark oder schwach erweisen?« Zulauf antwortete: »Ich bin überzeugt, der Euro wird längerfristig weich sein. Die Europäer sind politisch nicht in der Lage, die nötigen Reformen durchzuziehen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Es geschieht lediglich auf Unternehmensebene, aber nicht auf gesamtwirtschaftlicher Basis.«¹¹¹ Der Schweizer Felix W. Zulauf gilt weiterhin als einer der weltweit renommiertesten Vermögensverwalter. Er baute einen der größten Hedgefonds Europas auf. Mittlerweile hat der 62-Jahrig seine Firma (außer dem Namen) verkauft, ist beratend tätig und verwaltet sein eigenes Vermögen. Er sei stark in Schweizer Franken und zum Teil in

US-Dollar veranlagt, erklärt der Familienvater. Zur Absicherung vor den Finanzkrisen hat er vor allem viel Gold gekauft. »Und ich behalte es.«

Ebenso renommiert wie Felix W. Zulauf ist Dr. Jens Ehrhardt, Finanzmanager und Herausgeber der Zeitschrift *Finanzwoche*. Ehrhardt und seine Mitarbeiter beschäftigten sich vor allem mit dem Argument, Europa bräuchte einen großen einheitlichen Währungsblock, um sich gegenüber den Vereinigten Staaten und Japan behaupten zu können. Größe allein, so Ehrhardt, mache es nicht. Er wies dabei schon früh in den 1990er-Jahren auf die damals so genannten asiatischen Tigermärkte wie zum Beispiel Singapur hin, die den Aufstieg ihrer Volkswirtschaften mit kleinen Währungsvolumina geschafft hätten. Die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar wurde den Menschen mit dem Argument schmackhaft gemacht, dadurch mehr Arbeitsplätze im Export schaffen zu können. Unternehmer und Gewerkschaften waren sich damals mit einem Mal einig wie selten zuvor und freuten sich. Doch Dr. Ehrhardt und die *Finanzwoche* hoben hervor, Arbeitsplätze könnten ausschließlich durch eine stabile Wirtschaft und nicht etwa durch eine Währungsabwertung geschaffen werden. In der *Finanzwoche* hieß es: »Sonst wären Südeuropa oder Russland, bei denen Arbeitslosenquoten und Verschuldung um die Wette steigen, die wahren Beschäftigungsparadiese.« Unter dem Titel *Abenteuer Euro - unnötig und extrem risikoreich* veröffentlichte Dr. Jens Ehrhardt 1997 seine Prognosen zum Euro. Darin schrieb er beispielsweise:

Das nebulöseste Hauptargument der Euro-Befürworter ist das Argument, dass ein großer Währungsblock notwendig wäre als Gegengewicht zum Dollar- und Yen-Währungsblock. Nur so könnte man den »Herausforderungen« der Zukunft begegnen. Entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft wird hier behauptet, dass Größe allein schon Stärke wäre bzw. positive Beschäftigungseffekte nach sich ziehen würde. Wären die Amerikaner z. B. davon überzeugt, dass ein großer Währungsblock positiv für sie wäre, so würden sie sofort eine Währungsunion

innerhalb der nordamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft bilden. Präsident Clinton würde dann eine Währungsunion mit Kanada und Mexiko anstreben. Wie man weiß, ist dies in keiner Weise geplant, und die amerikanische Bevölkerung würde sicherlich ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Clinton einleiten, wenn er dies vorhätte. Niemand in den USA sieht sich so edel, dass man ein »Opfer« bringen sollte, z. B. den amerikanischen Dollar (man denke an 8000 Tonnen Goldwährungsreserven in Fort Knox) mit der schwindsüchtigen mexikanischen Währung oder auch nur dem höher verschuldeten kanadischen Dollar zu fusionieren (...). Da Deutschland heute schon zwei Drittel des Europahaushalts finanziert, was eine beträchtliche Belastung für die ohnehin negative deutsche Leistungsbilanz ist, kann man sich vorstellen, dass weitere Opfer Deutschlands für die europäische Einigung durch Transferzahlungen wirtschaftlich nicht möglich sind. Sollten trotzdem in größerem Ausmaß Transferzahlungen geleistet werden, so wird es zunehmend europafeindliche Tendenzen in Deutschland geben. Ernst zu nehmende Wirtschaftswissenschaftler gehen ganz klar davon aus, dass dieser Aspekt des Euro in Europa zu einem Verfall der europäischen Idee und zu einer Eskalation von Feindseligkeiten zwischen den einzelnen Ländern führen wird. Da es eine menschliche Eigenschaft ist, die Schuld gerne beim anderen zu suchen, werden sich die früheren Schwachwährungsländer und die früheren Hartwährungsländer schon bald psychologisch bekriegen. Die Versionen vom angeblichen Krieg, wenn der Euro nicht kommt, dürften eher wahr werden, wenn der Euro eingeführt wird (...).

Dr. Jens Ehrhardt schrieb mir im Frühjahr 2013 auf meine Frage, wie er in den 1990er-Jahren in Zusammenhang mit seiner Euro-Kritik von Politik und Medien behandelt wurde, das Folgende:

Wie Sie wissen, habe ich mich ja damals nicht nur mit einer ausführlichen Studie (schicke ich Ihnen in der Anlage) gegen den Euro gewandt, sondern auch mit einer Unmenge von Vorträgen vor Bürgerversammlungen, Universitäten, Börsen-

Veranstaltungen usw. Von den Zuhörern bekam ich damals immer geradezu Ovationen an Beifall. Ich glaube, ich war wirklich einer der ganz wenigen, die damals auf die heutigen Probleme aufmerksam gemacht haben und nicht nur einfach vor dem Euro in Sachen Inflation gewarnt haben. Da ich einer der Ersten war, der die Disinflationszeiten kommen sah, habe ich hier bisher nie das größte Problem gesehen. Das könnte sich allerdings mit Herrn Draghi und seinen Gelddruckaktivitäten (wenn sie denn wie versprochen kommen) ändern. Allerdings brauchen solche Dinge Zeit, wie man in Japan sieht. Viel schlimmer ist die Loose-Loose-Entwicklung, die der marktwirtschaftsfeindliche Politikereingriff »Euro-Installation« ausgelöst hat. Deutschland, das angeblich gewinnen sollte, kann inzwischen in die Euro-Länder wesentlich schlechter exportieren, weil diese Länder durch die fehlende Wettbewerbsfähigkeit und hohe Verschuldung immer weniger aus Deutschland importieren können. Auf die Exporte in Drittländer hat der Währungskurs eine weit geringere Auswirkung als die Konjunktur in diesen Ländern bzw. die Weltkonjunktur einer- und die Qualität der Produkte andererseits. Also in Sachen Export hat der Euro nie so viel genützt, wie angenommen, und er schadet inzwischen sogar. In Sachen Binnenkonjunktur hat der Euro immer geschadet, weil der Realzins zu hoch war. Die Binnenkonjunktur ist bekanntlich wesentlich größer als die Exportkonjunktur und deshalb hat der Euro vom ersten Tag der Einführung geschadet. Deutschland hatte den höchsten Realzins, weil die deutsche Inflation am niedrigsten war. Den übrigen europäischen Ländern hat der Euro natürlich auch geschadet, da sie sich durch die niedrigen Zinsen zu hohen Verschuldungen verführen ließen und außerdem wegen fehlender Abwertungsmöglichkeiten inzwischen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Die hohen Arbeitslosenraten in Südeuropa sind also praktisch ausschließlich Folge des Euro. Auch Draghis Milliarden werden die Probleme und das Leid dieser Länder in Sachen Arbeitslosigkeit nicht verändern. Die einzige Lösung, die es für den Euro gibt, ist die Abschaffung bzw. der deutsche Austritt. Dies dürfte allerdings

die Mittelmeerländer in eine solche Krise - extremer Verlust an Lebensstandard - stürzen, dass hinterher das politische Klima in Europa zumindest auf Jahrzehnte vergiftet sein dürfte.

Es hat mich schon damals gewundert, dass außer NTV alle Medien mich gemieden haben, obwohl ich sicherlich schon damals einer der besten Kenner der Euro-Problematik war und ich von vielen Seiten hörte, dass diese Menschen an die entsprechenden Fernsehsender geschrieben hatten und meine Teilnahme an solchen Diskussionen gefordert hatten. Außer NTV kam aber nie etwas. Es gab nur eine einzige größere Sendung in NTV zusammen mit Heiner Geißler, der mich recht unverschämt mit den üblichen oberflächlichen Parolen angriff und am Schluss schlichtweg behauptete, ich verstehe nichts von Wirtschaft. So aggressiv und dumm hat sich mir gegenüber damals niemand geäußert.

Damals wie heute hat sich die Politik nicht um meinen Rat gekümmert. Der Einzige, der im zweiten Teil seiner Amtszeit (als der Euro kein Thema war) meinen Rat öfter suchte, war Gerhard Schröder. Ich habe ihn auf seine Einladung öfter in Berlin besucht. Da ging es aber um andere Wirtschaftsthemen. Schröder war ja ursprünglich auch gegen den Euro. Damals waren ja Politiker und Wirtschaftsleute (Olaf Henkel!) gleichermaßen für den Euro, da angeblich so enorme Arbeitsplatzvorteile für Deutschland herausspringen würden. Die heutige relativ gute Wirtschaftssituation Deutschlands hat nichts mit dem Euro, eine Menge aber mit Schröders 2010er-Agenda zu tun.

Der erste Schritt zur Ruinierung des heutigen Finanzsystems wurde wahrscheinlich von Greenspan gemacht, der zweite kam dann mit dem Euro. Es ist schon erstaunlich, wie masochistisch sich die Deutschen immer wieder benehmen. Wenn man dann noch hört, dass sich die Deutschen heute genauso übel benehmen würden, wie Wilhelm der Zweite oder Hitler, wenn sie ihre Steuersäcke nicht für Europa - natürlich unbegrenzt - öffnen, so kann man sich nur an den Kopf fassen. Aber mit zwei Weltkriegen ist die Selbstzerstörung Deutschlands wahrscheinlich programmiert.

Dr. Jens Ehrhardt, dienstältester und erfahrenster Fondsmanager in Deutschland, hat außerhalb der Reihen der Wirtschaftswissenschaftler wohl am besten vorausgesehen, was der Euro den Deutschen tatsächlich bringen würde. Da er Klartext sprach, hat man ihn ignoriert. Man versuchte, solche Menschen wie ihn, die über den entsprechenden Weitblick verfügten, als »Außenseiter« abzustempeln. So erging es auch einem Deutschen, der zwar kein berühmter Fondsmanager oder Ökonom war, aber ziemlich umtriebig für die D-Mark und lautstark gegen den Euro auftrat: Bolko Hoffmann.

Bolko Hoffmann: Die Intelligenz ist gegen den Euro - die Dummheit dafür

»Kohl treibt uns mit seinem Euro-Wahn immer tiefer in die Wirtschaftskrise. Europa ja - aber Euro nein!« So war es in großen, tiefend schwarzen Lettern in großformatigen Anzeigen seiner »Initiative Pro DM« zu lesen. Der Millionär Bolko Hoffmann machte Stimmung gegen die neue Währung, die ab 1. Januar 1999 die altbewährte D-Mark zunächst als Buchgeld ablösen sollte. Gutes Geld werde durch schlechtes ersetzt, schürten die »Gralshüter« der deutschen Mark um Hoffmann die Ängste in der Bevölkerung. Deutschlands Michel müsse die »Währungsreform ohne Not« mit höheren Zinsen, höherer Inflation und weiterem Arbeitsplatzabbau bezahlen, legten die DM-Befürworter nach.

Für den 24. Januar 1998 kaufte Bolko Hoffmann eine ganze Seite in der *Bild*-Zeitung. Auf Seite 13, also einer rechten Seite, stand in Riesenlettern »Kohls Euro-Wahn macht uns alle zum Sozialfall« zu lesen. Kein anderer sprach beim Thema Euro in jenen Jahren so sehr Klartext wie Bolko Hoffmann. Er war die Stimme des Bürgers auf der Straße, schrieb in der von ihm bezahlten ganzseitigen Anzeige der *Bild* etwa: »Alle Politiker - gleich welcher Partei - haben unsere Staatsfinanzen derart ruiniert, dass sie nur noch einen Ausweg sehen: Die aufgelaufenen

Schulden über eine verstärkte Inflation, also den Euro, zu tilgen. Wie gewohnt auf unsere Kosten. (...) Mit dem Euro wird die Bevölkerung um ihre Ersparnisse und Renten betrogen. Nur die typischen Inflationsgewinner, also die exportabhängige Großindustrie und vor allem die Großbanken, (...) sind für den Euro. (...) Der Euro muss weg.«

Das war keinesfalls die einzige ganzseitige Anzeige, die der Millionär schaltete. Am 7. Juni 1998 folgte eine weitere auf Seite 11 der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. In großen Lettern stand da: »Wir sind die letzte Chance, die D-Mark vor Kohls Euro-Wahn zu retten.« Weiter hieß es: »Es ist eine Missachtung unserer Demokratie, wenn sieben von zehn Bundesbürgern gegen den Euro sind und die Bonner Parteien den Volkswillen dennoch mit Füßen treten.« Mitten auf der Seite war ein Rahmen platziert, in dem sich unter anderem folgender Text fand: »Euro, das bedeutet Betrug am Sparer, weil die Inflationsrate größer sein wird als der Sparzins. Der Wert der Spareinlagen wird von Jahr zu Jahr schrumpfen, statt wie bisher zu steigen.« Politiker erklärten den Initiator damals für verrückt. Doch wahrscheinlich waren die Politiker verrückt, denn rückblickend stimmte diese Aussage ebenso wie alle anderen, die man damals in den ganzseitigen Anzeigen fand.

Am 14. Februar 1998 kaufte Bolko Hoffmann wieder eine ganze Anzeigenseite - dieses Mal in der *Süddeutschen Zeitung*. In ihr hieß es: »Nicht nur 90 Prozent der Wirtschaftswissenschaftler, sondern sämtliche Nobelpreisträger - soweit sie sich zum Euro geäußert haben - lehnen ihn kategorisch ab. Fazit: Die Intelligenz ist gegen den Euro, die Dummheit dafür.«

Die »Initiative Pro D-Mark« (von 1998 bis 2001 »Initiative D-Mark - neue liberale Partei«, kurz »Pro DM«) war eine Kleinpartei, die von 1998 bis 2007 existierte und gegen die Einführung des Euro kämpfte. Ihre dominanteste Person in der öffentlichen Wahrnehmung war ihr Vorsitzender Bolko Hoffmann. 1999 erzielte sie bei der Landtagswahl in Sachsen mit 2,1 Prozent einen Achtungserfolg. Bolko Hoffmann starb am 20. August 2007.

Wer war dieser Bolko Hoffmann wirklich? Der Mann agierte als Unternehmer, Verleger, Börsianer und Politiker. Zudem war er Diplom-Kaufmann. Bolko Hoffmann wurde am 25. Dezember 1937 in München geboren. Er machte sich 1967 im Alter von 30 Jahren mit nur 200 DM in der Tasche selbstständig und gründete die Werbeagentur Thersal. Wenige Jahre später - 1972 - rief er auch die Effecten-Spiegel AG ins Leben. Seitdem und bis zu seinem Tod wird sein Name mit der Bezeichnung Effecten-Spiegel in Zusammenhang gebracht, als Gründer und Vorstand der AG und als Herausgeber des gleichnamigen Börsenjournal, das er ebenfalls ins Leben gerufen hat. Der Mann war vor allem ein erfolgreicher Unternehmer - und hatte viele Neider. Eine seiner vielen unternehmerischen Aktivitäten bestand im Erwerb der Nachrichtenagentur ddp, die Bolko Hoffmann 1983 über ein Konkursverfahren bekam und bis 1994 behielt. Fast jede seiner unternehmerischen Entscheidungen wurde zum Erfolg, unterm Strich blieb ihm ein großes finanzielles Polster. Als Unternehmer brachte es Bolko Hoffmann in etwa 40 Jahren von 200 DM zum Multimillionär.

Der Name Bolko Hoffmann wird heute vor allem mit dem Thema »Kampf für die D-Mark« in Verbindung gebracht. Er fühlte sich von Tausenden Abonnenten seines *Effecten-Spiegels* dazu aufgefordert, für die D-Mark zu kämpfen. Aktiv wurde er jedoch erst, nachdem die Klage gegen die Euro-Einführung der Euro-Gegner um die Professoren Hankel und Schachtschneider 1998 vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen wurde. Da Hoffmann nur noch der politische Weg geblieben war, beschloss er, eine politische Partei zu gründen. So rief er 1998 die Partei »Pro Deutsche Mitte« (kurz »Pro DM«) ins Leben und ließ sich gleich zum Vorsitzenden wählen. In der Präambel des Parteiprogramms hieß es, die neu gegründete Struktur verstehe sich als eine »Partei des Bürgers«. Das Parteiprogramm bestand zwar aus mehr als 25 Programmpunkten, an erster Stelle stand freilich die »Initiative Pro D-Mark«. Neben dem politischen Einsatz für seine Partei setzte Bolko Hoffmann große Teile seines Vermögens für die Anzeigen dieser politischen Bewe-

gung ein. Er ließ sich die ganzseitigen Inserate stattliche vier Millionen D-Mark kosten, um die geliebte DM für sich und alle Deutschen retten zu können.

Bolko Hoffman wurde in den Medien angefeindet und immer wieder ausgelacht. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* nannte ihn einen »Quertreiber«¹¹² und »Wüterich ohne Tiefenschärfe«, weil Hoffmann prognostiziert hatte, dass der Euro zusammenbrechen werde¹¹³. Die inzwischen bankrotte *Financial Times Deutschland* nannte ihn einen »Blender«.¹¹⁴ Die *Berliner Zeitung* machte im Jahr 2000 aus ihm den »Rächer der Kleinaktionäre« und schrieb herablassend: »Hoffmann zitiert gern den amerikanischen Notenbankpräsidenten Alan Greenspan. Der habe gesagt, der Euro wird kommen, aber er wird keinen Bestand haben. Genau so denkt er auch. (...) So also spricht Bolko Hoffmann. Er wirkt wie ein Mensch, für den die einfachen Dinge einfach sind und die schweren auch. Hoffmann hat einen sehr seltenen Vornamen. Seine Eltern haben ihn einem mittelalterlichen Bauernführer aus dem Stedinger Land bei Bremen entliehen. Nach dem Rächer der Landarmut ist nun 500 Jahre später der Rächer der Kleinaktionäre unterwegs.«¹¹⁵ In anderen Artikeln stempelte man ihn zum »Marktschreier«, »Egozentriker« und »Austeiler«. Stets ließen die Journalisten durchblicken, wie sehr sie ihm den finanziellen Erfolg und seine Millionen neideten.¹¹⁶

Bolko Hoffmann, Gründer der Organisationsplattform »Initiative Pro D-Mark« und Herausgeber der Börsenzeitung *Effecten-Spiegel*, verwies im Juni 1997 auf die Profiteure der Euro-Einführung, beispielsweise die Banken. Er schrieb damals: »... sind zusammen mit ein paar großen Exporteuren die Einzigen, die den Euro wirklich wollen. Kunststück, sie verlagern ohnehin ihre Geschäftsfelder mehr und mehr ins Ausland und bauen in Deutschland Millionen von Arbeitsplätzen ab. (...) Vor allem sind es aber die Banken, die dem Mittelstand - der Säule unserer Wirtschaft - das Genick brechen. Zwei Drittel der mittelständischen Betriebe kämpfen ums nackte Überleben. Die Banken verweigern ihnen die Gelder durch eine überzogen

harte Kreditpolitik und verzocken diese dann nach dem Beispiel der Barings Bank in sog. Derivaten.« Die spätere Finanzkrise warf also schon damals ihre Schatten voraus! Den etablierten Parteien warf Bolko Hoffmann vor, »unsere Staatsfinanzen derart ruiniert« zu haben, »dass sie nur noch einen Ausweg sehen: Die aufgelaufenen Schulden über eine verstärkte Inflation, also den Euro, zu tilgen«.

Bolko Hoffmann machte sich viele Feinde, weil er bei seinen Äußerungen kein Blatt vor den Mund nahm. Er war politisch nicht korrekt. Außerdem agierte er undiplomatisch. Als er zum Beispiel einmal gefragt wurde, warum Helmut Kohl mit aller Gewalt den Euro einführen wolle, da sagte er geradeaus: »Die Motive für Kohl und für Helmut Schmidt sind ganz klar - denn ursprünglich kam ja diese einheitliche Währungs-idee von Helmut Schmidt -, sie wollen einen Platz in der Geschichte bekommen.«¹¹⁷ Natürlich stimmte die Aussage mit den Tatsachen überein - aber sagen sollte man das besser nicht auf diese Weise. Im Bundestagswahlkampf des Jahres 1998 ließ Bolko Hoffmann bundesweit seine Plakate kleben, auf denen es hieß: »Der Euro-Wahn macht uns zum Sozialfall. Machen wir die Bundestagswahl zur Volksabstimmung über die D-Mark.«¹¹⁸. Doch das Volk hörte nicht auf Menschen wie Bolko Hoffmann. Das Volk vertraute stattdessen den Scharlatanen vom Schlage einer Sabine Christiansen oder eines Ulrich Wickert.

Angst vor einer Volksbewegung: Die ARD stempelte Bolko Hoffmann zum Feind

Die öffentlich-rechtlichen Medien erklärten Bolko Hoffmann zum Feind, rückten Menschen wie ihn in die Nähe von Rechtsradikalen. Ein typisches Beispiel dafür dokumentieren wir nachfolgend in ganzer Länge. Der Journalist Reinhard Borgmann war für einen solchen Beitrag im ARD-Magazin *Kontraste* verantwortlich, der am 29. Januar 1998 - also im Wahljahr -

ausgestrahlt wurde. Thema des Beitrages »Die Angst vor dem Euro: Das rechte Spektrum macht mobil«. In der Sendung hieß es¹¹⁹:

Das rechte Spektrum abseits der rechtsradikalen Parteien oder Neonazi-Szene in Deutschland findet kaum Beachtung. Das wollen sie jetzt ändern. Das Reizwort ist Euro. Die Angst vor dem Euro wird geschürt, um die Bürger ins rechte Lager zu treiben. In Deutschland, meine Damen und Herren, regt sich die Sehnsucht nach der kleinen Einheit: Nix mit Euro, wir wollen uns're D-Mark, und sonst gar nichts. Nix mit einem Europa der Vaterländer, uns genügt die kleine und gemütliche deutsche Hütte. Von den Parteien im Bundestag werden diese Ängste, die eine Reaktion auf zahlreiche Umbrüche sind, in der Regel nicht wahrgenommen. Vom Aufgreifen und Diskutieren ganz zu schweigen. Das geschieht aber rechts von den Parteien in zahlreichen Bewegungen und Gruppierungen, deren heute noch kleine Zahl in keinem Verhältnis zu ihrer Wirkung steht. Wer sie als Neonazis oder Spinner abtut, der verkennet, dass das politische Spektrum in Deutschland dabei ist, sich nach rechts zu erweitern, wie Reinhard Borgmann nachweist.

Ein Gespenst geht um in Deutschland: Der Euro kommt. Dieser Mann schürt die Angst vor der neuen Währung: Bolko Hoffmann, ein Börsenspezialist, macht mit einer bundesweiten Anzeigenkampagne gegen den Euro Front. Kosten der Anzeigenkampagne: über eine Million DM. Die verstärkte Inflation macht uns alle zum Sozialfall, heißt es, und: Maastricht ist ein Versailles ohne Krieg.

Hier in Düsseldorf residiert die Firmengruppe von Bolko Hoffmann. Seine Initiative hat großen Erfolg, Tausende haben auf die Anzeigen hin geschrieben, eine neue Volksbewegung.

Bolko Hoffmann, Börsenexperte: »Das sind hier die ganzen Mitglieder der Initiative, das sind etwa 8000 würde ich schätzen. 8000. Und Sie können davon ausgehen, dass 99,9 Prozent gegen den Euro sind und alle die Sache unterstützen. Viele schreiben mir, sie kennen in ihrem Bekanntenkreis überhaupt keinen, der für den Euro ist.«

Sein Geld verdient Hoffmann mit dieser Zeitschrift, einem Tippgeber für Aktionäre, die Euro mit Inflation gleichsetzen. Das Journal wird in Form einer Aktiengesellschaft geführt, ein Millionenunternehmen. Seine Gegner: die Großbanken:

Bolko Hoffmann, Börsenexperte: »... die durch den härteren Wettbewerb natürlich die Sieger sind, aber die großen Banken und die großen Versicherungen sind sowieso diejenigen, die die deutsche Volkswirtschaft ausplündern.«

Seinen Kampf gegen die Großbanken führt Bolko Hoffmann auch in der rechtskonservativen Jungen Freiheit. Er hat keine Berührungspunkte gegenüber rechten Gruppierungen. Über seine Werbeagentur finanzierte er die rechtsextremen Republikaner im Europawahlkampf mit einem Kredit über 60000 DM. Seine Anti-Euro-Kampagne zielt auf die Inflationsängste des konservativen Mittelstandes in Deutschland. Eine gefährliche Entwicklung, meint der Rechtsextremismusexperte Wolfgang Gessenharter:

Wolfgang Gessenharter, Rechtsextremismusexperte: »Also, es erweckt so eine Assoziation des starren Festhaltenwollens an eine Nationalökonomie, an einer Volkswirtschaft, die wir ja schon seit ganz langer Zeit nicht mehr haben. Das mag man bedauern oder nicht, aber ich denke, man muss sich auf diese neuen Situationen einstellen. Und der Wunsch, es doch in den alten nationalen Grenzen wieder alles, also der Wunsch in nationalen Grenzen wieder allein bestimmen zu können, der ist verständlich, aber er ist einfach unrealistisch. Und hier könnten unter Umständen Leute durch diese einfache Botschaft angezogen werden.«

Ein Gespenst geht um in Deutschland: Der Euro kommt. »Rechts« macht mobil, zum Beispiel in Berlin. Im deutschen Dom wird von neuen Rechten ein Buch vorgestellt, in dem für eine nationale Wende in Deutschland plädiert wird. Ihre Berliner Republik hat keinen Platz für den Euro.

Illustre Gäste sind zur Buchvorstellung erschienen: General Hans Helmut Speidel, Standortkommandant der Bundeswehr in Berlin, der umstrittene Historiker Ernst Nolte, der ehemalige

Bundesbauminister Oscar Schneider, der Initiator eines informellen Gesprächskreises, der der neuen Rechten zugerechnet wird, Hans Ulrich Pieper. Die Einführungsrede hält Berlins Innensenator Jörg Schönbohm. Schönbohm lobt die beiden Autoren des Buches, die sich selbst der neuen Rechten zurechnen, für ihre Bereitschaft zur Provokation:

Jörg Schönbohm, Innensenator Berlin: »Sie wollen Diskussion erzwingen und Diskussion erzwingt man nur durch griffige, vielleicht auch etwas plakative Formulierungen.«

Die Autoren des Buches haben für griffige Formulierungen gesorgt. Europa wird als »Ausflucht« und als »Verrat an der deutschen Souveränität« gebrandmarkt. Die mit der Deutschen Einheit erlangte neue deutsche Souveränität soll nach Meinung der Autoren in eine selbstbewusste Nation, die Berliner Republik münden. Die Einführung des Euro überrollt ihrer Meinung nach das neue nationale Selbstbewusstsein - deshalb sind die Autoren gegen die besonders von Bundeskanzler Helmut Kohl betriebene europäische Integration.

Heimo Schwilk, Publizist: »Jetzt versucht Kohl sozusagen Europa als 'ne neue Ersatzidentität anzubieten. Für die nationale. Kohl war ja von Anfang an eigentlich zwar an Wiedervereinigung interessiert, aber er war eigentlich nie interessiert an 'nem nationalen Selbstbewusstsein Deutschlands.«

1990 wollte Helmut Kohl die Zustimmung zur deutschen Einheit von den Franzosen erlangen. Sein wichtigstes Argument: die Europäische Union:

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Wir, die Deutschen, brauchen mehr noch als andere die schnelle Integration in die Europäische Gemeinschaft.«

Heimo Schwilk, Publizist: »Es ist auch eine in gewisser Weise demütigende Haltung gegenüber den eigenen Landsleuten, wenn man ihnen nicht zutraut, dass sie nach 40 Jahren quasi resozialisiert sind und dann anschließend souverän und frei im Konzert der europäischen Mächte mitspielen. Deutschland ist eingebunden, wirtschaftlich, sozial, in dieses Konzert der europäischen Länder. Und es bedarf dieses Euro, der Euro-Währung

nicht, und es bedarf keines Bundesstaates, um quasi Deutschland für alle Zeiten friedlich zu integrieren.«

Buchautor Heimo Schwilk setzt nicht auf Europa und den Euro, sondern auf ein wirtschaftlich eigenständiges, national abgegrenztes Deutschland, die Berliner Republik:

Wolfgang Gessenharter, Rechtsextremismusexperte: »Das zeigt doch, dass er hier etwas als Markierung nimmt, was ein für alle Mal festliegen soll. Was sich schon historisch weiterentwickelt, aber was dem Konflikt entzogen sein soll.«

Frage: »Im Grunde will er doch Ruhe für Deutschland.«

Antwort: »Ja.«

Frage: »Was ist dann so verwerflich daran?«

Antwort: »Eine Ruhe kann unter Umständen die Friedhofsruhe sein in einer Welt, die sich sehr entwickelt und wo es drauf ankommt, die unterschiedlichen Streitpunkte, die unterschiedlichen Diskussionspunkte wirklich auch in aller Deutlichkeit und Schärfe zu diskutieren. In dem Moment, wo wir davon ausgehen, dass wir wüssten, wo das Ziel der Geschichte ist, 'ne, hört in diesem Sinne eine freiheitliche Politik auf.«

Ein Gespenst geht um in Deutschland: Der Euro kommt, »rechts« macht mobil. Zum Beispiel Heiner Kappel, früherer FDP-Mitglied. Kappel will auf der Wartburg eine neue Partei gründen: die »Offensive für Deutschland«, die sich für nationale Werte einsetzt:

Heiner Kappel, Offensive für Deutschland: »Es ergibt nur einen Sinn, ein Volk auf Dauer friedlich und stabil zu halten, wenn man ihm nicht ständig seine Identität wegnimmt. Ein Volk muss irgendwo auch stolz auf sein Land, auf seine Tradition, auf seine Kultur sein dürfen, und glücklich, selbst wenn dunkle Zeiten in unserer Geschichte sind. Die will kein Mensch relativieren. Die will auch kein Mensch irgendwo jetzt verschönern. Das ist nicht meine Absicht. Aber wenn wir unserem Volk nicht die Chance geben, wenigstens ein Stück stolz auf das eigene Land zu sein, dann wird das nicht gutgehen. Und es kann nicht sein, dass man Vaterland plötzlich zu einem Unwort erklärt.«

Heiner Kappel appelliert an die nationale Gesinnung. Innerhalb Europas soll Deutschland seine eigenen Interessen besser wahrnehmen.

Heiner Kappel, Offensive für Deutschland: »Wenn die Sache so läuft wie jetzt, werden gerade die Deutschen bitter hinterher bezahlen dafür. Und kein Mensch sagt ihnen die Wahrheit.«

Frage: »Sind die neuen Rechten, wie Sie jetzt Schwilk beschreiben oder auch Kappel und andere, letztendlich die nützlichen Idioten der Rechtsextremisten, denen sie die Tür öffnen?«

Wolfgang Gessenharter, Rechtsextremismusexperte: »Ich würde es umgekehrt sagen. Es sieht heute so aus, dass sich die Rechtsextremen, die veritablen Rechtsextremen, eher orientieren an diesen sehr weichen Formulierungen, weil sie auf der anderen Seite eben ihre dann sehr extremen Formulierungen auch in diesen weichen Formulierungen aufgefangen und aufgehoben fühlen. Und aus diesem Grunde kann ich nur raten, wer sich aus diesem Dunstkreis eben tatsächlich wirklich entfernen will, ja, der muss dann auch ganz deutlich sagen, was er auf gar keinen Fall will.«

Letztes Wochenende in Berlin. Heiner Kappels Offensive für Deutschland verbündet sich mit dem Bund freier Bürger. Ein Rechtsbündnis, das bei den Bundestagswahlen antreten will. Gegen den Euro und für ein starkes Deutschland, heißt hier die Parole. Der Bündnispartner Manfred Brunner will bald Klage gegen den Euro beim Verfassungsgericht einreichen.

Ein Gespenst geht um in Europa, der Euro kommt. »Rechts« macht mobil, Geisterstunde. Diese Geister aber sind real. Und wie gesagt, mit Neonazis kann man sie nicht fassen. Die neue Rechte hat nicht die SPD, sie hat Helmut Kohl und die CDU/CSU zum Feindbild. Wegen, wie es heißt, »Huldigung vor dem linken Zeitgeist«. Wird die Bewegung auf der Rechten stärker, gibt es gar einen, der sie in seiner Person bündeln kann, dann wird das die Unionsparteien und die politische Landschaft insgesamt verändern.

Der in der ARD-Sendung in das Umfeld von Rechten gerückte Heiner Kappel ist ein studierter Theologe, der lange Zeit

in der FDP wirkte. Zuschauer rieben sich verwundert die Augen, wie aus dem Parteifreund des FDP-Politikers Wolfgang Gerhard in der ARD ein mutmaßlicher Rechter wurde, nur weil er gegen den Euro und für nationale Interessen eintrat. Nicht anders war es in Hinblick auf Bolko Hoffmann, den die ARD mit dem Beitrag ebenfalls in das rechte Pfui-Lager rückte. Kritik am Euro ist rechtsradikal - das war die unmissverständliche Botschaft der ARD.

Ein Börsenportal schrieb im März 2010, wie unrecht man Bolko Hoffmann zu Lebzeiten getan hatte: »Seit mehreren Wochen geistert es in der Presse herum: Der Euro ist Gefahr - die Griechenland-Krise und die am Horizont schwelenden Budgetprobleme von Spanien, Portugal, Irland und Italien setzen dem Euro-Kurs massiv zu. Auch der DAX ist davon beeinflusst. Es gab vor der Euro-Einführung wenige prominente Euro-Gegner in Deutschland. Das Volk war sowieso dagegen. Der wohl bekannteste und auch exzentristische war der im August 2007 verstorbene Bolko Hoffmann. Bolko Hoffmann war Gründer und Herausgeber des *Effecten-Spiegels*, einer der ältesten Börsenpublikationen in Deutschland. Außerdem hatte er 1998 die Partei Pro DM gegründet. In ganzseitigen Anzeigen und per Postwurfsendungen warnte er die Deutschen vor einer Totgeburt des Euro und dass die Deutschen durch den Euro zum Sozialfall werden. Begründet hat er dies mit den südeuropäischen Schwachstaaten (sprich Griechenland, Spanien, Portugal usw.). Er wurde von seinen Gegnern angefeindet und ausgelacht. Ob diejenigen, die damals gelacht haben, heute immer noch lachen? Bolko Hoffmann erlebte das Schlamassel um Griechenland, Spanien usw. nicht mehr - die Deutschen jedoch haben jetzt den Euro und müssen wahrscheinlich (wenn alles schlecht läuft) auch für die Fehler der südeuropäischen Schwachstaaten geradestehen. Mit seiner Warnung zu den südeuropäischen Staaten hatte Bolko Hoffmann recht.«¹²⁰ Als er im August 2007 starb, da titelte *Die Welt*: »Deutschlands größter Euro-Kritiker ist tot«.¹²¹

Manfred Brunner und der Bund freier Bürger (BfB)

Einer der interessantesten Gegner der Europäischen Union war der EU-Politiker Manfred Brunner. Dessen politische Karriere begann 1972 als Abgeordneter und Münchner Stadtrat. 1965 in die FDP eingetreten, wurde er 1983 Landesvorsitzender seiner Partei. Im Laufe der Jahre entfernten sich Partei und der damals 46 Jahre alte Brunner voneinander, und das nicht nur bei den europapolitischen Fragen. Die Folge war der Parteiaustritt Brunners. Der 1947 geborene Jurist war in den 1990er-Jahren Kabinettschef unter dem FDP-Politiker Martin Bangemann bei der EG-Kommission in Brüssel. 1989 hatte ihn EU-Kommissar Martin Bangemann nach Brüssel geholt. Brunner wetterte gegen Zentralismus und Regelungswut in Brüssel und konnte es sich nicht verkneifen, vom europäischen »Führerstaat« zu sprechen. Innerhalb der EU-Führung war er 1992 der prominenteste Gegner des Maastricht-Vertrages. Brunner hatte Anfang der 1990er-Jahre schon mehrfach den Unwillen von Bundeskanzler Helmut Kohl erregt. Schließlich hatte er immer wieder öffentlich verkündet: »Ich bin gegen Maastricht, weil ich für Europa bin.« Hauptkritikpunkt des damaligen EG-Fachmanns: Was nach Maastricht in Brüssel beschlossen werde, sei demokratisch nicht legitimiert, weil es kein nationales und kein handlungsfähiges Europaparlament gebe, das Kontrolle über die Brüsseler Regierung ausüben könne. Aber Brüsseler Recht sei dann auch weit über Binnenmarktfragen hinaus in Deutschland bindend, ohne Rücksicht auf die Bonner Verfassung. Die deutsche Souveränität und die Deutsche Mark seien verloren. Dazu dürfe Bonn nicht Ja sagen, ohne das Volk zu befragen.

Im Sommerurlaub 1992 auf Fuerteventura stimmte Brunner Ehefrau Gudrun darauf ein, dass seine Karriere in Brüssel auf dem Spiel stehe. Falls er weiter seine Überzeugung vertrete, dass ohne eine Volksbefragung die Zustimmung zu Maastricht verfassungswidrig sei, dann werde Kohl wohl seine Entlassung erzwingen. Genauso kam es. Am 15. September 1992 flog

Brunner wieder nach Brüssel. Kaum gelandet, rief sein Landsmann Peter Gauweiler (CSU) aus München an. Er bat den FDP-Mann um seine Zustimmung zu einer Aktion für die Volksabstimmung über Maastricht - eine Unterschriftensammlung, die von Gauweiler und dem Historiker Professor Arnulf Baring initiiert worden war. Brunner unterzeichnete. Eine Kopie faxte er seinem Vorgesetzten Bangemann mit dem Vermerk: »Ich bin bereit, die Konsequenzen zu tragen.« Am nächsten Tag rief Bangemann zurück und erklärte Brunner, dass er entlassen sei.

Nach der Ratifikation des Maastricht-Vertrags im Dezember 1992 erhob Brunner Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit dem Argument, die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union sei mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. In der Verfassungsbeschwerde hieß es: Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nehme den Charakter einer Diktaturverfassung an. Kanzler Helmut Kohl regiere »wie ein Führer«. Dagegen werde Verfassungsbeschwerde erhoben. Diese verteidige »die Verfassung und das Recht vor dem Größenwahn eines allzu mächtigen Parteiführers und Bundeskanzlers«.

Der Münchner Rechtsanwalt Manfred Brunner und sein Freund Karl Albrecht Schachtschneider reichten Verfassungsbeschwerde ein und stellten darüber hinaus den Antrag, »durch einstweilige Anordnung« dem damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu untersagen, das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Maastricht, der die politische und wirtschaftliche Vereinigung Europas besiegeln sollte, zu unterschreiben. Schon einen Tag nach Eingang der Beschwerde konnte das Duo einen ersten Erfolg verbuchen: Verfassungsrichter Paul Kirchhof rief im Präsidialamt an und erreichte, dass der Maastricht-Vertrag nicht von Richard von Weizsäcker unterschrieben und die Hinterlegung der Urkunde bei der Signatarmacht Italien »freiwillig« ausgesetzt wurden. Seither ruhte in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn das Gesetzesverfahren über die Währungsunion erst einmal. Kohl war außer sich und tobte. Das

Verfassungsgericht wies die Klage im Jahr 1993 im sogenannten Maastricht-Urteil zurück.

1994 initiierte Manfred Brunner die Gründung der national-liberalen Partei Bund freier Bürger (BfB), zu deren Vorsitzendem er in Wiesbaden gewählt wurde. Mit der Gründung des Bundes freier Bürger hatte sich Manfred Brunner eine Plattform geschaffen, nicht nur die EU zu kritisieren. Er sprach vom »überzogenen Sozialstaat« und verlangte, staatliche Ausgaben auf das absolut Notwendige zu beschränken. Er forderte eine gut ausgerüstete Polizei, um »den Bürger und sein Eigentum schützen« zu können. Für Manfred Brunner war Maastricht »die Verabredung zwischen Mitterrand und Kohl, dass Deutschland sich als Gegenleistung für die letztendliche Zustimmung der Europäer zur Wiedervereinigung in einem Brüsseler Überstaat auflöst, seine neu gewonnene Souveränität abgibt und auf seine größte Stärke verzichtet, nämlich seine eigene Währung, die Deutsche Mark«. ¹²² Nach außen gab sich der Vorsitzende der »freien Bürger« liberalkonservativ, ehemalige Mitglieder der PDS, Republikaner, DVU und der NPD wurden nicht aufgenommen. Doch das hinderte die deutschen Medien nicht daran, Brunner als Rechten oder als Nazi darzustellen.

Die Politiker der etablierten Parteien witterten in Brunner eine große Gefahr. Wie konnte man Brunner und den BfB am besten bekämpfen? Dazu wurden parteiinterne Studien angefertigt. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung etwa ließ Hartmut Grewe 1994 einen internen Bericht über Brunner und seine neue Partei erarbeiten. ¹²³

Am 22. November 1995 gab es die bis dahin größte Aktion des BfB - bundesweit quollen an jenem Tag Presseerklärungen von Manfred Brunner aus den Faxgeräten der Republik, in denen es hieß: »Volksbegehren - Rettet die D-Mark gestartet«. Darin war zu lesen: »Die Initiatoren des Volksbegehrens Rettet die D-Mark sind keine Europagegner, keine Ewiggestrigen und auch keine Extremisten.« Allein die Tatsache, dass auf dem wenigen zur Verfügung stehenden Raum überhaupt darauf hingewiesen werden musste, zeigt, dass EU-kritische Bewegungen

sobald von Politik und Medien in bestimmte Schubladen gesteckt wurden.

Bei der Europawahl im Juni 1994 erzielte Brunners Partei bundesweit 1,1 Prozent. Im Februar 1996 erhielt der BfB bei den Stadtratswahlen in München 3,2 Prozent. Sofort wurde Brunner von den Medien in eine Schublade gesteckt. *Die Zeit* nannte ihn schon 1994 einen »Rückwärtsgewandten im Elfenbeinturm«. ¹²⁴ Sie schrieb zudem über ihn, seine Partei stamme »aus der Anti-Europa-Ecke mit einem destruktiven Ansatz zur Rettung der D-Mark«. ¹²⁵ Ein Destruktiver also - ein Zerstörer. Pfui, wer will schon etwas mit so einem Menschen zu tun haben?

In den Medien war Brunner der »antieuropäische Parteigründer« ¹²⁶, man belegte ihn mit negativen Vorsilben. So beeinflussten Journalisten ihre Leser und transportierten psychologisch geschickt die eigene Meinung. Man hätte Brunner schließlich statt den »antieuropäischen Parteigründer genauso gut den »Pro-D-Mark-Vorkämpfer« nennen können. *Der Spiegel* stellte Brunner in die rechtsextreme Ecke, schrieb etwa unter der Überschrift »Rechtsextreme«, er nage »am rechten Wählerpotenzial«. ¹²⁷ *Der Spiegel* trieb es so schlimm, dass Brunner unter anderem mit einer Gegendarstellung reagierte. Am 7. März 1994 musste das Hamburger Nachrichtenmagazin folgenden Text veröffentlichen:

In der Ausgabe Ihres Nachrichtenmagazins vom 28. Februar 1994 (DER SPIEGEL Nr. 9/1994) war auf der Seite 51 in der Rubrik Forum und unter der Überschrift »Rechtspopulisten - Offen für Radikale« unter anderem zu lesen: »Die von dem früheren bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Manfred Brunner, 46, im Januar gegründete neue Rechtspartei Bund freier Bürger (BfB) will sich für ehemalige Mitglieder rechter >extremer Parteien< öffnen. Das geht aus einem Beschluss der Partei hervor, der den Aufnahmeanträgen beigelegt ist. Ex-Mitglieder rechtsextremer Konkurrenzparteien, die im BfB mitmarschieren wollen, müssen sich lediglich >bereits seit Längerem< von ihrer bisherigen Organisation getrennt haben.« Hierzu stellen wir

fest: Der Bund freier Bürger will sich nicht für ehemalige Mitglieder rechter extremer Parteien öffnen; der Bund freier Bürger will vielmehr Rechtsradikalen und Rechtsextremisten den Weg in die Partei versperren. Bedingung für die Mitgliedschaft »ehemaliger Mitglieder rechts- und linksextremer Parteien« ist, wie sich aus dem vom SPIEGEL erwähnten »Abgrenzungsbeschluss des Gründungsparteitages« ergibt, nicht nur, dass der Bewerber sich seit Längerem von seiner ehemaligen Partei abgewandt hat, sondern zusätzlich, dass eine Überprüfung durch den Bundesvorstand eine »auf dem Boden des Grundgesetzes basierende Einstellung ergibt«.

München, den 1. März 1994, Manfred Brunner, Vorsitzender des Bundes freier Bürger¹²⁸

Unter der Gegendarstellung stand der Satz: »Brunner hat recht. - Red.« So ging es vielen, die es gewagt hatten, sich gegen die Aufgabe der D-Mark zu stemmen. In zahlreichen Medien wurden sie und ihre Mitstreiter skrupellos in die schmutzige rechte Ecke gestellt. Den *Spiegel* wurmte es, dass der britische Bestsellerautor Frederick Forsyth Brunner zur Seite stand und ihn bei dessen Engagement gegen den Euro unterstützte. *Der Spiegel* fragte Forsyth: »Mr. Forsyth, Sie treten bei einer Podiumsdiskussion des Bundes freier Bürger des ehemaligen FDP-Politikers Manfred Brunner auf, die vor den Gefahren des Euro warnt. Warum macht ein Brite Wahlkampf für einen Mann, der sich gern als »Retter der Deutschen Mark« feiern lässt?« Forsyth antwortete: »Ich habe weder die Pflicht noch das Recht, die Deutschen darüber zu belehren, was in ihrem Land geschehen soll. Herr Brunner hat mich nur gebeten, aus britischer Sicht die Frage zu beantworten: Warum sollen wir eigentlich unsere nationalen Währungen aufgeben? Also spreche ich darüber, dass weder für Briten noch für Deutsche die Notwendigkeit besteht, sich von ihren Währungen zu verabschieden.« *Der Spiegel* legte nach: »Stört es Sie nicht, dass diese Partei sich um Wähler auf der äußersten Rechten bemüht, dass sie fremdenfeindliche Parolen verbreitet und nationalistische Tendenzen fördert?« Forsyth: »Für jemanden wie Gerhard Frey

und seine DVU würde ich niemals Wahlkampf machen. Aber es gibt in Deutschland die einzigartige Situation, dass die beiden wichtigsten Parteien in der grundsätzlichen Frage der letzten 50 Jahre keine Alternative bieten. Herr Brunner mag ein Nationalist sein, ein Neonazi oder Neofaschist ist er nicht.«¹²⁹

Publikationen wie *Der Spiegel* beleidigten Brunner regelmäßig und trafen ihn tief. Das wollten sie wohl auch, warum sonst schrieb *Der Spiegel*, Brunner und seine Mitstreiter seien der »Pöbel«? In dem betreffenden Bericht hieß es: »Sie lieben die D-Mark und hassen Helmut Kohl. Sie nennen sich Bürgerbewegung für ein Europa der Nationen und wollen das nächste Europaparlament mit radikaler Kritik an Brüssel aufmischen. Unter Führung von Manfred Brunner, Ex-FDP-Mitglied und bis vor Kurzem Spitzenbeamter der EG, beschloss am Freitag eine feine Gesellschaft, bei der kommenden Juni-Wahl für Sitz und Stimme in Straßburg zu kandidieren. Mit dabei im Gründungskomitee sind die Staatsrechtler Hans Heinrich Rupp und Karl Albrecht Schachtschneider, der Zivilrechtler Michael Kobler, der Ex-Botschafter Erwin Wickert, der Wirtschaftsprofessor Roland Vaubel, ein Kirchenmusiker, zwei ehemalige Ministerialbeamte, ein Richter und der Kreisvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung in Saarbrücken. Brunner hofft, den bürgerlichen Unmut rechts der Mitte für seine Bewegung mobilisieren zu können - aus Pöbelei soll Politik werden.«¹³⁰

Der Berliner *Tagesspiegel* nannte Brunner wegen dessen Euro-Gegnerschaft einen »falschen Propheten« und schrieb, er und seine Mitstreiter seien »totgeborene Kinder des politischen Geltungsbedürfnisses«.¹³¹ Die *Berliner Zeitung* nannte ihn den »Verpackungskünstler der deutschen Politiklandschaft - er hüllt alte Parolen in neue Phrasen«.¹³² So etwas sitzt. So etwas trifft. Und so etwas soll ja auch treffen.

Helmut Kohl pflegte jeden mit Hass und Verachtung zu strafen, der mit Menschen wie Brunner auch nur sprach. Das bekam beispielsweise der langjährige Vorstandsvorsitzende der konservativen Deutschland-Stiftung, Gerhard Löwenthal, im Alter von 71 Jahren zu spüren. Löwenthal musste im Juni 1994

sein Büro in Breitbrunn am Chiemsee räumen. Der Hintergrund war laut *Focus*: »Der ehemalige Fernsehjournalist sollte anlässlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Freiheitspreises der Stiftung an Kanzler Kohl am 19. Juni in München die Begrüßungs- und Schlussansprache halten. Kohl intervenierte, weil Löwenthal im Vorfeld der Preisvergabe fünf Veranstaltungen des Europakritikers Manfred Brunner und seiner Partei Bund freier Bürger moderieren wollte. Löwenthal: Ich habe Brunner dann zwar abgesagt, bin schließlich aber doch zurückgetreten, um Schaden von der Deutschland-Stiftung abzuwenden.«¹³³

Nach mehreren Jahren der Tätigkeit wurde der Bund freier Bürger zumindest in den großen Wirtschaftszeitungen wahrgenommen. Die Aussagen, die damals über den BfB und seine von ihm verbreiteten Voraussagen getroffen wurden, mögen zu jener Zeit für viele befremdlich gewirkt haben. Heute wissen wir, dass Letztere allesamt so eingetroffen sind. Das *Handelsblatt* schrieb etwa am 13. Februar 1998 über den BfB: »Der Bund freier Bürger/Offensive für Deutschland um Manfred Brunner und Heiner Kappel lehnt nach einer Stellungnahme von Bruno Bandulet den Euro unter anderem deshalb ab, weil er weicher als die D-Mark sein werde, die Altersversorgung der Deutschen gefährde, den Konzentrationsprozess in der Wirtschaft beschleunige und damit dem Mittelstand schade, Arbeitsplätze gefährde und weil er Deutschland zusätzliche Subventionen für Südeuropa aufbürde.«

Der BfB veranstaltete mehrere Großkundgebungen gegen den Euro und für die Beibehaltung der D-Mark. Eine der Veranstaltungen fand am 28. März 1998 in Frankfurt/Main vor der Paulskirche statt. Dort forderten Tausende Menschen eine Volksabstimmung über das von der Politik geplante Ende der D-Mark. Die Veranstaltung endete im Chaos. Etwa 150 »Antifaschisten« griffen die Veranstaltung an. Die Linksextremisten warfen mit Pflastersteinen auf die D-Mark-Befürworter, bezeichneten sie als »Nazis« und zerstörten die BfB-Infostände. Laut Polizeibericht gab es 13 Festnahmen. Die Politik freute

sich, denn die Schlagzeilen brachten den BfB nun mit Gewalt und Chaos in Verbindung.

Der Bankier August von Finck jun. soll der Hauptfinanziers von Brunner gewesen sein. Der Milliardär versuchte, sich so politischen Einfluss zu kaufen. Dies wurde Ende der 1990er-Jahre bekannt. Rund 4,3 Millionen Euro habe Finck Brunner zugesteckt¹³⁴, berichteten die Medien damals.

Verfassungsrichter stützen Verfassungsbrecher

Es gab vor der Euro-Einführung viele Bürger, die gegen die Aufgabe der D-Mark geklagt hatten. Dazu gehörten bekannte Professoren wie Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider, Wilhelm Nölling und Joachim Starbatty. Doch die wohl ungewöhnlichste Verfassungsbeschwerde stammte vom Münchner Klaus Peter Heim, früher Chefredakteur der *ADAC-Motorwelt*. Der Mann sah seine Grundrechte verletzt, weil die europäische Statistikbehörde *Eurostat* Haushaltsmanipulationen und statistische Tricks für die Währungsunion in Frankreich und Italien anerkannte. Er wollte die Bundesregierung zwingen, ihre Zustimmung zum Euro im Europäischen Rat aufzuschieben.

Auch der Mainzer Rechtsprofessor Hans-Heinrich Rupp klagte gegen den Euro. Der Mann erhob Ende 1997 Klage in Karlsruhe, die sich nicht unmittelbar gegen den deutschen Beitritt zur Währungsunion richtete, sondern gegen das »Spiel mit gezinkten Karten«, gegen die »Informationsstrategie« der »Unaufrichtigkeit« und »Verschleierung«. Ich habe Rupp als einen besonders weitsichtigen Mann kennengelernt. Er berichtete mir über seine ganz persönlichen Erfahrungen als Euro-Skeptiker:

Die vereinzelte öffentliche Kritik an der Einführung der Euro-Einheitswährung blieb ohne Wirkung. Sie stieß entweder auf massive politische Polemik und wurde als »Nein zu Europa« und überlebter Nationalismus gescholten, oder sie traf auf dras-

tisches Schweigen. Sei es aus Desinformation und Desinteresse, sei es aus Scheu vor der politischen Korrektheit, sei es aus Arroganz. Eine ernst zu nehmende Auseinandersetzung mit der Kritik fand nicht statt. Man sah es wohl als Zeitverschwendung an. Ähnlich deprimierend empfand ich die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 31. März 1998 über die mit einigen anderen Mitstreitern gegen die folgenschwere vertrags- und verfassungswidrige Einführung der Euro-Einheitswährung erhobene Verfassungsbeschwerde. Obwohl das Gericht im Maastricht-Urteil (1993) - unter befremdlicher Entscheidungsverweigerung einer Verfassungsbeschwerde und Abweisung der anderen - hochtönend versichert hatte, »die strikte Erfüllung der Konvergenzkriterien ist Vorbedingung für den Eintritt Deutschlands in die Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft«, verwarf es nunmehr, 1998, nachdem die schamlose Missachtung und sträfliche Vortäuschung dieser Kriterien durch gewisse Beitrittsstaaten jedermann in die Augen fiel, die gegen das deutsche Zustimmungsgesetz gerichteten Verfassungsbeschwerden als »offensichtlich unbegründet«. Die kurze Bemerkung des Gerichts zur Sache: »Sollte es sich herausstellen, dass die Währungsunion ohne eine politische Union nicht zu verwirklichen ist, bedarf es einer erneuten politischen Entscheidung« schloss die Augen vor der Dramatik des Befundes und entließ die Politik in die Kette verhängnisvoller Vertrags- und Verfassungsbrüche; kein Zeugnis richterlichen Standvermögens. Der Prozess erregte zwar einige Aufmerksamkeit. Ich erhielt auch zustimmende Äußerungen z. B. von Burkhard Hirsch, dem damaligen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags (1998). Doch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wurde als Sieg der Euro-Befürworter gefeiert. Und sie erstickte, wenn ich mich recht erinnere, jede weitere Diskussion. Erst neuerdings wird angesichts der Euro-Krise auch von der Bundeskanzlerin eingestanden, dass die Einführung des Euro unter den damaligen Umständen ein schwerer Fehler gewesen sei, den die damaligen Politiker, vor allem Helmut Kohl (Focus vom 3.9.2012), zu verantworten hätten. Ich sehe in dieser Entwicklung übrigens

meine allgemeine Erfahrung bestätigt: Unbequeme und der herrschenden Meinung widersprechende Wahrheiten stoßen zunächst auf erbitterte Ablehnung und Polemik. Nach Jahren kommt gelegentlich eine zaghafte Diskussion in Gang. Und nach weiteren Jahren oder Jahrzehnten und nach Eintritt der Realität haben es dann angeblich alle schon immer gewusst.

Professor Rupp war Mitglied jener Gruppe, die die Einführung des Euro zu verhindern suchte: des Bundes freier Bürger (BfB). Der Hauptgrund, warum die Partei keinen Erfolg bei den Wählern hatte, war sicherlich nicht die Euro-kritische Einstellung, denn die Mehrheit der Deutschen teilte diese Einstellung ja. Die Partei scheiterte, weil Politik und Medien den BfB ununterbrochen als »rechtsextrem« darstellten und die Politik die Verfassungsschutzbehörden anwies, den BfB zu beobachten und in den Verfassungsschutzberichten zu erwähnen. Euro-Kritiker, die es trotzdem wagten, vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen, wurden einfach in die rechtsextremistische Ecke gestellt.

Der Juraprofessor Rupp betrachtete die Waigelsche und Kohlsche Euro-Politik als zwielfichtiges Manöver. Er sagte in Karlsruhe bei seiner Klage gegen den Euro, das Vorgehen der damaligen Bundesregierung verberge sich »permanent hinter Zweideutigkeiten, Halbwahrheiten, Widersprüchen und Verharmlosungen der Probleme«. Es sei offensichtlich »auf Zeitgewinn und auf Schaffung vollendeter Tatsachen« abgestellt. Was da »hinter dem Rücken der Bürger« geschehe, das lasse sich nicht »auf einen konkreten Einzelvorgang« oder »auf einen bestimmten Zeitpunkt fokussieren«. Ein substantzierter Rechtsakt (eigentlich Voraussetzung für eine Verfassungsbeschwerde) sei nicht greifbar. Es handele sich vielmehr um ein »aus einer Vielzahl von Indikatoren bestehendes Verhalten«, das (»zivilrechtlich gesprochen«) einer »arglistigen Täuschung« der Bürger nahekomme und ihr demokratisches Grundrecht »auf politische Mitwirkung und Kontrolle« verletze. Euro-Kläger Rupp hob hervor, bald werde »die Normativität des Faktischen Oberhand« gewonnen haben. Und ein »Zurück« vom Euro wäre für

die Deutschen dann »nur unter chaotischen Verhältnissen« möglich, die Bundesrepublik (also der deutsche Steuerzahler) müsste mit Schadensersatzansprüchen »in Milliardenhöhe« rechnen.

Professor Rupp klagte also dagegen, dass Menschen wie Waigel und Kohl in einer juristischen Grauzone die Staatsbürger wie Schlachtvieh vor sich hertrieben, das man über den eingeschlagenen Weg belog. Das Bundesverfassungsgericht wies seine Klage im Frühjahr 1998 ab. Rupp sagte unmittelbar nach der Entscheidung in einem Interview: »Das Bundesverfassungsgericht wollte die Beschwerden möglichst schnell vom Tisch haben und hat deshalb den, wie ich finde, unkorrekten Weg gewählt, die Verfassungsbeschwerden als offensichtlich unbegründet abzuweisen. Offensichtlich unbegründet sind sie nun sicher nicht, aber dem Gericht blieb kein anderer Weg, als auf diese Weise mit einer kurzen und falschen Begründung die Sache schnell abzuweisen.«¹³⁵ Professor Rupp war damals wütend, er sagte: »Mich kränkt an der Entscheidung, dass meine Verfassungsbeschwerde abgewiesen worden ist, obwohl mein Antrag einen ganz anderen Inhalt hatte. Das bedeutet, es ist ein Antrag von Karlsruhe zurückgewiesen worden, den ich gar nicht gestellt hatte. Ich hatte den Antrag gestellt, endlich die Geschichte gebrochener Versprechen zu beenden: Der Bundeskanzler muss reinen Wein einschenken, er muss verpflichtet werden, auch über die Risiken, die in der Währungsunion liegen, umfassend zu informieren. Und darüber ist überhaupt nicht entschieden worden. Ich hatte keineswegs eine Verfassungsbeschwerde eingereicht, die darauf zielt, die Währungsunion zu verschieben, sondern meine Beschwerde schilderte nur die gesamten politischen Versprechen über den Euro und wie sie nach und nach gebrochen worden sind. Mein Antrag verlangte, dass der Bundeskanzler verpflichtet wird, der deutschen Bevölkerung zu sagen, welche erheblichen Gefahren in der Währungsunion liegen. Das ist ein Verstoß gegen das rechtliche Gehör, das ja das Bundesverfassungsgericht bei anderen Gerichten immer scharf rügt: dass über einen Antrag entschieden wird, der gar nicht gestellt worden ist.«¹³⁶

Bruno Bandulet und die geplatzte OB-Kandidatur

Der 1942 geborene Bruno Bandulet studierte Geschichte und Volkswirtschaft. Der Euro-Kritiker der ersten Stunde wurde 1973 Chef vom Dienst der Tageszeitung *Die Welt* und 1975 Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten *Quick*. Er arbeitete für die Politiker Franz-Josef Strauß und Alfred Dregger. Seit 1995 ist er Herausgeber des politischen Hintergrunddienstes *Deutschland-Brief*. Dr. Bandulet war im Bund freier Bürger engagiert. Er ist ein typisches Beispiel dafür, wie Politiker in den 1990er-Jahren mit Euro-Kritikern umgegangen sind. Im Frühjahr 1995 hatte die CSU den parteilosen Bruno Bandulet an dessen Wohnort Bad Kissingen zu ihrem Wunschkandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters bestimmt. Die *Saale-Zeitung* berichtete am 20. Mai 1995, weshalb Dr. Bandulet nicht Oberbürgermeister werden durfte: »Die CSU-Landesleitung hatte überaus kurzfristig gefordert, dass Dr. Bandulet vor der Kür zum OB-Anwärter seinen sofortigen Austritt aus dem Bund freier Bürger zu erklären habe. Und diesen sofortigen Austritt habe er, so Bandulet, abgelehnt.« Das heißt im Klartext: CSU-Landeschef Theo Waigel, dessen Ziel die Vernichtung der D-Mark war, machte einen seiner Kritiker mundtot. Die *Saale-Zeitung* schrieb: »Die gestern abend anberaumte CSU-Stadtversammlung hatte eigentlich alles klar machen sollen in Sachen OB-Kandidatur. Mit rund 20-minütiger Verspätung trat Ortsvorsitzender Alfred Wacker schließlich ans Mikrofon, um die Bombe platzen zu lassen: >Dr. Bruno Bandulet wird nicht antreten!< Sein Rücktritt habe mit der Mitgliedschaft im Bund freier Bürger zu tun, der eine ablehnende Haltung zum Vertrag von Maastricht einnimmt, so anschließend Dr. Bandulet selbst.« Auch die *Main-Post* berichtete unter der Überschrift »Bandulets OB-Kandidatur geplatzt« über die große Blamage der CSU durch die eigene Landesleitung. So ist das eben, wenn Politiker von Demokratie eher wenig halten und um jeden Preis eine Linie durchdrücken wollen.

Bandulet war in den 1990er-Jahren beim Thema Euro der wohl unbequemste Journalist.

Von Dieter Balkhausen (ZDF) bis Alfred Mechttersheimer

Es gab auch Journalisten, die für die D-Mark eintraten. Dazu gehörten Dieter Balkhausen und Klaus Methfessel. Dieter Balkhausen war Wirtschaftsredakteur beim ZDF. Während er im Sender nicht offen für die Beibehaltung der D-Mark geworben hatte, schlug er in seinem Buch *D-Mark kontra Eurogeld* 1996 andere Töne an. Balkhausen ließ darin auch viele kritische Stimmen zu Wort kommen. Die zu erwartenden Schwierigkeiten mit dem Euro wurden so beschrieben: »Der Schweizer Notenbankpräsident Markus Lusser gibt zu bedenken, dass eine Währungsunion nur durch zwei große Klammern zusammengehalten werden kann: zum einen durch die Bereitschaft der Mitglieder, ihre nationalen Interessen denen der Union unterzuordnen, und zum anderen durch den Willen, denen, die in wirtschaftlichen Krisen stecken, finanziell massiv zu helfen, weil eine Stärkung durch die Abwertung der eigenen Währung nicht mehr möglich sei (...). Lussers Logik ist zwingend und wird von seinem deutschen Kollegen Tietmeyer unterstützt: Ohne politische Integration kann ein gemeinsames Geld auf Dauer nicht funktionieren. Der Bundesbankpräsident war im November 1995 Mitveranstalter eines Symposiums, das nachwies, wie zwei Währungsunion-Versuche im Europa des 19. Jahrhunderts an der mangelnden politischen Integration und der mangelnden Etatdisziplin scheiterten. Aus der Geschichte wie den Vorbehalten der beiden Notenbankpräsidenten ist die Lehre zu ziehen: Zu hohe finanzielle Transferleistungen in die wirtschaftlich schwächeren Staaten werden die nationalen Haushalte überfordern. Noch schwerer wiegen die Einsparzwänge in den Sozialtats der als wohlhabend geltenden Staaten.«¹³⁷

Klaus Methfessel war in den 1990er-Jahren erst als stellvertretender Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins *Capital* tätig und arbeitete dann bei der *Wirtschaftswoche*. Methfessel veröffentlichte 1996 den Wirtschaftsbestseller *Wenn die D-Mark geht - Wie Sie nicht zum Verlierer durch die europäische Währungsunion werden*. Auf rund 250 Seiten informierte er die Bundesbürger über die absehbaren Risiken des Euro-Abenteurers. Viele Medien ignorierten sein Buch. Methfessel schrieb dem Autor im Frühjahr 2013 zu seinen Erfahrungen:

Ich habe mich in den vergangenen Jahren zwar nicht mehr so intensiv mit dem Thema befasst - ich verantworte die Journalistenausbildung im Verlag und für die Wirtschaftswoche Sonderpublikationen wie die Reihe global mit den Sonderheften zu China, Indien oder demnächst Brasilien. Aber natürlich beschleicht mich ab und zu das Gefühl, dass ich mit meinem Euro-Buch damals gar nicht so schlecht gelegen habe - nachdem ich mir zehn Jahre lang von bekannten Bankern und Politikern anhören musste, ich sei ein Schwarzseher, typisch Journalist.

Zu Ihren Fragen: Bei der Wirtschaftswoche habe ich mich mit meiner kritischen Position damals gut aufgehoben gefühlt. Mein Blatt und ich lagen auf einer Linie, wurden darin auch von dem damaligen Chefredakteur unterstützt. Natürlich wurden wir von einem Teil der Ökonomenszene angefeindet. Ich erinnere mich insbesondere, dass Peter Bofinger auf Podiumsdiskussionen gern alle Bedenken für abwegig erklärte und Kritiker als Ewiggestrige abkanzelte. Und wie eine ironische Randbemerkung der Geschichte kommt es mir vor, dass Jürgen Stark aus Protest gegen die von der Mehrheit des EZB-Rates getragenen Aufkäufe von Staatsanleihen zurückgetreten ist. Ich erinnere mich noch gut, wie ungehalten er über mich und meine Kollegen von der Wiwo war, als wir die von ihm und Waigel akzeptierten Aufweichungen des Stabilitätspaktes kritisierten. Er hat damals eine ganze Zeit lang nicht mehr mit uns gesprochen.

Interessant war auch das Verhalten einiger Staatsdiener. Ich erinnere mich gut an einen hohen Beamten aus dem Kanzler-

amt. Er hatte bei einer Tagung der Adenauer-Stiftung 1995 erzählt, ihm und seinen Kollegen würde angst und bange sein angesichts des weit vorangeschrittenen Stands der Vorbereitung der Gemeinschaftswährung und der mangelnden Ein- und Zustimmung der Bevölkerung dazu. Als ich ihn mit dieser Aussage in dem Buch ein Jahr später zitierte, wollte er nicht mehr mit mir sprechen - nicht weil es falsch zitiert war, sondern weil er Repressionen fürchtete. Er war nicht der Einzige, der so handelte. Kritiker wurden nach meiner Erfahrung nicht offen stigmatisiert, aber der Kontakt mit ihnen wurde als karriereschädlich gekennzeichnet. Es gab nicht wenige, die fürchteten, wenn sie als Informant oder schlimmer noch: Stichwortgeber der Kritiker gelten, geraten sie politisch ins Abseits. Das galt übrigens nicht nur für Beamte, sondern auch für die Angehörigen der Branchen, die vom Euro am meisten profitierten: die Industrie und die Finanzwirtschaft.

Was die anderen Medien betrifft: Zu Sabine Christiansen wurde ich nie eingeladen, aber dazu war ich vermutlich auch ein zu kleines Licht - das Forum stand im Allgemeinen ja nur Chefredakteuren zu. Einige Male war ich aber auch beim Presseclub - ich glaube auch zum Euro-Thema. Aber da war ich als Vertreter eines »neoliberalen Magazins« ja immer in der Minderheit. Das sollte wohl auch dem Zuschauer auf diese Weise übermittelt werden.

Dass ich damals dieses kritische Buch geschrieben habe, daran erinnert sich heute kaum jemand. Daran habe ich aber auch selbst schuld, weil ich das Thema nicht weiter beackert habe. Aber gefreut hat mich doch, als kürzlich ein Leser anrief und mich im Nachhinein dazu beglückwünschte. Mein Eindruck insgesamt ist, dass nicht viele aus den Krisen und dem absehbaren Scheitern des Euro gelernt haben. Abgesehen von Professor Sinn habe ich noch von niemandem gehört, der dazu stand, dass seine damalige Einschätzung zumindest in Teilen falsch war. Selbst Freunde, die bei Banken arbeiten, geben noch nicht einmal privat zu, falsch gelegen zu haben, sondern greifen nach jedem Strohalm, um zu begründen, dass die Sache noch gut

ausgehen werde und ohne Euro alles viel schlimmer wäre. Eine deformation professionelle - wer sein Schicksal mit dem Euro verbunden hat, will auch weiterhin an den Euro glauben. Das dürfte für den überwiegenden Teil der meinungsbildenden Elite gelten, während das Volk, der Steuerzahler (wie damals) instinktiv ahnt, dass es die Zeche zahlen wird. Nur die Argumente ändern sich mit der Zeit - und die Bereitschaft, Dinge zu tun, die man vor der Einführung des Euro strikt abgelehnt und als böswillige Unterstellung denunziert hätte, wenn man solches Verhalten vorhergesagt hätte.

Das Ignorieren - wie im Falle von Methfessel - war wohl noch die netteste Form der Verachtung. Andere wurden als »Rechtsextremisten« abqualifiziert. Mit dem Totschlagsargument sollen Euro-Skeptiker mundtot gemacht werden. Einer der Ersten, die so behandelt wurden, war der Politikwissenschaftler und Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Mechttersheimer. Bekannt wurde er durch sein Engagement in der Friedensbewegung. Der Mann war Ausbildungsoffizier bei der Bundeswehr und Hochschullehrer in München. Über die Landesliste der baden-württembergischen Grünen kam er 1987 bis 1990 in den Bundestag. Heute nennen ihn Linke einen »Friedens-Nazi«. Sein Festhalten an der D-Mark wurde als »national« gebrandmarkt. Spätestens nachdem er in der der »Neuen Rechten« zugeordneten Zeitschrift *Wir selbst* einen Artikel verfasst hatte, galt der linke Friedensaktivist als »rechts« oder gar »rechts-extrem«. Eine Zeitung schrieb am 13. Juni 1997 über Mechttersheimer: »Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Alfred Mechttersheimer, Gründer und Leiter des Friedenskomitees 2000, hat die Bevölkerung und insbesondere die Wirtschaft aufgerufen, sich der Einführung des Euro zu verweigern und alle Vorbereitungen zur Abschaffung der D-Mark einzustellen. Dies sei eine zwingende Konsequenz aus der sich täglich verschlechternden Aussicht für eine termingerechte Einführung der gemeinsamen europäischen Währung. Jede Mark für den Euro, erklärte Mechttersheimer, droht zu einer Fehlinvestition zu werden.«¹³⁸ Alfred Mechttersheimer, der bis dahin in deutschen Medien viel

Gehör fand, wurde aufgrund dieser Berichterstattung über Nacht zur *Persona non grata*.

Wenige Wochen nach Mechtersheimers Anti-Euro-Initiative kam der bayerische Verfassungsschutz (Mechtersheimer lebt in Starnberg) 1997 zu dem Ergebnis, dass er sich im »Jahre 1997 zu einem der wichtigsten Protagonisten rechtsextremistischer Bestrebungen« entwickelt habe. Später wurde Mechtersheimer nie wieder als »Rechter« in Verfassungsschutzberichten erwähnt, aber die Stigmatisierung war einmal geschaffen und hält bis heute an. Doch warum wurde er vom bayerischen Verfassungsschutz als »Rechter« geführt? Nun, Mechtersheimer hatte die »Deutschland-Bewegung« gegründet und 1997 die Aktion »Ja zur DM - Nein zum Euro = Teuro!« initiiert. Mechtersheimer selbst schreibt auf seiner Homepage über die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht: »Verfassungsfeindliche Positionen wurden nie konkret unterstellt, sondern stets nur vage angedeutet. (...) Ein wichtiger Grund für die Aufnahme in die VS-Berichte waren kurzzeitige Pläne zur Gründung einer neuen Partei. Also nicht die Sorge um die Verfassung, sondern um ihren Machterhalt hatten die etablierten Parteien zu ihrem undemokratischen Vorgehen veranlasst.«¹³⁹ Aus dem bekannten Friedensforscher machte man einen strammen Rechtsextremisten - und hatte einen der Euro-Skeptiker so kaltgestellt. Lars Normann schrieb in seiner 2008 erschienenen Dissertation *Rechts im Spiegel von Links* zu Mechtersheimer als Euro-Gegner: »Weil sich die im Jahr 1996 gegründete Deutschland-Bewegung (DB) von Alfred Mechtersheimer gegen den Euro (...) ausspricht, unterstellt« man dieser Initiative »rechtsextreme Absichten«.¹⁴⁰ Weil Mechtersheimer sich zugleich auch gegen die Rechtschreibreform stellte, wurde er fortan in deutschen Medien als ein »von apokalyptischen Untergangsfantasien Verfolgter« dargestellt.¹⁴¹ Medien wie *Die Zeit* warfen ihm dann sogar einen »neuen Antiamerikanismus« vor. *Die Zeit* schrieb 1999: »Einen antiamerikanischen Euro-Nationalismus besonderer Art propagiert die radikale Rechte. Schon vor einigen Jahren hat Alfred Mechtersheimer, in den frühen achtziger

Jahren ein führender Sprecher der Bewegung gegen die NATO-Nachrüstung, die Parole von der Friedensmacht Deutschland ausgegeben (...).«¹⁴² Mechtersheimer, einst Inbegriff der deutschen Friedensbewegung, war umfassend zum radikalen Rechts-extremisten mutiert. Der 1939 geborene Mitbegründer der Grünen lebt heute in Starnberg. Er erholte sich zu dem Zeitpunkt, als ich ihn kontaktierte, von einem schweren Schlaganfall und berichtete mir mit den folgenden Worten, wie man damals mit ihm umgegangen war:

Zunächst wurde auf meine Kritik nicht direkt reagiert. Allerdings wurden ich persönlich und die von mir geleiteten Organisationen ab Mitte der 1990er-Jahre immer stärker in die rechte Ecke gestellt und in der Arbeit behindert. Dies verstärkte sich in dem Maße, wie wir mit Veranstaltungen, Vorträgen, Flugblättern und Aufklebern die Kritik am »Euro« (seit Ende 1995) auf eine breitere Basis stellten. (Allein von dem Aufkleber »Ja zur DM - Nein zum EURO = Teuro« wurden mindestens 500000 gedruckt und verteilt.)

Ab Mitte der 90er-Jahre wurde ich immer häufiger in den Verfassungsschutzberichten der Länder und des Bundes erwähnt, zuerst in Bayern, dann in NRW und schließlich in allen Länderberichten. Auffallend war, dass weder die Kritik am Euro noch andere »Vergehen« konkret genannt wurden. Aus heutiger Sicht liegt die Vermutung nahe, dass man meinen Namen und zugleich unsere Euro-Kritik allein durch die Erwähnung in den VS-Berichten zu diskreditieren suchte. Damit gab es keine Chance mehr, zu Talkshows und Interviews eingeladen zu werden, was zuvor in der Nachrüstungsdebatte fast wöchentlich geschehen war. Von staatlicher Seite wurde alles getan, eine fachliche Diskussion zu vermeiden, weil nach Einschätzung weiter Bevölkerungskreise die besseren Argumente bei den Kritikern lagen.

Die Angriffe von staatlicher Seite hatten auf den Widerstand eine wichtige Auswirkung. In der Kritik an dem Währungs-experiment fanden sich recht unterschiedliche Gruppierungen zusammen. Das Spektrum reichte von liberalen und bürger-

lichen Kräften, die vor allem aus fachlichen Gründen die Tauglichkeit einer Gemeinschaftswährung bezweifelten, bis zu Nationalisten, die eine länderübergreifende neue Währung ordnungspolitisch grundsätzlich ablehnten. Diese ideologische Spaltung unter einem formal identischen Ziel fand ihren stärksten Ausdruck in der Gründung der Partei Bund freier Bürger des früheren FDP-Politikers Manfred Brunner. Der Versuch, mithilfe der immer breiteren Ablehnung des Euro in der Bevölkerung eine neue Partei in den Bundestag zu hieven, scheiterte eindeutig. Bei der Europawahl 1994 kam der BfB auf 1,1 Prozent. Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1997 blieb er mit 1,3 Prozent ebenfalls hinter den Erwartungen zurück. Bei der Bundestagswahl 1998 waren es nur noch 0,2 Prozent. Dabei hatte Baron von Finck das Projekt mit mehreren Millionen DM unterstützt. Das Scheitern des BfB hat den staatlichen und nicht staatlichen Befürwortern des Euro Auftrieb gegeben, die Gegner aber geschwächt und desillusioniert.

Die Ursachen für das Scheitern der Kampagne liegen hauptsächlich in Defiziten des demokratischen Systems. Grundsatzentscheidungen wurden in der Bundesrepublik wegen des faktischen Volksentscheidungsverbots schon immer von den Mehrheitsfraktionen auch gegen den erkennbaren Willen der Bevölkerung durchgesetzt (Westintegration, Wehrpflicht, atomare Bewaffnung der Bundeswehr, NATO-Nachrüstung, Westintegration u. a.). Ein weiterer Grund für das Scheitern des Widerstands war der schleichende Prozess der Einführung der gemeinsamen Währung seit den 1970er-Jahren über mehrere Jahrzehnte. Außerdem wurden die Euro-Gegner als Feinde der europäischen Integration diffamiert.

Für mich persönlich war die Niederlage im Konflikt um den Euro eine große und grundsätzliche Desillusionierung. Der Bürgerwille, selbst wenn er von den besten Köpfen fachlich abgesichert ist, hat im politischen System keine Bedeutung. Vor allem dann nicht, wenn es sich nicht um wahlentscheidende Fragen handelt. Anders als im Grundgesetz postuliert, geht die Staatsgewalt offensichtlich nicht vom Volke aus. Und das, was

wahlentscheidend ist, wird nicht vom Volk, sondern von den Regierenden bestimmt. Auch das Bundesverfassungsgericht habe ich neu einschätzen müssen. Dieses reagiert auf den Widerstand allenfalls mit kosmetischen Korrekturen zu Beteiligungsrechten einzelner Organe, berührt aber die Machtfrage nicht wirklich. Letztlich führen die Klagen lediglich dazu, das kritisierte Handeln der Exekutive zu legitimieren. Jedoch hat die Kritik am Euro allgemein die Ablehnung des Euro wie auch der europäischen Integration gestärkt, was freilich nur in den Meinungsumfragen seinen Niederschlag fand.

Das Schlimmste, was den Euro-Gegnern passieren konnte, war und ist, dass sie recht behalten haben. Das verzeiht man ihnen noch weniger als ihre frühe Kritik. Die Realität hat die Kritik und Befürchtungen sogar noch übertroffen. Aber so etwas wie Wiedergutmachung kennt das politische System nicht. Wer sich aufgelehnt hat, darf nicht mit Anerkennung rechnen.

Späte Einsichten: von Hans-Werner Sinn bis Hans-Olaf Henkel

Vergessen dürfen wir auch jene nicht, die in den 1990er-Jahren anfänglich noch für den Euro eintraten, ihren Fehler aber bald korrigierten. Dazu zählen der Chef des Münchner ifo-Instituts Professor Hans-Werner Sinn und der frühere BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Euro-Gegner, schreibt Henkel, werden »zunehmend ignoriert und, wie ich fürchte, bald auch isoliert«. Henkel spricht von einem Marsch der Lemminge und konstatiert zur gegenwärtigen Lage der Euro-Kritik in Deutschland: »In keiner Demokratie werden von der herrschenden Political Correctness abweichende Positionen so gnadenlos verfolgt wie bei uns. Zuletzt erlebten wir das bei Sarrazin und Atomstrom. Jetzt breitet sich ein neuer Gesinnungsterror beim Euro aus.«¹⁴³ Professor Hans-Olaf Henkel schrieb dem Autor dieses Buches auf die Frage, wie er nach seiner Abkehr vom Euro behandelt worden sei, Folgendes:

Zunächst eine Klarstellung: Ich gehöre nicht zu denen, die VOR der Einführung des Euro vor der Einheitswährung gewarnt hatten. Meinem Buch (Rettet unser Geld!) können Sie entnehmen, warum und wann ich meine Meinung radikal änderte. Zwar hatte ich ca. 1999 (darüber wurde in der Berliner Zeitung und der Süddeutschen Zeitung berichtet und oft zitiert) laut gegen die Aufnahme Griechenlands protestiert (und das aufgrund der offiziellen und nicht der »getürkten« Zahlen). Ich wurde schon dafür gescholten, aber ich hielt die Einführung des Euro damals immer noch für vertretbar.

Ich hatte auch einmal (etwa 1997, noch als BDI-Präsident) Prof. Starbatty an seiner Universität in Tübingen aufgesucht, um mich von ihm persönlich über seine Bedenken zu informieren. Die machten zwar einen großen Eindruck auf mich, aber nachdem Horst Köhler für Theo Waigel die »No-Bail-Out-Klausel« gegen französischen Widerstand durchsetzte, erschien mir das Risiko immer noch als minimal. Das ist auch der Grund, warum mir im Mai 2010 die Hutschnur platzte, als Frau Merkel auf französischen Druck (alles nachzulesen in meinem o. a. Buch) diese Brandmauer zwischen dem deutschen Steuerzahler und ausgabefreudigen Politikern in anderen Ländern zum Einsturz brachte. Seit Mai 2010 habe ich auch öffentlich erklärt, mich geirrt zu haben, und werbe seitdem für eine Abkehr vom Einheits-Euro und den Austritt der »starken« Währungen (Arbeitstitel: »Nord-Euro«).

Danach war buchstäblich »die Hölle« los. Ich musste lernen, dass es bei uns leichter ist, einen Fehler immer wieder aufs Neue zu begehen, als ihn zuzugeben und den erkennbar falschen Kurs zu verändern. Schlaglichtartig gebe ich Ihnen einige Beispiele:

Diekmann von der Bild weigerte sich (empört), auf meinen Vorschlag einzugehen, die Euro-Kritik in seinem Blatt aufzunehmen. Dafür wurde ich in dieser Zeitung (obwohl ich jahrelang dort kommentierte) Zielscheibe eines wohl einmaligen persönlichen Angriffs. Diesen hat selbst die ARD in ihrer Sendung über Diekmann und Bild aufgenommen und kritisch verbreitet.

Dass dahinter Diekmanns Spezi Kohl stand, ist zumindest plausibel. Das hat die Bild aber nicht davon abgehalten, auf widerwärtige Weise über Griechenland herzuziehen.

Mein Nach-Nach-Nachfolger als BDI-Präsident Keitel meinte bei der Jahrestagung im Juni 2011, bei der Merkel und pikanterweise der damalige Ministerpräsident Papandreo zugegen waren, meine Meinungsänderung öffentlich als »populistisch« abtun zu müssen - obwohl meine Alternative (»Nord-Euro«) alles andere als je populär war.

ThyssenKrupp-Aufsichtsratschef Gerhard Cromme steckte hinter einer ganzseitigen Anzeige, die 2011 von 30 französischen und 20 deutschen CEOs finanziert wurde und in der behauptet wurde, der Euro sei eine »Erfolgsgeschichte«. Diese erschien in (fast) allen Tageszeitungen sehr zur Freude der jeweiligen Verlage in Frankreich und Deutschland und natürlich von Frau Merkel, die er vorher über sein patriotisches Vorhaben informierte. Die Anzeige war voller Fehlinformationen, auf die ich dann im Handelsblatt reagierte.

Besonders am Anfang meines öffentlich vollzogenen Meinungswechsels bekam ich ein Gespür dafür, was Starbatty, Hankel, Baring & Co. damals durchgemacht haben müssen. In meinem Fall wohl noch ausgeprägter, denn ich wurde von der Clique der Euro-Romantiker plötzlich als »Verräter« angesehen. Beispiele: Biedenkopfs groteske Reaktion auf mich bei einer Maischberger-Sendung Anfang 2012, Waigels Versuche, mich bei einer Veranstaltung auf der MS Deutschland (»Deutschlandtage«) zu schneiden, zu isolieren (September 2012). Bei einer Veranstaltung im Adlon hier in Berlin redete (»mein alter Freund Wolfgang«) Schäuble kein Wort mehr mit mir. Das, obwohl er mal eines meiner Bücher vorstellte, Gast bei mir zu Hause war, ich mich immer wieder für ihn öffentlich (z. B. auch damals als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten) eingesetzt habe. Meine Erklärung: Man fürchtet sich mehr vor mir, als dass man mich verachtet.

Mit einer Ausnahme (Piasberg, Anfang 2012) wurde ich von keinem öffentlich-rechtlichen Sender mehr zu diesem Thema

eingeladen. Das ist sehr verwunderlich, denn unmittelbar bis zu meinem Auftritt bei Maischberger, bei dem ich aus der Sicht vieler kritischer Beobachter die entscheidenden Schwächen der Euro-Rettungspolitik darlegte, war ich der wohl am meisten befragte Vertreter aus der Wirtschaft in den meisten Talkshows. Alle anderen Euro-Kritiker (mit Ausnahme der »alten«) bekennen sich in den Talkshows weiterhin zum Erhalt der Einheitswährung. Wie Sie wissen, wird man ja vorher zu seinen Positionen von den jeweiligen Redaktionen befragt.

Noch als Präsident der Leibniz-Gemeinschaft (2002-2005) konnte ich erleben, wie Hans-Werner Sinn von der Politik gemobbt wurde. Zu den 86 Forschungsinstituten der Gemeinschaft gehören auch sämtliche öffentlich finanzierten Wirtschaftsforschungsinstitute, also auch das ifo. Ich nahm Sinn damals mehrfach gegen Angriffe aus der Politik in Schutz (z. B. Steinbrück: »Professor Unsinn«). Damals ging es noch nicht um den Euro. Ich weiß aber, dass Sinn durch die Politik wegen seiner kritischen Haltung zur Euro-Rettungspolitik unter Druck geraten ist und um seine Wiederbestellung als ifo-Chef bangen musste (z. B. Trittin: »Sinn soll doch auswandern«),

Sie müssen unbedingt die Behandlung von Euro-Kritikern in Deutschland mit der solcher Kritiker in anderen Ländern vergleichen. Nur bei uns werden diese automatisch zu Anti-europäern, Chauvinisten und Rechtsauslegern gestempelt. Das ist auch der Grund, warum hierzulande die Kritik an der Euro-Rettungspolitik zwar nicht mehr gar so politisch inkorrekt, aber das Entstehen für eine Abkehr vom Einheits-Euro weiterhin mit einem typisch deutschen Tabu belegt bleibt. Sinn, Schäffler, Bosbach & Co. werden vielfach als »mutig« angesehen, weil sie wagen, ESM, EZB und Ähnliches zu kritisieren. Aber vielleicht ist Ihnen auch aufgefallen, dass diese »mutigen Kritiker« sich weiterhin allesamt zum Einheits-Euro bekennen. Höchstens darf neuerdings der Ausschluss Griechenlands diskutiert werden; alle anderen Alternativen sind auf dem »deutschen Index« gelandet. Dabei müsste doch jedem klar sein, dass ohne den von den Kritikern geschmähten ESM, ohne die von ihnen kritisierte

Generalaussage Draghis, der Euro längst Geschichte wäre. Hier kommt meine Person noch einmal ins Spiel: Sie werden keine bekannte Person nennen können, die früher mal für den Euro war und sich heute als sein Gegner bezeichnet. Starbatty & Co. waren immer schon dagegen. Ich nehme an, dass ich deshalb zur Zielscheibe geworden bin.

Auch der schon zuvor erwähnte Professor Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner ifo-Instituts und einer der bekanntesten Kritiker der Euro-Rettungspakete, hat nicht die besten Erfahrungen mit der Darstellung politisch nicht korrekter oder nicht erwünschter Sachverhalte zum Euro gemacht. Professor Sinn, den ich seit einer gemeinsamen Schottland-Reise (an der auch Theo Waigel teilnahm) als sachlichen und äußerst intelligenten Gesprächspartner schätzengelernt habe, schrieb mir:

Persönlich hat mich noch nie ein Politiker in meiner ganzen Zeit im ifo-Institut bedrängt. Das hätte auch keinen Sinn, weil wir als Leibniz-Institut zu unabhängig sind. Minister Schäuble, den ich kritisiert hatte, stellte im Sommer/Herbst 2012 öffentlich die Frage, ob es sich mit der staatlichen Finanzierung des ifo verträgt, dass wir unsere Rechnungen zur Höhe des deutschen Risikos (Haftungspegel) anstellen. Das seien »Milchmädchenrechnungen«. Ifo erwiderte mit einer scharfen Presseerklärung, die ich Ihnen mitschicke. In der Presse stand, dass Herr Schäuble mich einmal »Prof. Unsinn« nannte. Er selbst relativierte das aber in einem Gespräch, um das ich ihn gebeten hatte. Öffentlich hat er es jedenfalls nicht gesagt. Der SPD-Politiker Gabriel sagte hingegen öffentlich, ich äußere »Blödsinn«, und forderte mich zur Auswanderung auf. Die SPD-Politiker Schröder und Steinbrück haben mich früher »Prof. Unsinn« genannt, als ich mehr Reformen am Arbeitsmarkt einforderte. Steinbrück hat sich nach einem Brief von mir entschuldigt und mich zum Essen eingeladen. Wir sind quitt.

Auf die Frage, ob er als Autor Euro-kritischer Beiträge stigmatisiert wurde, antwortete mir Professor Sinn:

Was ich gespürt habe, waren sinnverzerrende Artikel, in denen meine Target-Aussagen total verdreht, verzerrt und ins

Absurde getrieben wurden. Im Handelsblatt wurde einmal implizit der Nationalismuskritik gemacht. Man ruderte danach aber zurück. Der Spiegel (Sven Boll) hat mich in einem mehrseitigen Artikel im Frühsommer 2012 als »Prof. Propaganda« niedergemacht, in dem er ein Dutzend kleinere Negativinformationen zusammendichtete, die zum Teil gar nicht stimmten (z. B.: brachte es immerhin zum Kandidaten für den SVR, was gar nicht der Fall war), aus dem Nichts aufgebläht waren (setzt sich mit seiner Meinung bei den hausinternen Konjunkturprognosen durch, nach einer bloßen Frotzelei beim Konjunkturgespräch, wo der Reporter dabei war) oder irgendeinem Mitarbeiter aus dem Mund gezogen wurden, der sich einmal auf den Schlips getreten fühlte (»intellektueller Despotismus«). Stark war, dass Der Spiegel mich zum Mitautor und Initiator des Aufrufs der Ökonomen stilisierte und Gegenmeinungen von anderen Ökonomen mit Bild brachte, so als hätten die sich gegen mich persönlich gewandt, wobei alle nur auf den Aufruf selbst Bezug nahmen. Der stammt übrigens von Walter Krämer, meinem Dortmunder Kollegen. Ich hatte nur unterschrieben, so wie 270 andere Ökonomieprofessoren auch. Ich war damals während der Erstellung und Verbreitung des Aufrufes in den USA bei einer Hochzeit und hatte dem Spiegel vor der Veröffentlichung auf Anfrage schriftlich mitgeteilt, dass ich nicht der Initiator des Briefes war. Es gibt Journalisten, die interessieren sich nicht für die Sache, sondern nur für politische Richtungsaussagen, die mit den Sachargumenten gestärkt oder geschwächt werden. Ob die Argumente stimmen, interessiert sie überhaupt nicht. Gut sind Argumente, die die eigene Meinung stützen, schlecht solche, die sie schwächen. Und wenn ihnen die Argumente nicht passen, dann versuchen sie gar nicht erst, sie zu widerlegen, sondern hauen auf die Person. Der Spiegel (Mahler, Sauga) hat aber wiedergutmachen wollen und lud mich anschließend zu einem großen Spiegel-Interview ein, das sehr fair war.

Professor Sinn hat sich übrigens von alledem nicht beirren lassen. Nachdem ihm Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

im Sommer 2012 eine »Milchmädchenrechnung« in Hinblick auf das Euro-Desaster bei der Rettung Griechenlands vorwarf, konterte Sinn in einer Erklärung vom 29. Juli 2012: »Als von Bund und Ländern geförderte Forschungseinrichtung hat das ifo-Institut die Aufgabe und Verantwortung, Politik und Öffentlichkeit ungeschönt über die wahren Risiken einer potenziellen Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu informieren. (...) Das ifo-Institut appelliert an die Bundesregierung, die möglichen deutschen Vermögensverluste aus den Target-Krediten der Deutschen Bundesbank gegenüber der deutschen Öffentlichkeit nicht länger unter den Tisch zu kehren. Diese Kredite stellen den bei Weitem größten Risikoposten bei der sogenannten Euro-Rettung dar, aber sie werden nicht durch die Parlamente Europas kontrolliert, sondern entstehen aufgrund einer unzureichenden Besicherung der Refinanzierungskredite an die Banken, die der EZB-Rat erlaubt hat. Bundesbankpräsident Weidmann hatte (...) in einem Brief an den EZB-Präsidenten Draghi seine Sorge bezüglich der mit den Target-Krediten verbundenen Risiken zum Ausdruck gebracht. Das ifo-Institut teilt diese berechtigte Sorge. Die Target-Kredite stiegen zuletzt immer noch progressiv und machten mit etwa 730 Milliarden Euro drei Viertel des Nettoauslandsvermögens der Deutschen aus. Dahinter steht ein entsprechender Teil der Ersparnisse der deutschen Bürger, die vom Bankensystem über die Bundesbank als öffentlich besicherter Kredit an die Zentralbanken des Euro-Gebietes geflossen sind.«

Auch der Münsteraner Volkswirtschaftsprofessor Manfred Borchert hat sich vom Euro-Befürworter zum Euro-Kritiker gewandelt. Er sprach schon am 1. März 1997 in der *Süddeutschen Zeitung* die Vermutung aus: »Ich halte es für durchaus wahrscheinlich, dass die Finanzhilfen der Bundesrepublik für andere Mitglieder der Währungsunion ein Ausmaß erreichen werden, das dem Transfervolumen von West- nach Ostdeutschland entspricht.« Und noch einmal mit anderen Worten: »Der Finanzausgleich für die anderen Mitglieder der Währungsunion zur Überwindung der eigenen Beschäftigungskrisen wird den

deutschen Bundesbürger noch einmal eine Billion DM kosten, so viel wie die Wiedervereinigung.« Ohne einen solchen Finanzausgleich werde, wie Borchert sagte, die Währungsunion scheitern. Was damals eine Billion D-Mark war, sind aber heute inflationsbereinigt eine Billion Euro. Zudem sprechen wir jetzt tatsächlich über eine solche wahnsinnig hohe Summe, die deutsche und österreichische Steuerzahler aufbringen sollen. Politiker stempelten Professor Borchert, Euro-Kläger und kritischer Wirtschaftswissenschaftler, damals voreilig zum »verantwortungslosen Populisten«. Borchert riet der Regierung seinerzeit, der deutschen Bevölkerung reinen Wein einzuschenken und ihr zu sagen, dass uns Deutsche der Euro jährlich bis zu 200 Milliarden D-Mark - also 100 Milliarden Euro - kosten werde, und zwar Jahr für Jahr. Professor Borchert hat mir Anfang 2013 seine damalige und heutige Sicht der Dinge mit folgenden Worten erklärt:

In den 1990er-Jahren war ich Befürworter des Euro, einer der wenigen. Allerdings war mir immer klar, dass es ohne einen internationalen Finanzausgleich in der Währungsunion nicht gehen würde. Und ich habe dazu auch einige Rechenexempel gegeben. Der damalige Ministerpräsident Bayerns lehnte dies strikt ab. Erinnern Sie sich noch, dass damals darüber spekuliert wurde, wer denn alles an dieser Währungsunion teilnehmen dürfe, Luxemburgs »one-man-show« wurde kolportiert! Mindestens fünf Länder sollten es wohl sein! Dann wurden es zwölf Länder. Und damit war der Damm gebrochen. Es gab keine nationale Geldpolitik mehr, die nationale Finanzpolitik war durch die Maastricht-Kriterien beschränkt, Sünden sollten durch Strafzahlungen verhindert werden. Wenn ich mich recht erinnere, war Deutschland das erste Land, das die Drei-Prozent-Hürde der laufenden Staatsverschuldung unterlief, ohne Strafzahlungen leisten zu müssen. Es gibt eben keine durchsetzbaren Sanktionen! Der damalige Kanzleramtsminister Steinmeier winkte die Aufnahme Griechenlands in die EWU durch, obgleich allen klar war, dass die griechischen Statistiken »getürkt« waren. Inzwischen sind auch alle ehemals sozialistischen Län-

der in der EWU, und dies kann ohne Seitenzahlungen nicht funktionieren, zumal die EU völlige Mobilität von Arbeit und Kapital verspricht. Das Pferd ist von hinten aufgezümt worden. Und dies kostet eben! Ich habe den Eindruck, Politiker wollten und wollen sich mit dem Motto »Big is beautiful« ein Denkmal setzen, ohne zu erahnen, dass sie damit eine an sich gute Idee unterminieren. Und dies betrübt!

Professor Nölling: Die Politik empfindet meine Hinweise als lästig und störend

Der Euro-Kläger Professor Nölling war Präsident der Landeszentralbank in Hamburg, Mitglied im Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank und ist Wirtschaftswissenschaftler. Er schreibt nachfolgend über seine ganz persönlichen Erinnerungen an seinen Kampf gegen den Euro (ich hatte ihn im Frühjahr 2013 darum gebeten):

Ich habe damals (1993) die meines Wissens erste umfassende ökonomische Analyse des damals soeben beschlossenen Maastrichter Vertrages veröffentlicht. Anstatt Der Kampf um die DM als Titel entschied der Verlag sich gegen meinen Willen für Unser Geld - der Kampf um die Stabilität der Währungen in Europa. »Unser Geld« aber war irreführender, vor allem für die »richtige Indexierung«. Davon abgesehen, gab es zwei Redaktionsebenen:

a) Die Kollegen aus dem Zentralbankrat (vor allem Tietmeyer und Schlesinger) waren zwar positiv hinsichtlich meiner kritischen Anmerkungen, aber sehr kritisch gegenüber meinen Vorschlägen, vor allem dem Vorschlag der Europäisierung der Bundesbank. Dem Gedanken konnten sie keine Sympathie abgewinnen als Alternative zum Maastrichter Vertrag, der vorsieht, die Bundesbank ganz zu entmachten. Auch mein Vorschlag, vom Totalansatz einer Währungsunion zum Ansatz der Achse Deutschland/Frankreich überzugehen, erschien ihnen nicht hilfreich}" Karl Schiller war ebenfalls aus diesem Grund dagegen

und versagte mir deshalb ein Vorwort. Die Resonanz auf die englisch sprachige Version Monetary Policy in Europe after Maastricht war positiv referierend und ist mir wahrscheinlich auch nicht vollzählig bekannt geworden.

b) Aus dem politischen Raum gab es keine mir dokumentierten Reaktionen und nur ganz wenige Diskussionsforen, z. B. bereitgestellt durch die SPD. Erst war »Nichtbefassung« bis etwa 1998 angesagt, weil die Partei und die Gewerkschaften, die gesamte öffentliche Meinung »Ja« zu diesem Maastrichter Vertrag sagten. Danach gab es keine wirklichen Diskussionen mehr, weil der Vertrag ja nun umgehend umgesetzt werden sollte und von daher grundsätzliche Kritik als wenig hilfreich bzw. schlichtweg unsinnig erscheinen musste.

Die Öffentlichkeit in Deutschland, vor allem innerhalb von SPD und Arbeitnehmerschaft, war in beispielloser Weise geistig, ökonomisch und politisch von Helmut Schmidt beeinflusst worden. Er genoss höchstes Vertrauen in seine Kompetenz und Motivation, als er sich uneingeschränkt für die Gemeinschaftswährung einsetzte. Aber es gab eine ausgesprochen breite, umfangreiche Palette von Zeitungen, die bis etwa anderthalb Jahre nach der Veröffentlichung z. T. sehr ausführlich, u. a. mit ganzseitigen Abdrucken, Kenntnis des Buches und der Hauptthesen verbreiteten. Dazu gehörte etwa Forbes, Zitat: »Das Herzstück des Maastrichter Vertrages ist ein politischer und währungspolitischer Grundirrtum.« Sinnvoll sei eine Währungsunion erst, so Nölling, wenn der Binnenmarkt voll verwirklicht ist, jedes Land seine hausgemachten Probleme angepackt und sich der Wirtschaftskraft der Führenden angenähert hat. »Wann?«, wird gefragt. Ich sage, »auf absehbare Zeit halte ich das für ganz ausgeschlossen«. Forbes: W. Nölling fordert »Bundesbank-Herrschaft über Europa«, so in Forbes vom 03.03.1993. Europa-Währung der Bundesbank. Nun muss man sehen, dass ich dies ausdrücklich nicht gefordert hatte, sondern mit der Europäisierung der Bundesbank gemeint hatte, einen Zentralbankrat zu bilden, in dem die europäischen Länder vertreten sein sollten, um dann gemeinsam die Zinssätze und Geldbedingungen

in den einzelnen Teilnehmerländern für eine lange Probezeit zu bestimmen.

Die Zeit berichtete am 19. Februar 1993: Mein Buch Unser Geld sei eine differenzierte und sachliche Ausarbeitung, die auch die Befürworter der Verträge nicht einfach übergehen sollten (aber genau das ist im politischen Raum von 1993 bis 1998 geschehen!). Die Umsetzung führe »in Europa auf nicht absehbare Zeit zu Unsicherheit und zu wirtschaftlichen und sozialen Turbulenzen, deren politische Beherrschbarkeit bezweifelt werden muss. Die Währungsunion wirke wie eine »Zwangsjacke«, die »die schwächeren Länder zu einer radikalen Angleichung der Arbeits- und Lohnkosten an die Wettbewerbsbedingungen der Führungsnationen zwingt«. Dies erweise sich als »stärkstmögliche Peitsche zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, eben weil der Wechselkurs als unbedingt notwendiges Anpassungsventil verloren gehe«.

Die FAZ schrieb: Dass ich über Kritik am Maastricht-Vertrag vor allem »bessere Alternativen« ausführlich geschrieben hatte, »auch über geeignete Maßnahmen zur Revitalisierung der Weltwirtschaft«, hatte dem Kritiker der FAZ gar nicht gefallen. Ankurbelung der Wirtschaft mit Notenbankkrediten war für ihn eine Todsünde, Steuern auf Devisenumsätze seien davon nicht weit entfernt. Mit solchen und weiteren Vorschlägen würde »unser Geld« ohnehin bald ruiniert! In der Schweizer Handelszeitung vom 25. März 1993 hieß es in der Überschrift »Geisterstunde mit Einheitslaken. Das Ecu-Gespenst geht um. Wirtschaftsexperte Wilhelm Nölling fürchtet um die EG-Stabilität«. Und Der Spiegel berichtete in 10/1993: »Die EWU ist eine schöne Vision - wünschenswert, aber nicht machbar. Daran lässt Wilhelm Nölling keinen Zweifel.«

An sich hätten die außerordentlich zahlreichen Hinweise, Auszüge und viele kritische Anmerkungen in den Rezensionen über das beabsichtigte Geldmanöver lang andauernde Aufmerksamkeit beanspruchen können. Das war aus meiner Sicht aber deshalb nicht der Fall, weil bis zur Entscheidung des Zentralbankrats über die Konvergenzlage in der EG (das

Schlüsseldatum für die Politik) und die Entscheidung von Bundestag und Bundesrat im Frühjahr 1998 sehr viel Zeit vergangen war und bis ziemlich zuletzt die Realisierung des Währungsabenteuers keineswegs gesichert zu sein schien. Ich verweise hier vor allem auf meinen Aufsatz »Die Euro-Höllenfahrt«, worin ich dokumentiert habe, in welcher Art und Weise sich im Bundestag die führenden Vertreter der Koalition äußerten, als sie sowohl vom Konvergenzbericht der Bundesbank erfuhren als auch die Auffassung, d. h. Niederlage der Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht zur Kenntnis nahmen.¹⁴⁵

1993 zeigte sich parallel zur Berichterstattung in den Medien ein zeitweise sehr großes Interesse an der kritischen Analyse, vor allem in Vereinen, Verbänden wie Lions, Rotary usw., in Kirchen, aber nicht in meiner Partei (der SPD) bzw. den deutschen Gewerkschaften. Die deutsche Öffentlichkeit war uninformiert, interessiert und besorgt. Als der Vertrag umgesetzt wurde (ab 1999), wurde Kritik nicht mehr gewünscht bzw. ernst genommen und die mir bekannt gewordenen Veranstaltungen ohne die lästigen Euro-Kritiker durchgeführt. Also: Ich bin nicht mehr eingeladen worden, wo immer die Befürworter sich zusammenfanden, soweit ich überhaupt davon Kenntnis erhielt. Wo immer ich (natürlich besonders in Hamburg) erscheine (gerade erst auf dem Neujahrsempfang der Hamburger SPD, wo etwa 1500 Teilnehmer erschienen waren), werde ich beispielsweise als »Kämpfer« (z. B. in der Neujahrsveranstaltung der Autorenvereinigung Hamburg) und als derjenige begrüßt, der wohl am stärksten in Hamburg Beachtung erhalten hat im Kampf gegen diese Währung. Das sind sehr klare Erinnerungen, entstanden mehr oder weniger durch laufende Berichterstattung über meine Position im Hamburger Abendblatt und in den verschiedenen Programmen des NDR wie 90,3, Kultur, Hamburg Info, Tagesschau und auch heute. Obwohl ich im Vergleich mit anderen Kritikern überregional wenig Chancen erhielt (oder auch zwei- oder dreimal einfach nicht wahrnahm, also absagte, oder mich auch in keiner Weise »vordrängte«), werde ich geradezu mit Kritik am Euro identifiziert und erhalte

nicht selten, also eher häufig, so gut wie immer anerkennende Worte von denen, die sich ausdrücklich in früheren Jahren gegen mich gestellt hatten. Immer wieder höre ich: »Du hattest recht, ja, wir müssen es inzwischen einsehen, was uns damals aber nicht möglich war.« Dies höre ich so oft, dass ich es schon mal als peinlich empfinden könnte (wiederum geschehen beim SPD-Neujahrsempfang im Hamburger Rathaus am 20. Januar 2013).

Von »Hofierung« kann/konnte keine Rede sein. Mir scheint, dass das Interesse an »recht gehabt zu haben« an den Kriterien der ersten Stunde abflaut, vor allem, seitdem die Rettung des Euro zur Ultima Ratio der europäischen Politik erklärt wurde. Insofern ist jetzt von Kritik weniger zu hören bzw. weniger Bereitschaft zu finden, sie immer wieder anzuhören. Dies entspricht ja auch dem mangelnden Darstellungswillen in der Politik und in den Medien über das, was sich inzwischen tut. Man nimmt es hin, weil es offensichtlich keine andere Ausrichtung geben kann und man davon ausgeht, dass mit »Zeit gewinnen« schließlich die Probleme sich abschleifen oder in den Griff zu bekommen sind, und ggf. möge es die Inflation richten.

Meine Hauptthese seit Anfang der Währungskrise war: Beschränkung des Euro auf eine Kernzone, Relegation der Schwachländer auf das EWS II, das ja ausprobiert war, wo andere ökonomisch und soziale Faktoren in meinem Buch als Steinbruch aufgezählt worden sind und auch heute noch ihre Bedeutung für die Erkennung der Probleme und Lösungsmöglichkeiten eine Rolle spielen könnten. Dass meine Vorschläge allein von zukunftsichernder volkswirtschaftlicher Qualität sind, ist den Politikern gleichgültig und keine Diskussion mehr wert. Die werden als lästig, als störend empfunden und ganz sicher als politisch nicht durchführbar erachtet. Wahrscheinlich völlig unabhängig davon, ob sich die politisch Entscheidenden vorstellen könnten, dass nur mit einer solchen Änderung der Konzeption die Währungsunion Europa eine friedfertige und produktiv-wirtschaftliche und sozial-produktive Zukunft haben kann.

Karl Albrecht Schachtschneider: Meine Versuche, das Recht gegen die Europapolitik zu verteidigen

Der nachfolgende Text stammt von Professor Karl Albrecht Schachtschneider. Wir kennen uns seit mehreren Jahren. Er hat auf meine Bitte um eine kurze Darstellung hin, wie er als Euro-Kritiker behandelt wurde, diesen Text verfasst:

Als ich 1992 den Maastricht-Vertrag durchgearbeitet habe, war ich entsetzt. Ich hatte mich in das Europarecht eingearbeitet, dessen Lehre ich bei meiner Berufung an die Universität Erlangen-Nürnberg eingeführt hatte. Und ich hatte mich schon zur Staatlichkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft geäußert. Meine Dogmatik war und ist vom Freiheitsprinzip geleitet, zu dem eine Grundsatzschrift vor der Fertigstellung stand, nämlich: Res publica res populi. Grundlegung einer allgemeinen Republiklehre. Ein Beitrag zur Freiheits-, Rechts- und Staatslehre. Diese Schrift war und blieb die Grundlage meiner Kritik der Europapolitik. Ich hatte Gelegenheit, Vorträge zu dem geplanten Vertragswerk zu halten, die alle Zuhörer wegen dem, was auf Deutschland zukommen würde, gefesselt haben. Ein Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung, der nach langer Verzögerung auf mein Insistieren erschienen ist, führte dazu, dass Manfred Brunner mich mit seiner Vertretung in einem Verfassungsbeschwerdeverfahren gegen den Maastricht-Vertrag, vor allem wegen der Vereinbarung der Währungsunion, beauftragt hat. Ich habe die umfangreiche Beschwerdeschrift erarbeitet und noch zwei ausführliche Erwidern auf die Schriftsätze der Bundesregierung und auf Fragen des Bundesverfassungsgerichts nachgereicht. Die Beschwerde richtete sich gegen alle Bedenklichkeiten des Vertrages, vor allem gegen die Verluste an Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat und Bundesstaat, also die Strukturelemente des Grundgesetzes, aber wesentlich auch gegen die Währungsunion. Der Prozess fand weltweite Aufmerksamkeit. Alle Zeitungen haben groß berichtet, führend Der

Spiegel, über das Urteil am besten Daily China. Nach der Urteilsverkündung am 12. Oktober 1993, nach knapp einem Jahr, hat mich Theo Waigel, der Bundesfinanzminister, als er eine gute halbe Stunde vor einer großen Journalistengruppe darauf wartete, dass ihm seine Mitarbeiter aufschreiben, was er sagen solle, so böse unter seinen großen, schwarzen Augenbrauen angesehen, dass ich beinahe Angst bekam.

Wir hatten den Prozess zur guten Hälfte gewonnen, aber der Vertrag konnte ratifiziert werden. Eine Sensation war bereits die Zulassung der Beschwerde. Das Gericht hat entgegen heftigen Widerspruchs von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ein neues Grundrecht, das ich vorgeschlagen hatte, anerkannt, nämlich das Recht der Bürger auf substantielle Befugnisse des Deutschen Bundestages, gestützt auf das Wahlprinzip des Art. 38 Abs. 1 GG. Dieses Bürgerrecht ist noch heute die (einzige) Grundlage der Verfassungsverfahren gegen die Euro-Politik, zu Unrecht, weil insbesondere die Eigentumsgewährleistung ausgeblendet wird. Das Gericht hatte wesentliche Vorbehalte für die weitere Integration gemacht, insbesondere die Einführung der einheitlichen Währung davon abhängig gemacht, dass die Währungsunion eine Stabilitätsgemeinschaft zu sein verspricht. Vor allem hatte es gegen die ganz allgemeine Meinung und die Maxime Helmut Kohls, des Bundeskanzlers, dem wir das Unglück des Euro hauptsächlich verdanken, dass die Integrationsentwicklung unumkehrbar sei, auf meine wohl unausweichlichen völkerrechtlichen Argumente hin entschieden, dass Deutschland einerseits jederzeit die Europäische Union durch Aufhebung des Rechtsanwendungsbefehls für das Europarecht und andererseits auch nur die Währungsunion als Ultima Ratio verlassen könne, wenn die Einheitswährung nicht die erwartete Stabilität, ein unabänderliches Verfassungsprinzip, bewahre. Zudem hat es wichtige Vorschriften des Vertrages so interpretiert, dass sie dem Gericht als mit dem Grundgesetz vereinbar erschienen und der globalen Ermächtigung zu jedweder Maßnahme, die der Integration dienlich erscheint, die Verbindlichkeit abgesprochen, zwar vertragswidrig, aber notwendig,

um wegen der nationalen Souveränität den Vertrag akzeptieren zu können. Das gilt noch heute, wird aber von der Politik ignoriert. Der Prozess, der als der wichtigste der deutschen Verfassungsgeschichte eingestuft wird, war insgesamt erfolgreich. Das Gericht war vergleichsweise gut besetzt und hat noch eine begrenzte Unabhängigkeit bewiesen. Das ist anders geworden.

Manfred Brunner und auch ich erlangten durch den Maastricht-Prozess eine hohe Bekanntheit. Insgesamt begegnete uns die Öffentlichkeit wohlwollend, ja dankbar. Wir haben in der Einsicht, dass die langfristig untragbare Europapolitik für Deutschland und Europa großen Schaden anrichten werde, vereinbart, politisch dagegen zu kämpfen, und den Bund freier Bürger gegründet. Der Start war vielverheißend. Zur Gründung haben sich 30 gut renommierte Persönlichkeiten versammelt. Die Partei hatte guten Zulauf. Allein in meiner Fakultät zeigten sich neun Kollegen an der Mitgliedschaft interessiert. Dann veröffentlichte Der Spiegel einen Bericht unter der Überschrift »Rep light«. Der traf unsere Intentionen in keiner Weise. Wir wollten die Bürgerlichkeit der Bürger verteidigen, ihre Freiheit, ihr Eigentum, ihr Recht. Aber wohl deswegen wurden wir mit tatkräftiger Unterstützung der etablierten Parteien, allem voran der CSU, die um ihre Mehrheit in Bayern fürchtete, in die rechte Ecke geschoben. Aber unsere Arbeit war gegen die Art und Weise der Integration zu einem Unionsbundesstaat gerichtet, die die Demokratie untergräbt und den Einzelstaaten die Souveränität nimmt. Nach dem Spiegel-Bericht wehte uns ein kalter Wind entgegen, aber es gab weiter viel Aufmerksamkeit. Meine Kollegen nahmen Abstand, die Fakultät hat aber meine politische Arbeit nie kritisiert, obwohl ich gerade Dekan war. Freilich hatten der Bericht und die Klassifizierung als rechts auch zur Folge, dass sich viele Menschen für den Bund freier Bürger interessierten, die auch in rechten Parteien Mitglied hätten sein können, zumal Manfred Brunner eine recht enge Zusammenarbeit mit Jörg Haider gepflegt hat, gegen den Widerspruch einiger Mitglieder des Präsidiums, schließlich auch den meinen. Aber im Präsidium hatten sie keinerlei Einfluss.

Wir haben uns an der Europawahl 1994 beteiligt und immerhin 1,3 Prozent der Stimmen erreicht, nach kurzer Zeit und mit viel Arbeit bei der Kandidatenaufstellung und der Wahlzulassung mittels Unterstützungsunterschriften. Immerhin hat die Wahlkampfkostenerstattung unsere Kosten weitgehend getragen.

Eine Podiumsdiskussion in Wien, von den Freiheitlichen veranstaltet, mit dem Außenminister Mock, mit Industriellen, mit Jörg Haider und mir, nahm die Nürnberger Nachrichten in einer Wochenendausgabe auf der zweiten Seite zum Anlass, mich schwer anzufeinden. In etwa: »Der Dekan redet nur noch braunes Zeug.« Ich hatte mich für die Familie stark gemacht und vertreten, dass Ausländer kein Wahlrecht hätten, beides gemäß dem Grundgesetz und der ständigen Rechtsprechung. Für diese Nürnberg und Umgebung beherrschende Zeitung war ich lange Jahre eine Unperson. Nach einem halben Jahr habe ich zusammen mit Joachim Starbatty, wie ich stellvertretender Vorsitzender, den Bund freier Bürger verlassen, weil Manfred Brunner nicht bereit war, uns über die Herkunft der Mittel zu informieren, über die er für die Parteiarbeit verfügte. Als ordentliche Professoren mussten wir wissen, woher die Gelder stammen, um unser Amt nicht zu gefährden. Aber auch das Verhältnis zu Jörg Haider war einer der Trennungsgründe. Nach unserem Austritt hat der Bund freier Bürger noch mehrere Jahre gearbeitet, aber sein Kern war zerstört. Die zarte Pflanze bürgerlicher Politik war eingegangen. Die politische Arbeit war von einigen Veröffentlichungen zur Europapolitik begleitet.

1996 kam Wilhelm Hankel auf mich zu, um eine Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung des Euro (dritte Stufe der Währungsunion) zu besprechen. Wir haben diesen Schritt vereinbart, und er hat Wilhelm Nölling, ich Joachim Starbatty einbezogen. Die, wie sie Der Spiegel nannte, Viererbande hat den Prozess wissenschaftlich vorbereitet und eine Beschwerde von fast vierhundert Seiten mit einem volkswirtschaftlichen (von den drei Volkswirten gemeinsam) und einem rechtlichen Teil (von mir) erarbeitet. Wir haben die Beschwerde bis auf

einige rechtliche Nebenaspekte bei rororo 1998 veröffentlicht: Die Euro-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muss, mit beachtlichem Erfolg. Die Entwicklung, die der Euro in den Folgejahren genommen hat, hatten wir so beschrieben, wie sie sich ereignet hat und wie sie sich nach den ökonomischen Gesetzen ereignen musste, weil die Einheitswährung den schwachen Volkswirtschaften keinesfalls die Wettbewerbsfähigkeit verschaffen konnte (und nach wie vor nicht kann) und nicht, wie propagiert, die Konvergenz der Volkswirtschaften gebracht hat, sondern die Divergenz ruinös verstärkt hat. Was danach zum Euro geschrieben wurde, ist meist nur ein müder, oft pamphletistischer Abklatsch unseres Buches, von Autoren, die auch langsam gemerkt haben, wohin die Euro-Politik führt, oder von systemhörigen Autoren, die einräumen, was schlechterdings nicht mehr geleugnet werden kann, um dann gegen alle Sachlichkeit, aber karrierefördernd die Europavision mit dem abgeschmackten Friedensargument in die Waagschale zu legen.

Das Bundesverfassungsgericht hielt es nicht für geboten, unsere angekündigte Beschwerde in den Amtsräumen entgegenzunehmen, sondern hat uns an den Pförtner verwiesen. Es hat in einem kurzen Prozess die Beschwerde als »offensichtlich unbegründet« verworfen, eine Form, die zwar Einstimmigkeit im Senat voraussetzte, aber eine schnelle Entscheidung vor der entscheidenden Bundestagssitzung am 31. März 1998 ermöglichte, in der die Weichen in den Niedergang der deutschen und der europäischen Wirtschaft mit an einer Hand abzählbaren Gegenstimmen gestellt wurden. Der Beschluss des Gerichts (ohne mündliche Verhandlung) unter dem Vorsitz von Jutta Limbach und aufgrund der Berichterstattung von Paul Kirchhof war ein schwerer Rechtsbruch, weil die Voraussetzungen für den Schritt zum Euro augenscheinlich nicht erfüllt waren, die Konvergenzkriterien, in keinem der beteiligten Staaten außer Luxemburg. Der zentrale Satz des Gerichts war: »In diesem Bereich rechtlich offener Tatbestände zwischen ökonomischer Erkenntnis und politischer Gestaltung weist das Grundgesetz die Entscheidungsverantwortlichkeiten Regierung und Parlament zu (Art. 23

Abs. 2 ff. GG)«. Wir hatten aber klare Vertragsverletzungen, zugleich Verletzungen des Grundgesetzes, nämlich des Stabilitätsprinzips, gerügt. Die Einreichung der Beschwerde am 11. Januar 1998 fand ein großes Echo in den Medien. Alle großen Fernsehanstalten haben vor dem Gericht in Karlsruhe gefilmt, alle Zeitungen in Deutschland und viele in Europa und der Welt haben berichtet. Über die Klage wurde noch im Jahresrückblick berichtet.

Im Jahr 2001 haben wir vier ein weiteres Buch zur Euro-Problematik bei rororo veröffentlicht, Die Euro-Illusion. Ist Europa noch zu retten?.

2005 habe ich namens des CSU-Abgeordneten Dr. Peter Gauweiler Verfassungsbeschwerde gegen den Verfassungsvertrag der Europäischen Union erhoben, eine Beschwerde von 330 Seiten. Der Vertrag ist an der Ablehnung der Franzosen und Niederländer in Volksabstimmungen gescheitert, aber wegen der Beschwerde auch in Deutschland nicht ratifiziert worden. Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Bundespräsidenten und der Bundesregierung die Ausfertigung des Zustimmungsgesetzes und die Ratifikation bis zur Entscheidung in der Sache untersagt. Eine Kopie des Vertrages mit marginalen Änderungen wurde als Vertrag von Lissabon 2008 vereinbart und führte erneut zum Verfassungsprozess aufgrund meiner Beschwerde namens Peter Gauweilers vom 23. Mai 2008, wiederum mit der Verpflichtung von Bundesregierung und Bundespräsident, mit der Ausfertigung des Zustimmungsgesetzes und der Ratifikation des Vertrages zu warten, bis in der Sache entschieden ist. Er wurde dann nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009 ratifiziert. In der mündlichen Verhandlung hat Professor Dietrich Murswiek die Verfassungsbeschwerde vertreten, weil Peter Gauweiler mir die Vollmacht entzogen hatte. Ich war nicht bereit, seinem Verlangen, Interviews zur Sache nur nach seiner Zustimmung zu geben, nachzukommen. Das entspricht nicht der unabhängigen Stellung eines Rechtslehrers auch in einem Prozess. Ich habe vor dem Bundesverfassungsgericht in diesem Prozess wie in allen Verfassungsprozessen das

Recht vertreten, nicht Interessen der Beschwerdeführer. Auch diese Prozesse fanden große Medienaufmerksamkeit, deutschland-, europa- und weltweit. Das Lissabon-Urteil hat den Vertrag akzeptiert, aber nur nach Maßgabe der umfangreichen Urteilsgründe, also mit erheblichen Veränderungen. Der Staatskasse wurde die Hälfte der Kosten Peter Gauweilers auferlegt. Die Beschwerde war danach zur Hälfte erfolgreich.

Mit einer Verfassungsklage vom 3. Oktober 2008 habe ich namens einer Gruppe namhafter Persönlichkeiten versucht, die Mitgliedschaft Österreichs (seit 1995) in der Europäischen Union rückgängig zu machen, jedenfalls den Lissabon-Vertrag in Österreich zu Fall zu bringen. Das war eine nicht leichte, aber lehrreiche Arbeit, weil die Österreicher eine durchaus andere Verfassungslage haben als die Deutschen. Aber der Grundrechtsschutz ist in Österreich unterentwickelt. Eine Grundrechtsbeschwerde, mit der Bürger allgemeine Interessen zur Geltung bringen wollen, wird nicht zugelassen. Einen grundrechtlichen Schutz der Demokratie, wie ich ihn in Deutschland erobert habe, kennt Österreich bislang nicht. Das Beispiel Deutschlands hat die noch stärker von den Parteien abhängigen Verfassungsrichter in Wien nicht beeindruckt. Auch die immerwährende Neutralität findet dort keinen Verfassungsschutz. Den Bürgern wird nicht einmal ein Recht auf eine Volksabstimmung zugestanden, wenn diese vom Präsidenten verfassungswidrig verweigert wird. So war die umfangreiche Beschwerde von 370 Seiten, die ein in Österreich zugelassener Anwalt einreichen musste, ohne jeden Erfolg. Die Beschwerde fand aber eine beachtliche Öffentlichkeit, bis in die Kronen Zeitung, die sogar einen Fachaufsatz von mir abgedruckt hat: »Staat ohne Legitimation«. Meine Vorträge in Salzburg, Linz und Wien zur Europapolitik wurden freilich (wohl von Antifa) massiv behindert. Die Wiener Universität hat der Wissenschaft trotz korrekter Raumvergabe den Schutz verweigert, um nicht mit den Medien in Konflikt zu geraten. Die Veranstaltung musste in ein Stadtrandlokal ausweichen. Aktivisten haben die Busse unter Duldung der Polizei gut eineinhalb Stunden an der Abfahrt gehindert.

Die Verfassungsbrüche der Europapolitik nahmen kein Ende. Sie erreichten mit der Politik der Euro-Rettung einen unerwarteten Höhepunkt, als das Scheitern des Euro in der Finanzkrise offensichtlich wurde. Die Entwicklung ist noch nicht beendet und wird ein schlimmes Ende für Deutschland und Europa nehmen. Spätestens seit den Maßnahmen zur Euro-Rettung kann man Deutschland nicht mehr als Rechtsstaat bezeichnen. Angela Merkel, die Bundeskanzlerin, führt sich auf, als befände Deutschland sich im Ausnahmezustand, in dem nach Carl Schmitt souverän ist, wer über ihn entscheidet, bekanntlich eine Diktaturlehre. Sie hält ja ihre Krisenpolitik für »alternativlos«. Um das Recht und die ökonomische Vernunft zu verteidigen, haben sich wieder die vier Euro-Kläger zusammengefunden. Dieter Spethmann hat die Gruppe verstärkt. Wir haben zunächst mittels Verfassungsbeschwerde vom 7. Mai 2010 die Griechenland-Hilfe angegriffen und diese Beschwerde mit Anträgen vom 5. Juli 2010 gegen den vorläufigen Rettungsschirm und die Nebenakte sowie gegen den unmittelbaren und mittelbaren Kauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank erweitert. Das Bundesverfassungsgericht hat nach mündlicher Verhandlung über die Beschwerden am 7. September 2011 entschieden. Es hat die Verfassungsprüfung auf die Verletzung des Bürgerrechts auf Demokratie und damit auf hinreichende Haushaltsautonomie des Deutschen Bundestages beschränkt und den politischen Einschätzungsspielraum der Bundesregierung und des Bundestages wiederum wie meist äußerst weit gezogen. An dieser Verschiebung der Gewaltenteilung zulasten der Bürgerrechte scheitern die meisten Versuche, das Verfassungsrecht als die wichtigste Manifestation der Freiheit und Souveränität der Bürger zu verteidigen. Ein Recht auf Recht und ein Recht am Eigentum, das Bürger gegen die ruinöse Euro-Politik einwenden können, hat das Gericht wiederum nicht anerkannt. Immerhin hat es die Inanspruchnahme des Bundeshaushalts durch das Ausland, über die der Bundestag nicht entscheiden kann, unterbunden, auch Euro-Bonds. Dem Bundestag hat es (auch in einem weiteren Verfahren) recht genaue Vorgaben für

sein Haushaltsverfahren in Sachen Euro-Rettung und seine Entscheidungsorganisation gemacht, um dessen Einwirkungsmöglichkeiten zu stärken, die der Gesetzgeber zuvor mit großer Zustimmung des Bundestages seihst zu marginalisieren versucht hatte.

Der vorläufige Rettungsschirm wurde schnell durch den dauerhaften erweitert, den ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus). Gegen diesen, die Begleitgesetzgebung, insbesondere die parlamentarische Zustimmung zur Ergänzung des Lissabon-Vertrages durch Art. 136 Abs. 3 AEUV, der die Euro-Staaten entgegen dem Bail-out-Verbot zu den Rettungsmaßnahmen befugt, aber auch gegen den Fiskalpakt, den Euro-Plus-Pakt, die sechs Rechtsakte der Union, mittels derer eine Wirtschaftsregierung etabliert wurde, und gegen die Staatsfinanzierung des Europäischen Systems der Zentralbanken und die Europäische Zentralbank haben wir vier Euro-Gegner, unserer Pflicht als Bürgerfolgend, wiederum Verfassungsbeschwerde erhoben, diesmal nicht mit Dieter Spethmann, sondern mit Bruno Bandulet, und zwar am 29. Juni 2012, in der Nacht des Tages, an dem Bundestag und Bundesrat die Rechtsakte beschlossen hatten. Es war eilig, weil Bundesregierung und Bundespräsident, übrigens schon Joachim Gauck, es äußerst eilig hatten, die Gesetze auszufertigen und den völkerrechtlichen Vertrag zu ratifizieren. Der ESM sollte bereits am 1. Juli seine Arbeit beginnen. Das haben wir, wie immer, mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung zu unterbinden unternommen. Das Gericht hat die Eilentscheidung nach einer kurzfristig einberufenen mündlichen Verhandlung vom 10. Juli 2012 am 12. September 2012 getroffen und den Antrag mit bemerkenswerten politischen Weisungen, etwa gegen die Staatsfinanzierung durch die Zentralbanken, abgelehnt, weil die Beschwerde keine Erfolgswahrscheinlichkeit habe. Es hat den Maßstab für eine einstweilige Anordnung in Verfahren gegen völkerrechtliche Verträge für diesen Zweck krass verschärft. Bislang genügte, dass die Beschwerde nicht offensichtlich unzulässig oder unbegründet war. So macht man das, um den Klägern nicht recht geben zu müssen. Die Hauptsache

schwebt noch. Der wichtigste Gegenstand sind jetzt die Staatsfinanzierungsmaßnahmen der Zentralbanken. Der neue »Souverän« ist Mario Draghi, bekanntlich ein Mann von Goldman Sachs. In Sachen ESM und ESM-Finanzierungsgesetz ist nach der Eilentscheidung keine Entscheidung zugunsten der Beschwerdeführer (jetzt nicht mehr nur die alten Euro-Kläger, sondern weitere vier Parteien) zu erwarten. Das Gericht wird sich mit der Hauptsache Zeit lassen, weil, solange die Zentralbanken agieren können, wie sie wollen, freilich grob vertrags- und verfassungswidrig, deren monetäre Geldschöpfung zunächst die Kreditmärkte beruhigt, zumal deren Zinsforderungen. Das bittere Ende wird fürchterlich werden, aber noch eine ungewisse, eher lange Zeit auf sich warten lassen. Die Inflation hat weitere Voraussetzungen, die aber, schon weil die Preisentwicklung nicht hinreichend der Rezession folgt, sondern weiterhin mit Zentralbankkrediten gewirtschaftet wird, unvermeidbar erscheint. Die souveränitätswidrigen Konditionen nehmen den betroffenen Völkern die Politik aus der Hand. Sie können nicht abwerten, weil sie an den Euro gebunden werden. So haben sie keinerlei Chance, zur Wettbewerbsfähigkeit (zurück)zufinden.

In den Medien waren wir nach dem Euro-Prozess 1998 die Euro-Rebellen, ohne dass eine überzogene Härte gegen uns geübt wurde. Es wurde auch ruhiger um den Euro, weil sich zunächst seine schädlichen Wirkungen nicht zeigten, sondern die Zinssubventionen in den traditionellen Inflationsländern Investitionen (vor allem zulasten Deutschlands) und Konjunkturbrachten. Ökonomische Wirkungen sind langsam, aber zwingend. Die Politik kann aber lange die Wirkungen verschieben, aber nur mit Verschlechterung der Lage. So läuft es zurzeit. Der Lissabon-Prozess hat wieder viel Aufmerksamkeit in aller Welt erregt. Das Medieninteresse war groß. Das hat zu nicht wenigen Interviews geführt, wie bei allen Prozessen um den Euro. Zudem werden wir Euro-Kläger alle häufig zu Vorträgen eingeladen. In den Talkshows sind wir fast gar nicht mehr präsent, ich schon gar nicht. Während ich um den Euro-Prozess herum noch zweimal von Sabine Christiansen, einmal von Frank Plasberg

und einige Male von Privatsendern eingeladen wurde, hat mich Anne Will nie zu sich gebeten, und Maybrit Iiner hat mich einmal für das übliche Vorgespräch anrufen lassen, aber dann nicht mich, sondern Joachim Starbatty eingeladen. Bayern 3 hat vor längerer Zeit eine einstündige Sendung zu mir und meiner Arbeit gemacht und Bayern Alpha eine Vorlesung zur Europa-problematik gesendet. Im Internet haben wir und auch ich starke Präsenz durch Videos von Vorträgen und Interviews. Ich arbeite mit der Jungen Freiheit zusammen und habe dort oft neue Probleme der Euro-Politik behandelt, aber auch Grundsatzfragen der Freiheitslehre dargelegt. Ich genieße auch die Unterstützung von Zeit-Fragen und zuweilen bringt auch Zur Zeit Artikel von oder Interviews mit mir. Auch an großen Veranstaltungen von Compact wurde ich beteiligt, wie im Dezember 2012 an der Souveränitätskonferenz in der Freien Universität Berlin.

Freilich gibt es im Internet auch üble Nachrede und Verleumdungen, die sich fast alle von Falschinformationen von Antifa nähren, aber auch von dem Aktivisten im »Kampf gegen rechts« Anton Maegerle, ein Pseudonym, über den man sich im Internet informieren sollte, betrieben werden. Entgegen meiner freiheitlichen kantianischen Lehre werde ich vielfach nach rechts geschoben, weil für bestimmte Kreise, wohl nicht gegen die Intentionen der Regierung und der im Bundestag vertretenen Parteien, bürgerliches Denken, das sich dem Recht verpflichtet weiß, als rechts diffamiert wird. Das ist bekanntlich die Botschaft der linken Political Correctness, gegen die Familie, gegen unsere Kultur, gegen Deutschland. Als wenn das europäisch wäre. Aber wer liest schon die Bücher, die man geschrieben hat. In meiner Öffentlichkeitsarbeit weiche ich nicht einen Deut von dem ab, was ich in meinen Schriften und auch in den Verfassungsprozessen vertrete. Irgendeine Anerkennung meines Einsatzes für das Recht habe ich von staatlicher Seite nie erfahren, aber auch keine sichtbare Behinderung meiner Arbeit. Dafür gibt es andere Mittel.

Ich bekomme über das Kontaktangebot meiner Homepage

sehr viele Zuschriften, neben selteneren Fragen zu persönlichen Rechtsproblemen durchgehend dankende Aufmunterung für den weiteren Einsatz gegen die verheerende Integrationspolitik zugunsten Deutschlands und Europas. Das trägt meine Arbeit, die ich aber vor allem als Pflicht eines Rechtslehrers verstehe.

Österreich: die Ökonomen Streissler und Romig

In Österreich hatten Euro-Kritiker einen schweren Stand. Der österreichische Ökonom Erich Streissler bezeichnete die Euro-Einführung 1995 als »fünften apokalyptischen Reiter«. Bei der Euro-Zone handle es sich um eine »politische Zwangssituation«. Ein Einkommenstransfer in ärmere EU-Länder werde kommen. Strenge politische Auflagen an die Mitgliedsländer könnten zu »ungeheurer Unzufriedenheit« und einer Stärkung »fascistischer und nationalistischer Bewegungen« führen. Im Januar 2013 schrieb Professor Streissler dem Autor zur Euro-Problematik: »Die Euro-Einführung ist ein typischer Fall eines Problems, das im Vorhinein ganz anders aussieht, als nachdem es, in freilich sehr unglücklicher Art, eingeführt wurde. Gegenwärtig ist nur die Frage entscheidend, ob das dauernd ausgebeutete Deutschland aus dem Euro austritt oder nicht, in welchem Fall Österreich dasselbe wie Deutschland machen müsste. Im Übrigen nehme ich dieselbe Position ein, die mein naher Kollege, Herr Sinn, immer wieder vertritt.« Streissler gibt dem Euro offenkundig keine große Zukunft mehr.

Das sehen auch andere österreichische Ökonomen so. In Österreich gehörte der 1926 geborene habilitierte Ökonomiewissenschaftler Friedrich Romig zu den lautstärksten Euro-Kritikern. Der christlich-konservative Mann war Mitglied der Europa-Kommission der Österreichischen Bischofskonferenz, unterrichtete an den Universitäten Aachen und Graz und war Planungsdirektor des österreichischen Ölkonzerns OMV AG. Er fiel im Jahr 1994 durch eine EU-kritische Flugblattaktion

auf. Damals wurde ein unter seiner Federführung erarbeitetes Memorandum des Euro-Forums der Diözese St. Pölten zur EG-Frage verbreitet, in dem es zur Aufgabe des Schilling hieß: »Mit der Eigenstaatlichkeit Österreichs geht naturgemäß auch die Währungshoheit verloren, sie geht auf die Währungsunion über, der ECU tritt an die Stelle des Schillings. Von der Währungsunion erwartet die überwiegende Zahl der Volkswirte: geringere Geldwertstabilität, Aufweichung der Budgetdisziplin, Zunahme der Arbeitskämpfe, Beschäftigungsrückgang, Verlust der Übersichtlichkeit der Leistungstransfers sowie geringere Transaktionskosten und Wechselkursrisiken. Der verstärkte Zugriff des Staates auf Sparkonten und Spargroschen wird befürchtet und durch die Verlagerung der Verantwortung von den Einzelstaaten auf die europäische Finanzbürokratie wohl auch erleichtert.« Der Ökonom Romig war also zusammen mit Streissler einer der ersten Euro-Kritiker in Österreich.

Romig nannte den Euro schon viele Jahre vor dessen Einführung »Sprengstoff für Europa«. So schrieb er 1997 in einem Gastbeitrag für eine Zeitung: »Bereits die Einführung des Euro bietet einen Vorgeschmack auf die sozialen Spannungen, die mit der WWU entstehen. Die Befürchtung, dass sich die Spannungen nach der Einführung des Euro rasch aufschaukeln könnten, ist nicht von der Hand zu weisen. Dann wird auch der Verteilungskrieg zwischen den Mitgliedsstaaten erst recht beginnen. (...) Die EU könnte sich dann alsbald als so unregierbar erweisen, wie es einzelne ihrer Mitglieder jetzt schon sind. (...) Versucht man die Spannungen durch das Aufdrehen des Geldhahns zu überbrücken, wird die daraus resultierende Inflation erst recht den Euro sprengen, weil alles in die Dollar-Zone flüchtet. Manche tun das heute schon. Wird echte Stabilitätspolitik betrieben, dann werden die Spannungen sowieso nicht unter dem Deckel zu halten sein. Brüssel, dem ohnehin alles Übel zugeschrieben wird, würde dann möglicherweise hinweggefegt wie einst das DDR-Regime.«¹⁴⁶

Seitdem sich Ökonom Romig öffentlich gegen die Aufgabe des Schilling stellte, wurde er in österreichischen Medien nicht

mehr als »christlich-konservativ«, sondern auf einen Schlag als »rechtsextrem« dargestellt. Dies geschah vor allem, nachdem er im November 1997 im niederösterreichischen Städtchen Zwettl vor rund 500 Zuhörern einen aufsehenerregenden Vortrag hielt, dessen Thema lautete »Das Euro-Desaster - was kommt danach?« Romig erhielt tosenden Applaus für seine Ausführungen, während der ebenfalls geladene Nationalrat Günter Stummvoll, der als Generalsekretär der österreichischen Bundeswirtschaftskammer den Euro verteidigen sollte, vom Publikum ausgebuht wurde.

Der Dozent und Nationalökonom Romig vertrat in seinem Vortrag Thesen, die damals in Österreich aus Gründen der politischen Korrektheit als ungeheuerlich angesehen wurden. Dazu gehörte etwa, dass die Einführung des Euro »die bedeutendste Währungsreform« sei, »die die Geschichte je gesehen« habe. Er sagte einem staunenden Publikum, der Euro werde »eine weiche Währung sein«. Romig führte dazu aus: »Die mitmachenden Staaten zerfallen in zwei Gruppen, die mit der Wirtschafts- und Währungsunion ganz unterschiedliche Vorstellungen verbinden: Die nördlicheren Länder (Deutschland, Österreich, die Niederlande, Irland und Luxemburg) wollen Stabilität, ausgeglichene Haushalte, geringe Inflationsraten, Marktwirtschaft, Privatisierung, mehr Eigenvorsorge, Subsidiarität, Dezentralisation und Flexibilität auf dem Lohn- und Arbeitsmarkt; die Club-Med-Staaten (Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und Belgien) sind politisch instabiler, glauben an Sanierung der Haushalte durch weniger Arbeit, erwarten, dass der Staat für Beschäftigung sorgt, und wünschen deshalb die Verwirklichung von Megaprojekten wie die transeuropäischen Netze, sie ziehen Schuldenmachen und Inflation der Sparsamkeit und Stabilität vor. Ohne kohärente, einheitliche Wirtschafts-, Budget- und Fiskalpolitik aus einem Guss und für alle mitmachenden Länder gibt es nur faule Kompromisse und damit auch eine faule oder eben weiche Währung. Das zeigte sich ja schon im nationalen Rahmen: Schwache Regierungen brachten stets nur schwache Währungen hervor. Die Diskus-

sion über die Konvergenzkriterien und ihre bereits erfolgte Aufweichung und Schönfärbung durch kreative Buchführung lässt keinen Zweifel zu, dass der Euro vom Start an zu den weichen Währungen gehören wird.«

Der Wissenschaftler Romig behauptete zudem, der »Euro erhöht die Arbeitslosigkeit«. Dazu führte er aus: »Fällt die Anpassung durch Wechselkurse weg, müssen niedrigere Produktivität oder politische Instabilität durch Senkung der Löhne ausgeglichen werden. Das erscheint angesichts der relativ starken Gewerkschaften und des starken Einflusses der Linken unmöglich. Jede Regierung, die eine Senkung der Löhne fordert, verschwindet sofort in der Versenkung. Also produziert der Wegfall der Wechselkurse bei relativ starren Löhnen Arbeitslosigkeit.«

Der Ökonomieprofessor prophezeite, der Euro wirke »als Sprengkraft auf den europäischen Integrationsprozess«. Dazu sagte er 1997: »Bereits die Einführung des Euro bietet einen Vorgeschmack auf die sozialen Spannungen, die mit der Wirtschafts- und Währungsunion entstehen. Die Abwahl der Konservativen in Großbritannien, Frankreich und Italien, der Umstand, dass sich in Italien die Mitte-Links-Regierung nur mithilfe der Kommunisten halten kann, die rasch schwindende Autorität Kohls, der nicht einmal die notwendige Steuerreform in der Bundesrepublik mehr durchdrücken kann und mit Horrorziffern zur Arbeitslosigkeit konfrontiert ist, der Aufschrei gegen das Zerreißen der sozialen Netze, der auch in Österreich zu hören ist, all das lässt ahnen, was mit dem Euro auf uns zukommt. Die Befürchtung, dass sich die Spannungen nach der Einführung des Euro aufschaukeln könnten, ist nicht von der Hand zu weisen. Beginnen sich die Nationalstaaten in einem Europäischen Bundesstaat erst einmal aufzulösen wie Zucker im Kaffee, dann wird schnell begriffen werden, was der Euro wirklich bedeutet: Erschütterung der politischen Systeme, Entlegitimierung der nationalen Parlamente, Entmündigung der Wähler, »Fremdherrschaft« durch die Brüsseler Bürokratie, Aufbrechen der Gewerkschafts- und Sozialstrukturen,

Beendigung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit, hohe Arbeitslosigkeit, no future für viele Jugendliche und Studenten. Dann wird auch der Verteilungskrieg zwischen den Mitgliedsstaaten erst recht beginnen: Wer bekommt was? Wenn es ums Zahlen geht, gehen auch die engsten Verwandten schnell auseinander. Die EU könnte sich dann bald als so unregierbar erweisen, wie es einzelne ihrer Mitglieder jetzt schon sind.«

Romig prophezeite außerdem, das Euro-Währungssystem werde »in überschaubarer Zeit zusammenbrechen«. Dazu führte er 1997 aus: »Der Euro ist seinem Wesen nach eine Neuauf-
lage des Europäischen Währungssystems, aber ohne Bandbreite. Das Europäische Währungssystem ist 1992 wie eine Seifenblase zerplatzt, weil die Devisenkurse nicht mehr den Kaufkraftparitäten und Wirtschaftsverhältnissen entsprachen. Zahlreiche Länder, allen voran Italien und Großbritannien, hatten über ihre Verhältnisse gelebt, die Kredite viel zu stark ausgeweitet und damit unproduktive Löcher und Mäuler gestopft. Sobald der Euro einmal da ist, wird sich das wiederholen. In diese Richtung deuten die Tricks, die zur Erreichung der Konvergenzkriterien angewandt wurden und nichts anderes als Wechsel darstellen, welche die Staatsbudgets kommender Jahre kräftig belasten werden: vorgezogene Steuervorauszahlungen, Vorziehung von Gewinnabführungen, Pensionsablösungen, Aussetzung von Schuldenzahlungen, Verbuchung von Steuergutschriften als Einnahmen, Verkauf von noch nicht fälligen Forderungen des Bundes gegenüber den Gemeinden an die Banken, Bildung von Sonderhaushalten zur außerbudgetären Schuldenaufnahme, Vorgriffe auf geplante Privatisierungen, Aufmöbelung des Bruttosozialproduktes durch Einbeziehung der Schattenwirtschaft; der Kreativität sind kaum noch Grenzen gesetzt. Die Regierungen scheinen sich einen Sport daraus zu machen, die Konvergenzkriterien der Lächerlichkeit preiszugeben. Damit wird das Vertrauen in den Euro gleich von vornherein untergraben. Laufen dann auch noch durch die vorgezogenen Einnahmen die späteren Budgets aus dem Ruder, kann das nur mit einem Desaster enden. Der *Economist* vom

7. Juni 1997 führt eine Reihe von Gründen an, die dieses Desaster herbeiführen werden. Ob der Euro an Schwäche und Schwindsucht zugrunde geht oder durch einen Eklat, wie bei der Auflösung Jugoslawiens, verschwindet, hat wenig zu bedeuten. Die nach dem Ende dieses Experiments erfolgende Rückkehr zu nationalen Währungen wird das ganze Ausmaß dieses Desasters erkennen lassen: Die Staaten werden sich, das ist ganz sicher, auf Kosten der Sparer entschulden. Das wird dann die eigentliche Währungsreform sein, durch die die Sparer wieder einmal enteignet werden, so wie nach dem Zweiten Weltkrieg oder nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens, der UdSSR, Südafrikas usw. Überall, wo die staatliche Ordnung zerfällt, tritt Währungsverfall ein. Das ist ein Gesetz, gegen das es keine Medizin gibt. Übrig bleiben nur die betrogenen Bürger.«

Jeder von Romig im Jahr 1997 prophezeite Punkt ist genau so eingetreten. Die Staaten der EU entschulden sich derzeit zulasten und auf Kosten der Sparer. Übrig bleiben tatsächlich nur die vom Staat betrogenen Bürger. Weil Wissenschaftler Romig genau das 1997 in Österreich voraussagte, wurde er dort lange Zeit als »Rechtsextremist« bezeichnet. Ihm erging es damit übrigens genauso wie dem österreichischen Professor Irenäus Eibl-Eibesfeldt, der zur gleichen Zeit in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre gewagt hatte, die EU-Politik öffentlich zu kritisieren.

Immer wieder fallen auch die berühmtesten Vorbilder schlagartig der politischen Korrektheit zum Opfer. Es gibt Menschen, die haben so viele Auszeichnungen bekommen, dass sie selbst den Überblick verloren haben. Menschen, die ihr ganzes Leben in den Dienst am Menschen gestellt haben. So wie Professor Irenäus Eibl-Eibesfeldt. Der 1928 geborene Verhaltensforscher war ein Schüler von Konrad Lorenz. Sein ganzes Leben widmete er der Ethnologie (Völkerkunde) und der Verhaltensforschung. Er erhielt das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, den bayerischen Verdienstorden, österreichische Orden, zahllose Ehrendoktorwürden und andere Aus-

Zeichnungen. Man kann sie kaum alle aufzählen. Der Wissenschaftler hat stets die Wahrheit gesagt. Genau dieser Umstand wurde ihm auf einen Schlag 1996 zum Verhängnis. Der letzte noch lebende und wirklich große führende Verhaltensforscher im deutschsprachigen Raum wurde zusammen mit Konrad Lorenz, dem unangefochtenen Altmeister der Verhaltensforschung, von deutschsprachigen Medien zu einer Art Unmensch degradiert. Professor Eibl-Eibesfeldt wurde zum politisch »Rechten« abgestempelt, weil er schier Ungeheuerliches gewagt hatte: Als Länder wie Deutschland, Österreich und die Schweiz sich Mitte der 1990er-Jahre anschickten, die Grenzen für Millionen Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen zu öffnen, erklärte er unmissverständlich: »Man macht mit Menschen nicht solche Experimente.« Der Verhaltensforscher warnte vor den absehbaren Folgen - er sprach in Zusammenhang mit dem Zuzug von immer mehr Türken nach Europa von einem kommenden »Bürgerkrieg«. Fortan wurde er in deutschsprachigen Medien zu einer Art Unperson. Man stempelte ihn zum »Rassisten« und verurteilte sein Lebenswerk. Schauen wir einmal genauer hin. Wie lauteten eigentlich jene angeblich so ungeheuerlichen Äußerungen des weltweit anerkannten Verhaltensforschers ?

Professor Eibl-Eibesfeldt sagte 1996 voraus, dass die multikulturelle Zukunft in Europa eine sehr unfriedliche werde: »Es gibt diese schöne Idee, dass Immigranten ihre Kultur behalten und sich als deutsche Türken oder deutsche Nigerianer fühlen sollen, weil das unsere Kultur bereichert. Das ist sehr naiv. In Krisenzeiten hat man dann Solidargemeinschaften, die ihre Eigeninteressen vertreten und um begrenzte Ressourcen wie Sozialleistungen, Wohnungen oder Arbeitsplätze konkurrieren. Das stört natürlich den inneren Frieden. Die Algerier in Frankreich etwa bekennen sich nicht, Franzosen zu sein, die sagen: Wir sind Moslems.«¹⁴⁷ Er fuhr fort: »Wenn jemand den Grenzpfahl in Europa nur um zehn Meter verschieben würde, gäbe es furchtbaren Krach, aber die stille Landnahme über Immigration soll man dulden?« An all jene, die behaupten, Zuwanderung sei grundsätzlich eine Bereicherung, richtete Pro-

fessor Eibl-Eibesfeldt die Worte: »Die Leute, die so demonstrativ ihren Heiligenschein polieren, tun das ja nicht aus Nächstenliebe, sondern weil sie dadurch hohes Ansehen, hohe Rangpositionen, also auch Macht, gewinnen können - früher als Held, heute als Tugendheld. Der Mensch kann alles pervertieren, auch Freundlichkeit oder Gastlichkeit, und wenn die Folgen sich als katastrophal erweisen, schleichen sich die Wohlmeinenden meist davon und sagen: Das haben wir nicht gewollt. (...) Die heute für die Multikultur eintreten, sind eben Kurzzeitdenker. Sie sind sich gar nicht bewusst, was sie ihren eigenen Enkeln antun und welche möglichen Folgen ihr leichtfertiges Handeln haben kann. (...) Zu allen Zeiten haben Gruppen andere verdrängt, und es gibt sicherlich kein Interesse der Natur an uns. Aber es gibt ein Eigeninteresse. Man muss nicht notwendigerweise seine eigene Verdrängung begrüßen.«¹⁴⁸

Wer so etwas vor anderthalb Jahrzehnten sagte, der galt als Hindernis auf dem Weg zur multikulturellen Zukunft Europas. Ganz langsam erkennen nun jene, die Menschen wie Professor Eibl-Eibesfeldt vor Jahren einfach diffamierten, dass nicht er, sondern sie geirrt haben. Die Erkenntnis ist zwar immer noch politisch unkorrekt, aber unübersehbar: Statt Bereicherung haben sich Länder wie Deutschland und Österreich innerhalb der EU gewaltige Probleme importiert. Migranten konkurrieren jetzt mit Einheimischen um »begrenzte Ressourcen wie Sozialleistungen, Wohnungen oder Arbeitsplätze« - ganz so, wie der Verhaltensforscher Professor Eibl-Eibesfeldt es vor einigen Jahren als Wissenschaftler prognostiziert hatte.

Legen wir jetzt einmal die beiden Grundaussagen der österreichischen Professoren Eibl-Eibesfeldt, also eines international renommierten Verhaltensforschers, und von Wissenschaftler Friedrich Romig, eines international renommierten Ökonomen, zusammen. Das Ergebnis: Sie prognostizierten uns beide die Balkanisierung Europas durch Euro, Grenzöffnungen und Migrationsströme. Genau das sagte Romig uns übrigens schon im Mai 1997 in einem Zeitschrifteninterview voraus. Da wurde er gefragt: »Welches sind denn eigentlich Ihre Bedenken gegen

den Euro? Angeblich soll er mehr Stabilität, mehr Beschäftigung und bessere Ausgangsbedingungen im Welthandel bringen.«¹⁴⁹ Romig antwortete: »In der ersten Stunde jeder Vorlesung über Währung, Geld und Kredit lernt der Student, dass die staatliche Ordnung den Wert des Geldes bestimmt. Zerfällt die staatliche Ordnung, dann können Sie sich Ihr Geld, Ihren Euro, an die Wand picken. So war es mit der Mark nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Rubel nach dem Zerfall der Sowjetunion oder jetzt wieder mit Jugoslawien. Trotz aller Zentralgewaltallüren ist die EU kein richtiger Staat, und sie wird es nie sein. Der Verfall ist programmiert. Maastricht bedeutet die Jugoslawisierung Europas! Auf Dauer lassen sich die nationalen Bestrebungen nach Unabhängigkeit und gegen Fremdbestimmung genauso wenig wie im Kunststaat Jugoslawien unterdrücken. Die Völker unter einen Deckel zu zwingen, das ist nicht einmal dem Terror der KPdSU gelungen. Überall wurde Unabhängigkeit erkämpft, sich aus dem Kolonialstatus befreit, nur den europäischen Staaten will man ihre Eigenstaatlichkeit nehmen.« Darüber hinaus stellte er fest: »Wenn, wie es Maastricht vorsieht, alle wichtigen Hoheitsfunktionen des Staates auf Brüssel übertragen werden, bleiben von den Mitgliedsstaaten nur noch der Name und eine leere Hülle übrig. Außen- und Sicherheitspolitik, »gemeinsame«, d. h. Brüsseler Markt- und Wettbewerbspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Währungshoheit, alles wird abgegeben. Kohl will am liebsten einen Europäischen Bundesstaat, in dem die Eigenstaatlichkeit Deutschlands logischerweise aufgeht. Inzwischen hat die BRD sogar den nationalen Selbstmord in ihrem Grundgesetz als Staatsziel festgeschrieben: Mitwirkung an der Vertiefung der Europäischen Union durch Übertragung von Hoheitsrechten. Ist alles Vorgesehene übertragen, bleiben am Schluss der Regierung in Bonn nicht mehr Kompetenzen als bei uns dem Landeshauptmann von Tirol, und das ist ganz wenig. Die Bundesregierung hat dann nur noch zu administrieren, die Weisungen aus Brüssel zu vollziehen und Meldung zu erstatten. Und außerdem natürlich neue Steuern einzutreiben und Sozial-

abbau zu betreiben. Damit will sich Brüssel nicht schmutzig machen.«

Romig war sich schon 1997 absolut sicher, dass die EU eines Tages mit einem lauten Knall zusammenbrechen würde: »Wenn die EU zusammenbricht, sind die Finanzminister ihre Schulden los, auf Kosten der Sparer, der Anleihebesitzer. Die können mit ihren Euro-Noten, Staats- und Schatzanleihen ihre Wände tapezieren. EU und Euro als Schwindelsystem zur Entschuldung der Staaten. Möglicherweise ist das das einzige rationale Motiv der Classe politique. (...) In allen wesentlichen Lebensfragen wird das Volk nicht gefragt, da entscheidet die völlig abgehoben agierende Classe politique. Die Frage ist heute nur noch, wann die aufgestaute Wut losbricht, so wie in der DDR, und das ganze Lügenregime hinwegfegt. Und welche Form die Revolution annimmt: Wird es eine nationale, eine sozialistische oder gar eine national-bolschewistische Revolution sein? Der Zusammenbruch des ganzen EU-Schwindels steht für mich heute schon fest. Da führt *kein Weg dran vorbei*.«¹⁵⁰

Der Autor dieses Buches hat Professor Romig im Frühjahr 2013 gebeten, einmal aus dem Gedächtnis aufzuschreiben, wie er seine Behandlung in Österreich als Euro-Skeptiker in den 1990er-Jahren wahrgenommen hat. Romig antwortete:

Eine derartige, bestorganisierte Agitpropaganda von der Hofburg bis ins letzte Dorfwirtshaus hatte Österreich noch nicht erlebt. An der Spitze der Propaganda standen natürlich der ORF unter Anleitung der Gesellschaft für Europapolitik, Letztere unterstützt von der ganzen Wirtschaftselite in Regierung, ÖNB, Vereinigung Österreichische Industrieller, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Gewerkschaften, Wirtschaftsforschungsinstituten, Elite-Medien etc.

Was mich betrifft, so wurde mir nach Jahren bekannt, dass Außenminister Mock 1993 eine eigene Arbeitsgruppe gründete, die mich als »gefährlichsten Gegner« eines EU-Beitritts zu bekämpfen hatte. Leiter dieser Arbeitsgruppe war sein Mitarbeiter Thomas Mayr-Harting, der später mit dem Botschafterposten Österreichs bei der EU in Brüssel belohnt wurde und heute als

EU-Beamter der höchste Vertreter der Europakommission bei der UNO in New York ist. Seine Aufgabe bestand vor allem darin, mir den Zugang zu den Massenmedien weitestgehend zu versperren und dafür zu sorgen, dass mein Einfluss auf die Österreichische Bischofskonferenz paralytisch wurde. Kardinal Groer hatte ja schon 1991 in Comunion e Liberazione (Rom) die EU als ein »satanisches Reich« bezeichnet, und Bischof Krenn (Diözese St. Pölten) sah in der EU einen »Moloch«, der die Nationalstaaten verschlinge. Die Kronen Zeitung, die größte Tageszeitung Österreichs, war nicht zuletzt unter dem Einfluss von ihrem Herausgeber Dichand und dem berühmten Kolumnist »Staberl« (Nimmerrichter) bis zum 31. Dez. 1993 Gegner eines EU-Beitritts. Das änderte sich schlagartig mit dem 1. Januar 1994. Die Regierung versprach vermutlich Dichand eine Privatsende-Lizenz, das dürfte die Wende gebracht haben.

Bischof Krenn verstand sich in seiner Neujahrsansprache am 1. Januar 1994 zu einem »skeptischen Ja« zum EU-Beitritt, wohl auf einen Wunsch des Vatikans hin. Johannes Paul II. war ja entschiedener Befürworter der EU. Ich war damals in Australien (bis Februar 1994) und konnte die Entwicklung von dort aus kaum noch beeinflussen. Anlässlich der Frühjahrssession der österreichischen Bischofskonferenz 22. bis 24.3.1994 gab sie folgende Erklärung ab: »Mit der Abstimmung über einen Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union ist dem österreichischen Volk eine Entscheidung von besonderer Tragweite aufgegeben. Wir halten es für eine demokratische Selbstverständlichkeit, dass alle Bürgerinnen und Bürger, denen das Wohl Österreichs am Herzen liegt, sich an einer solchen Volksabstimmung beteiligen und sich vorher sorgsam über die Gründe für oder gegen einen Beitritt informieren. Es steht uns Bischöfen nicht zu, den Katholiken ein Ja oder Nein zur EU zu empfehlen. Wir verweisen aber darauf, dass nach den zwei mörderischen Weltkriegen Staatsmänner aus christlicher Verantwortung das Konzept einer europäischen Integration entworfen und gefördert haben, weil ihnen ein dauerhafter Friede in Europa nur durch wachsende wirtschaftliche, kulturelle und politische Integration

als möglich erschien. Diese Sicht ist in der heutigen Situation Europas unvermindert aktuell. Bei aller gebotenen sorgsamem Abwägung des Für und Wider zur weiteren Integration wird ein bewusster Christ den Auftrag und die Chance ernst nehmen, auf dem Bauplatz Europa mit den Maßstäben des Evangeliums mit tätig zu sein.«

Das Einzige, was ich nach meiner Rückkehr aus Australien da noch tun konnte, war, dafür zu sorgen, dass das »Memorandum« der Diözese St. Pölten wenigstens noch drei Monate vor dem Volksentscheid über den EU-Beitritt (12. Juni 1994) öffentlich zugänglich wurde, genützt aber hat das nichts mehr. Weihbischof Schönborn hatte als Vorsitzender der Europakommission die Bischofskonferenz auf Vordermann gebracht, der Einfluss von Groer und Krenn wurde verdrängt. Mir trug die Veröffentlichung des »Memorandums« noch einen scharfen Gegenartikel in der kath. Wochenzeitung Die Furche ein, den ein Öffentlichkeitsarbeiter der Bundeswirtschaftskammer namens J. Fink verfasst hatte. Immerhin war ich daran mitbeteiligt, dass die FPÖ auf einer Delegiertenversammlung im April 1994 mit 85 Prozent der Delegiertenstimmen den Beitritt zur EU ablehnte. Auch die Grünen waren offiziell bis zum Tag nach der Volksabstimmung gegen den Beitritt, dann schwenkten sie radikal um und wurden zu militanten EU-Anhängern.

Wie mit Bischof Krenn abgesprochen, trat ich am Tag nach der Volksabstimmung zum EU-Beitritt als Europabeauftragter der Diözese St. Pölten und Mitglied der Europakommission der Österreichischen Bischofskonferenz zurück, um freie Hand bei der weiteren Bekämpfung der EU zu haben, ohne auf kirchliche Stellungnahmen Rücksicht nehmen zu müssen. Meine publizistische Tätigkeit verstärkte sich, als deutlich wurde, dass Österreich entgegen den Zusagen der Regierung vor dem EU-Beitritt (»Der Schilling bleibt«, wurde von Mock noch vor dem Tag der Abstimmung versichert) in die Europäische Währungsunion eintreten werde. Als dann auch noch ab 1998/99 die Stabilitätskriterien bei Erstmitgliedern der EWU und seither fortlaufend gebrochen wurden, nahm die Publikationstätigkeit noch Fahrt

auf. Das letzte Wort war die Veröffentlichung des Kaplakenbändchens im September 2012 über den ESM-Verfassungsputsch in Europa. Mit der De-facto-Aufhebung des Bail-out-Verbots schienen mir alle Prinzipien der Währungsunion auf den Kopf gestellt und entgegen allen vorherigen Beteuerungen durch unsere Politiker der Weg in die Schulden-, Haftungs-, Fiskal-, Transfer- und Bankenunion gebahnt zu sein.

Die Tatsache, dass heute die EU und die Währungsunion nur durch Lug und Trug sowie den permanenten Rechtsbruch durch ihre Staatschefs überleben können, deutet mir an, dass ihr Scheitern nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte. Die Europa-idee, die heute so verbissen verteidigt wird wie vor 25 Jahren der Sowjetkommunismus, wird meines Erachtens genauso wie dieser enden.

Der österreichische Volkswirt Romig war rückblickend betrachtet jener, der neben dem Scheitern des Euro als Erster (zusammen mit dem erwähnten Irenäus Eibl-Eibesfeldt) die Balkanisierung Europas prophezeit hatte. Er wurde dafür geächtet und gebrandmarkt. Führende Europapolitiker lachten ihn aus. Und wie sieht es heute aus?

Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg und bis Januar 2013 Vorsitzender der Euro-Gruppe, hat anlässlich des Neujahrsempfangs der luxemburgischen Presse Anfang 2013 eine sehr bedeutungsvolle Aussage gemacht. Er ermahnte die 80 Journalisten, die seiner Rede lauschten, sie sollten sich mit dem Jahr 1913 beschäftigen, dem letzten echten Friedensjahr vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges.¹⁵¹ EU-Politiker Juncker warnte, das Jahr 2013 könnte ein Vorkriegsjahr werden wie das Jahr 1913, in dem alle Menschen an Frieden glaubten, bevor der Krieg kam. Wir stehen also nach Meinung eines der wichtigsten EU-Politikers jetzt vor einem Krieg, genauso wie vor 100 Jahren. Das ist die Folge der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Zumindest droht uns diese Gefahr. Heute lachen EU-Politiker demnach nicht mehr über Professoren vom Schläge eines Romig. Heute sehen sie die drohenden Gefahren selbst, aber wahrscheinlich ist es zu spät.

TEIL 2 | DIE EURO-FIGHTER - VOM VERSPRECHEN ZUM VEBRECHEN

Die Weichmacher kommen

Vor wenigen Jahren versprochen uns Politiker und Medien, dass wir dank des Euro künftig immer weniger arbeiten müssten und dabei immer mehr verdienten. Das genaue Gegenteil ist heute der Fall: Der kleine Mann (und auch die kleine Frau) muss jetzt mehr arbeiten, verdient weniger und darf seine (ihre) angeblich selbst verschuldete Arbeitslosigkeit mit Sozialhilfe bestreiten. Dabei wird es immer unsicherer, ob er (sie) überhaupt noch Arbeit finden kann und ob es den Konzernen künftig beliebt, eine(n) 40-Jährige(n) zu beschäftigen. Trotzdem wird das Rentenalter heraufgesetzt. Immer mehr von uns müssen sich wie selbstverständlich darauf einstellen, sich um drei Minijobs gleichzeitig zu prügeln. Wie sich die Zeiten geändert haben: Obdachlose, Lohnempfänger oder Rentner sind nicht berechtigt, Finanzbedarf »anzumelden«, wohl aber Mitglieder der Euro-Gruppe und Bankvorstände, die dank des Euro jetzt vorrangig gerettet werden müssen. Erinnerung man Politiker und Medien daran, was sie uns vor wenigen Jahren noch beim Abschied von der D-Mark vollmundig im Bewusstsein des herrschenden Zeitgeistes versprochen haben, dann wird es schlicht peinlich.

In jenen Jahren wurden Euro-Skeptiker zu Idioten erklärt. Wirtschaftswissenschaftler, die vor der Gefahr einer Transferunion durch den Euro warnten, wurden einfach abqualifiziert.

Einer, der das gut konnte, war Rüdiger Pohl, damals Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle. Die Wochenzeitung *Die Zeit* fragte den Wirtschaftsprofessor beispielsweise im April 1998: »Die Euro-Kritiker sind sich einig. Die neue gemeinsame Währung mache Europa zu einer Transferunion. Werden die reichen Länder die ärmeren endlos subventionieren müssen, weil sich Unterschiede nicht mehr über Wechselkurse ausgleichen lassen?« Professor Rüdiger Pohl antwortete: »Insgesamt wird da ein Popanz aufgebaut.«¹⁵² Der Begriff »Popanz« beschreibt eine nicht ernst zu nehmende Schreckgestalt, früher meinte man damit eine Stroh puppe in der Art einer Vogelscheuche. Mit dem Wort »Popanz« wird abwertend und verächtlich alles bezeichnet, was nur vermeintlich eine Bedeutung oder Wichtigkeit hat. Pohl sagte übrigens in dem gleichen Interview, der Euro werde uns mehr nutzen als schaden. Professor Rüdiger Pohl, der auf dem Gebiet von Geldtheorie und Geldpolitik lehrte, erhielt im Jahr 2000 das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Einer, der andere als »Popanz« abqualifizierte und von seinem eigenen Fachgebiet offenkundig keine Ahnung hatte, wird künftigen Generationen als abschreckendes Beispiel dienen.

Unsere Politiker und Medien sind wie eine Tonspur in einer Endlosschleife. Sie tragen zwar unterschiedliche Namen, und sie mögen sich genetisch voneinander unterscheiden. Ihre Lügen unterscheiden sich jedoch nicht voneinander. Transkribiert man ihre Palavermasse, dann sind 98 Prozent des Wortumsatzes von den Aussagen her identisch. Man kann das leicht am Beispiel des jahrelangen Jubels um den Euro belegen.

Beispiel Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU). Am 24. April 1998 sagte er bei der Abstimmung über die Einführung des Euro im Deutschen Bundestag: »Der Euro ist in gar keiner Weise ein unkalkulierbares Risiko.« Kohl log uns Bürgern vor, es gebe künftig »keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedsstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers.« Er, Kohl, sei »überzeugt, dass die Erfolgsgeschichte der D-Mark in unserem Land mit einer Erfolgsgeschichte des Euro weitergeht. Die Vorzüge, die wir mit der

D-Mark erarbeitet haben und an der D-Mark - zu Recht - schätzen, gehen nicht verloren. Sie werden in ein größeres Ganzes zum Vorteil Deutschlands und Europas eingebracht.« So weit der CDU-Politiker Helmut Kohl.

Theo Waigel (CSU), damals Finanzminister, erklärte: »Wir geben die D-Mark nicht auf, sondern setzen ihre Erfolgsgeschichte auf der europäischen Ebene fort. (...) Der Euro wird so zur historischen Chance, die Vorteile der D-Mark unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts für uns zu erhalten.«

Ingrid Matthäus-Maier, von 1988 bis 1999 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, trötete ins gleiche Jubelhorn: »Die gemeinsame europäische Währung kommt. Dies ist ein Vorteil für alle Teilnehmerländer, aber auch gerade für uns Deutsche. Die von Gegnern des Euro eifrig verbreitete Meinung, wir Deutsche gäben praktisch die Deutsche Mark auf und bekämen dafür nichts, ist eindeutig falsch. Gerade auch wir Deutsche profitieren von einer einheitlichen, stabilen europäischen Währung.«

SPD-Politiker Oskar Lafontaine (damals Ministerpräsident des Saarlands) behauptete, der Euro werde noch weitaus stabiler als die D-Mark sein.¹⁵³ Der FDP-Politiker und damalige Außenminister Klaus Kinkel fantasierte ebenfalls über die angeblich großartige Zukunft des Euro und nannte die D-Mark 1997 großspurig eine »Dorfwährung«. Die arrogante Bemerkung stieß beim damaligen Bundesbankchef Tietmeyer auf Widerspruch. Die Mark sei die »zweitwichtigste Reserve- und Anlagewährung« der Welt, belehrte er in seiner Antwort den Außenminister. Als Dorfwährung dürfe sie daher allenfalls der betrachten, »dem die Welt ohnehin als ein Dorf erscheint.«¹⁵⁴ Ohnehin hatte sich die Bundesbank mit einer Stellungnahme zur Währungsunion bei der Politik unbeliebt gemacht, war da doch in einem Bericht der damals als ungeheuerlich empfundene (und heute als weitsichtig zu bezeichnende) Satz zu lesen: »Doch sollte klargestellt werden, dass auch zusätzliche Transferleistungen (...) keine Lösung für regionale oder nationale Probleme sein dürfen.«¹⁵⁵

Die geringste Kritik an den Euro-Schönrednern hatte - wie wir in diesem Buch sehen - verheerende Folgen. Es ging sogar so weit, dass die damalige deutsche Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die SPD-Politikerin Magdalene Hoff, ganz offen forderte, das Thema »Euro« komplett aus dem Bundestagswahlkampf 1998 herauszuhalten. Die Gegner der Einheitswährung sollten keine Chance erhalten, das Klima zu »vergiften«! Wer an der guten alten D-Mark festhalten wollte, wurde von ihr als »Giftmischer« betrachtet. Dabei gab es im Ausland viele renommierte Menschen, die nicht nachvollziehen konnten, warum Deutschland die D-Mark kampfflos aufgab. So stellte Margaret Thatcher, die »eiserne Lady« Großbritanniens, immerhin kurz und bündig fest: »Wenn ich Deutsche wäre, würde ich die Bundesbank und die DM auf alle Fälle behalten.« Doch deutsche Politiker jubelten beim Gedanken an das Ende der D-Mark. Die Einzigen, die jedoch wirklich Grund zum diesbezüglichen Jubel hatten, waren Kriminelle. Sie konnten sich fortan auf das Fälschen einer einzigen Währung konzentrieren. Die *Mafia* jubelte, weil sie bei der Geldwäsche keine Wechselkurschwankungen mehr in Kauf nehmen musste.¹⁵⁶

Wie der Inhalt dieses Buches zeigt, grenzte das, was Politik und Medien damals mit den Deutschen und Österreichern taten, an Hoch- und Landesverrat. Die neue Einheitswährung wurde ohne Volksabstimmung durchgewunken. Die *Bild-Zeitung* fragte Theo Waigel im Januar 1998: »Herr Waigel, warum gibt es zum Euro keine Volksabstimmung?« Waigel antwortete: »Eine Volksbefragung ist im Grundgesetz nicht vorgesehen.«

In den Medien regte sich dazu kein Widerstand. Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach in einem Bericht vom 25. November 1997 von einer »währungspolitischen Gleichschaltung«. Jean-Claude Juncker, damaliger Vorsitzender der Euro-Gruppe, sagte 1999: »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.«¹⁵⁷

Die Deutschen haben erstaunlicherweise wie besessen auch noch jene geehrt, die bei dieser Gleichschaltung von außen die Hebel zogen und uns alles Schlechte wünschten. Greifen wir als Beispiel nur einmal den sozialistischen französischen Politiker Jacques Delors heraus (der sogenannte Delors-Plan des damaligen EG-Kommissars gab die Initialzündung für die »Europäische Währungsunion«). Jacques Delors, heute immer noch von deutschen Medien als »großer Europäer« bezeichnet, sagte nach Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages wörtlich: »Ich habe immer für die Abschaffung der D-Mark gekämpft. Sie ist das letzte Machtmittel der Deutschen.« Deutschland dankte dem Franzosen artig: 1992 wurde Deutschland-Hasser Delors der Karlspreis der Stadt Aachen verliehen. Kurz darauf wurde er Ehrendoktor der Ruhr-Universität Bochum, und im Mai 1994 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. Jacques Delors, der führende Intrigant hinter der Aufgabe von D-Mark und Schilling, erhielt natürlich auch das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich.¹⁵⁸ Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass die deutschen Gewerkschaften mit Jacques Delors einem Mann den Hans-Böckler-Preis verliehen haben, der wie kein anderer daran gearbeitet hat, Arbeitsplätze im deutschsprachigen Raum zu vernichten und in anderen EU-Staaten neu entstehen zu lassen. Wie schrieb doch gleich Franz-Olivier Giesbert, damals Chefredakteur der Pariser Zeitung *Le Figaro*, in seinem Leitartikel vom 18. September 1992 zum geplanten Euro? »Deutschland wird zahlen, sagte man in den 20er-Jahren. Heute zahlt es. Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg.« Und Anatole Kaletsky, Finanzkommentator der Londoner Zeitung *Times*, schrieb schon am 19. November 1996: »Während Deutschland mehr und mehr Kompromisse bei der Währungsunion eingeht, wird es der deutschen Öffentlichkeit wohl nach und nach klar werden, dass Helmut Kohl sie in die Niederlage führt, nicht zum Triumph. Die Deutschen könnten anfangen zu denken, dass der Vertrag von Maastricht in der

Geschichte als Deutschlands dritte Kapitulation vor Frankreich in weniger als einem Jahrhundert beurteilt werden wird: als natürlicher Nachfolger der Verträge von Versailles und Potsdam.« Kurzum: Das alles können wir Deutschen und Österreicher unseren Kindern wohl nur noch dann erklären, wenn wir ihnen aufzeigen, welche Verbrecher damals (und heute) in Politik und Medien das Sagen hatten und haben. Erinnern wir uns auch an die Worte des damaligen französischen Innenministers Jean-Pierre Chevènement, der am 23. April 1998 in der *Wirtschaftswoche* zur geplanten Euro-Einführung folgendermaßen zitiert wurde: »Man kann nur beten und singen >Näher zu dir, mein Gott ...< Das ist ein Kirchenlied, das das Orchester auf der *Titanic* beim Untergang gespielt hat.« Chevènement wusste ebenso wie Delors, dass der Euro die Deutschen ein weiteres Mal in den Untergang reißen würde.

Amerikanische Star-Ökonomen prognostizieren den Europäern Krieg

Der Nobelpreisträger Milton Friedman (1912 bis 2006) hielt den Euro für einen großen Fehler. Friedman, seit 1976 einer der bekanntesten Wirtschaftsnobelpreisträger der Welt, sagte am 12. Dezember 1997 in einem Interview mit der österreichischen Zeitung *Die Presse*: »Ich prophezeie, der Euro wird bald nach seiner Einführung auseinanderbrechen (...). Die Zentralbank wird den Euro ausgeben, um Anleihen zu kaufen - französische, deutsche, österreichische, spanische. Die Franzosen werden wollen, dass die Zentralbank französische Anleihen kauft, die Österreicher werden österreichische Anleihen vorziehen. Können Sie sich die Konflikte vorstellen, die daraus unter den Gouverneuren entstehen?«¹⁵⁹ Milton Friedman wiederholte seine düstere Prognose im Sommer 2002. Da sagte der inzwischen 90 Jahre alte Wissenschaftler dem Magazin *Capital*, »Euro-Land bricht in fünf bis 15 Jahren auseinander«. Als Gründe für seine These nannte der Amerikaner die unterschiedlichen Spra-

chen, Kulturen und Reaktionen auf wirtschaftliche Einflüsse von außen. Nach dem Ende der nationalen Geldpolitik schlugen Wettbewerbsnachteile zudem »unmittelbar auf die Arbeitslosigkeit eines Landes durch - das ist die Achillesferse des Euro«, so Friedman. Beispielsweise sei die »für Irland richtige Geldpolitik der Europäischen Zentralbank für Deutschland völlig ungeeignet«, erklärte der Ökonom im Interview. Milton Friedman warnte zur Euro-Einführung 1999, die erste große globale Rezession werde die Euro-Union auseinanderreißen.¹⁶⁰

Friedman starb im November 2006 in San Francisco. Er erlebte den Ende 2007 einsetzenden Niedergang der Euro-Zone nicht mehr.

Auch die weltberühmten Ökonomen James Tobin, Martin Feldstein und Paul Krugman machten lange vor der Einführung des Euro ihre Bedenken gegen die Abschaffung der D-Mark öffentlich deutlich. Der *Harvard*-Starökonom Martin Feldstein ging 1997 sogar so weit, als Folge der Euro-Einführung die Rückkehr von Kriegen in Europa zu prognostizieren. Feldstein sah seinerzeit das voraus, was jetzt tatsächlich passiert ist, nämlich dass die einheitliche Geldpolitik zu erheblichen Streitigkeiten führen werde. In einem zweiten Schritt werde dieser Streit in einen Krieg münden. Feldstein schrieb wörtlich, die Geldpolitik der EU werde eine Quelle von ernststen Konflikten zwischen den Mitgliedsstaaten (»will become a source of serious conflict among the member countries«), ein inner-europäischer Krieg (»intra-european war«) sei eine Möglichkeit, die zu real drohe, um sie ignorieren zu können (»too real a possibility to ignore«)¹⁶¹.

Das höhere Ziel: Amputation der deutschen Identität

Wussten Sie, dass es ein höheres Ziel gab, das die Politik mit der Euro-Einführung verbunden hat? Die Nationalstaaten und das Denken in Nationalstaaten sollten zerschlagen werden, vor

allem das Denken der Deutschen. Der SPD-Politiker Olaf Schwencke erklärte uns das vor der Euro-Einführung so: Mit der Einführung des Euro werde die EU künftig zum größten Kapital- und Finanzmarkt der Welt werden. Das habe kulturelle Folgen. Schwencke sagte, wenn die nationalen Währungen nicht mehr existieren, dann habe der Nationalstaat faktisch sein Ende gefunden. Schwencke wörtlich: »Sein materiell wichtigstes Proprium, die Währungspolitik als Kernstück staatlicher Souveränität, wird damit aufgegeben, und die europäische Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft übernimmt seine Funktion.« Die Vielfalt der kulturellen Ausprägungen in Europa könnte in einer immer mächtigeren kommerziellen World Culture - auch »Mac World« genannt - beseitigt werden.¹⁶²

Im Klartext: Es ging und geht um die Zerschlagung unserer kulturellen und nationalstaatlichen Identität. Heute behaupten jene, die uns mit den gigantischen Kosten der Währungsunion erdrücken, man habe das alles früher doch nicht ahnen können. Die Lügner hoffen auf die Vergesslichkeit der Bürger. Dabei gab es viele, die sie gewarnt haben. Doch man machte sie damals lächerlich. Vergessen und aus unserem Gedächtnis getilgt sind große bundesweite Initiativen der 1990er-Jahre wie »Ja zur DM - Nein zum Euro = Teuro!«, »Europa ja, aber Euro nein!« und »Wer stoppt den Euro-Wahnsinn?«. Vergessen sind die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht der 1990er-Jahre gegen den Euro, die von den zahlreichen Euro-Kritikern eingereicht wurden. Medien und Politik nannten die Euro-Gegner abfällig »Wichtigtuere« und »Angstmacher«. Was erwiderten Euro-Skeptiker wie die Professoren Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty schon im Februar 1998 in ihrem Buch *Die Euro-Klage - Warum die Währungsunion scheitern muss* auf solche Angriffe? Sie schrieben: »Wer real lauernde Gefahren nicht sieht oder bagatellisiert, ist kein verantwortungsvoller Politiker; wer auf real lauernde Gefahren hinweist, ist kein Angstmacher oder Populist, sondern Realist.« Wissen Sie noch, wie Politik und Medien die vier Professoren in den 1990er-Jahren häufig nannten? Nun, sie

wurden »Viererbande«¹⁶³, »selbst ernannte Volksvertreter« oder »Anti-Euro-Senioren«¹⁶⁴ tituliert. Zezi-Herausgeber Theo Sommer, ein Freund des Euro-Enthusiasten und früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt, schrieb 1998 unter der Überschrift »Der gute Tausch - Gerade Deutschland braucht den Euro« über Euro-Kritiker: »Nun poltern sie kräftig: Professoren, Politiker, Pseudo-Propheten (...).« Falschmünzer Theo Sommer schrieb weiter: »Unbewiesen und unbeweisbar ist schließlich die Behauptung, dass (...) hohe Transferzahlungen an schwächere Länder fällig würden - deutsche Transferzahlungen, wohl gemerkt.« Ach wenn man Theo Sommer doch heute nur Buchstabe für Buchstabe mit seinem Unsinn von damals füttern könnte. Euro-Kläger vom Schlage der Professoren Hankel und Schachtschneider nannte Sommer in dem Artikel das »Fähnlein der vier Aufrechten« (alias Viererbande), das auf juristisch schwachen Beinen nach Karlsruhe wankte, »um die neue Währung zu verhindern«.¹⁶⁵ Wie fühlt man sich, wenn man als »Pseudo-Prophet« verunglimpft wird? Hat sich *Die Zeit* oder Theo Sommer jemals dafür entschuldigt? Haben sich andere Journalisten jemals für den Unsinn entschuldigt, den sie damals verzapft haben? Nein!

Die Zeit wurde früher vom SPD-Politiker und Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt herausgegeben. Der hatte dem Blatt einen strengen Pro-Euro-Kurs verordnet. In Heft 1/2002 schrieb Helmut Schmidt unter der Überschrift »Ein hartes Stück Europa«, was er von Euro-Skeptikern hielt: »Ziemlich lange waren viele deutsche Zeitgenossen gegen den Euro, aufgeputscht von einigen oberflächlichen Politikern, Professoren und Journalisten.«¹⁶⁶ Unvergessen ist auch die Abqualifizierung jener Bundesbanker, die sich mit fundierten Argumenten gegen die Einführung des Euro wandten, als »Reaktionäre«. So nannte Helmut Schmidt jedenfalls diese Fachleute in einem Interview mit David Marsh im *Handelsblatt*.¹⁶⁷ Mal bezeichnete man Euro-Skeptiker also als »Putschisten«, mal als »Rechtsextremisten« und mal gar als »Reaktionäre«. Helmut Schmidt war einer der eifrigsten Euro-Verfechter. Seine Gegner machte er gern

fertig. Euro-Kläger Professor Wilhelm Nölling sagt in diesem Punkt über Helmut Schmidt: »In den vielen Jahren seitdem ging es durchaus auch rau zu. Von Zimperlichkeit gegen Gegner konnte nicht berichtet werden. Dass die Kritik fast nur von >Möchtegern-Experten< geäußert worden sei, war einer der harmloseren Vorwürfe. Die ablehnende Mehrheit seiner deutschen Landsleute gegenüber dem Euro erklärte er wie folgt: >Das kommt aus dem Gekröse, mit dem Verstand hat das nichts zu tun.<«¹⁶⁸

Euro-Skeptiker wurden aber nicht nur als »Wichtigtuere« und »Pseudo-Propheten« verächtlich gemacht, sondern auch als besonders dumm dargestellt. Der *Stern* schrieb beispielsweise 2001: »Die Unsicherheit über die neue Währung nimmt mit steigendem Bildungsgrad ab: Vor allem besser gebildete Bundesbürger sehen mit mehr Zuversicht und Hoffnung in die Zukunft als Personen mit niedriger Bildung. Erstere sind besser über den Währungswechsel informiert und erwarten eine Stärkung der Wirtschaft durch den Euro, so die Ergebnisse der Siera-Studie.«¹⁶⁹

Die Geschichte des Euro und seiner Gegner ist ein Lehrstück über den Zeitgeist. Wir sehen in diesem Buch: Wer den vom medial-politischen Komplex vorgegebenen Konsens - also die politische Korrektheit - verweigert, der wird aus der Gemeinschaft der Gutmenschen ausgestoßen und stigmatisiert. Diese undemokratische Haltung gegenüber Dissidenten entspricht genau jener Position, die die katholische Kirche im Mittelalter gegen Ketzer einnahm. In der Ära des Bundeskanzlers Helmut Kohl wurde skrupellos jeder kaltgestellt, der für den Erhalt der stabilen und bewährten D-Mark eintrat und gegen die Euro-Pläne aufbegehrte. Das höhere Ziel war die Amputation der deutschen Identität. Auch Gerhard Schröder und Angela Merkel haben diese Methode des Umgangs mit Ketzern nahtlos übernommen. Wer aufbegehrte, dessen Existenz wurde ruiniert. Oder man versuchte es zumindest. Klappte es finanziell nicht, dann brandmarkte man Euro-Kritiker als »rechtsextrem«, als »rückständige Nationalisten«, die angeblich

aus der Geschichte nichts gelernt hatten. Der Frankfurter Soziologieprofessor Karl Otto Hondrich hat am 14. Dezember 1996 in der Berliner *Wochenpost* darüber berichtet, wie man politisch nicht korrekte Menschen, die sich öffentlich äußern, zu »Rechtsextremisten« abstempelt und sie damit als seriöse Gesprächspartner unmöglich macht - auch wenn sie die Wahrheit sagen. Er spricht von der »Personifizierung der Gefährlichkeit«, schreibt: Hier werde der Überbringer der Botschaft mit dem »richtigen« Vokabular belegt: Er »spielt mit dem Feuer«, er ist ein »Brandstifter«, er agiert als »Wasserträger der Rechten«.

Menschen aus dem Volk wie Du und ich, die den Euro nicht wollten, kamen vor diesem Hintergrund allenfalls in den Leserbriefspalten der Zeitungen zu Wort. Da durfte dann auch Bürger Theo Wendel aus Friedberg in der *Wetterauer Zeitung* vom 22. April 1998 schreiben, warum aus seiner Sicht der Euro scheitern werde. Er ließ schon lange vor den Fachleuten wissen: »Man wird den Stabilitätspakt kippen und den Weg freimachen für einen Ausgleichsfonds (...). Man wird eine Institution schaffen, mit der die wohlhabenden Staaten für notleidende eintreten müssen (...). Die Währungsunion wird zerfallen (...).« Doch das wollten »die da oben« nicht hören.

Der Wirtschaftsexperte Dr. Michael von Prollius ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum Geldsystem. Seine finanzwissenschaftlichen Beiträge erscheinen zumeist in wissenschaftlichen Zeitschriften, aber auch in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Fuldaer Zeitung* und der *Neuen Zürcher Zeitung*. In seinem Buch *Die Euro-Misere* schreibt er: »Wer Kritik am Euro äußert, wird schnell als Sonderling und Anti-Europäer in eine politisch missliebige Ecke gestellt. Allerdings ist nach den inszenierten Feierlichkeiten zum zehnten Geburtstag des Euro das Interesse an denen, die die Einheitswährung als Erfolgsgeschichte preisen, arg geschwunden. Das mag an den horrenden Kosten liegen und der Verabredung zum kollektiven Rechtsbruch, die mit dem Blankoscheck der Staats- und Regierungschefs (...) verbunden sind.«¹⁷⁰

Euro-Kritiker als störende Party-Pupser

Haben Sie sich nicht auch schon einmal gefragt, warum Euro-Skeptiker heute nur noch emeritierte Professoren sind, die keine Forschungsgelder mehr einwerben müssen? Oder ehemalige Politiker, die keinen Posten mehr anstreben oder am Ende ihrer Karriere sind? Oder es sind unabhängige und nicht mehr aktive Unternehmer, die sich nicht mehr politisch korrekt anbieten müssen. Das alles hat einen einzigen Grund: Wer aufbegehrt und gegen den medial-politischen Komplex auftritt, dem wird der Saft abgedreht. Wir alle haben das seit der politischen Dampfwalze Kohl inzwischen verinnerlicht und verhalten uns heute wie selbstverständlich danach.

Besonders verheerend sind die Folgen für jene, die sich politisch nicht korrekt äußern und dann auch noch später recht behalten. Man sieht das bei den Euro-Skeptikern der ersten Stunde. Für Mimosen vom Schlage der Polit-Nicker und Journalisten, die den Euro damals begeistert bejubelt haben, sind Euro-Skeptiker der ersten Stunde wie die Professoren Karl Albrecht Schachtschneider, Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling und Joachim Starbatty gleichsam eine Art ungeliebte ständige Party-Pupser. Sie sind eine Zumutung für die Unrechthaber unserer »Eliten«. Diese intellektuell offenkundig weniger beschlagenen Euro-Verfechter vom medial-politischen Komplex wollen sich ihre Lebenslüge noch immer nicht eingestehen. Man nimmt den vielen Euro-Skeptikern der ersten Stunde heute übel, dass sie klüger waren als die Meute jener, die Euro-Kritiker wie dumme Schuljungen behandelt haben. Das Bundesverdienstkreuz werden Euro-Kritiker für ihre Leistungen also ganz sicher nicht bekommen. Im Gegenteil: Man brandmarkt sie weiter - so als ob sie Schuld am Euro-Crash trügen. Diese Party-Pupser sind schließlich »Rechthaber«.

In diesem Buch würdigen wir die zahlreichen vergessenen Euro-Kritiker der ersten Stunde, die uns schon zu D-Mark-Zeiten treffsicher prognostizierten, was heute in der Realität eingetroffen ist. Wir wollen für die Nachwelt auch festhalten,

wie Politiker und Medien ihnen damals entgegengetreten sind, wie man sie als Ketzer gehetzt und verunglimpft hat. Und wir wollen fragen, was wir heute noch von diesen »Ketzer« lernen können, um die schwere Krise zu überwinden. Denn auf unsere skrupellosen Eliten in Politik und Medien können wir uns ganz sicher nicht verlassen.

Von Menschen wie Professor Hankel können wir mit Bestimmtheit lernen, dass gelebte Demokratie eben nicht heißt, wie ein toter Fisch im Strom der politischen Korrektheit mitzuschwimmen. Hankel hat uns Bürger immer dazu aufgerufen, unsere Meinung auch kundzutun - etwa bei Protestaktionen. So lief am 2. Januar 1998 folgende Reuters-Meldung über die Ticker: »Der Frankfurter Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel hat die Bürger zum Protest gegen die geplante europäische Währung aufgerufen. Im Saarländischen Rundfunk sagte Hankel am Freitag, er bezweifle sehr, ob die politisch Verantwortlichen den Sachverstand besäßen zu überblicken, was sie mit der Entscheidung für den Euro anrichteten. Eigentlich müssten die Bürger aufstehen und dagegen protestieren« sagte Hankel, der zusammen mit drei weiteren Wissenschaftlern vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Währungsunion klagen will.«

Es gab vor der Euro-Einführung viele kritische und kluge Köpfe, die verzweifelt versucht haben, den Wahnsinn noch rechtzeitig zu stoppen. Doch Medien und Politiker bildeten einen Schutzschild um die neue Weichwährung und trieben die Menschen geradewegs in den finanziellen Untergang. Dabei dürfen wir allerdings nicht vergessen, dass es auch Banker gab, die vor dem Euro gewarnt haben, etwa Bundesbanker Otmar Issing. Der gilt zwar als deutscher Gründervater des Euro, doch bereits im Jahr 1996 mahnte er: »Die Währungsunion als Schrittmacher der politischen Union einsetzen zu wollen heißt, das Pferd vom Schwanz aufzuzäumen. Das kann nicht funktionieren.« Issing war vor der Euro-Einführung Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank. In dieser Funktion betonte er: »Das Versprechen von Waigel, der Euro werde so hart wie

die Mark, ist schnell abgegeben, aber nicht so leicht einzuhalten. Die Bonner Politik hantiert beim Euro mit hochexplosivem Sprengstoff und tut aber so, als handle es sich um eine Bastelstunde mit Legoklötzchen. Diese plumpe Strategie darf nicht zum Erfolg führen.« Markus Lusser, damals Präsident der Schweizer Nationalbank, stimmte Issing zu und erklärte: »Ich jedenfalls meine, dass der Euro nicht so stabil sein wird, wie die DM sein kann.« Auch in der Gegenwart übt Issing scharfe Kritik an der Euro-Rettung und meint: »Eine Notenbank ist nicht dazu da, Staaten zu retten.« Als der Autor dieses Buches Professor Otmar Issing im Frühjahr 2013 fragte, welche persönlichen Erinnerungen dieser an seine Euro-Kritik aus den 1990er-Jahren habe, vor allem, ob er dafür damals persönlich angegriffen worden sei, entgegnete das Ex-Direktionsmitglied der Europäischen Zentralbank: »Wegen meiner vielfach geäußerten Bedenken wurde ich - jedenfalls öffentlich - nicht angegriffen.«

Zu den kritischen Bankern zählte schon 1996 Armin Unterberg, damals Direktor der volkswirtschaftlichen Abteilung der Dresdner Bank. Beim Forum Ebenhausen der Stiftung Wissenschaft und Politik warf er der Koalition vor, die Bundesregierung verschlafe es, »im Vorfeld der Währungsunion wichtige Weichen zu stellen«. Bei Theo Waigels Stabilitätspakt sah Unterberg einen großen Haken. Der Grund: Gerade die Länder sollen Strafe zahlen, die in Schwierigkeiten stecken. »Woher nehmen sie das Geld?« Der Banker fürchtete, dass es »hintenrum zu Transfers über Brüssel« komme. »Da muss ein Riegel vorge-schoben werden«, sagte Unterberg.¹⁷¹ Statt Geldstrafen zu verhängen, empfahl Unterberg etwa den Entzug des Stimmrechts.

Unterbergs Worte waren geradezu visionär. Nicht anders war es im Falle von Professor Reimut Jochimsen, einem Volkswirt, der unter dem SPD-Politiker Horst Ehmke von 1970 bis 1973 die Planungsabteilung des Bundeskanzleramts leitete und in den Jahren vor der Euro-Einführung Präsident der Landes-zentralbank in Nordrhein-Westfalen war. Jochimsen warnte von Anfang an, eine schnelle Einführung des Euro werde ge-

waltige Transferzahlungen für die deutschen Steuerzahler zur Folge haben.¹⁷² In Zusammenhang mit den Recherchen für dieses Buch habe ich das handsignierte Manuskript einer Rede von Jochimsen ersteigert, die dieser am 24. Juni 1993 in Bonn bei der Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gehalten hat. Es trägt die Überschrift *Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion - Chancen und Risiken*. In ihm schrieb Professor Jochimsen deutliche Worte: »Was die Umsetzung des in Maastricht vereinbarten Fahrplans zur Verwirklichung der Europäischen Währungsunion anbelangt, fehlt es nicht an kritischen Stimmen. Und auch ich habe mit meinen Bedenken, ausgerechnet die Währungsfrage zum integrationspolitischen Motor zu machen, nie hinter dem Berg gehalten.« Jochimsen warnte schon damals: »Durch die jetzigen Regelungen des Maastrichter Vertrages ist die stabilitätspolitische Disziplin nur schwach gesichert. Mit anderen Worten: Im Hinblick auf die notwendige Abstimmung der gesamten Wirtschaftspolitik mit der Geldpolitik fußt der Vertrag weitgehend auf dem Prinzip Hoffnung. Deshalb ist jeder leichtfertig zu nennen, ja es grenzt an Irreführung, wenn suggeriert oder gar versprochen wird, die Stabilität der Gemeinschaftswährung wäre so gut gesichert, wie dies in Deutschland bisher der Fall ist.« Im Klartext: Landeszentralbanker Jochimsen warf Kohl und Waigel, die ständig von der gesicherten Stabilität der EU-Währung sprachen, dreiste Lügen vor. Er schloss seinen ungewöhnlich direkten Vortrag vor erlauchtem Publikum mit den Worten: »In diesem Sinne ist stabiles Geld wichtiger als gemeinsames.« Weil Professor Jochimsen im damals sozialdemokratisch regierten NRW zugleich als Politiker ein SPD-Direktmandat und einen Sitz im Landtag hatte, konnte die Kohlsche Bundesregierung seine weitere Karriere nicht behindern.

Neben solchen bekannten Bankern gab es auch Euro-kritische Vermögensverwalter wie den Schweizer Felix W. Zulauf. Er berät nur Superreiche und sagte schon 1998: »Ich bin überzeugt, der Euro wird längerfristig weich sein.«¹⁷³ Lange vor der

Euro-Einführung warnte er Menschen vor den Folgen einer einheitlichen Währung in Europa. Doch den Titel »Krisenprophet« erhielt nicht er, sondern der Ökonom Nouriel Roubini. Dabei hatte dieser erst nach Zulauf die Euro-Kritik aufgegriffen. Dazu sagt Zulauf heute: »Ach, wissen Sie. Propheten werden in der Regel wenig geliebt. Da ist es mir ganz recht, dass andere diese Rolle für sich beanspruchen.«¹⁷⁴ Auffallend ist, dass Menschen wie die Banker Unterberg und Jochimsen von den Medien erst gar nicht wahrgenommen oder wie der Vermögensverwalter Felix W. Zulauf damals kaum ernst genommen wurden.

Erstaunlich ist, dass der Bundesverband Deutscher Banken heute allen Euro-Kritikern recht gibt. Auf seiner Homepage heißt es: »Mit dem Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise haben jene Kritiker recht behalten, die die Währungsunion von Beginn an für eine >Schönwetterveranstaltung< gehalten haben und ihr ein Scheitern in der ersten ernsthaften Krise voraussagten. Vielen wird dieses Urteil zu hart erscheinen (...). Dies ändert aber nichts daran, dass die Währungsunion mit ihrem gegenwärtigen Rahmenwerk keine Überlebenschance haben wird.«¹⁷⁵ Zur Erinnerung: Der Bundesverband Deutscher Banken war einst ein Vorkämpfer für den Euro gewesen.

Maul halten, Euro-Skeptiker!

Stillecht wurde die D-Mark am 31. Dezember 2001 im niedersächsischen Gifhorn »zu Grabe getragen«. Sie wurde in einem Sarg aufgebahrt und mit einem historischen Leichenwagen durch die Stadt kutschiert. Vorneweg spielte eine Kapelle Trauermärsche, anschließend wurde die D-Mark unter einer Eiche beerdigt. Schwarze Kleidung und Zylinder waren Pflicht für die Trauergäste. Kein Fernsehsender berichtete über jenes Ereignis, das Massen von Menschen anzog, die der D-Mark nachtrauerten. »Unter der D-Mark haben wir alle Wohlstand erreicht. Und wenn etwas gut gewesen ist, muss man das doch

auch würdigen«, sagte Organisator Wolfgang Braun damals in Gifhorn. Die Politik kümmerte sich nicht um das, was die Menschen auf den Straßen dachten. Bemerkenswerterweise gab Adi Langlotz, der als »Pfarrer« auftrat, der guten alten D-Mark damals in Gifhorn mit auf den Weg ins Grab: »Gehe in Frieden, ruhe dich aus, wenn der Euro nicht hinhaut, holen wir dich wieder raus.«¹⁷⁶ An jenem 31. Dezember 2001 titelte die Zeitung *Die Welt*: »Die Mark ist tot - Es lebe der Euro.«¹⁷⁷ In einem anderen Beitrag schrieb *Die Welt*: »Die einheitliche Währung sorgt für Stabilität, Vertrauen und Berechenbarkeit.« Es war ein Propagandabeitrag von Wim Duisenberg, damals Präsident der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.¹⁷⁸ *Welt*-Autor Nikolaus Blome fabulierte vom Euro als einem »Triumph für Europa« und machte Menschen im angeblichen Siegestaumel der Euro-Einführung aus: »Am Tag eins und zwei zieht der Euro wie im Triumph durchs Land, und die Menschen stehen Schlange in den Banken, um nur ja bei den Ersten zu sein.«¹⁷⁹ *Welt*-Kommentator Carl Graf Hohenthal machte sich derweil über die Unkenrufer - die Euro-Kritiker - unter der Überschrift »Grund zu Freude« lustig, schrieb am 2. Januar 2002: »Die Begeisterung, mit der die Deutschen in der Silvesternacht die Ausgabe der Euro-Scheine gefeiert haben, lässt alle Kritiker verstummen, die jahrelang vor der neuen Währung gewarnt haben. Jetzt ist der Euro endgültig da, und es gibt keinen Grund, länger an ihm herumzukritteln. Die letzten Miesmacher lamentieren nur noch über das Aussehen der Scheine, die nicht jedem gefallen, doch auch daran wird man sich bald gewöhnt haben. (...) Die Unkenrufer (...) müssen enttäuscht werden.«¹⁸⁰ Miesmacher und Unkenrufer - so sahen die führenden Journalisten Deutschlands die Euro-Kritiker. Euro-kritische Stimmen suchte man in jenen Tagen in den Medien vergeblich - sie wurden überall in der Jubelstimmung unterdrückt.

Die *Bild-Zeitung* erklärte den Euro bereits 1998 zur »Wunderdroge« und pries ihn am 27. Februar des Jahres gar wie ein Arzneimittel an: »Wirkt gegen Inflation! Dank Euro sind die Preise so stabil wie seit 50 Jahren nicht mehr. Wirkt

gegen Haushaltsdefizite! Dank Euro sparen heute selbst Italien, Portugal und Spanien pickelhart. (...) Aber die Arbeitslosigkeit? Auch dagegen beginnt der Euro zu helfen! Er schafft ein Geld und einen Wirtschaftsraum von Lappland bis hinunter zur Algarve. Dort überall zieht die Konjunktur endlich wieder an - und auch bei uns. Wunder-Euro, Euro-Wunder!«

Euro-Kritik wurde in der *Bild*-Zeitung lange Zeit nicht geduldet, sie nannte Euro-Skeptiker stattdessen beispielsweise am 24. April 1998 »Profilierungssüchtige« und Debatten über die Nachteile einer europäischen Währung »Wahlkampfmätzchen«. Man hätte auch salopper sagen können: Euro-Kritiker, Maul halten! Auch *Die Welt* schwelgte damals in Tönen, die heute peinlich anmuten: »Der Euro wird Brücken bauen und Tore öffnen, wie es seine Scheine symbolisch zeigen. Kriege sind zwischen Ländern, die eine gemeinsame Währung haben, nicht mehr denkbar. Europa ist einen großen Schritt weitergekommen. Deshalb haben seine Bürger allen Grund zur Freude.«¹⁸¹ Erst einige Jahre später erkannte der Springer-Verlag den Fehler und druckte dann 2011 folgende Überschrift: »Deutschland muss raus aus der Eurozone.«¹⁸² Doch da waren längst weite Teile unserer Vermögen durch den Euro-Wahn vernichtet worden.

Das Gold der Deutschen

Im Jahr 1999 wurde der Euro zunächst als reine Verrechnungswährung eingeführt, seit dem 1. Januar 2002 gab es ihn auch in Bargeldform. Was hatte man uns Bürgern in Hinblick auf den Euro nicht alles versprochen: Ernst Welteke, von 1999 bis 2004 Präsident der Deutschen Bundesbank, sagte zur Einführung des Euro als Buchgeld im Januar 1999, der Euro werde Arbeitsplätze in Deutschland sichern und er werde »zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen«.¹⁸³ Deutschland werde zudem zu den Gewinnern der Währungsunion gehören, weil es die D-Mark aufgebe. Zwei Jahre später folgten ähnlich starke

Worte: »Der Euro ist so stabil wie die D-Mark.« Das erklärte SPD-Mann Ernst Welteke, ein gelernter Landmaschinenschlosser, im Dezember 2001 in einem Interview des Südwestrundfunks - wenige Tage vor der Einführung des Euro als Bargeld. Haben Sie heute das Gefühl, dass der Euro Ihren Arbeitsplatz sichert und Ihnen Wachstum und Beschäftigung beschert hat? Können Sie sich zudem noch daran erinnern, wo Ex-Bundesbankchef Welteke die Einführung des Euro feierte und warum er zurücktreten musste? Es gab damals ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen 7500 Euro Übernachtungskosten im Berliner Luxushotel *Adlon*, die die Dresdner Bank für Welteke, seine Frau, ihren Sohn und dessen Freundin übernommen hatte. Der Euro sicherte Wohlstand - bei der Familie Welteke. Wie fühlen Sie sich, wenn Sie bedenken, dass Sie falschen Propheten vom Schlage eines Herrn Welteke heute die üppige und wohl eher unverdiente hohe Rente finanzieren? Welteke reichten rund 8000 Euro Altersbezüge nicht. Er klagte - und erhält jetzt rund 13 000 Euro Pension. Der Mann ist heute übrigens auch Direktoriumsmitglied der *Banco Kwanza Invest*, einer angolanischen Investitionsbank. Sie wurde von José Filomeno de Sousa dos Santos, einem Sohn von Staatspräsident und Multimilliardär José Eduardo dos Santos, gegründet. Die Familie dos Santos ist die dienstälteste Despotenfamilie und eine der korruptesten in ganz Afrika. Wie wir sehen, sind jene Menschen, die uns als falsche Propheten die Crash-Währung Euro aufgeschwätzt haben, mit Vorsicht zu genießen. Viele von ihnen gehören wohl eher in den Knast als auf die Rentnerbank. Gott sei Dank hat man Welteke aus dem Verkehr gezogen, bevor er seinen Plan verwirklichen konnte, das deutsche Gold der Bundesbank in Wertpapiere einzutauschen¹⁸⁴ - die heute wohl wertlos wären. Die *Wirtschaftswoche* schrieb einmal dazu: »Dem Übergang von der D-Mark zum Euro in zwei Etappen 1998/99 und 2001/02 folgte eine Affäre, die sich möglicherweise zum entscheidenden Teil - wieder um das deutsche Gold drehte. Am 25. März ließ der damalige Bundesbankpräsident Ernst Welteke die Leser der FAZ wissen: >Wir müssen

auf mittlere Frist überlegen, ob wir in geringem Umfang und marktschonend einiges von unserem Gold in Wertpapiere umwandeln können.< Die anschließende Diskussion über Weltekes Vorschlag war kurz, aber heftig. Zunächst blieb alles beim Alten - bis Welteke viel später und scheinbar unabhängig vom Thema Gold seinen Präsidentenposten räumen musste.«¹⁸⁵ Welteke sagte übrigens laut Protokoll der Deutschen Bundesbank bei der Euro-Pressekonferenz am 2. Januar 2002 wörtlich: »So viel Stabilität wie seit der Euro-Einführung gab es noch nie in Europa.«¹⁸⁶ Man kann über diesen Mann - und über viele andere Euro-Enthusiasten - heute nur noch den Kopf schütteln.

Während Ernst Welteke das Gold der Deutschen verhökern wollte¹⁸⁷ und uns seinerzeit Wachstum, Beschäftigung und Stabilität versprach, versicherte der damalige Präsident der EU-Kommission, Romano Prodi, den Deutschen in jenen Tagen im Dezember 2001 im *Focus*: »Der Euro senkt die Preise.« Und der frühere Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger trat Befürchtungen entgegen, der Euro werde weniger stabil sein als die D-Mark. In einem Interview mit der *Welt am Sonntag* erklärte Schlesinger im Dezember 2001, die Europäische Zentralbank betreibe eine ähnlich straffe Politik wie die Bundesbank. »Ich bin deshalb zuversichtlich, dass der Euro den Vergleich mit der Mark nicht scheuen muss.« Nach allen Umfragen sah das die Bevölkerung allerdings völlig anders: Rund 85 Prozent der Befragten hatten nach einem Bericht des ZDF-Magazins WISO vom Dezember 2001 den Eindruck, dass die Preise durch die Einführung des Euro steigen. Sie hatten auch Angst davor, Stück für Stück ihre Ersparnisse durch den Euro zu verlieren. »Mit dem Austausch der D-Mark steht nicht nur eine Währung auf dem Spiel, sondern ein ganzes Wertesystem«, stellte damals das Freiburger Institut für psychologische Wirkungsforschung IFM fest. In der D-Mark stecken die deutschen Tugenden und Leistungen, mit denen die Nachkriegsgeneration Deutschland zu einer der führenden Wirtschaftsmächte wieder aufgebaut hat: »Mit der D-Mark verbinden sich für jeden Einzelnen erleb-

te Erfolge und durchgestandene (Geld-)Nöte«, hieß es in einer Studie der Freiburger Psychologen. Und dann vererbe Deutschland die D-Mark an Europa »auf höheren Befehl«.

Durchhalteparolen und Büttreden

Als der Euro eingeführt wurde, waren die Versprechen unserer Politiker wahrlich vollmundig. Mit dem Euro beginne eine neue wirtschaftliche Blütezeit in Deutschland und in den Nachbarländern. Die Gemeinschaftswährung werde so stark wie die D-Mark sein. Die Europäische Zentralbank richte ihre Politik nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank aus. Finanzielle Hilfen zugunsten leistungsschwacher Euro-Staaten werde es ganz sicher nicht geben ... Heute ist von diesen Versprechen nichts mehr übrig geblieben. Der Euro steht vor dem Crash, alle großen deutschen Unternehmen spielen die Rückkehr zur D-Mark durch, in Österreich die Rückkehr zum Schilling. Der Euro muss ständig durch milliardenschwere Rettungsschirme und Kredite an überschuldete EU-Staaten stabilisiert werden. Alle Stabilitätsversprechen der Europäischen Zentralbank sind längst Makulatur. Das Haftungsrisiko für die deutschen Steuerzahler steigt von Tag zu Tag, ebenso die Inflationsgefahr. Die Renten- und Sozialleistungen werden gekürzt, die Steuern brutal erhöht. Das Sparvermögen und die Altersrücklagen von Millionen Menschen sind - wieder einmal - bedroht. Im Klartext: Für das völlige Versagen von Politik und Medien haftet jetzt der Bürger. Genau davor hatten die Euro-Kritiker vergeblich gewarnt. Doch Politik und Medien wollten das lange Zeit nicht hören.

Erinnern Sie sich noch an den Neujahrstag 2002? Es war jener Tag, an dem der Euro zum gesetzlichen Zahlungsmittel wurde, es war ein Tag der großen Worte: Das neue Geld sei ein klares Signal für Vertrauen und Hoffnung in Europa, sagte der damalige Präsident der Europäischen Zentralbank, Wim Duisenberg. Rund 300 Millionen Bürger würden gemeinsam eine

symbolische Brücke überqueren - »zu größerer Offenheit und engerer Kooperation zwischen unseren zwölf Staaten«, erklärte er. Schon in ein paar Wochen würden sich die Leute gar nicht mehr erinnern, dass es einmal eine andere Währung gegeben habe, prophezeite der Niederländer. Dummerweise kam alles ganz anders. Man spürte das schon unmittelbar nach der Euro-Einführung, denn gleich in den ersten Januartagen appellierte die EZB an die Öffentlichkeit, die in den Euro-Starter-Kits enthaltenen Münzen doch auch für Zahlungsverkehrszwecke zu verwenden. Die Deutschen nahmen weiterhin D-Mark. Und die Österreicher nahmen weiterhin Schilling. Da die Leute das wenig vertrauenserweckende neue Geld lieber horteten, anstatt es sofort wieder auszugeben, sei es auf lokaler Ebene bei einigen Münzen zu Engpässen gekommen, berichtete die Zentralbank. Der Umlauf nationaler Währungen hatte sich allein vom 1. bis 8. Januar 2012 bereits von 270 Milliarden auf 210,1 Milliarden verringert. Politik und EZB reagierten, wie man als Machthaber in solchen Situationen reagiert, wenn das dumme Volk nicht hören will: Die Propaganda wurde zugunsten des Euro hochgefahren. Besonders viel half das offenkundig nicht, denn zur Jahreswende 2012/2013 hatten die Deutschen noch immer 13,2 Milliarden D-Mark in den Taschen, elf Jahre nach Euro-Einführung.¹⁸⁸ Man erkennt daran, wie sehr die Deutschen der D-Mark noch immer verhaftet sind, trotz aller gegenteiligen Propaganda.

Wie sehr Euro-Kritik in Deutschland verpönt ist, konnte man im September 2010 erkennen. Seinerzeit fand in Berlin eine Konferenz unter dem Motto »Der Euro vor dem Zusammenbruch« statt. Es referierten bekannte Euro-Gegner wie die Professoren Wilhelm Hankel, Karl Albrecht Schachtschneider und Max Otte. In den deutschsprachigen Massenmedien wurde der Kongress totgeschwiegen.¹⁸⁹ Weil keine deutschen Medien anwesend waren, wurde die Konferenz nur vom Moskauer Fernsehsender *Russia Today* übertragen. Mit anderen Worten: Die Menschen in Russland sind besser über den Zustand unserer Währung informiert als jene, die ihre Ersparnisse in ihr horteten.

Die Angst, dass die Bürger die Wahrheit über das unheilvolle Geld erfahren, scheint in Politik und Medien weiterhin groß zu sein. Kein Wunder: Schließlich hat die Bundesregierung willfährige Helfershelfer in ihren Reihen, die den Bürgern ständig Sand in die Augen streuen. Einer, den man dabei künftig wird besonders beobachten müssen, ist der Ostwestfale Ludger Schuknecht aus Bad Driburg. Finanzminister Wolfgang Schäuble machte Schuknecht 2011 zum Leiter der Grundsatzabteilung seines Ministeriums. Vorher war Schuknecht fiskalpolitischer Abteilungsleiter der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. Schuknecht gilt als Merkels »SuperÖkonom«.¹⁹⁰ Um zu verstehen, wie Merkel und Schäuble beim Thema »Euro« denken, muss man sich nur eine Rede ihres Beraters Schuknecht antun. Was man da zu hören bekommt, ist der gleiche Unsinn, sind die gleichen Durchhalteparolen wie vor der Euro-Einführung. Schuknecht erklärte im Dezember 2012 in Bad Driburg allen Ernstes: »Insgesamt befindet sich die Wirtschaft in der Euro-Zone auf einem moderaten aber stabilen Wachstumstrend. Auch die Krisenstaaten sind auf dem Weg zurück in die Normalität.« Nein, das war keine Büttenrede. Das war Sandstreuer-Propaganda vom Feinsten. Bis zum Jahr 2017 hätten Krisenstaaten wie Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und Italien ihr Staatsdefizit eingedämmt, behauptet der »Superökonom«. Zu den Euro-Rettungsschirmen wird er mit den Worten zitiert: »Das Geld ist nur geliehen und nicht geschenkt und wird - Griechenland einmal ausgenommen - auch von den anderen Staaten vollständig zurückgezahlt.«¹⁹¹ Was wohl die Euro-Kritiker der ersten Stunde vom Schlage eines Professor Wilhelm Hankel dazu sagen? Doch die werden weder im Kanzleramt noch im Finanzministerium wahrgenommen. Dort hört man auf Menschen wie Schuknecht. Wir kennen diese Verheißungen ja irgendwie aus der Geschichte.

Erinnerungen an die stabile D-Mark

Dass die Deutschen gegenüber der Europäischen Währungsunion und dem Euro besonders kritisch eingestellt sind, ist kein Wunder. Innerhalb der vergangenen 100 Jahre hat ein Großteil der Bevölkerung schon zweimal, 1923 und 1948, faktisch seine Ersparnisse verloren. Wer sein Geld aufs Sparbuch gebracht oder in Form von verzinslichen Wertpapieren angelegt hatte, der wurde kalt enteignet. Klug beraten war dagegen, wer sein Vermögen in Form von harten Devisen oder Sachwerten hielt: Aktien, Immobilien, Gold. Ganz schlau waren diejenigen, die in dieser Zeit mit Schulden ein Vermögen begründeten. Denn steigende Inflation bedeutet: Sachwert schlägt Geldwert.

Erinnern wir uns: Die Deutsche Mark ist ebenso wie der Euro nicht per Volksentscheid eingeführt worden, sondern von den Alliierten. Die Deutschen in den westlichen Besatzungszonen wurden erst wenige Tage vor der Einführung der DM im Juni 1948 in Kenntnis gesetzt. Auch der Name »D-Mark« war eine amerikanische Idee. Der Legitimation und der Akzeptanz der Währung in der Bundesrepublik tat das später keinen Abbruch. Inzwischen ist längst in Vergessenheit geraten, dass es wegen der Einführung der Mark in der amerikanischen und britischen Besatzungszone im November 1948 zu einem Generalstreik kam. Es gab Widerstand in der Bevölkerung. Robert Lochner, Sprecher der amerikanischen Militärverwaltung, verkündete am 18. Juni 1948 im Befehlston: »Das neue Geld heißt die Deutsche Mark, jede Mark hat 100 Deutsche Pfennige.« Er fuhr fort: »Indem die westlichen Besatzungsmächte Deutschland eine gesunde Währung geben, verfolgen sie das Ziel eines vom Westen her geeinigten Deutschlands, das, befreit von Chaos, seinen Platz in der Gemeinschaft der freien Völker wieder einnehmen kann.« Am 20. Juni 1948 wurde in den drei Westzonen (der amerikanischen, der englischen und der französischen) die D-Mark eingeführt, vier Tage später bekam die sowjetische Besatzungszone eine neue Währung: Die alte Reichsmark wurde dort in die sogenannte »Tapetenmark« getauscht. »Tapeten-

mark« deshalb, weil briefmarkenähnliche Coupons einfach auf die alten Scheine aufgeklebt wurden. In der sowjetischen Besatzungszone nutzte man die Währungsreform zur Durchsetzung der Planwirtschaft, im Westen war sie Ausgangspunkt eines ungestümen Aufschwungs der Marktwirtschaft. Wenn es für die Deutschen nach 1945 Grund für einen berechtigten Nationalstolz gab, dann wegen der D-Mark. Umso schwerer fiel deshalb die Trennung von ihr. (Man stelle sich vor, die Franzosen müssten auf ihre Trikolore verzichten.) Nicht nur im Westen Deutschlands war die D-Mark begehrt. Im Osten war sie im Herbst 1989 während der sogenannten Wende Objekt der Begehrde auf zahlreichen Leipziger Montagsdemonstrationen. Auf Spruchbändern war dort die Parole zu lesen: »Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, so gehen wir!« Für die Deutschen war der Verzicht auf die eigene Währung noch schwerer als für Franzosen, Belgier oder Italiener. Zum einen stand die D-Mark für Sicherheit und Stabilität, Wohlstand und Wirtschaftswunder. Inflationen, wie sie in den Jahren 1923 und 1948 die alte Reichsmark erschütterten, hatte es mit der D-Mark nicht gegeben. Zum anderen wurde die D-Mark in ihrer 50-jährigen Geschichte zu einem nationalen Symbol. Sie hatte eine Identifikationslücke gefüllt. Bürger anderer Länder können ihre Nationalhymnen mit Inbrunst singen oder sich vor ihrer Nationalflagge verneigen. Die Deutschen aber mussten sich nach dem Missbrauch dieser traditionellen nationalen Embleme in der Zeit des Nationalsozialismus neue Symbole der nationalen Identität suchen. Sie fanden sie in der D-Mark. Das alles hatte sich als kollektive Erfahrung tief in das Bewusstsein der Deutschen eingepägt. Dann jedoch kamen Helmut Kohl, Theo Waigel und all die anderen und zerstörten das letzte Symbol der nationalen Identität der Deutschen. Schließlich, und das ist besonders tragisch, wiederholt sich auch noch die verheerende Geschichte. Zum dritten Mal erleben die Menschen jetzt eine kalte Enteignung - dieses Mal durch den Euro-Wahn. Jedenfalls müssen sie wieder um ihre Sparguthaben zittern.

Was viele vergessen: CDU-Wähler stimmten gegen die D-Mark

Diskutiert man heute über den Euro, dann schlägt die Stimmung schnell ins Negative um. Heutzutage ist die Abneigung vieler Deutscher gegen die Gemeinschaftswährung groß, und nicht wenige behaupten, dass die "Währung gar keine Legitimation habe, weil das Volk zur Abschaffung der D-Mark nicht gefragt worden sei. Es ist richtig, dass es in Deutschland keine Volksabstimmung über den Euro gegeben hat. Aber die Bundesrepublik Deutschland ist eine repräsentative Demokratie. Die politischen Entscheidungen und die Kontrolle der Regierung werden somit nicht direkt von uns Bürgern, sondern vom Parlament ausgeübt. Und unsere gewählten Volksvertreter haben den entsprechenden Verträgen zugestimmt, um den Euro 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld einzuführen. Vor allem aber muss man wissen: Das Volk hatte die Wahl. Der Euro war nicht das Ergebnis einer Nacht-und-Nebel-Aktion, sondern stand bereits 1970 mit dem sogenannten Werner-Plan erstmals ganz konkret auf der langfristigen politischen Agenda. 1992 wurde die Einführung des Euro mit dem Vertrag von Maastricht auf europäischer Ebene schließlich auf den Weg gebracht. Das alles geschah nicht heimlich. Am 23. April 1998 stimmte dann der Bundestag der Einführung mit 632 von 672 Stimmen zu.¹⁹² Schauen Sie sich einmal in Ruhe die Redebeiträge aus den Bundestagssitzungen zum Euro an. Jeder, der mit dem Ende der D-Mark nicht einverstanden war, wurde als »Populist« gebrandmarkt. Das galt selbst noch an jenem legendären 23. April 1998, als die Volksvertreter brav die Aufgabe unserer stabilen Währung abnickten. Hans-Dietrich Genscher (FDP) beschwor die Abgeordneten, die Einigkeit Europas dürfe nicht »populistischer Beliebigkeit anheimfallen«¹⁹³. Auch CDU-Politiker Heinrich Lummer nannte Euro-Skeptiker »Populisten«. Es war merkwürdig, dass alle an jenem Tag vergessen hatten, welch wichtiges historisches Datum man in jenem Jahr feierte: den 50. Geburtstag der D-Mark. Statt ein halbes Jahrhundert

Stabilität und Erfolgsgeschichte zu feiern, zerstörten die Abgeordneten sie.

In diesem Zusammenhang ist das Folgende kaum zu glauben: Nach Angaben der Bild-Zeitung vom 24. April 1998 stieß die Euro-Debatte nicht auf das Interesse der Bundestagsabgeordneten. *Bild*: »Auf den hinteren Bänken lasen Abgeordnete derweil den Sportteil der Tageszeitungen (>Berti Vogts: Unser Weg zur WM<), diskutierten über Model-Fotos in Illustrierten, verteilten Schoko-Küsschen.« Der Abschluss der Debatte wurde wie folgt beschrieben: »Nach achteinhalb Stunden Debatte dann die historische Abstimmung. Um 17.55 Uhr verkündet Bundestagsvizepräsident Hirsch das Ergebnis: Der Bundestag beschließt die Abschaffung der D-Mark und die Einführung des Euro.« Den Beschluss des Bundestages zur Einführung des Euro kommentierte das Blatt als »gelungenen Start Deutschlands in das Zukunftsprojekt Euro«. Kritik duldet die *Bild* nicht: »Für Profilierungssüchtige und Wahlkampfmäzchen ist bei diesem wichtigen Thema jetzt kein Platz mehr.«

In all den Jahren bis zu dieser entscheidenden Abstimmung waren die Wähler in Deutschland immer wieder dazu aufgerufen, den Bundestag zu wählen. Was viele heute vergessen: Über 16 Jahre, von 1982 bis zum Ende der Legislatur 1998, beschernten sie der Koalition aus Union und FDP, die die D-Mark abschaffen wollte, einen Wahlsieg nach dem anderen und Helmut Kohl die längste Kanzlerschaft Deutschlands. Wer Kohl wählte, der musste wissen, dass er sich auch für den Euro und gegen die D-Mark entschieden hatte. Diesen wichtigen Fakt darf man heute nicht unter den Teppich kehren. Auch als die Einführung des Euro immer konkreter wurde, regte sich bei der Bundestagswahl 1998 an den Wahlurnen kein Widerstand in der deutschen Bevölkerung. Von 60,45 Millionen Wahlberechtigten stimmten damals gerade einmal 430 000 Wähler für die Partei »Pro DM«, die damit auf einen Anteil von lächerlichen 0,9 Prozent der gültigen Stimmen kam. Der Bund freier Bürger von Manfred Brunner, der die Maastricht-Verträge ablehnte, kam auf nur 0,2 Prozent (121 196 Stimmen).¹⁹⁴ Noch-

mals: Von 60,45 Millionen Menschen, die bei Umfragen mehrheitlich für den Erhalt der D-Mark waren¹⁹⁵, nahm nur rund eine halbe Million die Chance wahr, den Euro mit ihrer Stimme zu verhindern. Das heißt also im Klartext: Die Bürger haben die Einführung des Euro mehrheitlich unterstützt. Das muss man heute auch deutlich hervorheben und jenen sagen, die jetzt mit dem absehbaren Crash ihrer Sparguthaben rechnen und deshalb unzufrieden und wütend sind. Eine völlig andere Sache ist es, ob ihnen Politik und Medien zuvor die Wahrheit gesagt oder sie systematisch belogen haben.

Die Tatsache, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen ihre eigenen Mehrheitsinteressen wählt, finden wir auf (fast) allen Gebieten. Unbestritten stimmt eine Mehrheit dem Ex-Bundesbanker Thilo Sarrazin zu, wenn dieser beim Thema »Zuwanderung« den sofortigen Stopp unqualifizierter Zuwanderer fordert. Doch regelmäßig wählen wir mit großer Mehrheit Parteien, die sich auf die Fahnen geschrieben haben, möglichst jeden in unser Land zu lassen. Das alles führt mitunter zu den absurdesten Situationen. Da hetzt Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse gegen deutsche Zuzügler in Berlin. Denken Sie einmal darüber nach: Der Berliner SPD-Politiker setzt sich für Migranten aus anderen Kulturkreisen ein und fordert stets mehr Verständnis für deren Verhalten. Ganz anders im Falle von Deutschen, die den Wohnort wechseln. Thierse hob Ende 2012 in Berlin hervor, er persönlich habe nichts gegen Schwaben, doch seien schwäbische Zuwanderer in Berlin zum Sinnbild für die negativen Veränderungen am Prenzlauer Berg in den vergangenen 20 Jahren geworden. Im südlichen Teil des Viertels seien rund 90 Prozent der jetzt dort lebenden Menschen seit 1990 zugezogen »und das heißt doch zugleich, da müssen andere verdrängt worden sein«¹⁹⁶. Auch wenn gegen Veränderung nichts einzuwenden sei, gebe es eben auch eine »unfreundliche Rückseite«. Dafür sei der Schwabe der Inbegriff geworden, denn »man erkennt ihn halt so schnell, wenn er den Mund aufmacht«. Thierse stört sich daran, dass Brötchen in Berlin heute zum Teil als »Wecken« verkauft werden und nicht

als »Schrippen«. Türkische Namen für Lebensmittel stören ihn dagegen nicht. Dieses Paradox finden wir auf vielen Gebieten. Erklären kann man es nur, wenn man weiß, wie wir von skrupellosen Politikern und Medien manipuliert werden.

Akademische Nullnummern? Peter Bofinger und Jürgen Stark

Vor Jahren hat die *Neue Zürcher Zeitung* einmal definiert, was gute Politiker und Journalisten ausmacht: Sie wissen heute und auch morgen noch, was sie gestern geschrieben oder gesagt haben. Die meisten Politiker und Journalisten im deutschsprachigen Raum erinnert man besser nicht an das, was sie vor der Euro-Einführung gesagt oder geschrieben haben. Denn sie müssten dann einen tiefroten Kopf bekommen und vor Scham im Boden versinken. Brechen wir also das Tabu und sorgen für viele rote Köpfe.

Manch einer, der damals aus heutiger Sicht viel Schmarrn verbreitete, ist inzwischen aufgestiegen. Je rosiger die Prognosen zum Euro, desto höher offenkundig der Aufstieg. Man sieht das etwa an Peter Bofinger, der heute Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist. Bofinger war von Anfang der 1990er-Jahre an ein engagierter Vorkämpfer für den Euro - was seiner Karriere trotz seiner Fehlprognosen über diese Währung offenkundig nicht geschadet hat. Ein Beispiel: In dem 1993 von Rudolf Hrbek herausgegebenen Sammelband zum Vertrag von Maastricht schrieb Bofinger: »Insgesamt gesehen sind also die Risiken der Währungsunion durchaus überschaubar (...) Im Ganzen gesehen erweist sich das Modell der Währungsunion somit als eine Stabilitätszone im doppelten Sinne.«¹⁹⁷ Ein durchschnittlicher Bundesbürger würde heute dazu sagen: Im Ganzen gesehen Unsinn. Setzen. Sechs.

Als 155 der renommiertesten Ökonomen Deutschlands im Jahr 1998 den Stopp der Euro-Einführung forderten, da gab

Bofinger der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein Interview und posaunte überheblich: »Die Zeit ist reif für den Euro.« In dem Interview stellte er die renommiertesten deutschen Ökonomen wie dumme Schuljungen dar, sagte etwa, sie stellten »die Dinge auf den Kopf«. ¹⁹⁸ Bofinger, der steil aufgestiegen ist, war wohl aus der Sicht eines Durchschnittsbürgers rückblickend eher ein schlimmer Finger. Selbst er sprach 2012 davon, das Euro-Aus sei eine »denkbare Option«. ¹⁹⁹ Für diese Erkenntnis hat der »Sachverständige« unendlich lange Zeit gebraucht. Noch 2008 berichtete das *Handelsblatt* über ihn: »Bofinger ist zuversichtlich. >Ich bin überzeugt, dass die Währungsunion Bestand hat<, sagt er.« ²⁰⁰ So ist das eben mit »Experten« vom Schlage eines Herrn Bofinger. Sie prostituieren sich mit ihren Aussagen so, wie es gerade passt. Heute sagt der Mann zur Politik, diese solle »sich ernsthaft überlegen, ob es nicht besser wäre, zum Eingang zurückzukehren, das heißt zur Welt der nationalen Währungen«. ²⁰¹ Das formuliert ausgerechnet jener Mann, der 155 Wissenschaftler, die als Volkswirte die Einführung des Euro mit einem Manifest kritisierten, wie dumme Schuljungen nieder machte (siehe oben). Zudem sprach Bofinger 1993 davon, die Euro-Währungsunion werde eine Geldpolitik »verwirklichen, die mit der europäisch ausgerichteten Ordnung der Finanzmärkte kompatibel ist«. ²⁰² Der Dortmunder Wirtschaftsprofessor Walter Krämer nannte Bofinger 2012 eine »akademische Nullnummer«, entschuldigte sich dann aber dafür. ²⁰³ Wir beschäftigen uns in diesem Buch nicht mit »akademischen Nullnummern«, sondern vorrangig mit jenen, die korrekte Prognosen abgegeben haben. Die sitzen heute allerdings weder im Sachverständigenrat, noch wurden sie sonst wie protegiert. Im Gegenteil.

Der Euro, das Lieblingsprojekt der politischen Eliten, wurde unterdessen - ohne Rücksicht auf Verluste, wie wir gegenwärtig erleben - ins Werk gesetzt. Es ging dabei von Anbeginn an nicht nur um eine Währung. Der Euro war niemals ein monetäres, sondern vor allem ein lupenrein politisches Projekt und sollte der Schaffung eines neuen Imperiums nach US-Vor-

bild, der »Vereinigten Staaten von Europa«, Vorschub leisten. Auf direktem Wege - über entsprechende Referenden - wäre dieser größtenwahnsinnige Plan unmöglich zu realisieren gewesen, das war der herrschenden politischen Klasse klar. Deshalb setzte sie auf »Sherpas« wie Jürgen Stark, die nicht wie viele deutsche Professoren »nervten«. Die *Wirtschaftswoche* nannte jene, die für Kohl und Waigel damals die Drecksarbeit erledigten, »Sherpas« und porträtierte im April 1998 den für Währungsfragen im Finanzministerium zuständigen Staatssekretär Jürgen Stark mit eher unschönen Worten. Weil der immer dann in Besprechungen geschickt wurde, wenn es für Kohl oder Waigel unangenehm wurde, nannte man ihn »Kanzler-Sherpa«. Dieser Kanzler-Sherpa war es auch, der die »Aktion Goldfinger« erfunden hatte: Mit der Höherbewertung der Bundesbank-Goldreserven wollte sich die Kohl-Regierung vor der Bundestagswahl aller Etatnöte entledigen. Die Bundesbank revoltierte zwar gegen den unseriösen Plan, doch letztlich wurde Jürgen Stark, der Kohl beim Euro so sehr geholfen hatte, 1998 deren Vizepräsident.²⁰⁴ Einer, der den Euro so skrupellos unterstützte und maßgeblichen Einfluss auf die internationale Wirtschaftspolitik der Regierung hatte, wurde immer weiter befördert: Stark avancierte später zum Chefvolkswirt der EZB - und war mitverantwortlich für das Euro-Desaster. Wir haben solche erstaunlichen Karrieren in diesem Buch bereits an anderen Stellen beschrieben. Jener Mann, der maßgeblich am Euro-Wahn beteiligt war, kündigte am 9. September 2011 aus persönlichen Gründen seinen Rücktritt vom Amt als Direktoriumsmitglied der EZB an. Später, im Dezember 2011, begründete er den Rücktritt mit seiner Unzufriedenheit über die Entwicklung der EU-Währungsunion.²⁰⁵ Die Einmischung und die Forderungen der Politik gegenüber der EZB wollte er nicht mehr mittragen. Dem Kanzler-Sherpa war wohl klar geworden, was er und seine Gesinnungsgenossen angerichtet hatten.

Der Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck hat Jürgen Stark ein zweifelhaftes Denkmal gesetzt. Er schreibt in seinem Buch *Gescheitert* über Stark, dieser sei »später in der Bundes-

bank und in der Europäischen Zentralbank (EZB) maßgeblich für viele falsche Entscheidungen« verantwortlich gewesen.²⁰⁶

Diskrete Werbebriefe: das doppelte Spiel der Banken in Bezug auf den Euro

Manche hatten bei der Einführung des Euro ein doppeltes Spiel gespielt, etwa die Deutsche Bank. Auf der einen Seite hatte sie damals gegenüber dem Durchschnittsbürger für die Einführung des Euro geworben und von dessen angeblichen Vorzügen geschwärmt. Auf der anderen Seite hatte sie wohlhabenden Deutschen diskret Post mit Angeboten ins Haus schicken lassen, wie diese ihr Vermögen vor den absehbaren Risiken des Euro schützen könnten. Die Deutsche Bank empfahl betuchten Kunden damals den Ausstieg aus der Euro-Zone - und den Kauf von Schweizer Franken. Sie will heute allerdings nicht daran erinnert werden. Schließlich könnte manch ein Bürger fragen, was da eigentlich gespielt wurde und warum wir Steuerzahler nun solche Bankinstitute mit unseren Steuergeldern stützen müssen. Falls ein Mitarbeiter der Deutschen Bank diese Zeilen liest und seinen Augen nicht traut, dann kann er den Wahrheitsgehalt schnell nachprüfen. 1995 hat die Deutsche Bank Werbebriefe verschickt und diskret für Investitionen in Schweizer Franken - und nicht in den künftigen Euro - geworben.

Einer, der dieser Werbebriefe für eine erlesene Kundschaft erhielt, war Günter Ermisch, damals Staatssekretär und Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund. Ermisch war empört und gab den Brief an das Bundesfinanzministerium und an die Deutsche Bundesbank weiter. Man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass die Frankfurter Großbank damals zu den engagiertesten Verfechtern der Aufgabe der D-Mark und der Einführung des Euro gehörte. Als beispielsweise die EU-Kommission im Sommer 1995 ihr Grünbuch zur geplanten Währungsumstellung in Frankfurt vorstellen wollte, übernahm sofort die Deutsche Bank die Schirmherrschaft dafür. Die ge-

genüber der Währungsunion eher distanzierte Deutsche Bundesbank reagierte verärgert, man hatte sie nicht einmal gefragt. Ausgerechnet diese Deutsche Bank, die mit geschicktem Marketing in der Öffentlichkeit die Vorzüge des Euro lobte, startete bei bestimmten Kunden eine »Pro-Helvetia-Aktion« und empfahl Investoren aus Sicherheitsgründen beim Ende der D-Mark auf den Schweizer Franken umzusteigen. Als das auch nur ansatzweise infolge der Proteste des Staatssekretärs Günter Ermisch bekannt wurde, distanzierte sich der Vorstand der Deutschen Bank vorsichtshalber von der Maßnahme.

Dummerweise war die Aktion kein Einzelfall - und es gab sie auch nicht nur bei der Deutschen Bank. Klaus Methfessel, damals stellvertretender Chefredakteur der *Wirtschaftswoche*, berichtete 1996, auch die Dresdner Bank habe in jener Zeit ihren erlauchten Kunden zum Ende der D-Mark-Zeit Schweizer Franken empfohlen. Methfessel schrieb 1996: »Während sie politisch für die Währungsunion werben, weisen sie ihre Kunden diskret auf ihre Produkte und Operationsbasis am Finanzplatz Zürich hin. Intern haben etliche bereits ihre EDV-Systeme umgestellt, um beim Ende der D-Mark Kunden die Umbuchung von Einlagen in Schweizer Franken zu erleichtern, sofern diese es wünschen. Als Bundesbank und Bundesregierung dieser Geschäftsstrategie gewahr werden, werfen sie den Banken ein Doppelspiel vor.«

Schon hier wird klar: Jene Banken, die sich öffentlich als glühende Verfechter des Euro brüsteten und die Vorzüge und dessen angebliche Stabilität lobten, haben wahrscheinlich ganz genau gewusst oder geahnt, dass sie die Masse der Kunden betrügen. Nicht anders war es bei den Politikern, auch sie müssen das alles gewusst haben. Auch die meisten Journalisten haben lieber staatstreue Propaganda für den Euro gemacht, statt den Euro-Kritikern Gehör zu schenken. Warum jagen wir diese Versager nun nicht endlich zum Teufel?

Legendär sind die Falschprognosen des Professors Norbert Walter, von 1990 bis 2009 Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Er verstarb 2012. Ein Beispiel für seinen hanebüchene Unsinn

findet man im Sonderheft der *Ärzte Zeitung*, das zur Einführung des Euro herausgegeben wurde. Für diese Euro-Sonderausgabe erhielt die *Ärzte Zeitung* einen Preis: den *European Newspaper Award 2002*. Wer das Sonderheft heute zur Hand nimmt, der kommt aus dem Lachen nicht mehr heraus. Die Zahl der falschen Vorhersagen, die von anerkannten »Experten« wie Norbert Walter Anfang 2002 über die Zukunft des Euro getroffen wurden, war einfach sagenhaft. So sah der Deutsche-Bank-Chefvolkswirt alle Skeptiker widerlegt, die befürchteten, »dass die zur Kontrolle der Budgetdefizite notwendige Haushaltsdisziplin fehlen würde«. Auch schrieb Walter damals in der *Ärzte Zeitung*: »Es gibt immer noch deutsche Michel, die glauben, dass - nur weil manche EWU-Mitglieder von der Südseite der Alpen kommen - eine schwächere Geldpolitik verfolgt wird. Irrtum! Die stabilitätspolitischen Falken sind heute primär in Italien und Spanien angesiedelt.«

Kein Wunder, dass wir Geldhäuser wie die Deutsche Bank heute mit Milliardensummen unserer Steuergelder retten müssen, wenn sie auf solche »Experten« setzten. Norbert Walter qualifizierte jene, die seinen Euro-Wahn nicht nachvollziehen konnten, öffentlich ab. Dazu gehörten beispielsweise mehr als 60 Ökonomen, die ein Manifest gegen Maastricht unterzeichnet hatten. Diesbezüglich erklärte Norbert Walter: »Bedenkenträger sind reichlich, Gestalter sind knapp. Hoffentlich leidet Europa darunter nicht zu lange.«²⁰⁷ Doch die »Bedenkenträger« lagen goldrichtig, im Gegensatz zu Norbert Walter.

Die Debatte um die Euro-Einführung traf die Banken in den 1990er-Jahren zu einer Zeit, als es diesen finanziell eher schlecht ging. Die Verunsicherung der Bürger in der Frage der Sicherheit der neuen Währung bot den Banken nun jedoch einen erfolgversprechenden Anknüpfungspunkt, um gute Geschäfte machen zu können. In einer Zeit, in der Kundentreue bei Bankkunden noch ausgeprägt war, bot sich den Geldhäusern die Möglichkeit, das Heer verunsicherter Sparer zu benutzen, um binnen weniger Monate mit Beratung zu angeblich sicheren Geldanlagen Milliarden Gewinne einzufahren - und vor allem

neue Kunden mit Geld zu gewinnen. Pro Anzeige mit »Euro-spezial«-Inseraten in Fernsehzeitschriften kamen Großbanken auf einen Schlag an 50 000 neue Kundenadressen. Ein Euro-Strategiefonds, in dem das Geld angeblich sicher angelegt war, erbrachte binnen drei Wochen 12000 Kunden. Das Beamtenheimstättenwerk BHW brachte für die hauseigenen Drückerkolonnen hausinterne Schulungsbroschüren in Umlauf, in denen den Vertretern erklärt wurde, wie sie die Unsicherheit der Interessenten bei der Geldanlage möglichst gewinnbringend für das Unternehmen ausnutzen sollten. Schon zu Anfang sollten die Berater herausfinden, ob der Kunde Euro-Befürworter oder Euro-Skeptiker war, und das als »Beratung« getarnte folgende Verkaufsgespräch dann psychologisch darauf abstimmen.²⁰⁸ Auch die Deutsche Vermögensberatung AG bezeichnete die Einführung des Euro als Segen für ihr Geschäft. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete darüber am 10. Februar 1998 unter der Überschrift »Der Euro ist ein Segen für die DVAG-Vermögensberater«. Die Umsatzerlöse aus Provisionen stiegen aufgrund der Verunsicherung der Verbraucher seit 1997 um 19 Prozent, das Betriebsergebnis um 44 Prozent. Die DVAG stellte Tausende neuer Mitarbeiter für ihre Drückerkolonnen ein, die den verunsicherten Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen und in angeblich »sichere« Anlagen investieren sollten. Der Finanzvertrieb profitierte also von der Euro-Einführung.

Mediale Sauerei: Schubladendenken

Unterdessen versuchen die großen Medien heute, die Geschichtsbücher umzuschreiben: Jene EU- und Euro-Kritiker, die seit Jahrzehnten vor den Folgen der EU-Politik und der Währungsunion gewarnt haben, werden nun zum Inbegriff des Bösen hochstilisiert. Euro-Kritiker sind das Feindbild per se. Die *taz* schreibt dazu: »Die Wirtschafts- und Finanzkrise brachte Berufsbild und Geschäftsmodell des EU-Kritikers hervor.«²⁰⁹ Die EU-Kritiker träten »in drei Kostümierungen auf - der

deutsch-nationalen, der wohlstands-chauvinistischen und der radikal-populistischen«. Nun werden die einzelnen »Kostüme« erläutert. Zu Nummer eins heißt es: »Die deutsch-national kostümierte EU-Kritik lehnt jede weitere Kompetenzverlagerung von der nationalen Ebene auf die europäische ab. Der Prototyp für diese Form von Kritik ist der Juraprofessor Karl Albrecht Schachtschneider, der zusammen mit anderen Professoren 1992 gegen den Vertrag von Maastricht und 1998 gegen den EU-Verfassungsvertrag klagte.« Schachtschneider wird von der *taz* in die rechte Ecke gerückt. Zu Nummer zwei wird formuliert: »Für den Typus der wohlstands-chauvinistischen EU-Kritik stehen der Historiker und Talkshow-Dauerredner Arnulf Baring und - als Verstärker - die Bild-Zeitung, die Baring zum >klügsten Professor Deutschlands< promovierte.« Fehlt noch das »Kostüm« Nummer drei: »Peter Gauweiler, Horst Seehofer und Markus Söder (alle CSU) sind die lautesten unter den radikal-populistischen EU-Kritikern.« - Das ist typisch für eine um sich greifende mediale Verkommenheit: Man stigmatisiert jene, die uns vor großen Gefahren gewarnt haben. Diese Vorgehensweise wurde bereits an zahlreichen Stellen dieses Buches aufgezeigt. Übrigens: Nicht jeder Euro-Kritiker wurde oder wird in die rechte Ecke gestellt. Guido Westerwelle nennt Euro-Kritiker gern einfach nur »unpatriotisch«.²¹⁰ So kommt es, dass Euro-Kritiker aus der Sicht von Euro-Propagandisten zugleich »rechts« und »unpatriotisch« sind - eine höchst eigentümliche Mischung.

Politiker und Medien konnten noch viel herablassender sein, wenn es galt, ihre Gegner zu beschimpfen. Ein Beispiel: Professor Arnulf Baring, der Mitte der 1990er-Jahre vor der Euro-Einführung warnte, wurde vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) als »Schmierfink« bezeichnet, eine ungeheuerliche Entgleisung! Baring macht heute tapfer weiter, erklärt zu den Folgen der Euro-Rettungspolitik beispielsweise, die Ausplünderung Deutschlands sei bereits wieder in vollem Gange, wie einst nach dem Ersten Weltkrieg: »Das ist eine neue Form der Ausplünderung, wie ich sie mir nach so vielen Jahren

der Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Partnern nicht habe vorstellen können.«²¹¹

Skrupellose Politiker vernichten die Früchte unserer Arbeit

Paradoxerweise fordern Politiker und Medienvertreter, die ihrerseits weder die Euro-Krise haben rechtzeitig kommen sehen noch die EU-Kritiker ernst genommen haben, seit dem Beginn der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, ihnen heute noch stärker zu vertrauen. Im Klartext: Wir Bürger werden dazu aufgefordert, bedingungslos jenen unser Vertrauen zu schenken, die den Karren an die Wand gefahren haben. Politik und Medien versichern aktuell, sie seien in der Lage, alle »Reparaturen« am System auszuführen. Denken Sie bitte einmal einen Moment nach: Würden Sie einem Arzt eine zweite Chance geben, der Ihrem Kind statt der Mandeln den Blinddarm(fortsetzung) entfernt hat? Würden Sie weiter einem Vermögensverwalter vertrauen, nachdem dieser Ihr Vermögen verspielt hat? Würden Sie noch einmal Urlaub in einem Hotel machen, in dem Sie am helllichten Tag ausgeraubt wurden? Wohl kaum. Doch wenn es um den abgewirtschafteten Euro geht, dann sollen wir Bürger Politik- und Medienvertretern weiter vertrauen, weil wir angeblich keine andere Wahl haben. Die Sache sei angeblich »alternativlos«, so Angela Merkel. Die Wahrheit ist jedoch eine vollkommen andere. Es gab und gibt viele kluge Köpfe, die uns vor dem Euro gewarnt haben. Wir haben dummerweise damals bei der Aufgabe von D-Mark und Schilling nicht auf sie gehört - und wir hören heute wieder nicht auf sie, obwohl genau das dringend geboten wäre. Dieses Buch erinnert an jene klugen Köpfe, die uns schon vor vielen Jahren die Folgen des Euro-Wahns in allen Facetten prophezeit haben. Es warnt zudem vor jenen, die uns einst belogen haben. Dazu gehören aber nicht nur CDU-Politiker wie Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble und Theo Waigel, sondern eben auch Grüne wie Joschka Fischer

und Jürgen Trittin. Letzterer hatte im März 1997 auf dem Parteitag der Grünen in Magdeburg ein sechs Seiten umfassendes Arbeitspapier zugunsten der Währungsunion und der Aufgabe der D-Mark vorgestellt. Zusammen mit Joschka Fischer warb er von Anfang an für den Euro - und gegen die D-Mark. Die Mehrheit der Grünen war damals interessanterweise gegen den Euro. Sie hatte »null Bock auf neue Scheine« und Angst vor einer Weichwährung. Jürgen Trittin erklärte, die »Alternative zum Euro ist weniger, nicht mehr Sozialstaat«.²¹² Es war der reinste Unsinn. Heute wird der Sozialstaat abgebaut und flächendeckend zurückgefahren, weil wir gigantische Rettungspakete für andere Länder finanzieren müssen. Ein kluger Kopf war Trittin, der heute zur Doppelspitze der Grünen gehört, in Hinblick auf den Euro also ganz sicher nicht.

Zu den wirklichen klugen Köpfen gehörte etwa der damalige Chef der bayerischen Staatskanzlei, der CSU-Politiker Kurt Faltlhauser. Der antwortete 1997 im *Focus* auf die Frage, ob der Euro für die Deutschen teuer werden könnte: »Deshalb kommt der Erfüllung der wirtschaftlichen Voraussetzungen durch jedes beitrittswillige Land entscheidende Bedeutung zu. Ansonsten wäre die Entwicklung der Währungsunion zu einer milliarden schweren Transferunion vorgezeichnet. Das widerspräche Geist und Buchstaben des Vertrags von Maastricht. Die Währungsunion darf nicht dazu führen, dass Ungleichgewichte in den verschiedenen Teilnehmerländern durch zusätzliche Transferzahlungen ausgeglichen werden.«²¹³ Manche haben die Transferunion, die wir heute haben, eben schon vor anderthalb Jahrzehnten vorausgesehen - und uns entsprechend davor gewarnt. Andere hingegen haben in völliger Verkennung der Tatsachen behauptet, eine solche werde es keinesfalls geben - beispielsweise das *Handelsblatt*. Dieses publizierte in seiner Ausgabe vom 21. November 1995 eine Sonderseite zum Thema »Währungsunion«. Die Überschrift lautete: »Kein Ausbau zu einer Transferunion«.

Auch der von den Medien häufig lächerlich gemachte CSU-Politiker Edmund Stoiber zählt zu den Euro-Mahnern der

ersten Stunde. Er schrieb 1997 im *Focus* unter der Überschrift »Ein Sprengsatz für die europäische Integration« über die geplante Währungsunion: »Die Aufweichungsdiskussion um den Euro gibt Anlass zur Sorge um die Stabilität der künftigen europäischen Währung. Der beschleunigte Kursverlust der D-Mark und anderer EU-Währungen gegenüber dem Dollar deutet darauf hin, dass die Finanzmärkte derzeit nicht an einen stabilen Euro glauben. (...) Der Euro als gemeinsames Dach auf dem europäischen Haus trägt nicht, wenn das Fundament nicht gleichmäßig stabil errichtet ist. (...) Am Ende jedoch müssen sich alle Bewohner des gemeinsamen Hauses von der Stabilität aller Teile überzeugen. (...) Wir betreten die schiefe Ebene, wenn wir Länder aufnehmen, die die Kriterien nicht erfüllen. Die einheitliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) wird bei einem solchen - ungleichen - Teilnehmerkreis nur um den Preis eines weichen Euro mit inflationären Folgen und hohen Finanztransfers an die schwachen Länder möglich sein. Inflation bedroht ganz besonders die kleinen Leute, die weder Immobilien noch Aktien haben - das sind in Deutschland 60 Prozent. (...) Deutschland soll über die ohnehin zu hohen EU-Beiträge hinaus auch bei der Verteilung der Gewinne der Europäischen Zentralbank benachteiligt werden. (...) Das bedeutet in jedem Jahr zusätzlich eine Transferleistung von Deutschland an die anderen Euro-Teilnehmer in Milliardenhöhe. Jährlich kann das bis zu einem Drittel des bisherigen Bundesbank-Gewinns ausmachen, das dem Bundeshaushalt dann nicht mehr zur Verfügung steht.«²¹⁴

Wir müssen heute endlich auf die klugen Köpfe von damals hören, anstatt weiter Scharlatanen und Versagern aus den Reihen von Politik und Medien zu folgen. Diese haben sich jedenfalls so weit von den Bürgern entfernt wie einst die Führer der Sowjetunion und der DDR von ihren Völkern. Die Folgen sind bekannt: UdSSR und DDR gingen unter.

Nur einmal am Rande sei hier ein Beispiel dafür aufgeführt, wie jene heute in Saus und Braus leben, denen wir den Euro-Wahn zu verdanken haben. Der deutsche SPD-Politiker Martin

Schulz gönnt sich »einen Bürochef, einen stellvertretenden Bürochef, eine Anzahl von Assistenten und Beratern; dazu Berater der Assistenten und Assistenten der Berater, vier Pressesprecher, einen Spokesman, einen Redenschreiber, einen Terminverwalter, einen Büroboten, einen Kammerdiener und einen Fahrer. Alles in allem 38 Mitarbeiter (...). Der veritable Hofstaat eines Eurokraten.«²¹⁵ Der Mann hat einst als Bürgermeister die Gemeinde Würselen bei Aachen finanziell ruiniert, weil er dort das Spaßbad *Aquana* bauen ließ, das man sich überhaupt nicht leisten konnte. Geldverschwender Schulz ist einer jener führenden Politiker, die Europa mit ihrer geballten Unfähigkeit in den Abgrund reißen. Wahrscheinlich hat es Menschen gegeben, die Schulz glaubten, als er 2012 sagte, das Vertrauen in den Euro sei wieder da.²¹⁶ Während SPD-Mann Schulz offenkundigen Unsinn verbreitet(e), erklärte der frühere Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer: »Wenn die Leute täglich in der *Tagesschau* sehen könnten, wie durch die Niedrigzinsen ihr Ersparnis an Wert verliert, wären sie entsetzt.«²¹⁷ Aber die Medien zeigen den Bürgern eben nicht, wie sie täglich durch skrupellose Politiker die Früchte ihrer Arbeit verlieren. Erstere zitieren lieber Menschen wie Martin Schulz. Aus diesem Grund wollen wir hier weniger über verschwenderische EU-Versager vom Schlage eines Martin Schulz, sondern lieber über jene vielen klugen Köpfe sprechen, die uns Wege aus der Krise aufzeigen. Dabei dürfen wir allerdings nicht vergessen zu erwähnen, welche Verbrecher aus den Reihen von Politik, Wirtschaft und Medien vor Gericht gestellt gehören. Es sind jene Menschen, die uns allen einst versprochen haben, das Allgemeinwohl im Auge zu haben. In Wahrheit haben sie sich mit der Euro-Einführung wohl vor allem selbst bereichert. Für die schlimmsten Verbrecher unter ihnen brauchen wir ein Nürnberg 2.0 - die Wiederauflage jenes Prozesses, bei dem die größten Verbrecher der deutschen Geschichte vor Gericht standen. Schließlich war die Euro-Einführung der größte Raubzug in der deutschen Geschichte - begangen zulasten der Bürger. Ihnen nimmt man jetzt ihren Wohlstand und verteilt ihn blind in

andere EU-Staaten um. Für dieses Verbrechen sollen, was besonders schlimm ist, auch noch unsere Kinder und Enkel haften. Das wird man verhindern müssen. Haften müssen jetzt einmal zunächst jene, die den Raubzug vorbereitet, organisiert und medial propagiert haben. Ehren müssen wir hingegen jene, die uns schon vor langer Zeit vor diesen Verbrechern gewarnt haben.

Vertrauen enttäuscht: Der Euro macht uns ärmer

Ein Teil der Menschen jubelte, als der Euro eingeführt wurde: Endlich kein Geld mehr wechseln, wenn man über die Landesgrenze fährt. Doch die Euphorie verflog schnell, denn das Gefühl, dass der Euro ein »Teuro« ist, setzte ein. Die Menschen merkten also recht bald, dass sie von den Politikern betrogen worden waren. Heute wünschen sich zwei Drittel der Deutschen die D-Mark zurück, denn dem Euro verdanken sie einen weitgehend stagnierenden Lebensstandard und horrenden Schulden. Das verfügbare durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Deutschen stieg von 1998 bis 2011 zwar um fast sieben Prozent, doch tatsächlich profitiert haben vom Euro vor allem die anderen Euro-Staaten. Im gleichen Zeitraum stieg das verfügbare durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Spanien um 13 Prozent und in Großbritannien und Frankreich um mehr als 18 Prozent. Das heißt im Klartext: Deutschland ist heute im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn ein ärmeres Land als vor der Euro-Einführung im Jahr 1998. Und wenn man die seit 20 Jahren stetig ansteigende Einkommensungleichheit in Deutschland einberechnet, dann bedeutet der auf den ersten Blick erreichte Zuwachs der privaten Durchschnittseinkommen in der Realität nichts anderes, als dass Reallöhne und Lebensstandard weiter Bevölkerungsgruppen seit diesen zwei Jahrzehnten nicht etwa gestiegen, sondern tatsächlich gefallen sind. Aus dem einstmaligen in Europa seit Bismarck beispielhaften

deutschen Sozialstaat mit seinem kontinuierlich ausgebauten und lange Zeit vorbildlichen Gesundheits-, Renten- und Grundversicherungssystem ist unter Politikern wie Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel immer mehr ein Niedriglohnland mit rapide zunehmender sozialer Ungleichheit, einer katastrophalen demografischen Entwicklung und einer gedankenlosen Einwanderungspraxis, die Immigranten direkt am Arbeitsmarkt den Weg ins soziale Netz ebnet, geworden. Vor allem: Der als Glücksbringer verheißene Euro ist ein Todesbote. Deutschland verfällt. Dabei hatten uns die Politiker vor der Euro-Einführung Wohlstand und eine sichere Zukunft versprochen.

TEIL 3

IRGENDWANN WIRD ABGERECHNET

Die Deutschen wollten eine Volksabstimmung

In den Jahren vor der Euro-Einführung hatte es nicht eine Umfrage gegeben, bei der die Mehrheit der Bevölkerung das Ende der D-Mark bejahte. Wann immer sie gefragt wurden, sprachen sich die meisten Deutschen auch für eine Volksabstimmung über die Einführung des Euro aus. Sie wollten ihre Währung nicht Politikern wie Helmut Kohl überlassen, der Euro-kritische Debatten abwürgte und die Einführung der einheitlichen Währung zu einer Frage von »Krieg und Frieden« erklärte. Kohl nannte Forderungen nach einer Volksabstimmung »dämmlichen Kulturpessimismus«.²¹⁸ Er hatte Angst vor den Deutschen und vor ihrem nationalstaatlichen Denken. Eine von vielen derartigen Umfragen führte 1996 der *Focus* durch. Drei von vier Deutschen wollten demnach selbst entscheiden, ob die D-Mark am 1. Januar 1999 aufgegeben werden sollte. Die Mehrheit der Befragten glaubte nicht an die Zukunft des Euro. Am stärksten war die Ablehnung bei den SPD-Sympathisanten: 61 Prozent der SPD-Anhänger waren gegen den Euro, nur 35 Prozent dafür. 79 Prozent der SPD-Anhänger forderten einen Volksentscheid, bei der Union waren es »nur« 61 Prozent. Der *Focus* schrieb damals: »Die SPD ist eine Anti-Euro-Partei, die meisten (Spitzen-)Funktionäre wissen es nur nicht. Allein Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder denkt darüber nach, wie sich ein Euro-skeptischer Kurs in Stimmen ummünzen ließe. Er empfiehlt seiner Partei sogar, sich die Möglichkeit zu erhalten, den Euro im Frühjahr 1998 im

Parlament oder im Bundesrat abzulehnen. Das wäre, erst recht wenige Monate vor der Bundestagswahl, ein Eklat - und führte die SPD in eine Zerreißprobe.«

An der Euro-Skepsis der Bürger hatte sich trotz gewaltiger Propagandaschlachten von Politik und Medien in der Bevölkerung bis unmittelbar vor der Euro-Einführung nichts geändert. Nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen lehnten im Juli 2001 (also sechs Monate vor der Einführung des Euro am Bankschalter) 54,5 Prozent der Bundesbürger den Euro ab. »Eine erschreckende Zahl«, sagte Holger Wenzel, der damals in Berlin Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels war. Ähnlich äußerte sich auch Deutschlands bekannteste Verbraucherschützerin Edda Müller. Die weitgehend substanzlose Imagekampagne der Bundesregierung reichte aus ihrer Sicht bei Weitem nicht aus, um das Vertrauen der Bürger in die neue Währung zu stärken. »Wer klare Antworten auf klare Frage erwartet, sieht sich stattdessen mit Plattitüden konfrontiert und fühlt sich nicht ernst genommen«, so die Vorsitzende der Verbraucherzentrale Bundesverband.²¹⁹

Blick über den Tellerrand: der große Euro-Schwindel

Wir haben in diesem Buch an vielen Stellen aufgezeigt, dass und wie deutschsprachige Medien die Bürger beim Thema »Euro« beeinflussten. Doch das alles war keine rein deutsche Spezialität. Die konservative britische Zeitschrift *Spectator*, die im Jahr 1828 gegründet wurde, hat das in einem gut recherchierten Beitrag vom September 2011 auch in Bezug auf britische Zeitungen festgestellt. Nachfolgend Auszüge aus dem Artikel »Der große Euro-Schwindel«²²⁰:

Nur äußerst selten in der Geschichte der Politik hat eine Fraktion oder eine Bewegung einen so kompletten, überwältigenden Sieg genossen wie die konservativen Euro-Skeptiker. Ihnen gehört das Feld. Sie hatten nicht nur recht hinsichtlich der

Einheitswährung, das brisanteste Wirtschaftsthema unserer Zeit, sie hatten auch aus den richtigen Gründen recht. Sie sahen mit klarer, prophetischer Genauigkeit voraus, wie und warum der Euro finanzielle Verheerung und sozialen Zusammenbruch nach sich ziehen würde. Unterdessen befinden sich die Pro-Europäer in derselben Situation wie die Beschwichtigungspolitiker 1940 oder die Kommunisten nach dem Sturz der Berliner Mauer. Sie sind völlig aufgefliegen. Untersuchen wir etwa den Fall der Financial Times, die behauptet, Großbritanniens führende Wirtschaftszeitung zu sein. Vor etwa 25 Jahren ging bei der FT etwas sehr daneben.

Sie kehrte sich von ihren Lesern ab, und eine Clique linksgerichteter Journalisten übernahm das Ruder. (...) Der wesentliche historische Fehler der Financial Times betrifft den Euro. Die FT stürzte sich kopfüber in das Pro-Euro-Lager und machte sich die Sache mit fast religiösem Eifer zu eigen. Zweifel wurden abgetan. Hier die angeblich skeptische und nonkonformistische Lex-Kolumne der Zeitung vom 8. Januar 2001 über den Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone. »Wenn Griechenland jetzt mit Euros zahlt«, so überlegte Lex, »werden nur wenige den Tod der Drachme betrauern. Die Mitgliedschaft in der Euro-Zone bietet Aussicht auf langfristige wirtschaftliche Stabilität.« Die FT hieß Irland ähnlich warm willkommen. Sogar noch im Mai 2008, als die fatalen Konjunkturhochs in Irland und anderswo ganz offensichtlich zum Stocken kamen, glaubte die Zeitung noch weiter daran: »Die europäische Währungsunion ist eine Hummel, die ihren Flug angetreten hat«, versicherte die Leitkolumne der Zeitung. (...) Für eine Zeitung, die sich als Autorität in finanziellen Belangen sieht, kann die Berichterstattung über die Einheitswährung nur als Katastrophe betrachtet werden.

Wenden wir uns nun der BBC zu. In den neun Wochen vor dem 21. Juni 2000, als der Streit um den Euro auf seinem Höhepunkt stand, kamen in der Sendung Today 121 Sprecher zu diesem Thema zu Wort. 87 von ihnen waren für den Euro, 34 waren dagegen. Die Argumente zugunsten des Euro wurden

von doppelt so viel Personen, Interviews und Zitaten vertreten wie die Argumente dagegen. Die Rundfunksprecher der BBC tendierten dazu, die Position für den Euro als politische Mitte darzustellen, und ließen dadurch sogar die moderat Euro-skeptischen Stimmen extrem wirken, wodurch Letztere schon besiegt waren, bevor sie sich überhaupt in die Debatte eingemischt hatten.

Immer wieder füllte die BBC ihre Berichterstattung mit Schauergeschichten, das Versäumnis, dem Euro beizutreten, werde zu wirtschaftlichem oder industriellem Desaster führen. Als sich diese Berichte als falsch herausstellten, unterließ sie es jedoch, sie zu berichtigen. Tatsächlich erfreute sich Großbritannien eines Rekordhochs an ausländischen Investitionen. Doch als die Zahlen des Statistischen Amtes dies verdeutlichten, machte die BBC wenig Aufhebens davon.

Diese Voreingenommenheit ging sehr weit. Rod Liddle, damals Redakteur der Sendung Today auf Radio 4, erinnert sich an ein Treffen mit einer ranghohen Persönlichkeit der BBC, bei dem es um Beschwerden der Euro-Skeptiker über diese Voreingenommenheit ging. »Rod, Sie müssen verstehen, dass diese Leute verrückt sind. Die spinnen.« In Wirklichkeit waren die Euro-Skeptiker nur allzu vernünftig.

Winston Churchill - damals selbst noch ein weithin verachteter Außenseiter - sagte 1936 im britischen Unterhaus Folgendes: »Durch gegenseitiges Beschuldigen hinsichtlich der Vergangenheit soll effektives Handeln in der Gegenwart durchgesetzt werden.« Was sollten wir also aus dem britischen Streit über den Euro lernen?

Zunächst einmal sollten wir diesen sehr britischen Zug, die Exzentrizität, zu schätzen wissen. Der Blick auf die öffentliche Diskussion auf dem Höhepunkt der Euro-Debatte zeigt, wie oft Euro-Propagandisten ihre Kritiker isolierten, indem sie sie als Spinner bezeichneten. Hier die Kolumne von Andrew Rawnsley im Observer vom 31. Januar 1999: »Auf der Seite des Euro eine große Koalition aus Geschäftswelt, Gewerkschaften und wesentlichen, vernünftigen, erstrangigen politischen Persönlichkei-

ten. Auf der anderen Seite eine Menagerie von vergangenen Größen, nie gewesenen Größen und Bekloppten.« Doch tatsächlich sind es immer wieder die einsamen und verwünschten Figuren außerhalb des orthodoxen Establishments, deren Ansichten sich im Lauf der Zeit bewahrheiten.

Es bleibt wesentlich für unsere Demokratie, dass der Standpunkt zugunsten des Euro Gehör erhält. Doch vor allem müssen uns die Verfechter des Euro erklären, warum sie versucht haben, Großbritannien zu dem verhängnisvollen Beitritt zur Einheitswährung zu bewegen. Betrachten wir dazu die Bemerkung von Danny Alexander, Chefsekretär des Finanzministeriums, diejenigen, die er als anti-europäische Isolationisten oder Nationalisten bezeichnete, seien »Feinde des Wachstums«. Fünf Jahre lang machte Alexander für den Euro Kampagne, und wäre es nach ihm gegangen, hätte er Großbritannien direkt in die wirtschaftliche Katastrophe geführt. Wie kann er es wagen, die Euro-Skeptiker so zu verurteilen? Es ist höchste Zeit, dass die Verfechter des Euro zur Verantwortung gezogen werden.

Großmaul Theo Waigel: Schuld sind die Euro-Kritiker

Der CSU-Politiker Theo Waigel agierte von 1989 bis 1998 als Bundesfinanzminister. Er war unter Bundeskanzler Helmut Kohl für die Ausverhandlung und Durchführung der Währungsunion verantwortlich. Die Bezeichnung »Euro« für die neue Währung geht auf einen Vorschlag Waigels vom Dezember 1995 im Europäischen Rat zurück. Vor diesem Hintergrund wird er häufig auch Namensgeber des Euro genannt. Als die Mehrheit der Deutschen 2011 die Rückkehr zur D-Mark wünschte, erklärte dieser Theo Waigel in einem Interview, er glaube fest daran, dass es den Euro auch in 400 Jahren noch geben werde.²²¹ Kein Wunder: Der Euro - das ist das Lebenswerk des CSU-Politikers Waigel.²²² Dieser Mann ist so von sich überzeugt, dass er all jenen, die Angst vor einer Währungs-

reform und Sorge um die Stabilität des Euro haben, im Jahr 2011 riet, einen Psychiater aufzusuchen.²²³ Theo Waigel behauptet allen Ernstes, dass der Euro eigentlich sehr stabil sei und nur einige »Schwätzer« die Märkte beunruhigten. Schuld an der Instabilität des Euro sind aus seiner Sicht ganz sicher nicht Theo Waigel und andere Euro-Befürworter - schuld sind vielmehr die Euro-Kritiker.²²⁴

Theo Waigel ist heute Aufsichtsrat bei der Deutschen Vermögensberatung AG (DVAG), der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl ist Beiratsvorsitzender der DVAG. Die Deutsche Vermögensberatung ist eines jener Superfinanzinstitute, die von der Aufgabe der D-Mark profitierten. Deshalb sei hier am Rande erwähnt, dass dort eben jener Friedrich Bohl Aufsichtsratsvorsitzender ist, der 1991 bis 1998 Chef des Bundeskanzleramts war - und die Zerstörung der D-Mark mitplante. Auch der CDU-Politiker Horst Teltschik, einst Vizekanzleramtschef, ist heute im Beirat der DVAG vertreten, ebenso wie der CDU-Politiker Bernhard Vogel und FDP-Mann Guido Westerwelle. Der CDU-Politiker Udo Corts, früher hessischer Minister, präsentiert sich heute als DVAG-Vorstand für Unternehmenskommunikation. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel tritt als Sprecherin auf, wenn die Drückerkolonnen der DVAG Feste feiern. Nun ist der Konzern Deutsche Vermögensberatung nicht nur ein Versorgungswerk für willfähige Politiker, die ganz im Sinne der DVAG die Finanzmärkte beeinflusst haben, sondern auch einer der großen Geldgeber für die CDU - allein in den Jahren 2008 bis 2010 erhielt die CDU immerhin 520000 Euro von der DVAG²²⁵. Mit diesem kleinen Ausflug wollte Ihnen der Autor dieses Buches nur einmal zeigen, in welchem Umfeld sich Theo Waigel - einst Vordenker der Aufgabe der D-Mark - heute bewegt. Im gleichen Umfeld wie damals. Zum Schluss sei noch erwähnt, dass Theo Waigels Sohn Honorarkonsul von Liechtenstein ist. Waigel ist mit der Finanz»industrie« also bestens vernetzt - und er profitiert persönlich von dieser.

Der Mann, der bei einer Rede vor Studenten in Passau am 21. Juli 2011 all jene, die an die Instabilität des Euro glauben, als

Psychopathen abqualifizierte, sollte vielleicht einmal daran erinnert werden, dass am 15. August 2011 (also wenige Tage nach seiner Rede an der Uni in Passau) selbst das ZDF den Zuschauern eher den Kauf von Gold als Vertrauen in den Euro empfahl. So geschehen damals im *heute-journal*, das von Klaus Kleber moderiert wurde.²²⁶ Wahrscheinlich mag Theo Waigel solche Beiträge im Fernsehen nicht, und noch weniger wird er die folgenden Absätze mögen, die ihn wahrscheinlich mit einem hochroten Kopf zurücklassen.

Herr Waigel hatte im Mai 1998 als damaliger Bundesfinanzminister eine 78 Seiten umfassende Broschüre herausgegeben. Sie trug den Titel *Der Euro - Stark wie die Mark*. Das üble Propagandaheftchen wurde vom deutschen Steuerzahler finanziert. Theo Waigel wollte damit die gegenüber dem Euro skeptischen Bundesbürger von der Richtigkeit seines Vorhabens überzeugen, die D-Mark abzuschaffen.

Waigel teilte den Bürgern mittels dieser Broschüre über die Einführung des Euro Folgendes mit: »Ein stabiler europäischer Währungsraum schafft attraktive Anlage- und Finanzierungsmöglichkeiten (...). Gleichzeitig wird ein stabiler europäischer Währungsraum den Finanzplatz Europa stärken und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten für den Dienstleistungsbereich eröffnen.« So weit die Versprechungen. Die Realität ist eine ganz andere: Der Finanzplatz Europa wurde durch den Euro geschwächt und muss laufend mit enormen Milliardenrettungspaketen vor dem absoluten Zusammenbruch bewahrt werden.

Auf Seite 17 der Broschüre lesen wir: »Die Erfolgsgeschichte der D-Mark geht mit dem Wechsel zum Euro auf europäischer Ebene weiter. Mit dem Euro sichern wir die Werte, die die D-Mark zum Inbegriff von Stabilität und Vertrauen gemacht haben.« Eine Seite weiter heißt es: »Stabile Preise, solide Staatsfinanzen und die Soziale Marktwirtschaft sind die tragenden Pfeiler für die Europäische Währungsunion.« Streckenweise liest sich die Broschüre rückblickend wie lupenreine Satire, beispielsweise wird auf Seite 18 des Heftens der damalige Präsi-

dent der Europäischen Kommission, Jacques Santer, mit den Worten zitiert: »Der Euro muss und wird so stabil sein wie die D-Mark. Wir werden in Europa kein einheitliches Geld in Umlauf bringen, das schwächer ist als unsere stärkste Währung.« Auf den folgenden Seiten trifft man immer wieder auf Versprechen, die niemals gehalten wurden, etwa: »Auch nach dem Beginn der Währungsunion ist dafür Sorge getragen, dass kein Teilnehmer vom Tugendpfad der Stabilität abweicht.«

Ab Seite 24 geht es unter der Zwischenüberschrift »Solide Staatsfinanzen« darum, den Leser davon zu überzeugen, dass der Euro mindestens so stabil wie die D-Mark werde. Wie man das machen wollte? Zur angeblich zu erwartenden stabilen Geldpolitik der Europäer heißt es dazu in der Propagandaschrift des Theo Waigel: »Hierzu gehört vor allem das Verbot der Kreditgewährung von Zentralbanken an den öffentlichen Sektor. Diese Bestimmung zwingt die öffentlichen Hände, sich wie jeder private Kreditnehmer zu Marktbedingungen an den Kapitalmärkten zu finanzieren. Unsolides Wirtschaften wird dann mit höheren Zinsen bestraft. Eine Finanzierung von Staatsausgaben über die Notenpresse ist nicht mehr möglich.« Rückblickend betrachtet ist genau das Gegenteil eingetreten - die Europäische Zentralbank hat die Notenpresse angeworfen und druckt immer schneller immer mehr Geld, was die Inflation anheizt.

Schauen wir uns noch einige Botschaften an. Auf Seite 25 steht zu lesen: »Eine Haftung der Gemeinschaft oder einzelner Mitgliedstaaten für die Schulden anderer Mitgliedstaaten ist ausdrücklich ausgeschlossen. Für seine Schulden ist damit jeder Mitgliedstaat allein verantwortlich. Dadurch wird die Eigenverantwortung der einzelnen Teilnehmerstaaten gestärkt und der Anreiz erhöht, solide zu wirtschaften.« Inzwischen ist auch hier genau das Gegenteil eingetreten. Wir haften für die Schulden aller anderen - und zwar mit den Steuergeldern unserer noch nicht einmal gezeugten Kinder und/oder Kindeskinde.

Die Europäische Zentralbank, so versprach Waigel außerdem, werde völlig unabhängig sein und von niemandem beein-

flusst: »Den Regierungen ist sogar ausdrücklich untersagt, der EZB Weisungen zu erteilen.« Heute wird sie angewiesen, die faulen Schuldpapiere der bankrotten EU-Staaten aufzukaufen. Ziemlich voll nahm Herr Waigel den Mund mit der Behauptung: »Wir können sicher sein, auch in der Europäischen Währungsunion über eine starke Währung zu verfügen.« Heute kann man nur noch fragen: Geht's noch?

Natürlich suggerierte Waigel den Menschen, dass es bei der Umstellung von D-Mark zu Euro keine Vermögensverluste geben werde. In der Propagandaschrift heißt es: »Die Zahlen ändern sich, aber der Wert bleibt gleich. Bei der Umstellung auf den Euro wird es keine (...) Gewinner und Verlierer geben.« So weit das Versprechen. Auch das war eine Lüge. Die Zeitung *Die Welt* berichtete schon am 5. August 1997: »Euro beschert Deutschland Milliardenverlust.«²²⁷

Jeder Deutsche hat statistisch gesehen im Durchschnitt etwa 700 D-Mark mit der Umstellung auf den Euro verloren, jeder Franzose hat hingegen etwas mehr als 1000 D-Mark durch die Einführung des Euro verdient. Der *ifo-Schnelldienst* berichtete im Jahr 2000 unter der Überschrift »Der Euro und der Geldschöpfungsgewinn - Gewinner und Verlierer durch die Währungsunion« darüber.²²⁸ Bis heute ist in der deutschen Öffentlichkeit nicht bekannt, dass die damalige Bundesregierung unter Kohl und Waigel den Franzosen aus der deutschen Staatskasse 60 (!) Milliarden schenken wollte. In dem von Professor Hans-Werner Sinn und Professor Holger Feist wenige Monate vor dem Abschied von der DM verfassten Bericht hieß es dazu wie folgt: »Offensichtlich ist Frankreich der große Gewinner und Deutschland der große Verlierer bei der Umverteilung des Geldschöpfungsvermögens. Während Frankreich 85,6 Mrd. DM beiträgt und 146,8 Mrd. DM erhält, steuert Deutschland 271,0 Mrd. DM bei und erhält 213,6 Mrd. DM zurück. Der französische Gewinn beträgt 61,3 Mrd. DM, der deutsche Verlust 57,4 Mrd. DM. Ohne sich darüber im Klaren zu sein, hat Deutschland sich verpflichtet, an Frankreich netto im Umfang von etwa 60 Mrd. DM Vermögen zu transferieren, als es

beschloss, an der Währungsunion teilzunehmen. Die Umverteilung zwischen diesen beiden Ländern ist auch in Pro-Kopf-Einheiten substantiell. Im Durchschnitt gewinnt ein Franzose 3510 Francs oder 1047 DM, und ein Deutscher verliert 699 DM.«²²⁹

Die erwähnten 60 Milliarden DM sollten die Franzosen von den Deutschen in Form der Umverteilung jenes Teils der Geldschöpfungsgewinne erhalten, der von den verzinslichen Wertpapierbeständen erzeugt wurde, die die Deutsche Bundesbank bereits früher angesammelt und am 1. Januar 1999 in die Währungsunion eingebracht hatte. In einem anderen Text von Professor Sinn aus dem Jahr 2000 heißt es dazu: »Die Europäische Währungsunion hat zu erheblichen Vermögenstransfers zwischen den teilnehmenden Ländern geführt. Sie vergemeinschaftet nicht nur das Ansehen, das sich die nationalen Währungen erworben haben, sondern auch den Geldschöpfungsgewinn, den die Notenbanken dadurch erwirtschaften, dass sie ihre Währung dem privaten Sektor zum Marktzins zur Verfügung stellen. Im Laufe der Zeit haben die Notenbanken durch eine Ausweitung des Geldumlaufs umfangreiche Bestände an zinstragenden Wertpapieren angehäuft. Diese Bestände werfen einen jährlichen Strom an Erträgen ab, der zur Finanzierung der Staatshaushalte beiträgt. Bis zum 1. Januar 2002 wird das Geldschöpfungsvermögen der Teilnehmerstaaten in die Währungsunion eingebracht und vergemeinschaftet. Dies bedeutet eine effektive Vermögensumverteilung zwischen den teilnehmenden Ländern, da sich die Zinseinnahmen, die die einzelnen Länder erhalten, in manchen Fällen sehr stark von den Zinsbeiträgen unterscheiden, die sie an die EZB leisten: Die Einführung des Euro wird Deutschland knapp 60 Mrd. DM kosten und Frankreich einen etwa gleich großen Gewinn bescheren.«²³⁰

Mit anderen Worten: Mit der Einführung des Euro verzichtete die Bundesbank für immer auf Zinseinnahmen in Höhe von vielen Milliarden Mark. Also auf Zinseinnahmen, die bisher in den Bundesbankgewinn einfließen und damit auch dem Bundeshaushalt zugutekamen. Mit der Euro-Einführung ging

der Zinsgewinn nun an die EZB. Andere profitierten also von dem, was die Bundesbank angespart hatte, andere waren also die Gewinner der Sparsamkeit der Deutschen. Die Deutschen waren (wieder einmal) die Verlierer. Über diese Erkenntnisse des Professors Sinn, damals noch ein Befürworter des Euro, schrieb *Der Spiegel* schon 1997 unter der Überschrift »Franzosen profitieren«: »Der Maastrichter Vertrag benachteiligt die Deutschen: Mit der Euro-Umstellung entgehen dem Fiskus jährlich Milliarden. Die Bundesbank will nachverhandeln. So ganz wohl fühlte sich Hans-Werner Sinn bei der Sache nicht. Der renommierte Ökonom ist ein starker Befürworter des Euro. Das neue Geld werde dem alten Kontinent >Wachstum und Prosperität bringen, glaubt er. Seine jüngste Veröffentlichung versah Sinn, Professor an der Universität München, daher mit einem Warnhinweis: >Der Artikel enthält Ergebnisse, die als Munition gegen die Europäische Währungsunion verwendet werden könnten.< Als Wissenschaftler dürfe er aber die Wahrheit nicht verschweigen. Und die ist bitter. In seiner Studie deckt Sinn einen Sachverhalt auf, der den Regierenden in Bonn und den Bundesbankern in Frankfurt mehr als nur peinlich ist: Mit der Euro-Einführung entgehen dem Fiskus Jahr für Jahr Milliardenereinnahmen. Der Grund: Von den Gewinnen der Europäischen Zentralbank wird der Bundeshaushalt viel weniger bekommen als bisher von der Bundesbank. Der Schlüssel für die Verteilung der Gelder ist mehr als ungünstig für die Deutschen.«²³¹

Zurück zur Propagandaschrift von Theo Waigel. Der Bundesfinanzminister log den Deutschen im Gegensatz zu dieser ausführlich geschilderten und damals schon intern bekannten Realität also vor, es werde bei der Umstellung von der D-Mark zum Euro keine Gewinner und Verlierer geben. Waigel hatte da hinter dem Rücken der deutschen Steuerzahler zusammen mit Helmut Kohl längst beschlossen, die Franzosen auf einen Schlag um viele Milliarden D-Mark reicher zu machen - und zwar auf Kosten der deutschen Steuerzahler! Denn ihnen gehörte das Geld, es war Volksvermögen. Am Rande sei erwähnt, dass wir

damals auch die Griechen um einige Milliarden reicher machten. Auch darüber spricht heute kein Politiker mehr. Man verdrängt und verschweigt es. In der Studie aus dem Jahr 2000, die von den ifo-Professoren Sinn und Feist verfasst wurde, hieß es zu Griechenland: »Wenn die Griechen (...) der Währungsunion beitreten, wird ein jeder von ihnen 409 DM gewinnen, und Griechenland insgesamt wird um 4,3 Mrd. DM reicher. Die Entscheidung, Griechenland an der Währungsunion teilnehmen zu lassen, wird (...) es auch mit einem beträchtlichen Vermögen beschenken.« Im Klartext: Die Rettungspakete, die wir seit geraumer Zeit für Athen finanzieren, waren keineswegs die ersten Milliardenüberweisungen. Unsere Politiker und Medien scheinen das vergessen oder verdrängt zu haben.

Auch die Österreicher zählten zu den großen Verlierern bei der Aufgabe des Schilling und der Einführung des Euro: »Österreich ist der einzige weitere Verlierer mit 3,5 Mrd. DM insgesamt, beziehungsweise 3047 Schilling oder 435 DM pro Kopf.« Während die deutschen Steuerzahler bei der Aufgabe der D-Mark 60 Milliarden DM allein an die Franzosen verlieren sollten, sollten zeitgleich die Österreicher 3,5 Milliarden D-Mark einbüßen. Erst in letzter Sekunde der Euro-Einführung wurde der damaligen Bundesregierung und den Österreichern durch die hier zuvor zitierten Ausführungen der Professoren Sinn und Feist klar, wie einfältig sie sich bei den Vertragsverhandlungen verhalten hatten. Deshalb wurde in geringem Umfang über die Verteilung der Geldschöpfungsgewinne nachverhandelt. Das alles änderte aber nichts daran, dass Deutsche und Österreicher Milliardensummen auf den Tisch legen mussten, von denen die Bürger beider Länder heute wohl keine Ahnung mehr haben. Gerhard Rösl hatte in der Mitteilungsschrift *Wirtschaftsdienst* 2002 darüber berichtet.²³² Danach hat die Bundesbank bei der Umstellung auf den Euro in der Realität etwa 20 Milliarden Euro (!) verloren, jeder Bundesbürger wurde um 243 Euro beraubt (Euro, nicht D-Mark); die Österreicher verloren insgesamt zwischen ein und zwei Milliarden Euro, pro Kopf etwa 194 Euro. Die Menschen im deutschsprachigen Raum waren

damit die Verlierer. Zu verdanken hatten sie das Menschen vom Schlage eines Theo Waigel. Ob Personen wie Waigel das alles aus Dummheit, Vorsatz oder Fahrlässigkeit taten, ist rückblickend betrachtet völlig unerheblich. Tatsache ist: Sie haben es getan beziehungsweise zugelassen. Sie haben das gesunde Volksempfinden, das sich gegen den Euro sträubte, mit skrupellosen Propagandamaßnahmen zu zerstören versucht. Professor Sinn erinnerte im Jahr 2007 noch einmal an diese Milliarden, die die Deutschen mit der Euro-Einführung ohne Not einfach so verschenkt hatten: »Dass Deutschland im Maastrichter Vertrag die Erträge eines Vermögensportfolios von circa 30 Milliarden Euro ohne wirkliche Not dauerhaft an Frankreich übereignet hat, ist und bleibt ein Menetekel, an das sich Peer Steinbrück und Axel Weber erinnern werden, wenn sie am Ende des Jahres 2007 die Abrechnung über die zu übertragenden Bundesbankgewinne machen.«²³³

Der Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler Professor Bernd-Thomas Ramb befasst sich vor allem mit Geldtheorie und Geldpolitik. Auch er hat die Aussage Waigels, wonach es mit dem Euro keine Gewinner und Verlierer geben werde, näher untersucht. Ramb nannte den Euro eine »Wohlstandsbremse«. Er schrieb zehn Jahre nach der Euro-Einführung und 20 Jahre nach Maastricht im Jahr 2012: »Wie aber sieht die entsprechende Bilanz 20 Jahre nach Abschluss des Maastricht-Vertrags und zehn Jahre nach Einführung des Euro aus? In der Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens der beteiligten Staaten lässt sich keine Bestätigung des politischen Optimismus der Eurokraten erkennen. Insbesondere Deutschland hat unter dem Maastricht-Regime nichts gewonnen und im Vergleich zu den anderen Mitgliedsstaaten sogar kräftig verloren, wie Statistiken der EU-neutralen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) offenbaren. 1991 lag demzufolge Deutschland gemessen am jährlichen Pro-Kopf-Einkommen im weltweiten Vergleich mit 27016 US-Dollar (der Maßeinheit der OECD-Statistiken) an fünfter Stelle. Nur in Luxemburg, Norwegen, der Schweiz und den USA verzeichneten die

Einwohner ein höheres Einkommen; auch deshalb, weil die deutsche Vereinigung das Durchschnittseinkommen rapide senkte. Bis 2010 rutschte Deutschland mit zuletzt 33 423 US-Dollar auf Platz elf der OECD-Skala ab. Von 1991 bis 2010 ist das preisbereinigte deutsche Pro-Kopf-Einkommen lediglich um durchschnittlich 1,25 Prozent angestiegen. Andere Länder haben Deutschland in dieser Zeit durch höhere Wachstumswerte überholt. Relativ betrachtet sind die Deutschen seit dem Maastricht-Vertrag somit ärmer geworden. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der OECD-Länder stieg in der gleichen Zeit von 22 661 auf 30117 US-Dollar, im Jahresschnitt inflationsbereinigt um 1,73 Prozent. Für die EU-Länder sind gemeinsame Zahlen erst seit 1995 veröffentlicht. Bis 2010 wuchs das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der 27 EU-Staaten von 21 934 auf 27533 US-Dollar, im Jahresdurchschnitt um 1,7 Prozent. Die 17 Länder, die im Euro-Verbund zusammengeschlossen sind, verzeichnen in dieser Zeit einen Anstieg des gemeinsamen Pro-Kopf-Einkommens von 24 885 auf 29 885 US-Dollar, das sind im Durchschnitt 1,34 Prozent höheres reales Einkommen. Gemessen am Anstieg des realen, inflationsbereinigten Pro-Kopf-Einkommens lässt sich damit die Zeit des Maastricht-Vertrags bis 2010 wie folgt bilanzieren: Das stärkste Einkommenswachstum verzeichnen die OECD-Länder insgesamt. Die EU-Staaten liegen erkennbar darunter. Wesentlich schlechter schneiden die Euro-Länder im OECD-Vergleich ab. Das Wachstumsschlusslicht dazu bildet Deutschland. In dieser Zeit haben Länder wie die Niederlande, Österreich, Irland oder das Nicht-Euro-Land Schweden auch in absoluter Pro-Kopf-Einkommenshöhe Deutschland überholt. Die Absenkung des deutschen Durchschnittseinkommens im internationalen beziehungsweise EU-Vergleich mag politisch willkommen sein. Schließlich ist die Anpassung der Lebensverhältnisse in der EU ausdrücklich im Zielkatalog verankert. Durch den Verlust des Stellenwertes innerhalb der EU-Rangfolge wird jedoch deutlich, dass Deutschland über das Ziel hinausgeschossen ist. Eine Anpassung hätte auch ohne Rangverlust erfolgen

können. Nun steht Deutschland im Euro-Länder-Vergleich an sechster statt an zweiter Stelle, im EU-Vergleich an siebter statt an zweiter Stelle. Eine politisch-finanzielle Anerkennung des deutschen Wachstumsnachteils bleibt allerdings aus. Auch im Jahr 21 nach Maastricht gelten die Deutschen immer noch als zahlungskräftigste Nation. Bei den Zahlungen an die EU-Umverteilungsmaschinerie steht Deutschland weiterhin an erster Stelle.«²³⁴ Die Deutschen sind also die absoluten Verlierer der Währungsunion - und dennoch weiterhin die Zahlmeister der EU.

Zurück zur Lügenbroschüre *Der Euro - Stark wie die D-Mark* des Theo Waigel vom Mai 1998. In dieser ist auf den Seiten 56 bis 59 auch ein Interview mit dem Herrn abgedruckt. Eine Frage an ihn lautet: »Herr Minister Waigel, was bringt der Euro uns und den anderen Europäern?« Waigels Antwort: »Der Euro bringt in einem großen Binnenmarkt Europa einen Wirtschaftsraum mit größerer Preisstabilität, stärkerem Wirtschaftswachstum und besseren Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze. Vor allem aber wird der Euro eine gemeinsame gute und harte Währung sein, nach dem Vorbild der Deutschen Mark.« In dem Interview sagt Waigel auch: »Niemand braucht sich zu sorgen, wir hätten die D-Mark geopfert oder an Europa verschenkt.« Die Aufgabe der D-Mark sei ein »wirksamer Beitrag zu Wohlstand und sozialer Sicherheit auch bei uns«.²³⁵

Lassen Sie sich diese Aussagen einmal auf der Zunge zergehen. Ein Mann, der als Bundesfinanzminister behauptete, bei der Aufgabe der D-Mark werde es keine Gewinner und Verlierer geben - aber zugleich die Franzosen um viele Milliarden an deutschen Geldern bereicherte behauptete auch, die Aufgabe der D-Mark sei ein »wirksamer Beitrag zu Wohlstand und sozialer Sicherheit auch bei uns«. Das ist eine wirklich höchst merkwürdig Aussage, wissen doch alle, dass seit der Euro-Einführung eine rapide steigende Armut in Deutschland zu verzeichnen ist. Allein das Altersarmutsrisiko hat sich hierzulande in den Jahren, die seit der Einführung des Euro vergangen sind, verdoppelt, selbst 35 und 40 Jahre Vollzeitarbeit schützen jetzt nicht mehr vor Altersarmut. Von Wohlstand und sozialer Si-

cherheit können die meisten Deutschen jetzt unter dem Euro nur noch träumen. Wer ist denn nun wirklich reif für den Psychiater? Die kritischen Bürger, die Herr Waigel 2011 »Psychopathen« nannte, weil sie in Zusammenhang mit dem drohenden Euro-Crash Angst vor einer Währungsreform hatten oder eben jener Theo Waigel, der uns offenkundig skrupellos belogen und betrogen hat?

Noch ein Hinweis: Theo Waigel behauptete stets, der Euro schaffe neue Arbeitsplätze. Zudem nehme er den Bürgern die Last, beim Grenzübertritt Geld wechseln zu müssen. Tatsächlich zerstörte er ein einträgliches Geschäft.²³⁶ Für alle großen Wechselstuben und Banken bedeutete die Aufgabe der D-Mark den massiven Abbau von Arbeitsplätzen. Bis zur Euro-Einführung konnten die Wechselstuben an den innereuropäischen Grenzen am Tausch etwa von D-Mark gegen Francs oder von Gulden gegen D-Mark gutes Geld verdienen. So erwirtschaftete die Frankfurter ReiseBank immerhin zwei Drittel ihrer Erträge mit dem An- und Verkauf von ausländischem Bargeld und Reiseschecks. Dazu unterhielt sie Geschäftsstellen in 30 deutschen Bahnhöfen, in fünf Flughäfen und an neun Grenzübergängen. Doch dann gab es nicht mehr viel zu tauschen. Theo Waigel vernichtete die Arbeitsplätze der Branche. Gleichzeitig förderte er die *Mafia*. Denn die bejubelte die Euro-Einführung. Die Währungsunion beseitigte schließlich die Gefahr von Wechselkursschwankungen und erleichterte die Geldwäsche.²³⁷

Ganz zum Schluss noch ein Blick in eine inzwischen längst eingestellte Propaganda-Postille der früheren Bundesregierung mit dem schönen Namen *Europa-Interview*. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (also das Propagandaministerium) verbreitete darin Interviews, die Zeitungen nachdrucken sollten. In Heft 11/1995 vom 28. November 1995 verkündete Theo Waigel, der Euro werde die Deutschen vor den zu erwartenden künftigen Turbulenzen an den Finanzmärkten schützen. Er sagte wörtlich: »Die Menschen in Deutschland geben die D-Mark nicht auf. Vielmehr bekommen wir eine Währung, die so stark sein wird wie die D-Mark in

einem größeren Wirtschafts- und Währungsraum, der dann natürlich auch wesentlich widerstandsfähiger gegen Turbulenzen etwa an der Wall Street oder im Yen-Raum ist.«

Wie bitte, Herr Waigel? Der Euro macht uns widerstandsfähiger gegen die Spekulanten an der Wall Street? Das Gegenteil ist der Fall: Die bankrotten Euro-Südstaaten ziehen Spekulanten geradezu an, die gegen den Euro wetten, und wir Steuerzahler müssen dafür bluten, dass unfähige Menschen wie Waigel uns das alles eingebrockt haben.

Wie kann man das alles erklären? Wie konnte es so weit kommen? Die Antwort ist einfacher Natur: Theo Waigel hat(te) keine Ahnung von Volkswirtschaft. Die führenden Euro-Kritiker, die Theo Waigel in seiner Zeit als Bundesfinanzminister diffamierte, waren hingegen Volks- oder Wirtschaftswissenschaftler. Waigel war es nicht. Er war lediglich ein ganz gewöhnlicher großmäuliger Politiker.

Skrupellos: Wie Helmut Kohl den Euro schönredete

Erinnern Sie sich noch an den geschichtsträchtigen 23. April 1998? Im Deutschen Bundestag herrschte an diesem Tag feierliche Stimmung. Schließlich sollte die entscheidende Säule des Wohlstands der Deutschen in einem Staatsbegräbnis Erster Klasse beerdigt werden - die D-Mark. Dazu wurde im Parlament eine Märchenstunde veranstaltet. Der Euro, so der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, sei »das Großartigste«, was Europa je gesehen habe. Das jedenfalls redete Kohl den deutschen Abgeordneten und auch der Bevölkerung ein. Er erklärte in jener Bundestagssitzung beispielsweise: »Von der heutigen Entscheidung - ich meine das nicht pathetisch - hängt es wesentlich ab, ob künftige Generationen in Deutschland und in Europa in Frieden und Freiheit, in sozialer Stabilität und auch in Wohlstand leben können.« Kohl log dreist weiter: »Ich behaupte: Die Voraussetzungen für eine stabile europäische Währung

waren noch nie so gut wie heute. Die Konvergenzberichte der Europäischen Kommission und des Europäischen Währungs-instituts machen ebenso wie die Stellungnahme der Deutschen Bundesbank übereinstimmend deutlich: Europa ist bereits im Vorfeld der Währungsunion zu einer Stabilitätsgemeinschaft zusammengewachsen.« Die gemeinsame Währung werde das Klima für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa nachhaltig verbessern. Kohl wörtlich weiter: »Der Euro eröffnet große Chancen für neue wirtschaftliche Dynamik, für dauerhaftes Wachstum und dringend benötigte zukunftssichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert.« Und: »Meine Damen und Herren, der Euro und die Europäische Währungsunion sind in gar keiner Weise ein unkalkulierbares Risiko.«

Das Kohlsche Lügengebäude gipfelte in der Aussage: »Meine Damen und Herren, nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedsstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers.« Die Abgeordneten klatschten, es gab tosenden Beifall. Sie hielten den Euro für zukunftssicher, stabil, wachstumsorientiert und dynamisch. Kurzum: ein Jahrhundertereignis. 632 von 672 Abgeordneten stimmten immerhin für die Einführung des Euro, nur 35 dagegen. Wenige Jahre später steht diese sagenhafte Gemeinschaftswährung am Abgrund. Die Warnungen der Euro-Skeptiker hatte niemand hören wollen. Kritiker wurden damals mundtot oder lächerlich gemacht. Oder man hörte einfach weg.

Übrigens: Machtmenschen wie Kohl und Waigel nutzten dabei auch ihre Schildknappen wie etwa den damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog. Der hatte zwar von Wirtschaft und vom Euro nicht die geringste Ahnung, wurde aber vorge-schoben, um Stimmung gegen die D-Mark zu machen. Der Euro-Kläger Professor Wilhelm Nölling schreibt dazu: »Um das Projekt >Gemeinsame europäische Währung< nachhaltig zu unterstützen - bei damals mehr oder weniger schwankenden Aussichten über die schließlichen Realisierungschancen -, äußerte sich Bundespräsident Roman Herzog in einem Interview in *Die Woche* am 14. Juni 1996 wie folgt: >Mir erscheint die

Debatte um die Einführung der Währungsunion ... als sehr gefährlich. Die Bürger verstehen zu wenig von Europa ...< Daraufhin schrieb ich ihm am 24. Juni 1996 einen Offenen Brief, der ebenfalls in *Die Woche* abgedruckt wurde und dessen zentrale Kritik wie folgt formuliert war: >In Deutschland ist über das Für und Wider einer Währungsunion eher zu wenig als zu viel debattiert worden. Sie vor allem für den Bundestagswahlkampf schon jetzt zum Tabu zu erklären geht aus sachlichen und demokratischen Gründen nicht.< Ich sprach mich gegen >eine Ausklammerung aus, wann immer es den Befürwortern recht ist<. Darf man einen Bundespräsidenten so direkt zur Rechenschaft ziehen? Ich meine ja ! 1) Weil dieser Präsident so wenig Währungs- und Wirtschaftsfachmann war wie Kohl oder Waigel und sich nicht anmaßen sollte, in das komplizierte Rädenspiel der Vorbereitung zur Währungsumstellung einzugreifen und darauf zu dringen, dass erst gar keine Diskussion mehr stattfinden sollte, und 2) weil es um Glaubwürdigkeit und Amtsverständnis ging, wäre es aus meiner Sicht angebracht gewesen, dass der Präsident sich raushält, statt dazu beizutragen, Deutschlands unterentwickelte Streitkultur zur Unterstützung der hochproblematischen Regierungsmaßnahmen zu missbrauchen.«²³⁸

Noch einmal zurück zur Kohlschen Rede. Nachfolgend seien noch einige der Prophezeiungen des früheren Bundeskanzlers zum Euro aufgeführt - sozusagen als Ergänzung zu den eingangs aufgeführten Statements, die er im Brustton der Überzeugung vorbrachte. Alle Zitate stammen aus dem stenografischen Bericht des Deutschen Bundestags vom 23. April 1998.²³⁹ Helmut Kohl wörtlich:

»Ich bin überzeugt, dass die Erfolgsgeschichte der D-Mark in unserem Land mit einer Erfolgsgeschichte des Euro weitergeht. Die Vorzüge, die wir mit der D-Mark erarbeitet haben und an der D-Mark - zu Recht - schätzen, gehen nicht verloren. Sie werden in ein größeres Ganzes zum Vorteil Deutschlands und zum Vorteil Europas eingebracht. (...) Der Euro stärkt die Europäische Union als Garanten für Frieden und Freiheit. (...)

Das Europäische Währungsinstitut und die Deutsche Bundesbank haben in ihren Stellungnahmen bestätigt, dass die Vorschläge der Kommission stabilitätspolitisch vertretbar sind. (...) Ich behaupte: Die Voraussetzungen für eine stabile europäische Währung waren noch nie so gut wie heute. (...) Die Einführung des Euro liegt im ureigensten wirtschaftlichen Interesse auch und nicht zuletzt der Deutschen. (...) Die gemeinsame europäische Währung wird Europa als Raum wirtschaftlichen Wohlstands und monetärer wie sozialer Stabilität festigen. (...) Die gemeinsame Währung wird das Klima für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa nachhaltig verbessern. (...) Von der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht am 7. Februar 1992 bis zur Einführung des Euro am 1. Januar 1999 gibt es einen siebenjährigen Vorbereitungsprozess. Wir haben alle notwendigen Voraussetzungen für dauerhafte Stabilität getroffen. Die Bundesregierung hat gemeinsam mit ihren Partnern - sie hat dabei eine wesentliche Rolle gespielt - im Vertrag von Maastricht durchgesetzt, dass die Europäische Zentralbank in Frankfurt so unabhängig ist wie die Deutsche Bundesbank und zuallererst der Stabilität der Währung verpflichtet ist. (...) Dafür sollten wir dankbar sein und den Menschen überall in Deutschland sagen, dass dies, was hier geregelt und entschieden wurde, in ihrem Sinne ist. (...) Die Bundesregierung hat mit ihrem konsequenten Eintreten erreicht, dass die Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht strikt eingehalten werden. (...) Niemand soll glauben, dass diese Chance automatisch wiederkommt, wenn wir sie jetzt nicht nutzen. Sie kommt nicht wieder! (...) Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie uns diese Chance, die eine wahrhaft historische Chance ist, für den Frieden und die Freiheit, für den Wohlstand und für die soziale Stabilität in Europa und in Deutschland nutzen. (...) Meine Damen und Herren, nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedsstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers. Heute hat einer unserer Kollegen von seiner Erfahrung im Europäischen Parlament berichtet. Wenn

Sie quer durch alle Parteien mit den Kollegen im Europäischen Parlament reden, wissen Sie, dass dieser Satz einen Moment des Innehaltens verdient: Nach den vertraglichen Regelungen gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedsstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers. (...) Ich bin ganz sicher - wie wir es schon bei anderen geschichtlichen Ereignissen erlebt haben -, dass diejenigen, die heute Nein zum Euro sagen, schon in wenigen Jahren leugnen werden, dass sie je eine solche Meinung vertreten haben. (...) Meine Damen und Herren, wenn ich mich an jene Debatte erinnere, die vor weniger als sechs Monaten in diesem Saal stattfand, finde ich, dass es schon an der Zeit wäre, dass der eine oder andere wenigstens sagte - das zu tun ist ja menschlich -: Ich habe mich geirrt. (...)«

Kohl war sich also »ganz sicher«, dass »diejenigen, die heute Nein zum Euro sagen, schon in wenigen Jahren leugnen werden, dass sie je eine solche Meinung vertreten haben«. Zudem wollte er, dass jene, die sich im Hinblick auf den Euro geirrt hatten, dieses auch öffentlich eingestanden. Haben Sie je etwas davon vernommen, dass sich Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl und 632 von 672 deutschen Abgeordneten, die damals für den Euro stimmten, beim Volk dafür entschuldigt hätten? Würden wir tatsächlich in einer rechtsstaatlichen Demokratie leben, dann säßen die damaligen 632 Euro-Verbrecher aus dem Bundestag heute auf der Anklagebank - oder gar im Gefängnis.

Abrechnung mit Verbrechern: die Schuldigen

Was haben Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Gerhardt, Joschka Fischer, Johannes Rau, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Oskar Lafontaine, Hans Eichel, Jutta Limbach, Horst Köhler, Peter Bofinger, Ernst Welteke, Fritz Pleitgen, Gabor Steingart, Theo Sommer und Ulrich Wickert gemeinsam? Sie gehören aus der Sicht eines Durchschnittsbürgers wohl dem-

nächst auf die Anklagebank. Sie sind jenem Kreis von Personen zuzuordnen, der die Mitschuld an der unkritischen Aufgabe der stabilen D-Mark trägt. Es gab vor der Euro-Einführung viele kluge Köpfe, die verzweifelt versuchten, den Wahnsinn noch rechtzeitig zu stoppen. Aber die vorgenannten Personen aus Politik und Medien bildeten einen Schutzschild für die neue Euro-Einheitswährung. Wie konnte das passieren?

Die Antwort konnte man im Mai 2010 in der *Jungen Freiheit* lesen. Unter der Überschrift »Die Schuldigen - verantwortlich für das Euro-Abenteuer: politische Wegbereiter, wissenschaftliche und juristische Befürworter, publizistische Propagandisten« schrieb Michael Paulwitz²⁴⁰:

Politikern ist so leicht nichts peinlich, und ihr Geschwätz von gestern vergessen sie bei Bedarf recht rasch. Wäre es anders, müssten die Täter und Mitläufer des Euro-Experiments in diesen Tagen permanent tiefrote Ohren tragen. Die über 30-jährige Geschichte der Europäischen Währungsunion ist eine Chronik der ideologischen Verblendung, der dilettantischen Fehleinschätzung und des mutwilligen Ignorierens von Fakten und Argumenten. Helmut Kohl, der auch als »Kanzler der Währungsunion« in die Geschichte eingehen wird, ist jedenfalls genauso hochtönend wie vor einem Vierteljahrhundert. Noch auf der offiziellen Feier seines 80. Geburtstags Anfang Mai pries er wegen einer Spendenaffäre in Ungnade gefallene Ex-CDU-Chef den Euro erneut als »Friedensgaranten« und erklärte die durch ihn »unumkehrbar« gewordene EU-Integration zu einer »Frage von Krieg und Frieden«. Die »beste Waffe gegen dümmlichen Chauvinismus« schien ihm diese Einigung in seiner Rede vor dem Europäischen Bankenkongress in Frankfurt im November 1996, als er den Euro zum »gottgefälligen Werk« erhob - drunter ging es schon damals nicht. Sein FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher hatte bereits Ende 1987 vor der Übernahme der EG-Ratspräsidentschaft durch die Bundesrepublik erstmals öffentlich eine »gemeinsame europäische Währung« gefordert; Kohl machte sich diese politische Idee noch vor dem Mauerfall zu eigen. Hinter jedem »großen Europäer« im Kanz-

leramt steht ein französischer Präsident, der ihn antreibt. Im Falle Kohls war das François Mitterrand, der als Preis für sein widerwilliges Ja zur Wiedervereinigung die Köpfe von D-Mark und Bundesbank rollen sehen wollte. SPD-Altkanzler Helmut Schmidt dagegen betont bei jeder Gelegenheit, dass die Währungsunion im Grunde seine Erfindung sei, zu der er zusammen mit »seinem Freund« Valéry Giscard d'Estaing 1978/1979 mit dem »ECU« die Basis gelegt habe. Auf den Euro lässt Schmidt deshalb bis heute nichts kommen. Ende 1996 stellte er per Offenen Brief in der Zeit Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer als Euro-Bremser hin, weil der sich nicht zum Filialdirektor degradieren lassen wollte; und an der Griechenland-Euro-Krise sind für ihn vor allem Merkel und Sarkozy schuld, weil sie nicht schnell genug »gehandelt« hätten. Gewohnt wetterwendisch agierte dagegen Kohls Amtsnachfolger Gerhard Schröder. Mit der Charakterisierung des Euro als »kränkelnde Frühgeburt« hatte der frischgebackene niedersächsische Ministerpräsident und SPD-Kanzlerkandidat noch die Allparteieneintracht der Debatte über die Euro-Regierungserklärung am 2. April 1998 gestört, in der Kanzler Kohl den »Meilenstein der Geschichte« beschwor, SPD-Chef Oskar Lafontaine den Europäer Kohl lobte und der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt mit Grünen-Leitwolf Joschka Fischer sich einmütig am »historischen Ereignis« berauschten. Kontra gaben nur Gregor Gysi und die PDS, die denn auch als Einzige drei Wochen später geschlossen gegen das Euro-Einführungsgesetz stimmte; aus den anderen vier Fraktionen gab es nur eine Handvoll Enthaltungen. Am 24. April im Bundesrat gegen die Euro-Einführung zu stimmen wagte Schröder natürlich nicht, ebenso wenig Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, der sich unter dem Eindruck von 80 Prozent Euro-Gegnern in Umfragen immer wieder mal an Euro-skeptischen Tönen versucht hatte. Erwin Teufel für Baden-Württemberg, Hans Eichel für Hessen, Johannes Rau für NRW, Oskar Lafontaine für das Saarland - sie alle winkten den Euro im Bundesrat durch, einzig Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf enthielt sich der Stimme. Kaum Kanzler ge-

worden, betrieb Schröder gegen alle Bedenken den Euro-Beitritt Griechenlands, den Rot-Grün am 7. Juni 2000 im Bundestag zur Abstimmung stellte. Die Unionsparteien rühmen sich heute, wenigstens in diesem Fall dagegen gestimmt zu haben. Wenige Wochen zuvor hatte Vizekanzler und Außenminister Fischer seine notorische »Humboldt-Rede« gehalten, in der er die »Vollendung der europäischen Integration« in einem Bundesstaat zum Zielpunkt des mit der Währungsunion fortgesetzten Weges erklärte. 2005 gab Rot-Grün den entscheidenden Anstoß zur Aufweichung des Stabilitätspakts; Frankreich half gerne. Bedenken gegen die Teilnahme Griechenlands hatten trotz der damals diskutierten griechischen Mogeleyen weder Schröder noch Fischer. Der vom abgewählten SPD-Ministerpräsidenten zum Finanzminister beförderte Hans Eichel auch nicht. Er musste mit Scheinverkäufen staatlicher Forderungen gegen Post und Telekom an private Investoren tricksen, um die Defizitkriterien optisch zu erfüllen. Sein Amtsvorgänger Theo Waigel hatte die Eintrittskarte in den Euro auch nur mit Haushaltsakrobatik gelöst und wollte sich zur Euro-gerechten Bilanzkosmetik sogar am Bundesbank-Gold vergreifen. Waigels Parole vom Euro, der »stark wie die Mark« werden solle, klingt wohl nur denen in den Ohren, die damals auf seine Werbeauftritte hereingefallen sind. Den Namen der Währung - Euro statt ECU - findet er heute noch »genial«, er beansprucht ja auch für sich die Urheberschaft. Der heutige Bundespräsident Horst Köhler hatte als CDU-Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums einst den Maastricht-Vertrag mit ausgehandelt. 1998, da war er Sparkassenpräsident, hatte er im Spiegel-spezial-Interview im Waigelschen »Stark wie die Mark«-Ton dröhnend Zuversicht verbreitet und die vom Euro beförderte »Haushaltsdisziplin« und »Stabilitätskultur« gepriesen. Häufe ein Euro-Land dennoch hohe Defizite auf, sei »weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaat« verpflichtet zu helfen; es werde »nicht so sein, dass der Süden bei den sogenannten reichen Ländern abkassiert«, die Währungsunion werde »kein Riesenumverteilungsrad«. Der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler, der den Bundes-

Präsidenten dieser Tage per Pressemitteilung »höflich« gebeten hat, den Widerspruch zu seiner heutigen Rechtfertigung des vertragswidrigen »Bailout« aufzulösen, wird wohl vergebens auf Antwort warten. Gegenüber den fundierten Einwänden zahlreicher Staatsrechtler und Ökonomen stellte sich die vom europäischen Missionseifer beseelte politische Klasse taub und blind. Die Manifeste von 1992 und 1998, als 155 Professoren für eine Verschiebung der Währungsunion plädierten, weil die Voraussetzungen fehlten, wurden mit Nichtachtung gestraft und von willigen Medien wie der Zeit ebenso mit Hämme kommentiert wie die Zurückweisung der ersten Verfassungsbeschwerde der »vier Musketiere«. Als Hausheiliger der Euro-Befürworter fungierte der Würzburger Ökonom Peter Bofinger. 1997 mobilisierte er 58 Fachkollegen für eine Pro-Euro-Initiative gegen die Nein-Kampagne der professoralen Warner - 2004 wurde er auf Vorschlag der Gewerkschaften Mitglied im Rat der »Fünf Wirtschaftsweisen«, der die Bundesregierung berät. Norbert Walter trommelte als Chefvolkswirt der Deutschen Bank für den Euro. Kurzsichtige Industrielobbyisten und zahlreiche große Wirtschaftsführer schlugen sich ohnehin auf die Seite der Euro-Fans, zu denen sich auch ARD-Intendant Fritz Pleitgen zählte; Bundesbankpräsident Ernst Welteke, willfähriger als Amtsvorgänger Hans Tietmeyer, ließ es sich nicht nehmen, zur Euro-Bargeldumstellung die ersten Münzen selbst auszugeben. Auch das Gros der Medien verbreitete nach dem Vorbild von Springer-Presse und ARD zur Euro-Einführung meist unkritische Wohlfühlstimmung; skeptischere Töne schlugen neben JF und Focus am ehesten noch FAZ und Süddeutsche Zeitung an. Unvergessen ist ein kleiner Bericht aus der Süddeutschen Zeitung vom 13. Februar 1998 unter der Überschrift »Spielverderber bei der Euro-Party«. Da wurde Klartext gesprochen: »Wer stichhaltig bezweifelt, dass der Euro stark werden kann, der wird belehrt, dass die Währungsunion zwecks Zusammenhalts der Europäischen Union unabdingbar sei. (...) Fakt bleibt, dass die Währungsunion nicht beschlossen wurde, um eine harte europäische Währung zu kreieren, sondern um Frankreich

vom Joch der Hartwährungspolitik der Bundesbank zu befreien. «

Zum zehnjährigen Euro-Jubiläum 2009, als die Katastrophe für Experten schon absehbar war, überwogen in den Medien erst recht die Lobeshymnen und Erfolgsbilanzen. Das immerhin hat sich geändert: Die hellenische Euro-Dämmerung hat Hankel, Nölling, Schachtschneider und Starbatty inzwischen auch in den Mainstream-Medien zu gefragten Interviewpartnern und Gastkommentatoren befördert.

Der Focus zählte neben der FAZ und der Jungen Freiheit also zu den wenigen von Anfang an dem Euro gegenüber skeptisch eingestellten Medien. Deshalb sollte man das Nachrichtenmagazin auch dafür würdigen, dass es im August 2012 unter der Überschrift »Die Euro-Verräter - von Kohl bis Schröder« einige Dinge klar beim Namen genannt hat. Der Focus nennt Helmut Kohl in dem Bericht einen »größenwahnsinnigen Fantasten« und fragt rückblickend zur Euro-Propaganda Kohls, die damals überall verbreitet wurde: »Wie konnte so etwas 1999 geschehen? Wie konnte eine Partei es wagen, eine derart dümmliche Propagandaschrift zu veröffentlichen? Schließlich warnten damals Hunderte von Experten vor den Euro-Risiken. Und verzweifelte Wirtschaftsprofessoren klagten gar vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Gemeinschaftswährung.«²⁴¹

Unter der Zwischenüberschrift »Gutgläubig, verblendet oder besoffen?« fährt der Focus dann fort: »Waren die CDU-Strategen zu gutgläubig? Gar verblendet? Oder einfach nur vom Kohlschen Europa-Auftrag besoffen? Wir werden es nie erfahren. Es tröstet uns keineswegs, dass die Sozialdemokraten den Euro damals kaum realistischer beurteilten. Sie schwärmten in ihrem Manifest für die Europawahlen 1999 von nachhaltigem Wachstum< und >stabilem Geldwert. Sie würden >alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit die Gemeinschaftswährung ihren Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Stabilität leistet. Leider ahnten sie nicht, dass ausgerechnet ihr Kanzler diese hehren Prinzipien in den Staub treten würde. Wir haben schon immer vermutet, dass Parteien nicht besonders lernfähig sind. Jetzt

wissen wir es sicher. Denn obwohl die Euro-Probleme immer offenkundiger wurden, strotzte auch die Wahlpropaganda 2004 und 2009 nur so vor halb Wahrem und komplett Wahnsinnigem. Als Beleg sei hier nur - in seiner ganzen Pracht und Schönheit - ein Auszug aus dem CDU-Wahlprogramm 2009 genannt (Titel: Für ein Europa mit soliden Finanzen); >Es ist insbesondere ein Verdienst von Helmut Kohl und Theo Waigel, dass der Euro als stabile und sichere Währung zu einem wichtigen Baustein des europäischen Hauses geworden ist.< Oh, wenn man sie doch nur dazu zwingen könnte, all diese gedruckten Worte zu verspeisen. Buchstabe für Buchstabe. Vor den Augen ihrer Wähler.«²⁴²

Kanzler Gerhard Schröder: Der Crash kam nicht unerwartet

Bereits seit dem Jahr 2003 wusste man im Berliner Kanzleramt, was den deutschen Bürgern bevorstehen würde. Damals war Gerhard Schröder (SPD) Bundeskanzler. Seit 2003 war man bestens über den sich abzeichnenden Crash in der Euro-Zone informiert. Man muss diesbezüglich nicht lange spekulieren. Man kann das für die Geschichtsbücher mit unangreifbaren Quellen belegen. Der Wirtschafts-Crash kam 2009 für die Bundesregierung so »überraschend« wie der Wechsel der Jahreszeiten. Es mag sein, dass man im Kanzleramt die Ausmaße aus Dummheit und Unfähigkeit in den Monaten zuvor unterschätzte oder aber aus eiskalter Berechnung verdrängt hatte. Man wusste jedoch nachweislich, dass es irgendwann einen großen Crash geben würde. Nur den Zeitpunkt kannte man nicht. Und man wollte die lodernden Flammen der Wählerstimmen wegen nicht löschen. Sie können nicht glauben, dass eine Bundesregierung die wirtschaftliche Zukunft des Landes eiskalt aufs Spiel gesetzt hat? Nun, Sie müssen das auch nicht glauben. Sie können es Wort für Wort in den Archiven nachprüfen - und nachlesen.

Das *Handelsblatt* berichtete beispielsweise am 26. Februar 2003 - also zu jener Zeit, als Gerhard Schröder Bundeskanzler war - unter der Überschrift »Oberster Finanzaufseher hält nichts von Bad Bank« darüber.²⁴³ Wenige Tage später war im gleichen Blatt auf einer hinteren Seite die Überschrift »Eichel gegen staatliche Absicherung fauler Bankenkredite« zu lesen.²⁴⁴ Hans Eichel war seinerzeit Bundesfinanzminister. Die Berichterstattung über faule Bankenkredite und einen später einmal kommenden Finanz-Crash sorgte damals für erhebliche Unruhe in der Bundesregierung.²⁴⁵ Man schrieb das Jahr 2003 - und die Wähler sollten doch, bitteschön, nichts erfahren! Es war doch alles in Butter. Dabei gab es bereits im Februar 2003 im Kanzleramt ein erstes geheimes Spitzengespräch zwischen Bankenvertretern und der Bundesregierung über die wachsende Zahl fauler Kredite und den drohenden Euro-Crash. Niemand in dieser Gesprächsrunde zweifelte daran, dass faule Kredite die Banken irgendwann künftig in den Abgrund reißen würden. Man sprach also hinter verschlossenen Türen über »angeschlagene Banken« und hatte schon im Jahr 2003 die Idee zur Gründung einer »bad bank« zur Rettung der Finanzwelt. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der damalige Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) und führende Vertreter der deutschen Kreditwirtschaft sprachen nachweislich im Kanzleramt darüber. Nochmals - das war im Jahr 2003. Nur bekannt werden sollte das auf keinen Fall, hatte man zu jenem Zeitpunkt doch beschlossen, den Crash einfach auf die Bevölkerung zukommen zu lassen. Volldampf voraus in die Krise. Noch 'ne Zigarre und noch 'ne Flasche Wein! Schaden abwenden vom deutschen Volke? Wozu denn? Nach uns die Sintflut!

Sie glauben das nicht? Das renommierte *Handelsblatt* berichtete seinerzeit gleich in einer ganzen Serie von Artikeln über die geheimen Finanzkrisentreffen im Kanzleramt, etwa unter der Überschrift »Erfolge beim Management fauler Kredite«.²⁴⁶ Viele renommierte Führungskräfte erwarteten schon 2003 künftige Zusammenbrüche von Banken - das war für jene, die die Basisfakten kannten, abzusehen, allerdings ging man von einer

kleineren Dimension als der heute tatsächlich eingetretenen aus.²⁴⁷ Aufseiten der Bundesregierung blieb man zu diesem Zeitpunkt allerdings faul und untätig.

Es gab im Übrigen noch ein weiteres Treffen von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) im Frühjahr 2003 mit Bankenvetretern. Erneut sprach man hinter geschlossenen Türen über Auffanggesellschaften für faule Bankenkredite. Die damalige Bundesregierung verwarf jedoch diese Idee, weil die Bevölkerung um keinen Preis die Wahrheit über die irgendwann bevorstehende Finanzkrise erfahren sollte. Das hätte Wählerstimmen bei der Bundestagswahl 2005 gekostet. Man wusste also, dass die Spekulations- und Immobilienblasen an den Finanzmärkten eines Tages platzen würden. Es war eine reine Frage der Zeit. Und dann würde man sich völlig überrascht zeigen.

Als der Knall dann 2009 zu vernehmen war, war Kanzler Gerd Schröder längst in gut bezahlten Diensten des russischen Gaskonzerns *Gazprom*. Deutsche Medien konnten sich zudem angeblich nicht mehr daran erinnern, dass die Schröder-Regierung Vorjahren schon um die sich abzeichnenden Gefahren der vielen faulen Kredite wusste. Jeder Wirtschaftsjournalist gab sich völlig überrascht. Die Untätigkeit der Journalisten hatte allerdings einen einfachen Grund - 2003 sorgte die Indiskretion über die faulen Kredite²⁴⁸ und den sich abzeichnenden Crash nicht nur für helle Aufregung im Kanzleramt²⁴⁹, sondern auch für gewaltigen Ärger in den medialen Chefredaktionen.²⁵⁰ Wer als Journalist heutzutage vorformulierte Informationen aus der Umgebung der Bundesregierung will, der darf es sich mit den dort Herrschenden nicht verderben. Also schauen die Journalisten in Bezug auf die Regierung kompromittierende Informationen lieber untertänig weg.

Noch eines darf man nicht vergessen: Es waren SPD und Grüne, die in jenen Jahren im Euro-Raum die Stabilitätskriterien aufweichten und die Grundlage für den Euro-Crash legten. Im November 2002 hatten der damalige SPD-Bundeskanzler Schröder und sein SPD-Finanzminister Eichel damit begonnen, die Axt an die Stabilitätskriterien des Vertrags von Maas-

tricht anzulegen. Obwohl Deutschland die Defizitgrenze von drei Prozent überschritt, wurde ein Verfahren wegen zu hoher Neuverschuldung abgewehrt. Nach 2001 und 2002 hatte Deutschland unter Rot-Grün bis 2005 insgesamt fünf Mal in Folge mehr als drei Prozent Neuverschuldung ausgewiesen. Deutschland gehörte damit zu den größten Schuldenmachern im Euro-Raum. Die von Rot-Grün betriebene weitere Aufweichung des Stabilitätspakts im Jahr 2005 führte zu einer nachhaltigen Schwächung des Euro-Raums. Der *Deutschlandfunk* berichtete am 8. März 2005 unter der Überschrift »Eichel beharrt auf Lockerung der Maastricht-Kriterien« darüber.²⁵¹

Von November 2005 bis Oktober 2009 war SPD-Mann Peer Steinbrück Finanzminister - und für weiteres Versagen in Euro-Fragen zuständig. Wie wenig Ahnung der spätere SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück von Finanzen hat(te), kann man recht einfach belegen: Am 3. Dezember 2007 berichtete die *Financial Times Deutschland* unter der Überschrift »Rom entfacht Streit um Bankaufsicht« darüber, dass der damalige deutsche Finanzminister Steinbrück und der britische Schatzkanzler Alistair Darling die Pläne ihres italienischen Amtskollegen Tommaso Padoa-Schioppa für eine Bankenaufsicht in Europa für Teufelszeug hielten. In einem Brief an seine EU-Amtskollegen hatte Padoa-Schioppa darauf gedrungen, die Integration der Bankenaufsicht durch »ein einheitliches europäisches Regelwerk« und eine »integrierte europäische Aufsicht über grenzüberschreitende Marktteilnehmer« voranzutreiben. Damit nahm der Italiener genau das vorweg, was heute auf europäischer Ebene als dringend notwendig betrachtet und - man höre und staune! - auch von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück als absolut erforderlich erachtet wird: eine europäische Bankenaufsicht. Damals aber lehnte Steinbrück diese kategorisch ab, wie die FTD schrieb. Steinbrück hatte übrigens als früherer Bundesfinanzminister der Jahre 2005 bis 2009 mitnichten eine so gute Figur gemacht, wie er dem deutschen Wahlvolk heute glauben machen will. Das beweist auch seine Mitte September 2008 im Bundestag geäußerte, häufig zitierte fehlerhafte Einschätzung

nach der *Lehman-Brothers-Pleite*, derzufolge die Wirtschaftskrise ein rein amerikanisches Problem sei. Leider scheinen die Deutschen ein »gutes« Gespür dafür zu haben, immer jene mit der Verwaltung ihrer Finanzen zu betreuen, die davon garantiert keine Ahnung haben.

Jene, die von der Bevölkerung auserkoren waren, Schwelbrände zu löschen, Brandherde zu verhindern und so Schaden vom Volke abzuwenden, sahen dem sich entwickelnden Feuer seit 2003 einfach zu. Nur dem deutschen Michel erzählt man es anders. Und jene, die aus Schwelbränden Feuersbrünste entstehen ließen, bekommen heute stattliche Pensionen. Die obersten Brandstifter treten darüber hinaus nun sogar in der Öffentlichkeit als Feuerwehrleute auf, die in den Medien Tipps für die Löscharbeiten geben dürfen.

Raus aus dem Euro - rein in den Knast

Unabhängig von der politischen Farbe der in Berlin Regierenden herrscht jetzt überall der Rotstift. Es gibt nur noch wenig zu verteilen. Die aufgestaute Wut über Perspektivlosigkeit, Finanz-Crash, Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, wachsende Kriminalität, Islamisierung und die vielen anderen unter den Teppich gekehrten Probleme werden sich irgendwann entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker - das aufgestaute Wutpotenzial ist gewaltig. Auf vielen Gebieten haben Politiker die Bürger belogen.

Wir erleben das schnelle Auseinanderdriften von Vermögen und Einkommen, Massenarbeitslosigkeit, sinkende Reallöhne und sinkende Renten bei steigenden Lebenshaltungskosten - und eine an Hohn und Spott grenzende Höhe von Hartz IV. Deutsche, die vor wenigen Jahren noch Urlaub in Ländern wie Ägypten und der Türkei machten und Menschen fotografierten, die dort im Abfall nach Verwertbarem suchten, prügeln sich nun selbst an den Müllcontainern deutscher Bahnhöfe und

Autobahnrastplätze um weggeworfene Pfanddosen und -flaschen. Stolz präsentieren türkische Zeitungen Fotos von Deutschen, die in den Müllcontainern der Discounter nach abgelaufenen Nahrungsmitteln suchen, neben Türken, die aus Deutschland in ihre Heimat zurückkehren wollen, weil ihre Kinder doch einmal eine bessere Zukunft als die Deutschen haben sollen.

Vielleicht sollten die Europäer schon einmal Kurse bei dem Amerikaner Todd Norem buchen. Der Mann bildet durch die Wirtschaftskrise in Finanznöte geratene Amerikaner im Betteln aus. Er entwirft für jeden einzelnen Bettler eine Marketingstrategie. »Brauche Geld für Essen« zieht nicht mehr. Man muss heute provozieren. Die Konkurrenz zwischen den Standard-obdachlosen ist zu groß, als dass man mit der Mitleidstour noch Gewinn erzielen könnte. Zudem muss selbst die potenzielle Kundschaft ihren Gürtel enger schnallen und kann auch nicht mehr so viele Münzen abgeben wie früher. Provokante Botschaften auf Kartonschildern verfassen und warten, bis die Schecks und Banknötchen zugeflogen kommen - das ist der Geheimtipp des Experten. Er rät Europäern, die sich ihre Hartz-IV-Einkünfte durch Betteln aufbessern wollen, zu Pappschildern mit provokant wirkenden Aufschriften wie etwa dieser: »500-Euro-Scheine können aus Sicherheitsgründen nicht angenommen werden.«

Immer mehr Bürger haben die Lügen der Politiker jetzt schlicht satt. Viele Bürger sehen Politiker und Wirtschaftsführer nur noch als Lumpen und Gesindel. Aus Volksparteien sind in ihren Augen »Volksverarschungsparteien« geworden. Wer in früheren Jahrhunderten im Zuchthaus oder in einer Besserungsanstalt gesessen hätte, der sitzt heute eben im Bundestag oder ist Wirtschaftsführer. Diese Stammtisch-Sichtweise wird sich ganz gewiss noch verstärken, denn immer mehr Arbeitnehmer werden im Zuge der Euro-Krise von gut verdienenden Managern entlassen. Es sind zudem nicht die Jobs in der Frittenbude, die in Deutschland wegfallen. Falls, wie prognostiziert, eine Million Menschen zusätzlich arbeitslos werden,

dann sind unter ihnen allein 100000 Metalller, viele von ihnen hoch qualifiziert und gut bezahlt. Deutschland erlebt die erste schwere Krise im Zeichen von Hartz IV. Wozu ist ein Werkzeugmacher fähig, der jetzt 2800 Euro verdient, aber Angst haben muss, nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit mit weniger als 400 Euro im Monat Hartz IV auskommen zu müssen?

Ausnahmslos jede Bevölkerungsgruppe sieht sich gegenwärtig in Deutschland als Verlierer - vom arbeitslosen Sozialhilfempfänger bis hin zum Milliardär. Der Soziologe Klaus Dörre warnt vor der »radikalen Stimmung unter den Arbeitslosen«.²⁵² Die Krise trifft zeitgleich zum ersten Mal auch das Rückgrat jeder Regierung - die Mittelschicht. Sie wird kalt enteignet. »Die Wut der Bürger« überschreibt der Chefredakteur der *Wirtschaftswoche*, Roland Tichy, den einmaligen Prozess innerhalb der Mittelschicht.²⁵³ Sogar die eher besonnene *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fragt inzwischen: »Wohin nur mit unserer Wut?«²⁵⁴ Die Antwort ist klar: Das Vertrauen in Politik, Wirtschaftsführer und Demokratie befindet sich im steilen Sinkflug - im Osten der Republik hält zum Beispiel nur noch ein Viertel der Bürger Wahlen überhaupt für wichtig.²⁵⁵ Und nur noch sieben Prozent der Bundesbürger haben auch nur ansatzweise Vertrauen in Politiker. Auf der Liste der unbeliebtesten Personen rangieren diese in Deutschland inzwischen auf dem allerletzten Platz - zusammen mit Autoverkäufern.²⁵⁶ Der Autor entschuldigt sich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Autoverkäufern dafür, sie hier in einem Atemzug mit Politikern genannt zu haben.

Früher gab es noch Politiker mit Ehrgefühl, Anstand und Werten. Früher benannte man noch Straßen und öffentliche Plätze nach Politikern. Doch wie es aussieht, wird man nach den derzeit im Bundestag und den Landtagen vertretenen Politikern künftig wohl nur noch öffentliche Bedürfnisanstalten und Müllkippen benennen können. Selbst Zuhälter und Diebe genießen in der Bevölkerung heute mehr Ansehen als Politiker. Eines ist aber gewiss: Irgendwann wird der sehnliche Wunsch der Deutschen erfüllt werden - wir gehen raus aus dem Euro.

Was zur Folge haben wird, dass sich Politiker für ihre gebrochenen Versprechen werden verantworten müssen und in den Genuss eines Aufenthaltes hinter schwedischen Gardinen gelangen werden.

Zum Schluss noch ein Hinweis, den die Professoren Gunnar Heinsohn und Otto Steiger uns Bürgern bereits im Jahr 2002 gaben. Sie erklärten uns vor mehr als einem Jahrzehnt, weshalb die Euro-Währungsunion von Anfang an in Wahrheit gar keine solche war und wie wir wieder ein kleines Stück Sicherheit in unsere Geldbörsen bringen könnten. Sie schrieben²⁵⁷:

Auch heute wissen nur wenige, dass der Euro nicht von der EZB kommt. Denn auf den Noten steht als Emittent ausgerechnet nur die Zentralbank des Euro-Systems, die als einzige der 13 Zentralbanken das Euro-Geld gerade nicht emittiert: die EZB. Mit ihren Kürzeln in den verschiedenen Sprachen der EWU - »BCE ECB EZB EKT EKP« - auf den Noten hat also das Kostüm des Euro-Kaisers seinen schillerndsten Schmuck erhalten. Beim Kleingeld hingegen wird nicht geflunkert. Die Euro-Münzen tragen national eindeutige Symbole (...). Vor einer solchen Kennzeichnung aber fürchtete sich der Rat des Euro-Systems und beschloss (...) am 11. September 1998, auf die Angabe der wahren Emissionsbanken zu verzichten. Der italienische Wirtschaftshistoriker Luca Einaudi hat im Jahr 1999 die vom Rat wohlweislich verschwiegenen Gründe für diesen aberwitzigen Schritt offengelegt: »Wenn ein Mitgliedsland der EWU in eine politische oder wirtschaftliche Krise geriete, könnte eine Diskriminierung der Euro-Banknoten dieses Landes einsetzen. Dies würde zur Wiedereinführung eines Abschlags und damit zu einer Fluktuation des Wechselkurses gegenüber den anderen Euro-Noten führen. Damit würden die Vorteile der einheitlichen Währung aufgehoben.« Direkt gefragt, warum auf den Euro-Noten, anders als auf den Euro-Münzen, keine nationalen Symbole erscheinen, hat Hans Tietmeyer - der am 11. September 1998 heimlich Umgefallene - kurz vor Einführung der neuen Noten und Münzen diese Sicht der Dinge dann ebenfalls eingestanden: »Bei den Münzen mag die nationale Seite ja

relativ problemlos sein, bei den Euro-Noten hätte sie meiner Meinung nach die Akzeptanz in den jeweils anderen Euro-Ländern gefährden können.« Einaudi und Tietmeyer haben an die Erfahrungen aus der Zeit der privaten Notenbanken gedacht, als bei Finanzkrisen die Noten kapitalschwacher Banken nicht mehr zum Nennwert oder gleich gar nicht akzeptiert wurden. Es ist nun genau die Furcht vor einer solchen Krise aufgrund mangelnder Akzeptanz von Noten gleicher Währung, aber unterschiedlicher Emittenten, deren Entstehung man im Euro-System durch Verschleierung der wahren Emittenten zu verhindern sucht. Gleichwohl ist der Versuch, durch Einheitlichkeit der Noten die EZB-Nichtbeteiligung an ihrer Emission zu kaschieren, nicht anderes als ein Ausdruck schierer Hilflosigkeit. Zudem ist er im Ernstfall unwirksam, da die Euro-Noten anhand ihrer Seriennummern doch identifiziert werden können. Man muss nur den Buchstabencode für die NZBen kennen.

Der Code ist wie folgt entwickelt worden: Man hat zunächst die Mitgliedstaaten der EWU alphabetisch nach ihren Namen in der dominierenden Landessprache geordnet und sie dann mit dem umgekehrten Alphabet gepaart. Dabei wurden Buchstaben wie Q und W, die nicht in allen Sprachen vorkommen, sowie B, I und O, die mit Zahlen verwechselt werden können, weggelassen. Belgien als alphabetisch erstes Land - Belgie/Belgique - erhielt somit den letzten Buchstaben des Alphabets, Z, und Finnland - Suomi - als alphabetisch 12., den zwölfletzen, also L. Eine Ausnahme bildet Griechenland - Ellas -, dem als alphabetisch 3. Land der zweitletzte Buchstabe, Y, zugeteilt wurde. Der war ursprünglich für das alphabetisch 2. Land, Dänemark - Danmark -, vorgesehen, das aber in absehbarer Zeit nicht an der EWU teilnehmen wird. (Genauso wenig wie Schweden - Sverige - und Großbritannien - United Kingdom -, für die die Buchstaben K bzw. J reserviert waren.) Im Einzelnen lassen sich die Euro-Noten der zwölf Mitgliedsländer der EWU anhand folgender Buchstaben vor den Seriennummern identifizieren:

Z = Belgie,

Y = Ellas,

X = Deutschland,
V = Espana,
U = France,
T = Ireland,
S = Italia,
R = Luxembourg,
P = Nederland,
N = Österreich,
M = Portugal und
L - Suomi.

Der Buchstabe X auf den Euro-Noten steht also für Deutschland, der Buchstabe N für die österreichische Nationalbank. Wir Bürger, die wir von Politik und Medien beim Thema »Euro« so getäuscht wurden, können uns wehren. Sofern wir Deutschen und Österreicher ab sofort nur noch Geldscheine mit dem X und dem N in unseren Geldbörsen akzeptieren und alle anderen Fremdwährungen (nichts anderes sind sie ja de facto) an den Kassen als Wechselgeld zurückweisen, dann haben unsere Politiker plötzlich ein sehr großes Problem. Wir verschlimmern dieses Problem noch, indem wir zusätzlichen Druck ausüben und bei jedem Einkauf Scheine mit dem X oder N aussortieren und daheim sammeln und sparen. Tun wir Bürger das in möglichst großer Zahl und gemeinsam, dann können wir auch ohne die uns vorenthaltene Volksabstimmung gegen die Euro-Währung stimmen. Wir müssen nur möglichst viele (Mit-)Menschen von einer solchen Vorgehensweise überzeugen. Wir sind das Volk. Zeigen wir es »denen da oben«!

Das Aktionsbündnis Direkte Demokratie geht noch viel weiter und ruft deutsche Staatsanwälte dazu auf, gegen die führenden Politiker der Bundesrepublik Deutschland wegen Hochverrats zu ermitteln. Alle, die sich am Euro-Wahn im Bundestag berauscht haben, sollen wegen Hochverrats gemäß den Paragraphen 81 bis 83 des Strafgesetzbuches bestraft werden. Das ist wohl einmalig in Deutschland. Ein neuer Wind weht den Regierenden ins Gesicht, auch dort, wo es keine parlamentarische Opposition zum Euro-Wahn gibt. »Raus aus dem Euro

- rein in den Knast«. Wird aus dieser Forderung am Ende auch noch eine Bürgerbewegung?

Einer der Euro-Kläger, Professor Wilhelm Nölling, hat uns ein anderes Druckmittel gegen die vom Euro-Wahn Befallenen aufgezeigt. Er schreibt: »Die teuflische Problematik in Bezug auf Kapitalverkehrsfreiheit in einer Währungsunion besteht darin, dass jeder Bürger, der mit seinem Land unzufrieden ist und die Zukunftsaussichten der Union negativ sieht, ohne Weiteres sein ganzes Geld abheben und in für sicherer gehaltenes Terrain transferieren kann. Dieses Abstimmen über die wirtschaftliche und politische Situation eines einzelnen Teilnehmerlandes durch die Bewegung von Kapital in ein anderes Land ist konstitutiv für eine Währungsunion und kann zu bestimmten Zeiten zu einem totalen Kollaps führen des Landes, aus dem Geld weggeschafft werden soll, und schließlich des ganzen gemeinsamen >Geldvereins<.«

Heben wir also unsere Ersparnisse von den Konten und Sparbüchern ab und bunkern wir sie in Ländern außerhalb der EU, denen man noch vertrauen kann! Je mehr Menschen das tun (und damit ihre Ersparnisse vor dem Euro-Crash sichern), umso größer wird der Druck auf den regierenden Politikpöbel. Übrigens: Man kann seine Ersparnisse auch ganz einfach gegen Edelmetalle (wie Gold) eintauschen.²⁵⁸ Man sollte das Gold allerdings anonym kaufen, also bar bei einem seriösen Händler vor Ort bezahlen und keine persönlichen Daten hinterlassen. Man weiß schließlich nie, auf welche seltsamen Ideen der bankrotte deutsche Staat noch kommen wird.

Am Ende dieses Buches steht eine Erkenntnis: Die Front der Gegner der Euro-Einheitswährung reicht heute über alle Parteigrenzen hinweg. In Karlsruhe klagte 2012 die SPD-Politikerin Herta Däubler-Gmelin gegen die Euro-Rettungspolitik (sie war lange Jahre Bundesjustizministerin). Sie ist jetzt beim Verein »Mehr Demokratie« Mitglied und steht aufseiten der Euro-Gegner. In Karlsruhe klagte sie gegen die Euro-Rettungsschirme gemeinsam mit den Rechtsprofessoren Christoph Degenhart und Dietrich Murswiek, einem Mann von den Grünen, und

dem SPD-Mann Peter Danckert. Hinzu kam Peter Gauweiler, CSU. Es gab Zeiten, da wäre eine Runde in dieser Zusammensetzung völlig undenkbar gewesen - doch nun ist alles anders: Linke Politiker wie der SPD-Recke Danckert oder die »rote Herta« kämpften vor Gericht in einer Sache gemeinsam mit Peter »Gauleiter« Gauweiler, dem tiefschwarzen Ziehsohn von Franz Josef Strauß. Menschen wie Gauweiler können es sich leisten, auf das Volk zu hören, weil sie finanziell unabhängig sind. Gauweiler ist durch seine Münchner Anwaltskanzlei mehr als abgesichert. Zudem hat er ein politisches Direktmandat - 98,43 Prozent der CSU-Delegierten bestimmten ihn für 2013 zum Direktkandidaten. Menschen wie Gauweiler, Däubler-Gmelin, Schachtschneider oder Hankel sind heute die letzten Hoffnungsträger eines ganzen Volkes.

Die Ablehnung des Euro-Wahnsinns hat Menschen über alle Parteigrenzen hinweg hinter den eben Genannten vereint. Als diese in Karlsruhe gegen den Euro-Rettungsschirm klagten, schlossen sich dieser Klage weitere 37 000 Menschen an. Drei Viertel der Deutschen wünschten ihnen Erfolg und den Sieg gegen die Regierenden. Kann man sich ein geeinteres Volk vorstellen? Eine große Mehrheit steht jetzt geschlossen gegen jene »da oben«, die uns den Euro aufgezwungen haben. Irgendwann ist Schluss mit lustig. Irgendwann wird abgerechnet. Wir brauchen dann keine weiteren Klagen in Karlsruhe gegen den Euro-Wahn, die doch nur wieder abgeschmettert werden, weil die Richter politische Parteibücher haben und zwar im Namen, ganz sicher aber ohne Rückendeckung des Volkes Recht sprechen. Was wir brauchen, ist Nürnberg 2.0.

Übrigens: Großbritanniens Außenminister William Hague bezeichnet die Euro-Zone jetzt als »brennendes Haus ohne Ausgang«. Und er stellt fest: »Es war Wahnsinn, dieses System zu schaffen; jahrhundertlang wird darüber als eine Art historisches Monument kollektiven Wahnsinns geschrieben werden.« Der konservative Politiker Hague formulierte diese Sätze so in einem Interview mit dem konservativen Politmagazin *The Spectator*.²⁵⁹ Angesichts dessen müssen wir nun jene Wahnsin-

nigen, die den Euro gegen den Willen der deutschen Bevölkerungsmehrheit durchgepeitscht haben, entweder in geschlossene Anstalten bringen oder aburteilen.

Der Autor dieses Buches prophezeit heute Folgendes: Die Kanzler Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel sowie die Finanzminister vom Schlage eines Theo Waigel, Oskar Lafontaine, Hans Eichel, Peer Steinbrück und Wolfgang Schäuble werden in die deutsche Geschichte als direkte Verursacher der größten finanziellen und staatlichen Katastrophe Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg eingehen. Sie haben auch die Ehre, die größten Schuldenmacher auf deutschem Boden seit der Zeit Karls des Großen zu sein. Während sich Karl mit Schwert und Verstand allerdings ein europäisches Reich erkämpfte, werden jene die Totengräber des (noch) bestehenden friedlichen Verbundes souveräner Staaten Europas sein.

Die Politiker und Journalisten, die uns als Folge ihres Euro-Wahns mit gigantischen Kosten belastet haben und weiterhin belasten, müssen irgendwann zur Verantwortung gezogen werden. Wir müssen sie, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, inhaftieren und kasernieren. Sie haben weder Gehälter noch Pensionen und Renten verdient. Wir müssen sie ebenso ächten wie den uns gegen den Mehrheitswillen aufgezwungenen Euro. Wer das eben Formulierte für undemokratisch hält, der lese entsprechende Forderungen in einem der Urblätter der britischen Demokratie nach, dem 1928 gegründeten *Spectator*.²⁶⁰ Die Recherchen des *Spectator* zum unkritischen Umgang britischer Politiker und Medien mit dem Euro, bei dem sie Euro-Skeptiker als »Spinner« verächtlich machten, waren im Übrigen der Anlass für den Autor dieses Buches gewesen, das alles auch einmal für den deutschsprachigen Raum zu untersuchen und für die Nachwelt aufzuschreiben. Die Einführung des Euro war - nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg - der dritte Sprung ins Dunkle, den eine überforderte deutsche Staatsführung ihrem Volk im 20. Jahrhundert zugemutet hat - wieder mit katastrophalen Folgen. Im Falle der beiden Weltkriege stand am Ende zweimal die Niederlage, heute ist diese erneute (dritte)

Niederlage schon in ihren Anfängen zu erkennen. Die Forderung gegenüber den Verantwortlichen muss daher jetzt heißen: Raus aus dem Euro - rein in den Knast.

Ganz am Ende dieses Buches möchte ich einen Menschen aus dem Volk zu Worte kommen lassen, einen, der wie Tausende andere in den Jahren vor der Euro-Einführung per Leserbrief dagegen protestiert hatte, dass die D-Mark einfach abgeschafft wurde. Die folgende Leserzuschrift wurde am 15. Januar 1998 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* auf der vorletzten Seite des politischen Teils veröffentlicht. Verfasst hatte sie Dr. rer. nat. Achim Günther aus Berlin. Wenn Sie seine damals veröffentlichten Zeilen heute - also rund anderthalb Jahrzehnte später! - noch einmal lesen, dann kann es wohl keinen Zweifel mehr daran geben, dass es hochintelligente Menschen mit prophetischen Gaben im deutschsprachigen Raum gibt, die aber von der Politik schlicht ignoriert wurden und werden. Der Leserbrief trug die Überschrift »Mehr Transferzahlungen innerhalb Europas«:

Alexander Gauland hat in seinem Beitrag »Schiefe gehen darf nichts - die Risiken der Europäischen Währungsunion« (F. A.Z.-Feuilleton vom 3. Januar) wirklich Mut. Wie kommt er dazu, die Europäische Währungsunion zur Diskussion zu stellen, wo es doch der Kanzler ausdrücklich untersagt hat? Auch der Bundespräsident hat die Parteien öffentlich aufgefordert, das Thema Euro nicht zum Gegenstand des Wahlkampfes zu machen. Nicht nur die Parteien der Regierungskoalition, auch die Oppositionsparteien, ja selbst deren potenzielle Kanzlerkandidaten halten sich an das Gebot, denn der Euro ist, wie auch Gauland zu Recht schreibt, »eine Frage von Krieg und Frieden«. Zwar gibt es bei uns keine Zensur - das verbietet schon das Grundgesetz. Aber es gibt doch die innere Zensur der »Political Correctness«. Und die hat beim Autor versagt. Dabei ist es gar keine Entschuldigung, dass sein Artikel nicht im politischen oder Wirtschaftsteil erschienen ist, sondern gleichsam versteckt im Feuilleton. Gerade der unbedarfte Leser des Feuilletons, dem vielleicht wirtschaftliche Fragen fernliegen, weil er sich mit höheren geis-

tigen Werten beschäftigt, sollte nicht schon durch die Überschrift verunsichert werden.

Und was sollte schon schiefgehen? Wie bisher auch wird die Wirtschaftsentwicklung, auch die Entwicklung der Produktivität in den einzelnen Staaten der Europäischen Union, unterschiedlich verlaufen. Ein Ausgleich über Auf- und Abwertungen der nationalen Währungen ist bei einer gemeinsamen Währung nicht mehr möglich. Um soziale Verwerfungen, hohe lokale Arbeitslosigkeit, Lohnsenkungen und zu starke Wanderungsbewegungen zu vermeiden, werden wir die innereuropäischen Transferzahlungen verstärken müssen. Innerhalb Deutschlands tun wir das ja aus den gleichen Ursachen heraus schon lange, verstärkt seit dem Beitritt der neuen Bundesländer. Deutschland ist auch bislang schon der größte Nettozahler in die EU-Kasse. Daran wird sich nichts ändern. Vermutlich werden aber auch die Nettobeiträge anderer reicher EU-Länder zugunsten der ärmeren steigen müssen. Und da alle EU-Länder Probleme mit dem Staatshaushalt und der öffentlichen Verschuldung haben, ist eine maßvolle Inflation in Kauf zu nehmen. (...) Zwar werden in einigen Jahren rationaler denkende Länder sich überlegen, ob sie weiterhin die großen Transferzahlungen an die ärmeren Länder leisten wollen, wenn diese Wohltaten auch noch mit verringertem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit und schlechterem Geld einhergehen. Sie werden dann vermutlich die Europäische Währungsunion wieder verlassen und zu ihrem Gulden, ihrem Franc oder was auch immer zurückkehren. Aber dann hat der Euro längst seine Aufgabe, nämlich die Entschuldung der Staaten, erfüllt und wir können wieder ganz von vorn anfangen.

Genau darum scheint es der Politik ja letztlich auch zu gehen - die Staaten auf Kosten der Bürger, vor allem der Sparer, zu entschulden. Wie sagte der Euro-Skeptiker Professor Wilhelm Hankel doch schon am 28. November 1995 in einem Interview mit dem *Handelsblatt*? »Die Menschen haben ein feines Gespür dafür, wenn Politiker leichtfertig mit ihrem Geld umgehen und es vor den Karren ihrer Ziele spannen. Da werden Wechsel

ausgestellt, die, wenn sie platzen, keinen der Verantwortlichen mehr im Amt oder gar im Regress vorfinden.«²⁶¹ Hier irrte Professor Hankel, denn wir Bürger haben es in der Hand, die Verantwortlichen jetzt in Regress zu nehmen.

Am 19. März 1998 wurde in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unter der Überschrift »Mit Euroblindheit geschlagen« ein Leserbrief von Herbert Gassen aus Bruchköbel veröffentlicht. In diesem hieß es: »Die Entscheidung über die Kunstwährung treffen die Funktionäre der Macht. Sie sind hierzu nicht legitimiert. Die Verantwortung für ihre Absicht tragen sie alle, wie sie immer wieder zusichern. Aber wer kann sie für ihre Entscheidung in Regress nehmen, wenn das Hasardspiel mit einem in der Geschichte der Menschheit noch nie gespielten Einsatz verloren wird?« Lieber Herbert Gassen: Ihre damalige Frage muss jetzt von Millionen Bürgern hierzulande (und nicht nur hier) beantwortet werden. Und wer weiß schon, wo Menschen wie Kohl und Waigel noch enden werden ... Ganz gewiss, und das ist sicher, nicht in den Herzen der Menschen. Für die Euro-Kritiker der ersten Stunden wird jedoch in den Herzen der Bürger ganz sicher für immer eine Kerze brennen.

Wie schreibt der Euro-Kläger Professor Wilhelm Nölling: »Wer Verantwortung übernahm und heute noch dazu steht, als vor 20 Jahren die europäische politische und wirtschaftlich-monetäre Grundordnung umgepflügt wurde, der muss auch dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Sache schiefgegangen ist. Ein Wegducken und zum Selbstschutz erfundene falsche Diagnosen und irrige Maßnahmen sind nicht entschuldigbar und dürfen auch nicht toleriert werden ...«²⁶² Im Klartext: Wir brauchen wieder einen Schandpfahl. Die Politiker haben uns Bürgern mit Maastricht und dem Euro die Giftbecher gereicht; drehen wir nun den Spieß endlich um: Raus aus dem Euro - rein in den Knast!

Der 1926 geborene Rechtsprofessor Hans-Heinrich Rupp ist einer der renommiertesten deutschen Juristen. Er fordert, dass Politiker für gebrochene Versprechen haftbar gemacht werden. Ebenso wie Banken dafür haften müssen, wenn sie den

Kunden in ihren Prospekten Dinge versprechen, die dann doch nicht zutreffen, müssten auch Politiker endlich in Regress genommen werden. Er fordert das - bisher leider vergebens - schon seit dem Jahr 1996. Damals fragte ihn der *Focus*: »Banken müssen Schadenersatz leisten, wenn sie Kunden nicht genügend über Geschäftsrisiken aufklären. Lässt sich das übertragen?« Professor Rupp antwortete: »Das wäre eine Möglichkeit, unrichtige, wider besseres Wissen gemachte Behauptungen von Politikern zu ahnden. Dabei wäre an das Bürgerliche Gesetzbuch zu denken, wonach ein öffentlicher Funktionsträger, der seine Amtspflicht verletzt, in Haftung genommen werden kann. Das ist etwas Ähnliches wie bei den Banken, die sich jetzt vorsichtiger verhalten. Mir liegt zum Beispiel eine Broschüre der Dresdner Bank vor, wo über die Folgen der Währungsunion nur im Konjunktiv gesprochen wird.« Der *Focus* fragte weiter: »Greift die Amtshaftung nicht auch bei Politikern?« Rupp darauf: »Sie wurde bisher mit der Begründung abgelehnt, dass ein Politiker mit seinen allgemeinen Aussagen keiner individuellen Verpflichtung einem Dritten gegenüber unterliegt. (...) Die Zivilgerichte könnten ihre bisherige Praxis ändern und einen Politiker, der etwas verspricht, was er wider besseres Wissen - das ist ja immer Voraussetzung - nicht einhält, haftbar machen.«²⁶³

Rechtsprofessor Hans-Heinrich Rupp war im Jahr 1998 einer der Euro-Kläger. (Das Bundesverfassungsgericht schmettete ihn damals ab; siehe »Verfassungsrichter stützen Verfassungsbrecher«.) Er klagte seinerzeit dagegen, dass Kohl und Waigel die Deutschen mit dem Euro »arglistig täuschen«. Der international renommierte Fachmann für Öffentliches Recht wurde damals ausgelacht, verhöhnt und verspottet. Vielleicht wäre es an der Zeit, ihm und all den anderen Euro-Kritikern endlich ein Denkmal zu setzen für das, was sie mitmachen mussten und wofür sie bis heute einstehen. Vielleicht haben wir dann endlich auch den Mut, dem Hinweis von Professor Rupp zu folgen und Politiker für ihre Verbrechen in Haftung zu nehmen.

Der emeritierte Rechtsprofessor Peter-Alexis Albrecht, ein Strafrechtler an der Frankfurter Goethe-Universität, wies Anfang 2013 darauf hin, dass sich die Verantwortlichen ziemlich sicher sein könnten, dass nicht gegen sie ermittelt werde.²⁶⁴ Die Politik nehme entsprechenden Einfluss auf die Justiz. Wird es nicht allerhöchste Zeit, auch dagegen vorzugehen?

Wie hieß es bundesweit auf einem Wahlplakat der CDU für die Europa-Wahl aus dem Jahre 1999: »Muss Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen? Ein ganz klares Nein!« Wer war seinerzeit für diese Aussage verantwortlich? Nun, Sie kennen ihn alle: der damalige CDU-Vorsitzende und heutige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Er ist ebenso wie alle anderen, die uns Bürger beim Thema »Euro« skrupellos und arglistig getäuscht haben, greifbar. Immerhin hat ja der *Focus*, wie erwähnt, 2012 eine Liste der Euro-Verbrecher erstellt - und Helmut Kohl »größenwahnsinnig« genannt.²⁶⁵ Greifen wir uns endlich jene Politiker, die uns mit den Euro-Lügen arglistig getäuscht haben. Es gilt das Motto: »Raus aus dem Euro - rein in den Knast«. Dann wird der Weg frei für die Wiedereinführung der D-Mark und des Schilling.

ANHANG

Die Geschichte des Euro

Ein Blick in die Geschichte hätte allen Euro-Befürwortern von Anfang an gezeigt, dass Skepsis angebracht war: Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es eine Reihe von Bemühungen um Zusammenschlüsse von Währungen. All jene, die sich im Rahmen politischer Einigungen vollzogen, blieben erhalten - so in der Schweiz, in Italien und im Deutschen Reich. Alle Währungsunionen, die ohne einen politischen Überbau auskommen mussten, lösten sich früher oder später wieder auf - die deutsch-österreichische Münzunion schon nach zehn Jahren (1857 bis 1867). Der lateinische Münzbund (1865 bis 1927) und die skandinavische Münzunion (1872 bis 1931) hatten zwar einige Jahrzehnte Bestand, am Ende brachen jedoch auch sie auseinander. Diese historischen Erfahrungen sind kein Zufall, und die zentrifugalen Kräfte, die schon damals bestimmte Währungsunionen auseinanderbrechen ließen, sind heute vor dem Hintergrund globaler Finanzmärkte ganz sicher noch weitaus größer. Die Länder einer Währungsunion teilen nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken. Das haben jene übersehen, die vor der Einführung des Euro nur von den großen Chancen gesprochen haben.

Viele Menschen glauben, dass die Entscheidung über die Einführung einer europäischen Währung erst wenige Jahre vor deren Einführung gefallen sei. Irgendwie hat auch jeder das Gefühl, dass die Entscheidung zur Einführung des Euro eine demokratische Grundlage besitze. Beide Annahmen sind falsch. Schon im Jahr 1957 wurde im EWG-Vertrag festgelegt, dass die nationalen Wirtschafts- und Währungspolitiken koordiniert

werden sollten. Wechselkurse wurden damals zur »Angelegenheit von gemeinsamem Interesse« erklärt. 1962 stellte die EWG-Kommission unter Walter Hallstein erste Vorschläge für die Errichtung einer Währungsunion vor. Die Bevölkerung erfuhr nichts davon. 1969 erteilte der EU-Gipfel von Den Haag den Auftrag für die Prüfung der Entwicklung einer europäischen Währungsunion. Wieder erfuhr die Bevölkerung nichts davon. Diesen Überlegungen folgte 1970 der »Werner-Plan« einer Währungsunion. Zunächst wurde 1972 (also nach erster Freigabe des US-Dollar-Kurses) die sogenannte »Währungsschlange« eingeführt. Sie war der erste Versuch, die Schwankungen der Wechselkurse der EWG-Staaten in Grenzen zu halten. Die »Schlange« wurde im März 1979 vom Europäischen Wechselkurssystem (EWS) abgelöst: Die Mitgliedsstaaten verpflichteten sich, ihre gegenseitigen Wechselkursschwankungen innerhalb einer bestimmten Bandbreite (damals plus/minus 2,25 Prozent) zu halten. Das EWS war formal so aufgebaut, dass es in ihm keine »Leitwährung« gab (etwa die Währung des wirtschaftlich stärksten Landes: die D-Mark). Der Leitkurs wurde deshalb in einer konstruierten Größe, der *European Currency Unit* (ECU), ausgedrückt (einer »Korbwährung«).

Was uns die Politiker verschwiegen haben (nicht aber die Ökonomen): Die hier erwähnten Vorformen zur Euro-Währungsunion sind allesamt gescheitert. Die Gründe waren stets ähnlich: Die Mitgliedsstaaten waren nicht bereit, die sich aus den währungspolitischen Spielregeln ergebenden Zwänge für nationale Politiken zu akzeptieren. Auch die »europäische Schlange« schrumpfte schließlich zu einer »teutonischen Rumpfschlange«, weil Italien nur kurz zu Beginn teilgenommen hatte und weil Frankreich nach der ersten Erdölpreisexlosion ausgeschieden war; es wollte den daraus resultierenden Schocks mit expansiven Geld- und Finanzpolitiken begegnen, die mit den Pflichten im Rahmen einer Wechselkursunion nicht vereinbar waren.

Beim EWS wollte man dann alles besser machen. Die Vorschriften waren strikter und die gegenseitigen Kreditmöglichkeiten unbegrenzt. Freilich mussten die Kredite verzinst und

nach längstens sechs Monaten zurückgezahlt werden, sodass eine autonome Politik nur für eine begrenzte Zeit möglich war. Schließlich musste die eigene Geldpolitik an die des Starkwährungslandes (Deutschland) angepasst werden, wenn die Abwertung vermieden werden sollte. Das EWS wurde wegen des von ihm ausgehenden Disziplinierungsdruckes auch als »Trainee-Stadium« für die spätere Euro-Währungsunion begriffen. Doch es kam alles völlig anders. Weil die deutsche Wiedervereinigung nicht über Steuern und/oder Ausgabenkürzungen, sondern hauptsächlich über den Kapitalmarkt finanziert wurde, stiegen hierzulande die Zinsen. Die Bundesbank war nicht bereit, durch eine Öffnung der Geldschleusen die staatliche Finanzierung zu erleichtern. Sie machte über ihre Zinspolitik deutlich, dass sie am Ziel einer stabilen Währung festzuhalten gedachte. Da die Mitgliedsstaaten im EWS aus Gründen nationaler Konjunkturschwäche einem solchen Kurs nicht folgen wollten und wohl auch nicht konnten, wurde das EWS schließlich im August 1993 endgültig durch die Ausweitung der Bandbreiten auf plus/minus 15 Prozent faktisch außer Kraft gesetzt.

Schon zuvor wurde 1988 unter der Leitung von Jacques Delors eine Expertengruppe beauftragt, einen Plan zur Schaffung der Europäischen Währungsunion zu erarbeiten. Im Juni 1989 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten die Einführung der Währungsunion nach dem Vorschlag des »Delors-Berichts«. Im Februar 1992 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs in Maastricht den in vorausgegangenen Regierungskonferenzen vorbereiteten »Vertrag über die Europäische Union« (der dann im Oktober 1997 in Amsterdam nochmals Änderungen erfuhr). In diesem umfangreichen Vertragswerk wurde unter dem »Titel VII: Die Wirtschafts- und Währungspolitik« die Vereinbarung einer Europäischen Währungsunion »versteckt«, die bis spätestens 1999 zu verwirklichen sei. Der Vertrag war den Parlamenten aller Mitgliedsstaaten zur Ratifizierung vorzulegen. Im Dezember 1992 billigte der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit den Maastrichter Vertrag, der Bundesrat stimmte ihm einstimmig

zu. Der Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Der Euro wurde am 1. Januar 1999 als Buchgeld, drei Jahre später, am 1. Januar 2002, erstmals als Bargeld eingeführt.

Die Planungen für eine EU-Währung wurden also über Jahrzehnte hinweg hinter dem Rücken der Bürger vorgenommen. Sie wurden dazu nicht befragt. Wie Diktatoren peitschten Politiker ihre Ziele durch. Stets wurde über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden.

Der Rest ist hinlänglich bekannt. Mit dem Beginn des Jahres 2002 wurde der Euro zunächst in zwölf EU-Staaten als Bargeld in Umlauf gebracht. Halt, das ist die offizielle Version - und eine von vielen Lügen. Denn die logistischen Vorbereitungen für die Euro-Banknoten und -Münzen begannen nach Angaben der Europäischen Zentralbank bereits im Jahr 1992, als noch niemand wusste, wie diese einmal aussehen würden.²⁶⁶ Damals hatte die neue Währung noch nicht einmal einen Namen. Zudem war ihre Einführung keinesfalls demokratisch legitimiert. Aber man trieb sie in den Reihen der Politik dennoch voran. Bereits 1998 erfolgte der Druck der ersten Euro-Geldnoten. Es handelte sich dabei um die sogenannte »Nullserie«. Alles fand weitestgehend im Verborgenen statt. Kritiker wurden nach bekannter Manier mundtot gemacht.

Der Weg zum Euro seit 1946 bis 2012

1946: Winston Churchill fordert in einer Rede an der Universität Zürich die Schaffung »einer Art Vereinigten Staaten von Europa«.

1951: Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gründen mit Unterzeichnung des Pariser Vertrags die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (die Montanunion).

1957: Die Länder der Montanunion und Belgien unterzeichnen die Römischen Verträge. Ab 1. Januar 1958 existiert damit die

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die später zur Europäischen Gemeinschaft (EG) umbenannt wird. Die 13 OECD-Staaten beschließen die freie Konvertierbarkeit ihrer Währungen - ganz im Sinne Ludwig Erhards: »Von allen denkbaren Formen der Integration der freien Welt ist die Konvertierbarkeit die fruchtbarste«, so der damalige Wirtschaftsminister.

1960: Der EWG-Ministerrat genehmigt den gemeinsamen Zolltarif, die Europäischen Sozialfonds werden eingerichtet.

1967: Die Organe der Europäischen Gemeinschaft werden mit dem Fusionsvertrag vereinheitlicht.

1969: In Den Haag beschließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten die stufenweise Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

1970: Mit dem Werner-Plan wird der erste Plan zur Umsetzung der WWU vom luxemburgischen Ministerpräsident und Finanzminister Pierre Werner vorgelegt. Ein Jahr später wird der Plan verabschiedet.

1972: Gründung des Europäischen Währungsverbundes durch die EWG-Staaten. Die Wechselkurse der Währungen dürfen nur um maximal 2,25 Prozent nach oben oder unten von den vereinbarten Leitkursen abweichen.

1973: Großbritannien, Irland und Dänemark treten den Europäischen Gemeinschaften bei.

1979: Das System der Währungsbindung von 1972 wird abgeschafft und durch das Europäische Währungssystem ersetzt. Der ECU wird als Rechnungs- und Währungseinheit des EWS eingeführt.

1981: Griechenland tritt den Europäischen Gemeinschaften bei.

1986: Beitritt von Portugal und Spanien in die EG.

1988: Eine Expertengruppe unter Leitung von Jacques Delors (Präsident der Europäischen Kommission) wird mit der Planung zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) beauftragt.

1989: Delors' Plan dient als Leitfaden für die dreistufige Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion. Noch vor Ende 1990 sollen zwei Regierungskonferenzen zur Politischen Union sowie zur Wirtschafts- und Währungsunion einberufen werden, die alle notwendigen Vertragsänderungen ausarbeiten sollen.

1991: Im holländischen Maastricht vereinbaren die Staats- und Regierungschefs die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion bis 1999.

1992: Der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union (EU) wird unterzeichnet. Alle zwölf Mitgliedsstaaten müssen diesen Vertrag nun ratifizieren.

1993: Der Maastrichter Vertrag tritt in Kraft. Er ermöglicht den freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital ohne Grenzen zwischen den Mitgliedstaaten.

1994: Das Europäische Währungsinstitut (EWI) wird in Frankfurt am Main gegründet. Es ist der Vorläufer der Europäischen Zentralbank (EZB).

1995: Österreich, Schweden und Finnland treten der EU bei. In Madrid entscheiden die Staats- und Regierungschefs über den weiteren Zeitplan zur Einführung der einheitlichen Währung und einigen sich auf den Namen »Euro«.

1996: Mit dem Pakt für Stabilität und Wachstum billigt der Europäische Rat eine Verschärfung der Stabilitätskriterien für den Euro.

1997: In Amsterdam schließen die Staats- und Regierungschefs den Pakt für Stabilität und Wachstum. Sie einigen sich auf das neue Europäische Wechselkurssystem EWS II und auf die einheitliche Seite der Euro-Münzen und -Scheine.

1998: Die Teilnehmerländer an der europäischen Währung werden im Europäischen Rat festgelegt. Nach den Konvergenzkriterien dürfen teilnehmen: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, die Niederlande, Luxemburg, Österreich, Portugal und Spanien. Die Europäische Zentralbank wird ins Leben gerufen, Präsident ist Wim Duisenberg. Damit wird das Europäische Währungsinstitut aufgelöst. Am Ende des Jahres legen die Wirtschafts- und Finanzminister der teilnehmenden Staaten die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse fest.

1999: Der Euro wird gültige Buchwährung, alle Börsen in Euro-Land führen den Euro als einheitliche Währung ein.

2001: Griechenland wird Mitglied von Euro-Land.

2002: Mit Beginn des Jahres 2002 wird der Euro in zwölf Staaten als Bargeld in Umlauf gebracht. 2007 kommt mit Slowenien ein 13. Staat hinzu, 2008 folgen Zypern und Malta, 2009 die Slowakei und 2011 Estland.

2009: Die neue griechische Regierung revidiert die Staatsverschuldung drastisch nach oben, das Vertrauen in die Staatsfinanzen beginnt zu sinken. S&P stuft als zweite Ratingagentur Griechenlands Kreditwürdigkeit herab. Spekulationen auf eine Staatspleite werden beflügelt. Der Euro bricht ein.

2010: Die Euro-Gruppe sagt Athen ein Hilfspaket aus bilateralen Krediten unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu. Eine Taskforce unter Leitung von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy wird eingesetzt. Der Auftrag: die Reform des Stabilitätspaktes und ein Vorschlag für einen

dauerhaften Krisenmechanismus. Griechenland beantragt das Hilfsprogramm. Trotz des Rettungsschirms für Athen rauscht der Euro weiter in den Keller. Spanien und Portugal drohen in den Sog zu geraten. Weltweite Kursverluste schüren die Nervosität. Die EZB warnt vor einer »systemischen Krise«. Die EU-Finanzminister einigen sich auf einen 750 Milliarden Euro schweren Auffangmechanismus unter Beteiligung des IWF. Die »Europäische Finanzstabilisierungsfazilität« (EFSF) wird auf drei Jahre befristet. Bundeskanzlerin Merkel lässt ihre Forderung nach automatischen Sanktionen für den Stabilitätspakt fallen und erhält Rückendeckung von Frankreichs Präsident Sarkozy für Vertragsänderungen und eine Gläubigerbeteiligung an einem permanenten Krisenmechanismus ab 2013.

2011: Die portugiesische Regierung beschließt, die EU um Finanzhilfen zu bitten. Das Land erhält Kredite in Höhe von 78 Milliarden Euro. Die »Troika« aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF stellt in ihrem Prüfbericht fest, dass Griechenland nicht ohne neues Hilfsprogramm über die Runden kommt. Auch Italien gerät in den Sog der Euro-Krise. Die EZB kündigt an, wieder Staatsanleihen von Griechenland, Irland und Portugal aufzukaufen. Wenige Tage später nimmt sie auch Italien und Spanien in das Programm auf. Das Bundesverfassungsgericht weist mehrere Klagen gegen die Griechenland-Hilfe und den Euro-Rettungsschirm ab. Es verlangt aber mehr Mitspracherechte für den Bundestag. Dieser stimmt nach langer Diskussion der Aufstockung des EFSF zu. Deutschland muss nun für 211 Milliarden Euro bürgen. Das Misstrauen der Investoren erfasst auch die Staaten Kerneuropas wie Belgien, Österreich und Frankreich. Die Refinanzierungskosten steigen. Immer mehr Ökonomen und Politiker fordern, dass die EZB ihre Zurückhaltung aufgeben und im großen Stil Staatsanleihen aufkaufen solle.

2012: Die Ratingagentur *Standard & Poor's* erklärt Griechenland wegen des anstehenden Schuldenschnitts für bankrott. Die

Agentur senkt die Bonitätsnote auf »selective default«, was einen teilweisen Zahlungsausfall bedeutet. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel unterzeichnen fast alle EU-Staaten den Fiskalpakt, und der ESM wird auf 750 Milliarden Euro aufgestockt. Der Weg für den griechischen Schuldenschnitt ist frei: Die Beteiligung der privaten Gläubiger an dem freiwilligen Schuldenerlass für Griechenland übertrifft alle Erwartungen. Die Quote liegt laut Finanzministerium in Athen bei 85,8 Prozent. Private Kreditgeber wie Banken, Versicherungen und Fonds sollen auf Forderungen in Höhe von 107 Milliarden Euro freiwillig verzichten. Die Gläubiger tauschen dazu ihre derzeit gehaltenen Schuldenpapiere in neue Anleihen mit einem Nominalabschlag von 53,5 Prozent, geringeren Zinsen und einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren ein. Spaniens Regierung kündigt an, zur Sanierung der maroden Banken ein Rettungspaket »light« zu beantragen. Die Euro-Gruppe sagt Madrid bis zu 100 Milliarden Euro zu. Nach einem Beschluss des EU-Gipfels bekommen strauchelnde Länder erleichterten Zugang zu den Rettungsschirmen, wenn sie den Brüsseler Spar- und Reformverpflichtungen nachkommen. Eine Woche zuvor hatte auch Zypern nach langem Zögern Hilfe aus dem Euro-Rettungsschirm beantragt. Ein weiterer Beschluss auf dem Gipfel: Banken sollen Direkthilfen aus dem ESM bekommen dürfen, sobald eine europäische Bankenaufsicht geschaffen worden ist. Allerdings sind die genauen Bedingungen noch unklar. Bundesrat und Bundestag billigen den Fiskalpakt und den ESM. Nach wochenlangem Gezerre verständigen sich im November 2012 die internationalen Geldgeber auf die Auszahlung von neuen Milliardenkrediten. Demnach soll eine neue Tranche von fast 44 Milliarden Euro für Athen freigegeben werden: 34,4 Milliarden Euro davon noch 2012, um eine drohende Staatspleite abzuwenden. Die Verhandlungspartner Euro-Gruppe, EZB und IWF einigen sich zudem auf weitere Schritte wie ein Schuldenrückkaufprogramm, Zinsenerleichterungen oder längere Darlehenslaufzeiten, um das Land wieder auf Kurs zu bringen.

Glossar zum Euro und zur Euro-Krise

Altschuldentilgungsfonds: Vorschlag zur Schuldenvergemeinschaftung. Die Schulden der Euro-Mitgliedsstaaten, die bei mehr als 60 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukts) liegen, sollen in einen europäischen Fonds mit gemeinsamer Haftung ausgelagert werden.

Anleihe: Staaten und Unternehmen verschulden sich, indem sie Anleihen ausgeben. Im Gegenzug erhalten sie Kredit. Jede Anleihe lautet auf einen bestimmten Wert - den Nominalwert, auch Nennwert genannt - und wird für eine bestimmte Laufzeit sowie zu einem bestimmten Zinssatz ausgestellt. Je länger die Laufzeit, desto höher in der Regel das Risiko für den Anleger und damit der Zins. Gleiches gilt für das Ansehen des Schuldners am Kapitalmarkt: Je schlechter es ist, desto höher sind das Risiko für den Anleger und damit der Zins.

Ausfallrisiko: Risiko, dass ein Schuldner seine Kredite nicht mehr zurückzahlen kann.

Austerität: Staatliche Sparpolitik, die durch Drosselung laufender Ausgaben im öffentlichen und privaten Bereich, das heißt durch eine strenge Führung des öffentlichen Haushaltes bei einer gleichzeitigen Politik der Einschränkung des Massenkonsums, in Zeiten ökonomischer Krisen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation herbeiführen soll.

Bail-out: To »bail out« bedeutet, Schulden eines anderen zu übernehmen, weil der sie nicht mehr zurückzahlen kann. Ein Bail-out tritt also ein, wenn eine Bürgschaft fällig wird. In der Finanzkrise des Jahres 2008 wurde der Begriff dafür benutzt, dass einzelne Staaten ihre Banken vor der Pleite bewahrten. Die Geldinstitute galten als »systemrelevant«. Innerhalb der Euro-Zone sind Bail-outs eigentlich vertraglich ausgeschlossen. Durch die diversen Rettungspakete wurde das Verbot aber inzwischen

aufgeweicht. Im Maastrichter Vertrag (1992) wurde durch die »No-bail-out-Klausel« die gegenseitige Schuldenübernahme ausgeschlossen.

Bankenkrise: Europas Schuldenkrise ist zum Teil eine Bankenkrise. Die meisten Institute halten spätestens seit der weltweiten Finanzkrise des Jahres 2008 »toxische Papiere« und riskante Staatsanleihen von hoch verschuldeten Staaten. Verlieren diese an Wert oder fallen sogar ganz aus, dann müssen die Banken Verluste verbuchen. In manchen Staaten wurden diese Papiere in »bad banks« ausgelagert.

Basel III: Der Begriff bezeichnet ein Reformpaket des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für die bereits bestehende Bankenregulierung Basel II. Es stellt die Reaktion auf die von der weltweiten Finanz- beziehungsweise Wirtschaftskrise ab 2007 offengelegten Schwächen der bisherigen Bankenregulierung dar. Basel III verschärft insbesondere die Vorschriften in den Bereichen der Eigenkapitalbasis und der Liquidität von Banken.

Bazooka: (engl.) bedeutet »Panzerfaust«. Zumeist abschätzig gebrauchter Begriff für eine unbegrenzte Garantie beziehungsweise Begleichung von Schulden der überschuldeten Krisenstaaten. Anleger sollen sich dadurch gegenüber einer Insolvenz sicher fühlen.

CDS: *Credit Default Swap*, eine Art von Kreditausfallversicherung. Ein Kreditgeber schließt sie ab, indem er seiner Bank eine Prämie zahlt. Im Gegenzug springt diese ein, sollte der Schuldner zahlungsunfähig werden. Der Kreditgeber minimiert so sein Risiko. Kann der Schuldner den Kredit wie vorgesehen tilgen, bekommt die Bank die Prämie und zahlt nichts. In der Finanzkrise des Jahres 2008 spielten die CDS eine wesentliche Rolle, weil sie das Spekulationsrisiko auf dem amerikanischen Immobilienmarkt vermeintlich minimierten und so die Blase

verstärkten. In der Euro-Krise ermöglichen CDS den Investoren, ihr Geld beispielsweise auf eine Pleite Griechenlands zu setzen.

Delors-Bericht: Er ist nach Jacques Delors benannt worden, dem damaligen Präsidenten der Europäischen Kommission (1985-1994). Unter seinem Vorsitz erarbeitete der »Ausschuss zur Prüfung der Wirtschafts- und Währungsunion« in den Jahren 1988 und 1989 einen Plan zur Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Der Plan sah drei Phasen vor. In der ersten Phase (ab 1. Januar 1990) sollten alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten grundsätzlich aufgehoben werden. In der zweiten Phase (ab 1. Januar 1994) sollten die Teilnehmerstaaten ihre Staatshaushalte konsolidieren und damit die Voraussetzungen für eine stabile gemeinsame Währung schaffen. Die dritte Phase sah die Festlegung der Umrechnungskurse und die anschließende Einführung des Euro als gemeinsame Währung vor. Plangemäß wurde der Euro am 1. Januar 1999 zunächst bargeldlos und am 1. Januar 2002 als Bargeld eingeführt. Als »Delors-Bericht« wird auch der UNESCO-Bericht »Learning: the treasure within« aus dem Jahr 1996 bezeichnet, den die Internationale Kommission »Bildung für das 21. Jahrhundert« unter dem Vorsitz von Jacques Delors erstellte.

Default (»Zahlungsausfall«): Ein Schuldner kann seinen Forderungen, zum Beispiel der Rückzahlung eines Kredites, nicht mehr nachkommen. Es kommt zum Zahlungsausfall.

ECU: Der ECU (*European Currency Unit*) war die offizielle Rechnungseinheit beziehungsweise »künstliche Korbwährung« der Europäischen Union und Vorläufer des Euro. Bis zum Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) war der ECU aus feststehenden Beträgen von zwölf der 15 Währungen der EU-Mitgliedsstaaten zusammengesetzt. Der Wert des ECU errechnete sich als gewichteter Durch-

schnitt der Werte der in ihm enthaltenen Währungen. Am 1. Januar 1999 wurde der ECU im Verhältnis 1:1 durch den Euro ersetzt.

EFSF: Steht für »Europäische Finanzstabilitätsfazilität«. Fazilität heißt hier Fonds, aus dem Kredite gewährt werden können. Seit dem Frühjahr 2010 können kriselnde Euro-Länder Kredite aus dem EFSF beantragen, um einen Staatsbankrott abzuwenden (EU-Rettungsschirm). Die Kredite sind an Sparauflagen für die Krisenländer gekoppelt, die von der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank EZB und dem Internationalen Währungsfonds IWF ausgehandelt werden. Der EFSF hat ein Volumen von derzeit insgesamt 750 Milliarden Euro. Weil die Euro-Staaten für ihn garantieren, gilt der EFSF als verlässlicher Schuldner. Seit sich die Euro-Krise aber zunehmend auf größere Länder wie Italien ausdehnt, reicht das Volumen des Fonds nicht mehr aus, um die Anleger zu beruhigen.

ESM: Der ständige Europäische Stabilitätsmechanismus ESM ersetzte ab Mitte 2012 den EFSF. Er umfasste zunächst 700 Milliarden Euro, die an notleidende Staaten verliehen werden können.

Europäische Union: Es existiert kein Europäischer Staat, jedoch ist die EU mehr als bloß ein Bündnis von Staaten. Die Europäische Union ist ein Zusammenschluss demokratischer europäischer Länder, die sich der Wahrung des Friedens und dem Streben nach Wohlstand verschrieben haben. Die EU ist im Wortsinn einzigartig. Die Bezeichnung EU wurde erstmals im Jahr 1972 mit dem Pariser Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten offiziell in den gemeinsamen Wortschatz aufgenommen und galt als Ziel der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Mit dem Vertrag von Maastricht (1992) gründeten die EG-Mitgliedsstaaten die Europäische Union, die demzufolge Zuständigkeit sowohl in wirtschaftlichen als auch nicht wirtschaftlichen Politikbereichen

besaß. Innerhalb der EU wurde 1999 eine gemeinsame Währung, der Euro, erstmals als Buchgeld und 2002 als Bargeld eingeführt. Mit dem Ziel eines europaweiten Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts arbeiten die EU-Mitgliedsstaaten auch in der Innen- und Justizpolitik sowie in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zusammen. Mehrere Vertragsänderungen, zuletzt durch den Vertrag von Lissabon (2007), haben sowohl die supranationalen Kompetenzen ausgebaut als auch die gemeinsamen Institutionen demokratisiert. Die Europäische Union umfasst mittlerweile 27 Staaten und rund 500 Millionen Einwohner.

Euro: Mit der Einführung der Währungsunion am 1. Januar 1999 wurde der Euro für insgesamt elf EU-Staaten zur gemeinsamen Währung. Die nationalen Währungen existierten noch während einer Übergangsperiode bis 2002, ihr Verhältnis untereinander war unwiderruflich fixiert. Am 1. Januar 2002 wurden das Euro-Bargeld eingeführt und am 28. Februar 2002 die noch verbliebenen nationalen Banknoten und Münzen endgültig aus dem Verkehr gezogen. Zuständig für die Geldpolitik ist die Europäische Zentralbank. Zurzeit ist der Euro die offizielle Währung in 17 Mitgliedsstaaten der EU: in Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern. Daneben ist der Euro gesetzliches Zahlungsmittel in den Überseegebieten Frankreichs, in Andorra, Monaco, San Marino, Vatikanstadt, dem Kosovo und in Montenegro. Darüber hinaus existieren Länder insbesondere in Afrika, aber auch im Nordatlantik (Grönland, Färöer) und im Südpazifik, deren Währungen direkt oder indirekt an den Euro gekoppelt sind und deren Wechselkurs zum Euro daher fixiert ist.

Euro-Bonds: Europäische Anleihen. Sie sind eine Möglichkeit, den Schuldenstaaten Europas noch einmal vorübergehend zu helfen. Statt nationaler Staatsanleihen würden die Euro-Länder

in Zukunft einheitliche Anleihen zu einem ebenfalls einheitlichen Zinssatz ausgeben. Damit wäre die Refinanzierung für schwache Volkswirtschaften viel einfacher, da günstiger. Deutschland müsste aber künftig mehr am Kapitalmarkt zahlen.

Euro-Gruppe: Diese setzt sich aus den Finanz- und Wirtschaftsministern der 17 Mitgliedsstaaten zusammen, die den Euro als gemeinsame Währung besitzen. Die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank nehmen an den Sitzungen teil. Aufgabe dieses informellen Gremiums ist die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Euro-Zone. Die Sitzungen finden regelmäßig am Vortag der Tagungen des Ecofin-Rates statt.

EU-Kommission: Sie ist das oberste Verwaltungsorgan der Europäischen Union (EU). Zu ihren Aufgaben gehören neben der Planung und Umsetzung der gemeinsamen Politik auch die Verwaltung der EU-Programme und des EU-Haushalts. Daneben überwacht die Kommission die Anwendung des Unionsrechts durch die Mitgliedsstaaten, weswegen sie auch als »Hüterin der Verträge« bezeichnet wird. Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist sie mit einem fast ausschließlichen Initiativrecht bei der Gesetzgebung ausgestattet, weshalb sie auch Motor der Integration genannt wird. Zusammen mit dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament bildet die Kommission das institutionelle Dreieck der Union, in dem die politischen Entscheidungen getroffen und Legislativmaßnahmen ergriffen werden. Die Kommission besteht aus einem Kommissar je Mitgliedsstaat (Art. 17 Abs. 4 EUV). Artikel 17 Abs. 5 EUV sieht vor, dass die Anzahl der Kommissare ab dem 1. November 2014 auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedsstaaten reduziert wird, soweit der Rat nichts anderes bestimmt. Mit einem Beschluss entschied der Europäische Rat jedoch im Dezember 2008, also noch vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags, an der bisherigen Regelung festzuhalten. Die Kommissare handeln in Gesamtverantwortung und sind nicht an Wei-

sungen ihrer Heimatregierungen gebunden. Sie werden von den Mitgliedsstaaten einvernehmlich für fünf Jahre ernannt, und die Kommission wird als Ganze vom Europäischen Parlament, dem sie verantwortlich ist, bestätigt. Die Arbeit der Kommission wird von Generaldirektionen unterstützt, die je einem Kommissar zugeordnet sind und die das gesamte Spektrum der Politikbereiche der Europäischen Union abdecken.

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS): Die EGKS bestand 50 Jahre - vom 23. Juli 1952 bis zum 23. Juli 2002. Sie war die erste der drei ursprünglichen Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EAG) und damit der Wegbereiter der europäischen Integration. Ihre Aufgabe war die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl, der mangels eines gemeinsamen Außenzolls und gemeinsamer Handelspolitik allerdings weniger umfassend angelegt war als in den beiden anderen Gemeinschaften. Bedeutsamer als die wirtschaftlichen Überlegungen waren aber die politischen Erwägungen, wonach durch die Integration von Schlüsselindustrien und Entscheidungsstrukturen gegenseitige Abhängigkeiten und Gemeinsamkeiten entstehen würden, die letztendlich einen weiteren Krieg zwischen den Mitgliedsstaaten unmöglich machen sollten.

Europäischer Rat: Dieser Rat (Art. 15 EUV, Art. 235 f. AEUV) ist insofern das oberste Gremium der Europäischen Union, als er die für die Entwicklung der EU erforderlichen Impulse geben soll und hierfür die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten festlegt. In ihm kommen die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsstaaten, der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Europäischen Kommission mindestens zwei Mal im Halbjahr zu Tagungen zusammen. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik nimmt an seiner Arbeit teil. Der Europäische Rat spielt eine wichtige Rolle bei dem vereinfachten Verfahren der Vertragsänderung. Im Gesetzgebungsverfahren wirkt er aller-

dings nach wie vor nicht mit. Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld ist die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die die Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen koordinieren. Der Europäische Rat ist von dem weiteren EU-Organ »Rat der Europäischen Union« (Ministerrat) sowie von dem außerhalb der Europäischen Union stehenden Europarat zu unterscheiden.

Europäische Union: In Maastricht wurde am 7. Februar 1992 der Vertrag über die Europäische Union (Maastricht-Vertrag) unterzeichnet (Inkrafttreten: 1. November 1993). Damit wurde die Europäische Union als gemeinsames Dach für die Europäischen Gemeinschaften, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres gegründet, die drei Säulen der EU. Mit dem Vertrag von Lissabon (Inkrafttreten: 1. Dezember 2009) wurde die Drei-Säulen-Struktur aufgegeben. Die Union ist Rechtsnachfolgerin der Europäischen Gemeinschaft (Art. 1 Abs. 3 S. 3) und besitzt nun Rechtspersönlichkeit (Art. 47 EUV). Zurzeit sind folgende Staaten Mitglied der Europäischen Union: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, die Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, das Vereinigte Königreich und Zypern. Einzelne überseeische Gebiete, die zu Mitgliedsstaaten der EU gehören, sind deshalb auch Teil der EU: Französisch-Guayana, Guadeloupe (einschließlich des Nordteils von Saint-Martin sowie Saint-Barthelemy), Martinique, Reunion, die Azoren, Madeira, die Kanarischen Inseln, Ceuta und Melilla.

Europäisches Währungsinstitut (EWI): Dieses Institut wurde mit Beginn der zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) am 1. Januar 1994 für einen befristeten Zeitraum errichtet. Die Hauptaufgaben des EWI waren zum einen die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zen-

tralbanken und der Koordinierung der Geldpolitik der einzelnen Länder und zum anderen die Durchführung der Vorarbeiten, die für die Errichtung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB), die Durchführung einer einheitlichen Geldpolitik und die Schaffung einer gemeinsamen Währung in der dritten Stufe der Währungsunion erforderlich waren. Das EWI wurde am 1. Juni 1998 nach Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgelöst.

Europäische Währungsschlange: Am 24. April 1972 beschloss Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande, dass die Wechselkurse ihrer Währungen um maximal 2,25 Prozent voneinander abweichen sollten. Dieser Wechselkursverbund gilt als Vorläufer des Europäischen Währungssystems. Allerdings fehlte der sogenannten Währungsschlange die Stabilität, da sie nicht institutionalisiert war. Währungen, die unter Abwertungsdruck gerieten, konnten die Schlange einfach verlassen. Ein gegenseitiger Stützungsmechanismus der Währungen war nicht vorgesehen. Mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) wurde der Wechselkursverbund 1979 institutionalisiert. Die Europäischen Notenbanken wurden aufgefordert, mittels Interventionen am Devisenmarkt unkontrollierten Abwertungen entgegenzutreten.

EWG-Vertrag: Am 25. März 1957 wurde in Rom der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/Montanunion) - Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und der Niederlande - unterzeichnet. Die Staaten einigten sich bei den Verhandlungen auf die Vereinheitlichung des Gemeinsamen Marktes durch Schaffung eines freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs, eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten sowie die Schaffung europäischer Institutionen. Der EWG-Vertrag ist der Vorläufer des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag), der wiederum

2009 durch den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ersetzt wurde.

EZB: Im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion haben die nationalen Zentralbanken der Euro-Staaten ihre Souveränität an die neu gegründete Europäische Zentralbank (EZB) abgegeben. Sie ist für die Geldpolitik verantwortlich, allen voran die Preisstabilität in Europa. Ausschließlich die EZB kontrolliert die Geldmenge und legt den europäischen Leitzins fest. Um die Refinanzierungsprobleme der Schuldenstaaten abzufedern, hat die EZB große Mengen griechischer, irischer und portugiesischer Staatsanleihen gekauft. Damit trägt sie einen Teil des Ausfallrisikos.

Fiskalunion: Ziel ist die einheitliche Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten der EU und die Vergesellschaftung der Schulden.

Haircut: Auch Umschuldung genannt. Gläubiger einigen sich darauf, auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten. Der Schuldner muss weniger zurückzahlen.

IWF: Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist eine internationale Organisation, deren Aufgabe es ist, Welthandel und Zusammenarbeit der 188 Mitgliedsländer in Währungsfragen zu fördern. Gerät ein Land in Zahlungsprobleme, gewährt der IWF befristete Kredite, die an Bedingungen geknüpft sind. Verschuldete Mitglieder müssen beispielsweise ihre Staatsausgaben kappen, um Darlehen zu erhalten. Nach Gründung des IWF auf der Finanzkonferenz der UN in Bretton Woods im Jahr 1944 half er vor allem Entwicklungsländern - bis die Euro-Krise ausbrach. Seitdem vergab der Fonds zum Beispiel an Griechenland Milliardenkredite und half später bei der Fertigung von Rettungsschirmen für andere angeschlagene EU-Staaten.

Konvergenz: Im Bereich der Konvergenz (früher »Ziel 1«) werden durch die Strukturfonds jene Regionen unterstützt, die in unterschiedlichen Bereichen noch Nachholbedarf und Entwicklungsrückstand im Vergleich zu anderen EU-Regionen aufweisen. Konkret sind darunter die Regionen zu verstehen, deren Pro-Kopf-BIP weniger als 75 Prozent des Unionsdurchschnitts beträgt. Es besteht aber die Möglichkeit der Übergangunterstützung bis 2013, wenn aufgrund der Grenze von 75 Prozent des Unionsdurchschnitts eine Förderung infolge der EU-Erweiterung nicht mehr infrage käme und dadurch der Konvergenzprozess nicht zu Ende geführt werden kann. Die Regionen erhalten spezielle Förderungen aus den Strukturfonds und bei einem Pro-Kopf-BIP unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts aus dem Kohäsionsfonds. Zwischen 2007 und 2013 stehen rund 251 Milliarden Euro für Konvergenzgebiete zur Verfügung. Dieser Bereich umfasst somit 81,5 Prozent des Budgets der EU-Strukturpolitik. Dem Burgenland als ehemaligem Ziel-1-Gebiet kommt ein sogenannter »Phasing Out-Status« (Übergangunterstützung) zu. Unter dieser Bezeichnung stehen für die Periode 2007 bis 2013 177 Millionen Euro an Fördergeldern zur Verfügung.

Konvergenzkriterien: Sie dienen einer nachhaltigen Annäherung der wirtschaftlichen Lage in den Mitgliedsstaaten - insbesondere in jenen, die die Einführung des Euro zum Ziel haben. Die Konvergenzkriterien entscheiden darüber, welche Mitgliedsstaaten an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (und damit an der Euro-Einführung) teilnehmen dürfen. Die vier Konvergenzkriterien sind in ihren Grundzügen in Art. 140 AEUV festgelegt und werden durch das Protokoll Nr. 13 über die Konvergenzkriterien, Art. 126 AEUV sowie das Protokoll Nr. 12 über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit weiter konkretisiert. Preisstabilität: Ein Mitgliedsstaat erfüllt dieses Kriterium, wenn seine Inflationsrate um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegt (Art. 1 Protokoll Nr. 13).

Öffentliche Finanzen: Die Defizitquote (das Verhältnis von öffentlicher Neuverschuldung zum BIP) darf nicht über drei Prozent liegen. Ebenfalls darf die Verschuldungsquote (öffentlicher Schuldenstand zum BIP) nicht über 60 Prozent liegen (Art. 2 Protokoll Nr. 13, Art. 126 AEUV, Art. 1 Protokoll Nr. 12). Wechselkurskriterium: Dieses Kriterium ist erfüllt, wenn die teilnehmenden Länder die normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus in den vergangenen zwei Jahren vor der Konvergenzprüfung spannungsfrei einhalten konnten (Art. 3 Protokoll Nr. 13). Inflationserwartungen: Das Kriterium gilt als erfüllt, wenn der langfristige Nominalzins eines Mitgliedsstaates den der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten um weniger als zwei Prozentpunkte überschreitet. In diesem Fall kann von einer Konvergenz der Inflationserwartungen ausgegangen werden (Art. 4 Protokoll Nr. 13).

Lissabon-Strategie: Auf dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates im März 2000 in Lissabon einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf das Ziel, die EU innerhalb von zehn Jahren »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen. Erwartet wurden ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Brutto-Nationaleinkommens von drei Prozent und die Schaffung von 20 Millionen Arbeitsplätzen bis 2010. Bis 2010 sollten in jedem Land der EU drei Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung fließen und eine Beschäftigungsquote von 70 Prozent erreicht werden. Im Mittelpunkt der ursprünglichen Lissabon-Strategie stand die wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Erneuerung der EU mit besonderem Augenmerk auf einer nachhaltigen Entwicklung, einer wissensbasierten Gesellschaft und sozialem Zusammenhalt. Neben der weiteren Liberalisierung der Energie-, Telekommunikations- und Finanzmärkte ist beispielsweise auch die Dienstleistungsrichtlinie Teil der Lissabon-Strategie. Unter Federführung des ehemaligen niederländischen Premierministers Wim Kok wurde 2004 eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie erarbeitet. In

der Zwischenbilanz wird kritisiert, dass die EU Gefahr laufe, »ihr ehrgeiziges Ziel zu verfehlen, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden«. »Eine überfrachtete Agenda, eine mangelhafte Koordination, miteinander konfligierende Prioritäten« sowie der mangelnde politische Wille der Mitgliedsstaaten seien verantwortlich für das »enttäuschende« Ergebnis. Auf dem Ratsgipfel vom 22. und 23. März 2005 erkannten dann auch die Staats- und Regierungschefs an, dass die Ziele der Lissabon-Strategie nicht erreicht werden würden. Konkrete Zielvorgaben wurden folglich vermieden. Im Mittelpunkt der Lissabon-Agenda stehen jetzt lediglich noch die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen sowie die Förderung von Wirtschaftswachstum.

Maastricht-Kriterien: Die Maastricht-Kriterien, auch Konvergenzkriterien genannt, dienen einer nachhaltigen Annäherung der wirtschaftlichen Lage in den Mitgliedsstaaten - insbesondere in jenen, die die Einführung des Euro zum Ziel hatten beziehungsweise haben. Die Maastricht-Kriterien entscheiden darüber, welche Mitgliedsstaaten an der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (und damit an der Euro-Einführung) teilnehmen dürfen. Die vier Konvergenzkriterien sind in Art. 140 AEUV (ex-Art. 121 EG-Vertrag) festgehalten und werden in dem Protokoll (Nr. 13) über die Konvergenzkriterien näher ausgestaltet: **Preisstabilität:** Ein Mitgliedsstaat erfüllt dieses Kriterium, falls seine Inflationsrate um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten liegt. **Öffentliche Finanzen:** Die Defizitquote (das Verhältnis zwischen dem geplanten oder tatsächlichen öffentlichen Defizit und dem BIP) darf nicht über drei Prozent liegen. Ebenfalls darf die Verschuldungsquote (Verhältnis zwischen dem öffentlichen Schuldenstand und dem BIP) nicht über 60 Prozent liegen (Art. 126 AEUV). **Wechselkurskriterium:** Dieses Kriterium ist erfüllt, wenn die teilnehmenden Länder die normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus in den vergangenen zwei Jahren vor der Konvergenzprüfung

spannungsfrei einhalten konnten. Langfristige Zinssätze: Das Kriterium gilt als erfüllt, wenn der langfristige Nominalzins eines Mitgliedsstaates den der drei preisstabilsten Mitgliedsstaaten um nicht mehr als zwei Prozentpunkte übersteigt.

OECD: Die OECD (*Organization for Economic Co-operation and Development*) ist eine internationale Organisation mit dem Ziel, die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Mitgliedsländer und der Entwicklungsländer voranzutreiben, den Lebensstandard zu erhöhen und den Welthandel zu begünstigen. Sie entstand 1961 aus der OEEC (*Organization for European Economic Co-operation*), die 1947 zur Durchführung des Marshall-Plans gegründet worden war. Heute gehören der OECD 34 Industriestaaten an, darunter alle EU-Mitgliedsstaaten. Sie hat ihren Sitz in Paris. Beschlussorgan der OECD ist deren Rat, dem ein ständiger Vertreter jedes Mitgliedslandes angehört. Die dort getroffenen Entscheidungen sind nicht bindend. Außerdem kann sich jedes Mitgliedsland durch Enthaltung bei der Abstimmung von der Wirkung der Entscheidung auf seine eigene Politik ausnehmen. Die OECD ist eine Plattform zur Lösung von Problemen im intergouvernementalen Dialog. Bei der Verfolgung ihrer Ziele zeichnet sich die OECD darüber hinaus vor allem durch ihre länderspezifischen Studien und Berichte aus. Ihre Arbeit umfasst die Bereiche Makroökonomik, Handel, Bildung sowie Wissenschaft und Technik.

Ratingagenturen: Sie bewerten die Bonität von Firmen und Staaten. Die Ergebnisse veröffentlichen sie in Form von Buchstaben-Zahlen-Kombinationen in 21 Abstufungen von AAA (zuverlässige Schuldner, beste Qualität) bis D (default, zahlungsunfähig). Den Gläubigern und Investoren geben diese Ratings an, wie wahrscheinlich es ist, pünktlich die Zinsen sowie das verliehene Geld zurückzubekommen. Nach dem Rating richtet sich der Zinssatz, den Länder für ihre Staatsanleihen auf dem Kapitalmarkt entrichten müssen.

Staatsanleihen: Anleihen, die von einem Staat ausgegeben werden, um neues Kapital zu erwerben. Sie haben einen festen, garantierten Zinssatz und oft eine lange Laufzeit von beispielsweise zehn oder gar 30 Jahren. Vor der Euro-Krise galten Staatsanleihen als vergleichsweise sichere Anlageform. Dieser Ruf änderte sich vor allem aufgrund der US-Schuldendebatte sowie der Schuldensituation in den PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien). Um die enorm gestiegenen Zinssätze in den Euro-Krisenstaaten zu senken, wird die Aufgabe von sogenannten Euro-Bonds diskutiert. Ehemals deutsche Staatsanleihen müssten dadurch einen höheren Zinssatz garantieren.

Staatsbankrott: Am Kapitalmarkt spricht man von Staatsbankrott, sobald eine Regierung eine Kreditrückzahlung nicht mehr leistet. Argentinien musste 2001 den Staatsbankrott verkünden. Ob ein Staat bankrott ist, hat nichts mit der absoluten Höhe seiner Schulden zu tun. Man muss die Verschuldung erst ins Verhältnis zur Wirtschaftskraft eines Landes setzen, also zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Entscheidend für einen Staatsbankrott ist, ob eine Regierung die Zinsen bezahlen kann und ob sie Investoren findet, die ihr auch künftig neue Schuldenpapiere abkaufen.

Transferunion: Dahinter steht die Idee, dass EU-Mitgliedsstaaten mit soliden Staatsfinanzen für die Schulden jener eintreten, die große Schuldenlasten drücken. Ein Schritt in diese Richtung wäre die Emission gemeinsamer Anleihen (Euro-Bonds oder auch der EWF). Denkbar wären aber auch direkte Ausgleichszahlungen oder die direkte Vergemeinschaftung der Schulden. In Deutschland gibt es solch einen Transfer beispielsweise in Form des Länderfinanzausgleichs.

Troika: Dreiergruppe aus IWF, EZB und Europäischer Kommission, die Bedingungen für EU-Schuldenstaaten, vor allem Griechenland, aushandelt, um einen Staatsbankrott oder das

Ausscheiden eines Euro-Landes aus der gemeinsamen Währung zu verhindern. Ihr wird vorgeworfen, die Souveränitätsrechte der nationalen Parlamente zu verletzen.

Wirtschafts- und Währungsunion: Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) wurde erstmals im Vertrag von Maastricht verankert. Ziel war es, Stabilität und Wachstum in der EU sicherzustellen und eine gemeinsame Währung einzuführen. Der Euro wurde 1999 als Verrechnungswahrung eingeführt und seit dem 1. Januar 2002 auch in Bargeldform. Derzeit nehmen 17 EU-Mitgliedsstaaten an der WWU teil: Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien, Spanien und Zypern. Dänemark und Großbritannien hatten sich im Vertrag von Maastricht eine Opting-out-Klausel vorbehalten, von dieser Gebrauch gemacht und somit den Euro nicht eingeführt.

Zins-Spread: Zinsdifferenz zwischen dem Zinssatz einer risikanteren Anleihe und dem Zinssatz einer Anleihe mit gleicher Laufzeit, die als weitgehend risikolos betrachtet wird (zum Beispiel Bundesanleihen).

QUELLENVERZEICHNIS

- ¹ Zitiert nach <http://www.cdu.de/doc/pdfc/090628-beschluss-regierungsprogramm-cducsu.pdf>
- ² Siehe etwa <http://news.rtl.lu/news/national/374419.html>
- ³ Zitiert nach Edmund Stoiber, Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Protokoll der 724. Sitzung des Bundesrates vom 24. April 1998 (Stenografischer Bericht, Plenarprotokoll 724), S. 203
- ⁴ Zitiert nach <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/heidelberg-cement-der-euro-schafft-keinen-wohlstand-12023076.html>
- ⁵ Siehe <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/01/06/barroso-teilt-mit-die-euro-krise-ist-offiziell-beendet/>
- ⁶ Siehe http://www.nytimes.com/2013/01/08/business/global/as-crisis-drag-on-a-loss-of-hope.html?_r=0 und auch <http://www.cnn.com/id/100357709>
- ⁷ Siehe etwa <http://news.rtl.lu/news/national/374419.html>
- ⁸ Siehe Liesel Hartenstein, »Das Wagnis Euro«, in: *Festschrift für Wilhelm Hankel*, 1999, S. 45 ff.
- ⁹ Aussage von Rolf-Dieter Krause am 6. Februar 1998 auf einem Symposium der EU-Kommission in Bonn zum Thema *Das Europäische Meinungsbild*, Dokumentation dazu, S. 88
- ¹⁰ Siehe Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*, Dissertation, 2007, S. 230

- ¹¹ Zitiert nach Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*, Dissertation, 2007, S. 49
- ¹² A.a.O., S. 51 f.
- ¹³ A.a.O., S. 52
- ¹⁴ A.a.O., S. 52
- ¹⁵ A.a.O., S. 53
- ¹⁶ A.a.O., S. 56f.
- ¹⁷ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung353566.html>
- ¹⁸ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung118356.html>
- ¹⁹ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung118400.html>
- ²⁰ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung121212.html>
- ²¹ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung121210.html>
- ²² Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung121208.html>
- ²³ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung121206.html>
- ²⁴ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung121204.html>
- ²⁵ Siehe <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung125836.html>
- ²⁶ Zitiert nach <http://www.tagesschau.de/jahresueckblick/meldung125898.html>
- ²⁷ Zitiert nach Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*, Dissertation, 2007, S. 266

- 28 Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-26856168.html>
- 29 Siehe <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2003/erste6724.html>
- 30 Siehe <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13488881.html>
- 31 Zitiert nach Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*, Dissertation, 2007, S. 117 f.
- 32 Zitiert nach <http://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.13079.de>
- 33 Siehe http://www.horizont.net/aktuell/agenturen/pages/protected/Publicis-holt-Etat-der-Aktionsgemeinschaft-Euro_22704.html
- 34 Zitiert nach http://www.pressrelations.de/new/standard/resultjnain.cfm?pfach=1&n_firmanr_=103124&sektor=pm&detail=1&r=66184&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0
- 35 Siehe *Welt am Sonntag* vom 29. Juni 1997, Artikel von Helmut Schmidt, »Die Stabilität des Euro wird größer sein als die der deutschen Mark«
- 36 Siehe dazu http://www.focus.de/magazin/archiv/euro-kampagne-ein-biss-zu-viel_aid_189848.html
- 37 Zitiert nach <http://www.spiegel.de/wirtschaft/sabine-christiansen-ich-bin-ein-d-mark-kind-a-149299.html>
- 38 Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*, Dissertation, 2007, S. 266
- 39 Zitiert nach <http://www.rp-online.de/gesellschaft/fernsehen/sabine-christiansen-ein-rueckblick-in-zitaten-1.566907>
- 40 Zitiert nach <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/sabine-christiansen-wie-eine-unpolitische-politik-machte-1410151.html>
- 41 Siehe <http://www.parkavenue.de/persoenlichkeiten/stories/528>

- 42 Siehe <http://www.rp-online.de/panorama/was-promis-als-redner-verdienen-1.1838551>
- 43 Ebenda
- 44 Zitiert nach http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaft-vorsicht-teuro_aid_189022.html
- 45 Eva Herman, »Ulrich Wickert und die Einführung des Euro: eine überfällige Betrachtung«, in: *Kopp Online*, <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/eva-herman/ulrich-wickert-und-die-einfuehrung-des-euro-eine-ueberfaellige-betrachtung.html> (8. August 2011)
- 46 Im Internet unter <http://www.kultur.uni-hamburg.de/volkskunde/Texte/Vokus/2002-2/hell.html>
- 47 Zitiert nach http://www.heyman-buecher.de/ulrich_wickert_und_dr_michael_otto_im_gesprach
- 48 Siehe etwa <http://www.dasinvestment.com/berater/news/datum/2011/08/23/anlegerschuetzer-nehmen-bankwerbung-mit-ulrich-wickert-unter-beschuss/>
- 49 Siehe <http://www.bvr.de/p.nsf/index.html?ReadForm&main=6&sub=1&ParentUNID=098E767340F7F77DC1257ACB002F910A>
- 50 Siehe <http://www.welt.de/print-wams/article612939/Warum-glauben-Sie-an-den-Euro-Herr-Wickert.html>
- 51 Zitiert nach <http://www.welt.de/print-wams/article612939/Warum-glauben-Sie-an-den-Euro-Herr-Wickert.html>
- 52 Siehe etwa <http://www.welt.de/print-welt/article665221/15-Millionen-D-Mark-fuer-den-Euro.html>
- 53 Zitiert nach <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/dem-euro-fehlt-noch-die-emotionale-qualitaet/67660.html>
- 54 Zitiert nach http://www.zeit.de/1996/08/Bitte_keine_Waschmittelreklame_

- ⁵⁵ Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*, Dissertation, Frankfurt 2007, S. 111 f.
- ⁵⁶ Zitiert nach Jens Peter Paul, *Bilanz einer gescheiterten Kommunikation*, Dissertation, 2007, S. 114 f.
- ⁵⁷ A.a.O., S. 115
- ⁵⁸ Zitiert nach a.a.O., S. 130
- ⁵⁹ Zitiert nach <http://nachrichten.rp-online.de/politik/verbeugung-vor-kohls-lebenswerk-1.3011952>
- ⁶⁰ Siehe etwa Verfassungsschutzbericht 1999 Nordrhein-Westfalen, S. 75; Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 1999, S. 74-77; Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2000, S. 64; Verfassungsschutzbericht 2003 Niedersachsen, S. 59; Verfassungsschutzbericht 2003 Brandenburg, S. 114 und Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 2003, S. 48
- ⁶¹ Siehe <http://annalist.noblogs.org/post/2013/01/01/lka-mietenproteste-sind-linksextremistisch/>
- ⁶² Siehe <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/01/30/eu-fordert-buerger-zu-verstaerkter-spitzel-taetigkeit-auf/>
- ⁶³ Siehe <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/02/04/propaganda-blitz-eu-will-in-internet-foren-fuer-euro-stimmung-machen/>
- ⁶⁴ Siehe etwa <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/01/16/oesterreich-repressalien-gegen-unterstuetzer-von-eu-kritiker-stronach/> und <http://www.profil.at/articles/1303/560/350183/strassenkampf-stronachs-unterstuetzungs-erklarungen>
- ⁶⁵ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13491533.html>
- ⁶⁶ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9274792.html>

- ⁶⁷ Zitiert nach <http://www.insm-oekonomenblog.de/3127-stabilitat-des-euro-gefährdet/>
- ⁶⁸ Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/focus-um-frage-angst-vor-dem-euro_aid_162848.html
- ⁶⁹ Zitiert nach Renate Ohr, »Europäische Währungsunion und ihre Alternativen«, in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Baden-Baden 1993, S. 89 ff.
- ⁷⁰ Siehe etwa *Handelsblatt* vom 30. April 1998, »Die Euroskepsis der Wirtschaftswissenschaft«
- ⁷¹ Zitiert nach <http://www.das-parlament.de/2012/08-09/Themenausgabe/37858167.html>
- ⁷² Zitiert nach Dirk Wentzel, »Der Stabilitäts- und Wachstumspakt: Prüfstein für ein stabilitätsorientiertes Europa«, in: Helmut Leopold und Dirk Wentzel (Hrsg.), *Ordnungsökonomik als aktuelle Herausforderung. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft*, Band 78, Stuttgart, 2005, S. 329
- ⁷³ Zitiert nach Klaus-Peter Krause, Leitartikel im Wirtschaftsteil der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 13. Juni 1997: »So wird der Euro nicht hart«
- ⁷⁴ Siehe etwa http://www.krisenfrei.de/Sordon_Interview-mit-Prof-Hankel.pdf
- ⁷⁵ Zitiert nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Februar 1998, S. 15
- ⁷⁶ Zitiert nach Wilhelm Nölling, *Die Euro-Höllenfahrt*, Hamburg 2011, S. 9
- ⁷⁷ Siehe <http://www.presserat.info/inhalt/der-pressekodex/einfuehrung.html>
- ⁷⁸ Siehe <http://www.neuegegenwart.de/ausgabe57/webmapping.htm>

- 79 Siehe <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.die-bes-te-moeglichkeit-ist-ein-taubenhaus.ea693a14-877a-4302-a823-253719766cf2.html>
- 80 Siehe <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.schue-ler-gewinnt-rundflug-ueber-die-alb.dflc980a-afc8-4e65-8f5c-6fe37ca5c17a.html>
- 81 Siehe <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.alle-112-prueflinge-des-fsg-haben-das-abitur-in-der-tasche.b829b7f8-370f-4449-9792-3faddc85d455.html>
- 82 Siehe <http://www.journalistenpreise.de/?id=gewinner&pid=16>
- 83 Siehe <http://www.journalistenhilfe.org/>
- 84 Siehe <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.schue-ler-ergreifen-initiative-fuer-toleranz.l6c0647d-4724-401c-aa85-0c207471830c.html>
- 85 Siehe <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/karl-albrecht-schachtschneider-ich-bin-euro-gegner-voll-und-ganz-17200.html>
- 86 Siehe <http://www.taz.de/%2177493/>
- 87 Siehe <https://linksunten.indymedia.org/de/node/52549>
- 88 Siehe <http://de.indymedia.org/2006/03/141161.shtml>
- 89 Siehe <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M59409f2dfb0.0.html>
- 90 Siehe <https://linksunten.indymedia.org/de/node/48377>
- 91 Siehe <http://www.spiegel.de/reise/aktuell/strecke-hamburg-berlin-bahnverkehr-nach-brandanschlag-bis-mittwoch-ingeschraenkt-a-790866.html>
- 92 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-23842/nach-brandanschlag-in-berlin-polizei-hat-angst-vor-einer-neuen-raf_aid_673445.html

- ⁹³ Siehe <http://de.indymedia.org/2012/01/323816.shtml>
- ⁹⁴ Siehe <http://de.indymedia.org/2012/01/323523.shtml>
- ⁹⁵ Siehe <https://linksunten.indymedia.org/node/26075>
- ⁹⁶ Siehe <https://linksunten.indymedia.org/de/node/54298>
- ⁹⁷ Siehe <http://de.indymedia.org/2011/12/321922.shtml>
- ⁹⁸ Siehe <http://de.indymedia.org/2011/07/311773.shtml>
- ⁹⁹ Siehe <https://linksunten.indymedia.org/de/node/47026>
- ¹⁰⁰ Siehe https://linksunten.indymedia.org/search/apache_solr_search/antifa-rechercheteam%20baden-w%20C3%20BCrtemberg
- ¹⁰¹ Zitiert nach <http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbml.c.336508.de>
- ¹⁰² Siehe <https://linksunten.indymedia.org/de/node/54007>
- ¹⁰³ Siehe <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kongress-und-gegenemo-crash-im-saal-rangelei-vor-der-halle.7f2b6901-bb34-4b11-ab57-80aa641c264d.html>
- ¹⁰⁴ Zitiert nach http://content.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2083816_0_9223_-stadt-stuttgart.html
- ¹⁰⁵ Siehe <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.in-eigener-sache-wechsel-an-der-spitze-der-lokal-und-regionalredaktion-page2.f8fc0d90-d878-41a7-b98e-a5a95c6dd679.html>
- ¹⁰⁶ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9247341.html>
- ¹⁰⁷ Zitiert nach Arnulf Baring, *Scheitert Deutschland* 1998, S. 252 f.
- ¹⁰⁸ Zitiert nach <http://www.jf-archiv.de/archiv/46aa5.htm>
- ¹⁰⁹ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8785298.html>

- 110 Zitiert nach *Handelsblatt* vom 12. Februar 1998, »Voscherau wünscht sich eine Volksabstimmung«
- 111 Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-7810144.html>
- 112 Siehe etwa <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/streiter-fuer-die-d-mark-bolko-hoffmann-verstorben-1464725-bl.html>
- 113 Siehe dazu etwa das Interview unter <http://www.spiegel.de/Spiegel/print/d-24793176.html>
- 114 Siehe <http://www.ftd.de/politik/international/:euro-aufstieg-eines-blenders/1026639090215.html>
- 115 Zitiert nach *Berliner Zeitung* vom 8. Mai 2000, »Der Bescheidwisser«, <http://www.berliner-zeitung.de/newsticker/der-boersenblattverleger-bolko-hoffmann-hat-jahre-lang-vor-dem-absturz-des-euro-gewarnt—und-davon-profitiert-der-bescheidwisser,10917074,9797268.html>
- 116 Siehe etwa den Artikel unter <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/der-millionaer-bolko-hoffmann-macht-politik-gegen-den-euro—fuer-schill,10810590,10155520.html>
- 117 Zitiert nach <http://www.jf-archiv.de/archiv/26aa7.htm>
- 118 Ein solches Plakat findet sich unter http://www.dasgelbeforum.de.org/forum_entry.php?id=194234
- 119 Dokumentiert nach http://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/wirtschaft/die_angst_vor_dem.html
- 120 Zitiert nach <http://blog.boersennews.de/boerse-aktuell/der-euro-in-gefahr-nachruf-auf-deutschlands-groesten-eurogegnerbolko-hoffmann/773.html>
- 121 Zitiert nach <http://www.welt.de/finanzen/article1124989/Deutschlands-groesster-Euro-Kritiker-ist-tot.html>
- 122 Zitiert nach http://www.focus.de/politik/deutschland/klage-europa-in-richterhand_aid_141120.html

- ¹²³ Siehe Hartmut Grewe, *Der >Bund freier Bürger<: die Brunner- oder Anti-Maastricht-Partei vor und nach der Europawahl 1994*, Konrad-Adenauer-Stiftung, interne Studien Nr. 81 und 82/1994
- ¹²⁴ Siehe <http://www.zeit.de/1994/46/avantgarde-der-rueckwaertsgewandten>
- ¹²⁵ Zitiert nach <http://www.zeit.de/1994/22/ein-parlament-als-beute-der-parteien/seite-2>
- ¹²⁶ Siehe <http://www.zeit.de/1994/08/alte-lasten>
- ¹²⁷ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7971323.html>
- ¹²⁸ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13688561.html>
- ¹²⁹ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-7933138.html>
- ¹³⁰ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680331.html>
- ¹³¹ Zitiert nach *Tagesspiegel* vom 24. Januar 1998, »Der Durchzug der falschen Propheten«, <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/der-durchzug-der-falschen-propheten/27818.html>
- ¹³² Zitiert nach <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/manfred-brunner-fuehrt-den-bund-freier-buerger,10810590,8803314.html>
- ¹³³ Zitiert nach http://www.focus.de/magazin/archiv/periskop-abgetreten_aid_147151.html
- ¹³⁴ Siehe <http://www.ftd.de/karriere/management/:august-von-finck-bauer-bankier-und-bauunternehmer/46495.html>
- ¹³⁵ Zitiert nach <http://www.jf-archiv.de/archiv98/168aa9.htm>
- ¹³⁶ Ebenda

- 137 Zitiert nach Dieter Balkhausen (Hg.): *D-Mark kontra Eurogeld. Mit Beiträgen von Rudolf Augstein, Reimut Jochimsen, Helmut Schmidt, Lothar Späth, Monika Wulf-Mathies*, Reinbek bei Hamburg 1996
- 138 Zitiert nach http://www.jungefreiheit.de/Parteien-Verbaende-Personen.525.98.html?&cHash=6f3c9eedl8&tx_ttnews%5BbackPid%5D=432&tx_ttnews%5Btt_news%5D=40065
- 139 Zitiert nach <http://www.mechtersheimer.de/>
- 140 Siehe dazu die Dissertation von Kars Normann, *Rechts im Spiegel von Links*, 2008, S. 340, im Internet unter <http://books.google.de/books?id=zfl08bDwrJgC&pg=PA340&dq=alfred+mechtersheimer+euro&source=bl&ots=OaSSCc71Ew&sig=PhPASMJUydQS060v4G88G5Hph2s&hl=de&sa=X&si=FhHcUNnlMInzsgbL04Eg&ved=0CFUQ6AEwBg#v=onepage&q=alfred%20mechtersheimer%20euro&f=false>
- 141 A.a.O., S. 341
- 142 Zitiert nach http://www.zeit.de/1999/21/Feindbild_Rambo
- 143 Zitiert nach <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13497681/Die-Argumente-der-Euro-Befuerworter-sind-laecherlich.html>
- 144 Vgl. dazu Professor Böllings Buch, Kap. D, S. 199 ff.
- 145 Siehe Band III, Kap. XV, S. 827-843
- 146 Zitiert nach <http://www.jf-archiv.de/archiv/47aal2.htm>
- 147 Zitiert nach *Focus* vom 20. Mai 1996, »Sagen Sie mal, Irenäus Eibl-Eibesfeldt ...«, http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-sagen-sie-mal-irenaeus-eibl-eibesfeldt—_aid_158854.html
- 148 Ebenda

- ¹⁴⁹ Zitiert nach <http://www.jf-archiv.de/archiv/20aa4.htm>
- ¹⁵⁰ Siehe <http://www.jf-archiv.de/archiv/20aa4.htm>
- ¹⁵¹ Eine der Originalquellen findet sich unter http://news.rtl.lu/news/national/3_74419.html
- ¹⁵² Siehe *Die Zeit* vom 2. April 1998, http://www.zeit.de/1998/15/Da_wird_ein_Popanz_auf_gebaut
- ¹⁵³ Siehe http://www.bundesrat.de/nn_8396/DE/service/the_ma-aktuell/08/20080422-Euro.html
- ¹⁵⁴ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8651413.html>
- ¹⁵⁵ Zitiert nach Bundespresseamt, *Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik*, Bonn, 7. April 1998, Nr. 4/1998, S. 21
- ¹⁵⁶ Siehe dazu <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-7183049.html>
- ¹⁵⁷ Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-15317086.html>
- ¹⁵⁸ Siehe http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_10542/imfname_251156.pdf
- ¹⁵⁹ Zitiert nach <http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/supermarkt/1275678/Der-Mann-der-den-Untergang-des-Euro-prophezeite>
- ¹⁶⁰ Siehe <http://faz-community.faz.net/blogs/fazit/archive/2012/01/03/die-kleine-waehrung.aspx>
- ¹⁶¹ Zitiert nach Martin Feldstein, »EMU and International Conflict - Monnet was mistaken«, in: *Foreign Affairs*, Ausgabe Nov./Dez. 1997
- ¹⁶² Siehe dazu Olaf Schwencke, »Der Euro als Kulturfaktor: die neue Währung und die alte Welt«, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, Jg. 48/1998, H. 4, S. 102-106

- 163 Siehe <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8798815.html>
- 164 Siehe etwa <http://www.freitag.de/autoren/tom-strohschneider/selbst-ernannter-volksvertreter> und <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kampf-um-stabile-waehrung-die-euro-fighter-a-692289.html>
- 165 Zitiert nach <http://pdf.zeit.de/1998/09/euro.txt.19980219.xml.pdf>
- 166 Zitiert nach http://www.zeit.de/2002/01/Ein_hartes_Stueck_Europa
- 167 Siehe das Interview von David Marsh mit Helmut Schmidt, in: *Handelsblatt* (Nr. 237) vom 7. Dezember 2010
- 168 Im Interview mit dem *Hamburger Abendblatt* vom 1.12. September 2001
- 169 Zitiert nach <http://www.stern.de/presse/stern/9-august-2001-konjunktur-und-inflationsaengste-ueberschatten-die-euro-einfuehrung-504147.html>
- 170 Zitiert nach Michael von Prollius, *Die Euro-Misere*, 2011, S. 229 f.
- 171 Zitiert nach http://www.focus.de/politik/ausland/europas-wird-zeit-aufzuwachen_aid_157825.html
- 172 Siehe etwa sein Buch: Jochimsen, Reimut, *Perspektiven der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*, Nomos Verl.-Ges., Baden-Baden 1998
- 173 Zitiert nach <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-7810144.html>
- 174 Zitiert nach <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisenrohstoffe/euro-prophet-felix-zulauf-europa-zahlt-fuer-den-euro-mit-viel-leid-11868289.html>
- 175 Zitiert nach <https://bankenverband.de/themen/politik-gesellschaft/defacto/defacto-16/welche-zukunft-fuer-den-euro>

- 176 Siehe etwa <http://www.waz-online.de/Gifhorn/Gifhorn/Uebersicht/Vor-zehn-Jahren-D-Mark-feierlich-zu-Grabe-getragen>
- 177 Siehe <http://www.welt.de/print-welt/article495173/Die-Mark-ist-tot-Es-lebe-der-Euro.html>
- 178 Siehe <http://www.welt.de/print-wams/article618439/Der-Euro-ist-ein-historisches-Projekt.html>
- 179 Zitiert nach <http://www.welt.de/print-welt/article366338/Triumph-fuer-Europa.html>
- 180 Zitiert nach <http://www.welt.de/print-welt/article366529/Grund-zur-Freude.html>
- 181 Zitiert nach <http://www.welt.de/print-welt/article366529/Grund-zur-Freude.html>
- 182 Siehe http://www.weit.de/debatte/kommentare/article_13451229/Deutschland-muss-raus-aus-der-Euro-Zone.html
- 183 Zitiert nach http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-konkurrent-fuer-den-dollar_aid_177272.html
- 184 Siehe <http://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/bundesbank-von-der-d-mark-zum-euro/5733552-2.html>
- 185 Siehe <http://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/bundesbank-das-geheimnis-des-deutschen-goldschatzes-seite-all/5733552-all.html>
- 186 Zitiert nach http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Presse/Pressenotizen/2002/2002_01_07_pressekonferenz.pdf?blob=publicationFile
- 187 Siehe <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/256982/>
- 188 Siehe <http://www.derwesten.de/wirtschaft/trennung-faelltschwer-noch-13-2-milliarden-d-mark-im-umlauf-id7419942.html>

- 189 Siehe <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/3025220-warum-schweigt-funk-und-fernsehen-ueber-die-euro-konferenz-vom-letzten-samstag>
- 190 Siehe http://www.nw-news.de/owl/kreis_hoexter/bad_dri burg/bad_dri burg/7283058_Merkels_Super-Oekonom_er_klaert_die_Finanzwelt.html
- 191 Zitiert nach *Neue Westfälische* vom 20. November 2012, »Merkels Super-Ökonom erklärt die Finanzwelt«, http://www.nw-news.de/owl/kreis_hoexter/bad_dri burg/bad_dri burg/7283058_Merkels_Super-Oekonom_erklaert_die_Finanzwelt.html
- 192 Siehe <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13230.pdf>
- 193 Zitiert nach <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13230.pdf>
- 194 Siehe http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/downloads/bundestagswahlergebnisse/btw_ab49_ergebnisse.pdf
- 195 Siehe dazu auch »Die öffentliche Meinung zur europäischen Währungsunion bis 1998: Befund, geldpolitische Zusammenhänge und politische Führung in Deutschland«, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 46/1999, H. 3, S. 298-334; und Rainer W. Hoffmann, »Deutsche, Mark und Euro: Befunde und Fragezeichen«, in: *Universitas* (deutsche Ausgabe), Jg. 54/1999, H. 633, S. 232-244
- 196 Zitiert nach <http://www.tagesspiegel.de/berlin/wecken-statt-schrippen-thierse-schimpft-ueber-schwaben-in-berlin/7573938.html>
- 197 Peter Bofinger, »Stabilitätsinsel Deutschland oder Stabilitätszone Europa?«, in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Baden-Baden 1993, S. 77 ff.

- ¹⁹⁸ Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. Februar 1998, S. 13, »Die Zeit ist wirklich reif für den Euro«, Interview mit Professor Bofinger
- ¹⁹⁹ Siehe <http://kurier.at/wirtschaft/wirtschaftspolitik/euro-aus-ist-denkbare-option/1.427.854> und [http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/1316572/Bofinger_Euro Aus-ist-denkbare-Option](http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/1316572/Bofinger_Euro_Aus-ist-denkbare-Option)
- ²⁰⁰ Siehe <http://www.handelsblatt.com/finanzen/rohstoffe-devisen/devisen/waehrungsunion-10-jahre-euro-eine-erfolgs-geschichte-seite-all/3080290-all.html>
- ²⁰¹ Zitiert nach <http://www.wiwo.de/politik/europa/wirtschaftsweise-bofinger-euro-aus-ist-denkbare-option/7432154.html>
- ²⁰² Zitiert nach Peter Bofinger, »Stabilitätsinsel Deutschland oder Stabilitätszone Europa?«, in: Rudolf Hrbek (Hrsg.), *Der Vertrag von Maastricht in der wissenschaftlichen Kontroverse*, Baden-Baden 1993, S. 88
- ²⁰³ Siehe <http://blog.handelsblatt.com/handelsblog/2012/07/24/der-publizistische-amoklauf-des-walter-kramer/>
- ²⁰⁴ Siehe *Wirtschaftswoche* vom 30. April 1998, S. 23, »Stark wie die Mark«
- ²⁰⁵ Siehe <http://www.wiwo.de/politik/europa/juergen-stark-die-maerkte-wurden-nur-temporaer-beruhigt/5965784-3.html>
- ²⁰⁶ Zitiert nach <http://westendverlag.de/westend/buch.php?p=19&n=leseprobe>
- ²⁰⁷ Zitiert nach Rudolf Hrbek, *Der Vertrag von Maastricht in der Kontroverse*, Baden-Baden 1993, S. 164
- ²⁰⁸ Quelle: Internet-BHW-Broschüre *Nur für BHW-Vertreter* vom Januar 1998, S. 25
- ²⁰⁹ Zitiert nach »Unsere eigenartigen Europa-Kritiker«, *taz* vom 7. August 2012, <http://www.taz.de/199007/>

- 210 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/anti-euro-aeusserungen-seien-unpatriotisch-westerwelle-staenkert-wegen-griechenland-kritik-gegen-die-csu_aid_807905.html
- 211 Zitiert nach http://www.morgenpost.de/printarchiv/wirtschaft/article_108384561/Wie-Arnulf-Baring-schon-1997-die-Euro-Krise-voraussagte.html
- 212 Zitiert nach http://www.focus.de/politik/deutschland/buendnis-90-die-gruenen-null-bock-auf-neue-scheine_aid_165239.html
- 213 Zitiert nach http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-milliarden-risiko-euro_aid_166933.html
- 214 Zitiert nach *Focus* vom 28. Juli 1997, im Internet unter http://www.focus.de/politik/deutschland/standpunkt-einsprengsatz-fuer-die-europaeische-integration_aid_167183.html
- 215 Zitiert nach Henryk Broder, »Wir erleben die letzten Tage Europas«, <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2012/12/16/hendryk-broder-wir-erleben-die-letzten-tage-europas/>
- 216 Siehe etwa <http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/radioweit/martin-schulz-104.html>
- 217 Zitiert nach <http://de.ibtimes.com/articles/26166/20121108/professor-dr-wilhelm-hankel-spiel-mit-dem-feuer.htm>
- 218 Siehe etwa http://www.focus.de/politik/deutschland/focus-umfrage-angst-vor-dem-euro_aid_162848.html
- 219 Zitiert nach <http://www.spiegel.de/wirtschaft/euro-einfuehrung-scharfe-kritik-an-bund-und-banken-a-149094.html>
- 220 Zitiert nach <http://www.spectator.co.uk/features/7256618/the-great-euro-swindle/>
- 221 Siehe <http://www.welt.de/wirtschaft/article13782188/Theo-Waigel-gibt-dem-Euro-noch-weitere-400-Jahre.html>

- 222 Siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/euro-krise-waigel-fuerchtet-um-sein-lebenswerk_aid_669535.html
- 223 Siehe <http://ef-magazin.de/2011/08/25/3151-theo-waigel-spricht-an-der-universitaet-passau-euro-ist-stabiler-denn-je>
- 224 Ebenda
- 225 Siehe http://blog.abgeordnetenwatch.de/wp-content/uploads/2010/11/beziehungsgeflecht_DVAG.pdf
- 226 Siehe <http://www.youtube.com/watch?v=lc6tzCIg3R0>
- 227 Siehe <http://www.welt.de/print-welt/article641501/Euro-beschert-Deutschland-Milliardenverlust.html>
- 228 Siehe http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/Deleted/zs-sd-abstracts-container/SD_2000_VOLLTEXTE/SD31-00TEXT.PDF
- 229 Zitiert nach http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoContent/Deleted/zs-sd-abstracts-container/SD_2000_VOLLTEXTE/SD31-00TEXT.PDF
- 230 Zitiert nach <http://ideas.repec.org/a/ces/ifosdt/v53y2000i31pl4-22.html>
- 231 Siehe <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8736507.html>
- 232 Siehe <http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=geldsch%C3%B6pfungsgewinne%20euro%20einf%C3%BChrung&source=web&cd=2&cad=rja&ved=0CDsQFjAB&url=http%3A%2F%2Fwww.wirtschaftsdienst.eu%2Fdownloads%2Fgetfile.php%3Fid%3D352%26PHPSESSID%3D&ei=CPfVXJOWnIMaq4ASm94DYAQ&usq=AFQjCNGpDhjRLMYMlasmDGad7pKq5JIBHw&bvm=bv.1355534169,d.Yms>
- 233 Zitiert nach <http://www.wiwi-treff.de/home/print.php?mainkatid=1&ukatid=1&sid=9&artikelid=3489>
- 234 Zitiert nach *Junge Freiheit* vom 3. Februar 2012, <http://www.jf-archiv.de/archiv12/201206020334.htm>

- 235 Siehe *Der Euro - Stark wie die D-Mark*, Broschüre des Bundesfinanzministeriums, Mai 1998, S. 58
- 236 Siehe dazu <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-7809986.html>
- 237 Siehe <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegelspecial/d-7183049.html>
- 238 Zitiert nach Wilhelm Nölling, *Die Euro-Höllenfahrt*, S. 27 f.
- 239 Alle Zitate finden sich auf der Homepage des Deutschen Bundestages unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13230.pdf>
- 240 Abdruck mit freundlicher Genehmigung der *Jungen Freiheit*, der Artikel findet sich auch im Internet unter http://www.jf-archiv.de/archiv_10/201021052123.htm
- 241 Zitiert nach http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/doenchs-finanzen-die-euro-verraeter-von-kohl-bis-schroeder_aid_803282.html?drucken=1
- 242 Ebenda
- 243 *Handelsblatt* vom 26. Februar 2003, »Oberster Finanzaufseher hält nichts von >Bad Bank<«, <http://www.handelsblatt.com/archiv/oberster-finanzaufseher-haelt-nichts-von-bad-bank;607783>
- 244 *Handelsblatt* vom 13. März 2003, »Eichel gegen staatliche Absicherung fauler Bankenkredite«, <http://www.handelsblatt.com/archiv/eichel-gegen-staatliche-absicherung-fauler-bankencredite;612384>
- 245 *Handelsblatt* vom 24. Februar 2003, »>Bad Bank< sorgt für Aufregung«, <http://www.handelsblatt.com/archiv/bad-bank-sorgt-fuer-aufregung;606003>
- 246 *Handelsblatt* vom 21. Februar 2003, »Erfolge beim Management fauler Kredite«, <http://www.handelsblatt.com/archiv/bad-banks-bewahren-sich-in-schweren-zeiten;605696>

- 247 *Handelsblatt* vom 20. März 2003, Führungskräfte erwarten Banken-Zusammenbruch, <http://www.handelsblatt.com/archiv/fuehrungskraefte-erwarten-banken-zusammenbruch;614180>
- 248 Siehe <http://www.handelsblatt.com/archiv/bad-bank-sorgt-fuer-aufregung;606003>
- 249 Ebenda
- 250 *Handelsblatt* vom 24. Februar 2003, »Indiskretion nach Spitzentreffen«, <http://www.handelsblatt.com/archiv/bad-bank-sorgt-fuer-aufregung;606003>
- 251 Siehe <http://www.dradio.de/aktuell/354409/>
- 252 Siehe <http://www.b2b-deutschland.de/wirtschaftsnews/090414/radikale-stimmung-unter-den-arbeitslosen/index.php>
- 253 *Wirtschaftswoche* vom 4. April 2009, »Die Wut der Bürger«, <http://www.wiwo.de/blogs/chefsache/2009/04/04/die-wut-der-buerger/>
- 254 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. April 2009, »Finanzkrise: Wohin nur mit unserer Wut?«, http://www.faz.net/s/Rub58241E4DF1B149538ABC24D0E82A6266/Doc~E9A7939E1EF454B05BICF0BEC0901AE84~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_aktuell
- 255 *Tagesspiegel* vom 21. Januar 2009, »Unzufriedenheit im Osten wächst weiter«, <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Sozialpolitik-Umfrage%3Bart122,2710965>
- 256 *Die Welt* vom 7. April 2009, »Deutsche vertrauen Feuerwehrleuten und Piloten«, <http://www.welt.de/finanzen/article3519378/Deutsche-vertrauen-Feuerwehrleuten-und-Piloten.html>
- 257 »Des Eurokaisers neue Kleider«, zitiert nach http://www.europethmann.de/pdf/p_17_DesEurokaisersNeueKleider.pdf

- 258 Anonym und diskret regelt das beispielsweise der deutsche Goldgroßhändler Dr. Klaus Neugebauer. Seine Adresse:
Bahnhofstraße 22
D-58706 Menden (Sauerland)
Telefon: +49 (23 73) 39 49 73
Telefax: +49 (23 73) 3949 84
E-Mail: info@bullionaer.de
Internet: www.bullionaer.de
- 259 Zitiert nach <http://www.ftd.de/politik/europa/:finanzkrise-britischer-aussenminister-nennt-den-euro-wahnsinn/60110143.html?mode=print>
- 260 Siehe »The great Euro-Swindle«, *Spectator* vom 24. September 2011, <http://www.spectator.co.uk/features/7256618/the-great-euro-swindle/>
- 261 Zitiert nach Wilhelm Hankel, »Die Europawährung funktioniert so nicht«, in: *Handelsblatt* vom 28. November 1995
- 262 Zitiert nach Wilhelm Nölling, *Die Euro-Höllenfahrt*, Hamburg 2011, S. 9
- 263 Zitiert nach http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-haftung-fuer-politiker_aid_162318.html?drucken=1
- 264 Siehe <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/02/01/rechtsexperte-unsichtbare-kräfte-der-politik-gaengeln-das-justiz-system/>
- 265 Siehe hierzu http://www.focus.de/finanzen/doenchkolumne/doenchs-finanzen-die-euro-verraeter-von-kohl-bis-schroeder_aid_803282.html?drucken=1
- 266 Siehe http://www.ecb.int/pub/pdf/other/euro_became_our_moneyde.pdf

Bücher, die Ihnen die Augen öffnen

In unserem kostenlosen Gesamtverzeichnis
finden Sie Klassiker, Standardwerke,
preisgünstige Taschenbücher, Sonderausgaben
und aktuelle Neuerscheinungen rund um
die Themengebiete, auf die sich der
KOPP VERLAG spezialisiert hat:

- Verbotene Archäologie
- Fernwahrnehmung
- Kirche auf dem Prüfstand
- Verschwörungstheorien
- Geheimbünde
- Neue Wissenschaften
- Medizin und Selbsthilfe
- Persönliches Wachstum
- Ausgewählte Videofilme und
- Phänomene
- Remote Viewing
- Prophezeiungen
- Zeitgeschichte
- Finanzwelt
- Freie Energie
- Geomantie
- Esoterik
anderes mehr

Ihr kostenloses Gesamtverzeichnis aller
lieferbaren Titel liegt schon für Sie
bereit. Einfach anfordern bei:

KOPP VERLAG

Pfeiferstraße 52

D-72108 Rottenburg

Tel. (0 74 72) 98 06-10

Fax (0 74 72) 98 06-11

info@kopp-verlag.de

www.kopp-verlag.de

Lesen Sie,

- wie uns Politik und Medien mit den Tricks der Massenpsychologie über die Wahrheit hinwegtäuschten
- wie sich vom Mainstream gefeierte Journalisten wie Sabine Christiansen und Ulrich Wickert zu Propagandisten der ungeliebten Einheitswährung machten
- wie Helmut Kohl, Theo Waigel und andere Spitzenpolitiker die Bürger systematisch hinters Licht führten
- wie sogar Werbeagenturen beauftragt wurden, um uns Bürgern den Euro quasi wie ein Waschmittel zu verkaufen
- wie Euro-Kritiker massiv eingeschüchtert, diffamiert und verleumdete wurden.

Monatelang hat Dr. Udo Ulfkotte für dieses spektakuläre Enthüllungsbuch recherchiert. Er sprach mit Beteiligten und verlässlichen Informanten aus den deutschen Sicherheitsbehörden.

Mehr als 50 Zeitzeugen lässt er persönlich zu Wort kommen.

Sie alle berichten Unglaubliches!



Dr. Udo Ulfkotte studierte in Freiburg und London, unterrichtet heute in San Francisco Sicherheitsmanagement. Zuvor lehrte er viele Jahre lang im Fachbereich Betriebswirtschaft an der Universität Lüneburg, berichtete 17 Jahre lang für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Er ist Fellow des *Marshall Memorial Fund* der Vereinigten Staaten, war im Planungstab der Konrad-Adenauer-Stiftung und Referent der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Ulfkotte ist spezialisiert auf Fragen der Zukunftssicherung und verfasste zahlreiche Bücher, die wie *Europa vor dem Crash*, *Vorsicht Bürgerkrieg!*, *Gebt uns unsere D-Mark zurück!* und *Mit Gold durch die Krise* Bestsellerauflagen erreichten.

Die Euro-Katastrophe: Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?

Mit einem gewaltigen Propaganda-Tsunami wurde der gerade in Deutschland ungeliebte Euro durchgeboxt. Politiker, die Finanzelite und hochbezahlte Medien-Gurus unterzogen die Bürger einer regelrechten Gehirnwäsche. Prominente Euro-Kritiker hingegen wurden verleumdet, diffamiert – und vom Verfassungsschutz bespitzelt!

An Mahnungen und Warnungen hatte es nicht gemangelt: Renommiertere Wissenschaftler, unabhängige Publizisten, verantwortungsbewusste Notenbanker und sogar Politiker, die sich nicht opportunistisch dem Mainstream anpassen wollen – sie alle wiesen rechtzeitig, und wie sich nun im Nachhinein zeigt, äußerst präzise, auf die Risiken des fatalen Euro-Abenteuers hin.

Doch warum wurde nicht auf sie gehört?

Die große Mehrheit der Deutschen und Österreicher stand und steht dem Euro bis heute skeptisch gegenüber. Wie hat es die herrschende Politikklasse gemeinsam mit der Finanzelite dennoch geschafft, die Gemeinschaftswährung gegen den Willen der Bürger einzuführen?

Bestsellerautor Dr. Udo Ulfkotte deckt auf: Die Euro-Einführung wurde von der vielleicht dreistesten Propagandakampagne der Nachkriegszeit begleitet.

Wo Politiker verantwortungslos handelten und Journalisten ein mediales Trommelfeuer eröffneten, um die Bürger für den Euro sturmreif zu schießen, wurden Kritiker verunglimpft, diskriminiert und in die rechte Ecke gestellt.

ISBN 978-3-86445-062-4



9 783864 450624